

REBOOT_D

DIGITALE DEMOKRATIE – ALLES AUF ANFANG!



Hendrik Heuermann/Ulrike Reinhard (Hrsg.)

REBOOT_D – DIGITALE DEMOKRATIE

Alles auf Anfang

Hendrik Heuermann/Ulrike Reinhard (Hrsg.)



Reboot_D – Digitale Demokratie

Alles auf Anfang

<http://www.creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/3.0/de/>

ES IST IHNEN GESTATTET:

- das Werk zu vervielfältigen, zu verbreiten und öffentlich zugänglich zu machen.
- Abwandlungen beziehungsweise Bearbeitungen des Inhaltes an zu fertigen.

ZU DEN FOLGENDEN BEDINGUNGEN:

Namensnennung

Sie müssen den Namen des Rechteinhabers – Ulrike Reinhard – nennen.

Keine kommerzielle Nutzung

Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Weitergabe unter gleichen Bedingungen

Wenn Sie den lizenzierten Inhalt bearbeiten oder in anderer Weise umgestalten, verändern oder als Grundlage für einen anderen Inhalt verwenden, dürfen Sie den neu entstandenen Inhalt nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrages identisch oder vergleichbar sind.

REBOOT_D – DIGITALE DEMOKRATIE
 Alles auf Anfang

Hendrik Heuermann, Ulrike Reinhard (Hrsg.)

ISBN: 978-3-934013-01-8
 1. Auflage

Preis 24,80 Euro (7% MwSt.)

UMSCHLAGGESTALTUNG, LAYOUT UND SATZ
 Bea Gschwend

FOTOCREDITS

<http://creativecommons.org/licenses/by/3.0/deed.de> – bea

Foto Seite 68: „Deutsche digitale Republik“/DDR – Im Zentrum von Berlin © Imagemaker
<http://de.fotolia.com>

VERLAG

whois verlags- & vertriebsgesellschaft
 Ulrike Reinhard
 Fährweg 2
 69239 Neckarhausen
 Telefon: +49. 6229. 93 07 06

DRUCK

Dato-Druck GmbH & Co.KG, Oldenburg

© Ulrike Reinhard

Reboot_D – Digitale Demokratie/Alles auf Anfang wird unter der Creative Commons Lizenz
<http://www.creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/3.0/de/>
 veröffentlicht

ULRIKE: WAS TREIBT MICH, ...

... dieses Buch zu machen?

Ich bin fest davon überzeugt, daß wir am Anfang einer neuen Zeit stehen. Einer Zeit, die geprägt ist vom Umgang mit neuen Technologien, die einen tiefgreifenden Wandel in unser Welt als Arbeitende, Bürger und Mitglieder von Gemeinschaften mit sich bringen. Ich glaube nicht, daß die bestehenden Systeme und Strukturen den Anforderungen dieser neuen Zeit gewachsen sind. Um ihnen auf persönlicher, gesellschaftlicher und globaler Ebene ansatzweise begegnen zu können, ist ein tatsächlicher, tiefgreifender Wandel, ein Umdenken unabdingbar. Es ist nicht genug, an den bestehenden und einstmals tragfähigen Strukturen und Systemen aus der Vergangenheit ein bißchen auszubessern und sie in Teilen zu erneuern. NEIN, es ist ein tatsächlicher Neustart – ein wirkliches „rebooten“ – notwendig! Deshalb heißt unser Buch auch Reboot.

Der Zusatz D steht für Deutschland. Mit dem Untertitel Digitale Demokratie – Alles auf Anfang. Wollen wir nicht noch einmal das Web-Evangelium zu verkünden. Es geht nicht darum, den alten politischen Akteuren einen neuen PR-Kanal zu erschließen, um „die Menschen draußen“ besser zu erreichen. Und es geht eher nur am Rand um „Netzpolitik“, also um den besonderen Ausschnitt der Politik, der das Internet selbst zum Gegenstand hat. Es geht vielmehr darum, wie man die neuen Technologien und Praktiken anwenden kann. In kleinen, schnellen, überschaubaren Pilotprojekten, die zu mehr „Demokratie von unten“ führen: zu mehr Transparenz, Vernetzung, Austausch, Engagement, Selbstorganisation. Idealer Weise nicht nur für Netzbewohner, sondern für ganz normale BürgerInnen.

Wir wollen Denkanstöße geben, wie man Deutschland im politischen Bereich „rebooten“ kann. Denn dies ist nötig. Nicht mehr. Und nicht weniger.

Ein zweiter, für mich sehr wichtiger Punkt, dieses Buch zu realisieren – waren die Format-Experimente bei den einzelnen Beiträgen aus dem ersten Buch mit „DNAdigital – Wenn Anzugträger auf Kapuzenpulvis treffen“. Zwei Buchrezensionen beschreiben das, was ich damit meine, eigentlich sehr schön: Jörg Stark, Deutscher Ring auf amazon.de: „Als Ü40 und „Temporärschlipsträger“ bekommt man ein Gefühl dafür, dass die eigene Weltsicht hinsichtlich digitaler Medien und Interaktionswege nicht die einzig wahre und richtige ist. Nicht mit dem Zeigefinger sondern durch unterschiedliche Autoren und Beschreibungsstile werde ich „gezwungen“ meine Sichtweise zu überprüfen. Auch wenn nicht alles neu ist, ist die komprimierte Form und die etwas andere Herangehensweise sehr beeindruckend. Schön ist, dass das Buch auch nach längeren Pausen und stückchenweise gut lesbar ist. Intensive Einblick in das Aufeinandertreffen der neuen digitalen und der „anderen“ Welt sind der Lohn.“ Und Dr. Jochen Robes schrieb auf seinem Weiterbildungsblog: „Das Buch versammelt die Ideen dieser noch jungen Community in ganz verschiedenen Formaten. Ein kurzes „Manifest der Digital Natives“, dann ein Twitter-Interview, eine Konversation (überhaupt gibt es hier viel Dialogisches!), dann ein Tagebuchauszug und einige wenige klassische Artikel ...“.

Dieses „Dialogische“, das interaktive Erarbeiten der Beiträge in Wikis und auf Foren, die unterschiedlichen Formate – all das haben wir auch bei Reboot_D – Digitale Demokratie wieder aufgenommen. Herausgekommen ist dabei ein Buch – ein Medium, das schon mehrere hundert Jahre alt ist – das aber mit den Wertvorstellungen und Techniken des 21. Jahrhunderts erarbeitet wurde: transparent, offen und kollaborativ!

Ich hoffe, dass Ihnen liebe Leser das Buch genau dieses Leseerlebnis vermittelt!



Ulrike Reinhard

HENDRIK: WAS MICH ANTREIBT ...

Alles fing ganz harmlos an. Aus Neugier habe ich mir vor etwas mehr als einem Jahr einen Account bei Facebook angelegt und geschaut, wie Twitter funktioniert und plötzlich bin ich Mitherausgeber eines Buches über digitale Demokratie und Junior PR-Berater mit dem Schwerpunkt Social Media? Moment, da muss doch einiges passiert sein in er Zwischenzeit. In der Tat.

Es ging in kleinen, aber steten Schritten: Ich vernetzte mich mit alten Schulfreunden und beruflichen Kontakten, ich folgte immer mehr Twitterern und las die wichtigsten Blogs. Ich tat, was alle tun: Ich webte mein eigenes Netz. Irgendwann wurde mir klar, dass da mehr war. Ich las über die Theorie der Stärkung der schwachen Beziehungen, Twitter wurde eine immer wertvollere Quelle für mich. Facebook war nicht mehr nur privater Treffpunkt, sondern auch Nachrichtenquelle und Trendbarometer. Ich spürte förmlich wie die Grenzen aufweichten zwischen Beruflichem und Privatem, zwischen Berühmten und Bekannten, zwischen Firmen und Freunden. Und dann wurde es politisch. Ich chattete mit wildfremden Menschen zur Amtseinführung von Obama. Ich erfuhr von Nedas Tod während der Unruhen im Iran auf Twitter und natürlich: Ich war mitten im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2009 – alles online. Doch so ergeht es nicht allen: Zwischen kämpferischen Tweets und kopschüttelnden Leitartikeln scheinen sich zwei Lager zu bilden, die manchmal fast unversöhnlich erscheinen: Generation Internet gegen Offliner. Es gibt viel Misstrauen zwischen denen, die das Internet verstehen und denen, für die es Neuland ist. Meine Erfahrung hat gezeigt, dass immer da Misstrauen entsteht, wo Verständnis fehlt. Deshalb fand ich ein solches Buch so reizvoll.

Denn wir leben in einer Zeit der großen Chancen: Kommunikation ist immer möglich. Schnell und günstig. Große Datenmengen werden verwertbar und echte Transparenz ist möglich. Hier entstehen viele neue Chancen für die Demokratie. Wenn sich nämlich die Hitzköpfe der Debatten ein wenig abgekühlt haben, geben die meisten zu: Das Internet ist weder Heilsbringer noch Teufelszeug. Es ist ein spannendes Werkzeug; ein Zeitphänomen, für manche sogar Lebensgefühl, aber immer nur so gut wie die Einstellung, mit der man es benutzt. Und um eben diese Einstellung gemeinsam zu entwickeln, kann dieses Buch einen Beitrag leisten. Der Wunsch, diese spannende Zeit mit zu gestalten hat mich angetrieben und ich hoffe, dass man das zwischen den Zeilen dieses Buches spüren kann.

Keine Sorge, die schönsten Sachen im Leben gehen auch nach wie vor nur offline. Aber alles was die digitale Demokratie angeht, wollen wir mal auf den Kopf stellen und neu denken.

Viel Spaß, spannende Anregungen und gute Unterhaltung!

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'H. Heuermann', with a long, sweeping horizontal line extending to the right.

Hendrik Heuermann



10----->

Danke ;-))



DANKE ;-)

Jeder der folgenden Beiträge ist eine sehr persönliche Auseinandersetzung mit der Frage „Wie gestalten wir die digitale Demokratie in Deutschland?“. Durch die vielen Artikel, Interviews und Analysen entstand ein spannendes Potpurri der Gedanken zum Web 2.0 in der Politik mit vielseitigem Geschmack. Mal aufmunternd, mal aufrüttelnd, mal frech und forsch. Wir hoffen, dass dieses Buch für die Leserinnen und Leser genau so anregend wirkt wie für uns die Arbeit daran war.

Nach gefühlten tausenden von Mails, Telefonaten, Skype-Konferenzen und Tweets halten wir nun stolz und glücklich eure Beiträge in den Händen.

So unterschiedlich alle Beiträge in diesem Buch auch sind: Zwischen den Zeilen kann man bei jedem Beitrag lesen: „Wir leben in einer spannenden Zeit und wollen sie gestalten!“ Liebe Autorinnen und Autoren, das habt ihr getan, denn Ihr seid beteiligt an einem tollen Projekt, an einem tollen Buch.

Wir würden uns freuen, wenn ihr den Geist mitnehmt und weitergebt.

EUCH ALLEN MÖCHTEN WIR SAGEN: VIELEN DANK.

Ulrike & Hendrik



12 →

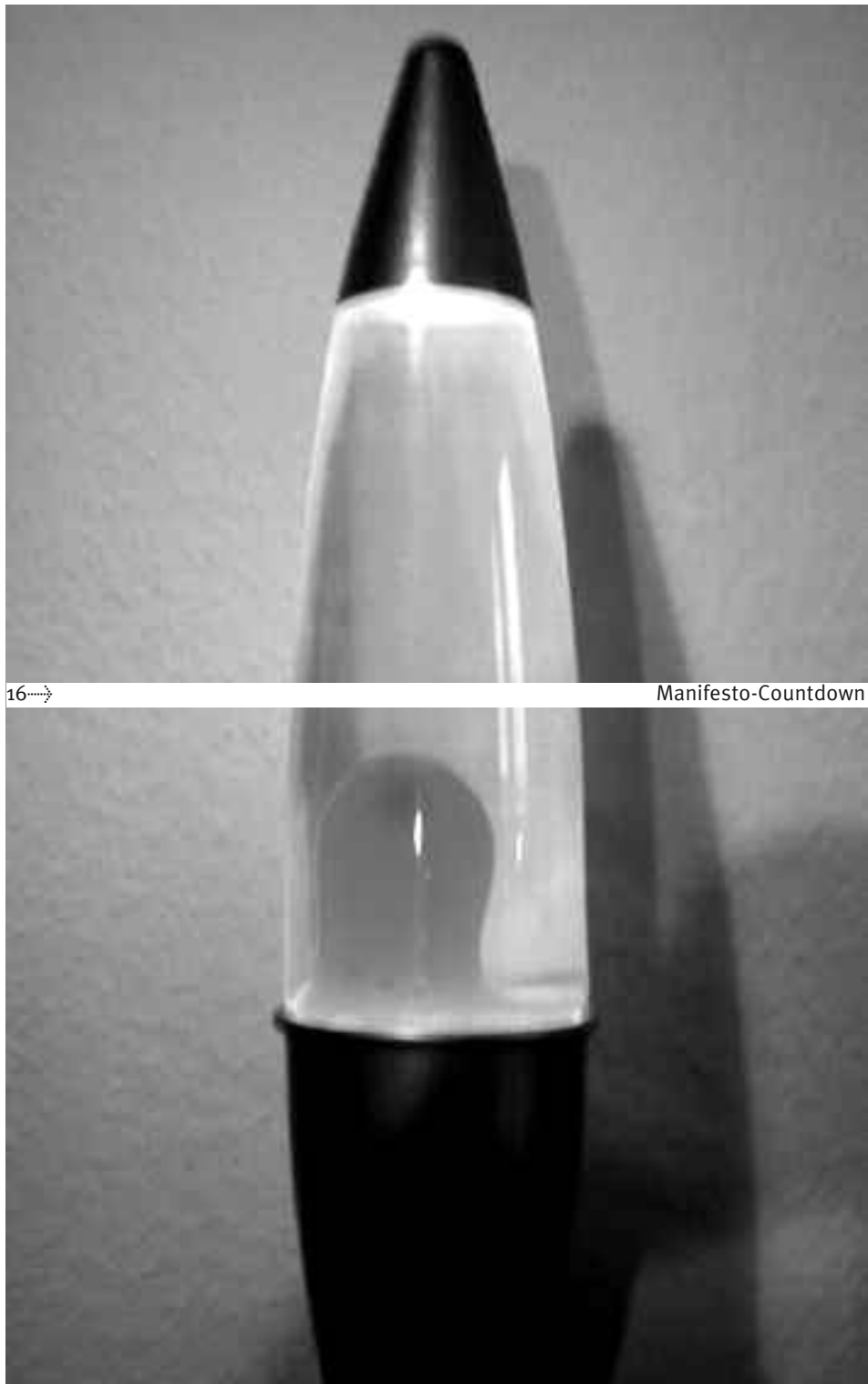
Inhalt



- MANIFESTO-COUNTDOWN** → 16
Moritz Avenarius | Hendrik Heuermann
- Reboot_D – Die Idee** → 22
Martin Lindner | Ulrike Reinhard
- eGovernment neu ausrichten** → 30
Mehr Demokratie wagen – vor allem nach den Wahlen.
Willi Kaczorowski
- Rechts, Links, Mitte – Raus!** → 44
Vom politischen Wagnis der Partizipation | Peter Kruse
Interview von Ulrike Reinhard
- Government 2.0: It's All About The Platform** → 60
Tim O'Reilly
- Deutsche Digitale Republik** → 68
Martin Lindner
- Democratic Paricipation in China – A Long Way to Go?** → 82
Interview with Isaac Mao
By Ingrid Fischer-Schreiber and Ulrike Reinhard
- Digitale Lösungen für analoge Probleme?** → 92
Kann das Internet Hilfestellung leisten bei der
Lösung globaler Herausforderungen?
Ole Wintermann

- Mit kollektiver Intelligenz zu digitaler Demokratie?** → 102
Thomas Gebel | Martin Gercke
- Können auf der Basis von Crowdsourcing
Gesetze realisiert werden?** → 116
Ahmet Emre Acar | Sina Kamala Kaufmann | Ole Wintermann
- Von der Volkspartei zur Webpartei** → 132
Ein Streitgespräch
Hendrik Heuermann | Thomas Strohtjohann
- Wir haben immer noch eine digitale Spaltung
in der Gesellschaft** → 142
Frank Roebers interviewte Markus Beckedahl
- Wunsch oder Wirklichkeit?** → 152
Thorsten Schäfer-Gümbel zeichnet das Bild einer neuen SPD
Interview von Ulrike Reinhard
- „Gattung Mensch! Lebe so, dass die nach uns kommenden
auch noch ein gutes Leben haben können!“** → 160
Moritz Avenarius interviewte Oswald Metzger
- Auch das Real-Live-Netzwerk verbessert sich!** → 168
Twitter-Interview
Britta Lübcke | Klaus Lübcke
Mit einer Einführung von Nicole Simon

- „Ich hoffe sehr, dass wir in 10 Jahren kein PolitCamp mehr brauchen!“** → 182
Moritz Avenarius interviewte Valentin Tomaschek und Ralph Makolla
- Politische Bildung als Fundament demokratischer Strukturen** → 194
Jean-Pol Martin | Björn Rohles | Michael Wald
- Wie gelingt der Switch von offline zu online?** → 204
Erfahrungen bei einem kommunalen Gemeinschaftsprojekt
Mark Schmidt-Neuhaus
- Web-Monitoring: Die Brücke zwischen Politik und User?** → 216
Patrick Brauckmann
- Und so sieht die Wirklichkeit aus ...** → 224
Eine nüchterne und ernüchternde Bestandsaufnahme zum Koalitionsvertrag | Robin Meyer-Lucht
- Autoren** → 240



MANIFESTO-COUNTDOWN

Sie sind ein politisch interessierter Mensch? Sie fragen sich, was die sogenannten Digital Natives gesellschaftspolitisch fordern? Sie haben zudem schon von der „Digitalen Demokratie“ gehört und sind neugierig, was dafür getan werden muss? Oder lieben Sie einfach knackige Manifesto-Statements und Countdowns? Dann sind die nächsten Seiten speziell für Sie ... alle anderen dürfen sich über den sicher kürzesten Text in diesem Buch freuen.

Moritz Avenarius | Hendrik Heuermann

tags: #reboot_d #manifesto #countdown #10forderungen
#digitaledemokratie

10. Nehmt uns ernst!

– Wir sind Viele und keine homogene „Internetgemeinde“.

Reboot_D repräsentiert eine neue Generation internetbegeisterter Menschen aller politischen Farben und Strömungen.

Uns bewegen viele Ideen, Wünsche und Träume zur Zukunft unserer Demokratie.

9. Fragt uns!

– Nutzt die kollektive Intelligenz der Vielen.

Die großen Fragen unserer Zeit kann niemand alleine beantworten.

8. Seid ehrlich zu uns!

– Fehler sind nicht schlimm.

Im Gegenteil: Sie machen uns menschlich, glaubwürdig und lernfähig.

7. **Vertraut uns!**

– Wir bekennen uns ohne Einschränkungen zu den Grundfesten unserer Demokratie. Aber wir wollen wissen, welche alltäglichen Daten gesammelt werden, wer im politischen Betrieb welchen Einfluss nimmt und warum welche Entscheidung gefällt wird.

6. **Lasst uns teilhaben!**

– Kommunikation ist unser Grundbedürfnis, das nur gemeinsam, im Dialog befriedigt werden kann.

5. **Lasst uns mitmachen!**

– Niemand ist unpolitisch. Die Einstiegshürden für Engagement können nicht niedrig genug sein.

4. Macht es einfach!

- Wir haben erstmals die Chance, relevante Daten leicht verständlich aufzubereiten. Daten von Regierung und Verwaltung verstehen zu können, ist ein Bürgerrecht.

3. Arbeitet mit uns!

- Wissen, das geteilt wird, vermehrt sich rasant und wirkt produktiv. Darauf basiert das ganze Web 2.0.

2. Lebt damit!

- Das Internet-Zeitalter mit allen Vor- und Nachteilen ist längst Realität. Lasst es uns gemeinsam gestalten.

1. Reboot_D!
– Freut Euch mit
uns auf einen
Neustart
in die digitale
Demokratie.



22 →

Reboot_D – Die Idee



REBOOT_D – DIE IDEE

Reboot_D – Digitale Demokratie – Alles auf Anfang ist ein weiterer „Ableger“ von DNAdigital, einer Initiative des 3. Deutschen IT-Gipfels. Finanziell vollkommen eigenständig, trägt das Buch – genau wie sein Vorgänger: „DNAdigital – Wenn Anzugträger auf Kapuzenpullis treffen“ den Grundgedanken Rechnung, Brücken zu bauen. In diesem Falle: Eine Brücke zwischen Entscheidern in der Politik und den Internet-affinen Menschen in Deutschland. Insofern reiht es sich ein.

Martin Lindner | Ulrike Reinhard

tags: #reboot_d #dna_d #demokratiez.o





Martin Lindner hat Literatur, Geschichte und Kommunikationswissenschaften an der Universität München studiert.

Nach Promotion, Habilitation und Universitätslehre konzentriert er sich seit 2000 auf das Internet und auf digitale Medien: zuerst als Gastprofessor und Dozent für digitale Medienwissenschaft an der Universität Innsbruck, dann als Senior Researcher für Microlearning, Micromedia und Microcontent bei den Research Studios Austria Forschungsgesellschaft (Studio MINE).

Als Program Chair konzipiert und organisiert er die internationalen Microlearning-Konferenzen, die seit 2005 in Innsbruck stattfinden, und ist Herausgeber der vier Proceedings-Bände. Als selbständiger Researcher und Consultant (seit 2009) ist er aktiv beteiligt an der Entwicklung von innovativen Mikro-Applikationen an der Schnittstelle zwischen Mensch und Maschine, Wissen und Web. Er forscht zu Themen im Schnittpunkt von eLearning, digitalen/mobilen Medien, User/Learner Experience, Information & KnowledgeArchitecture, Web 2.0, und publiziert dazu inzwischen vorwiegend in englischer Sprache.



Ulrike Reinhard studierte Betriebswirtschaftslehre in Mannheim. Sie arbeitete im Marketing für Rundfunk, Fernsehen und die Filmbranche in Deutschland, Italien und USA.

1994 gründete sie den whois-Verlag. Kernstück des Verlages ist eine Datenbank mit ca. 20.000 Unternehmen aus der New-Media und ITK-Branche im deutschsprachigen Raum ist. Ihren ersten E-Mail-Account hatte sie 1987 bei The Well, ihre Domain *www.whoiswho.de* ging 1994 in Betrieb und seit 2002 schreibt sie an ihrem Blog. Als freie Beraterin liegt ihr Fokus auf dem Medium Internet in all seinen Facetten. 2008 gründete sie das *we_magazine*, das direkt mit der ersten Ausgabe in 140 Ländern der Welt gelesen wurde und mittlerweile ins arabische und chinesische übersetzt ist. Ihr jüngstes Projekt ist im Rahmen des dritten Nationalen IT-Gipfels der Bundesregierung das Netzwerk DNAdigital.

Ulrike Reinhard hat über 30 Bücher zum Thema Internet/Neue Medien publiziert. Ihr knapp 4 kg schweres Meisterwerk „Digitale Transformationen“ gilt als Standardwerk im Bereich Innovationen an der Schnittstelle von Wirtschaft, Wissenschaft und Kunst.

ALLES AUF ANFANG

Beim Start der deutschen Demokratie 1848 in der Paulskirche ging es um eine neue Form der Selbstbestimmung und Selbstorganisation. Das Medium der Demokraten war die Flugschrift, ihre Technologie war die Druckerpresse. Es war leicht geworden, publizistische und journalistische Schriften zu veröffentlichen, es gab eine neue Medienkompetenz und es gab eine politische Öffentlichkeit, in der die Kernsätze und Ideen zirkulieren konnten.

Dann kamen die Massenmedien, die fortschreitende Verselbständigung der Parteiapparate und des Staatsapparats. Die einzelnen BürgerInnen entfremdeten sich von der Ebene, wo Politik wirklich gemacht wurde. Aber jetzt, zu Beginn des neuen Jahrtausends, haben wir plötzlich wieder eine neue Form von politischer Kommunikation und Vernetzung, die allen offen steht und sofort benutzbar ist.

Versetzen wir uns also zurück in die Situation der demokratischen Pioniere.¹ Statt Feder und Bleisatz haben wir Maus und Netz. Und Mobiltelefone mit Netzverbindung, Kamera und Aufnahmefunktion. Was wird dadurch möglich? Wie könnte ein Neustart aussehen? Was sind die Konturen einer digitalen Demokratie?

GESCHLOSSENE GESELLSCHAFT

Die Politik und das Netz haben noch immer sehr wenig miteinander zu tun im Internet-Entwicklungsland Deutschland.² Wählen ist ja nur ein Bruchteil der politischen Aktivitäten, die zusammen eine lebendige Demokratie ausmachen. Aber die Politik wird noch mehr als früher von Insider-Zirkeln in geschlossenen

¹ Das war der Aufruf der „Rebooting America“-Initiative: „When the Farmers met in Philadelphia in 1787, they bravely conjured a new form of self-government. But they couldn't have imagined a mass society with instantaneous, many-to-many communications or many of the other innovations of modernity. So, replacing that quill pen with a mouse, imagine that you have to power to redesign American democracy for the Internet Age. What would you do?“ <http://rebooting.personaldemocracy.com/> Diese Idee liegt auch „Reboot Britain“ zu Grunde: <http://www.rebootbritain.com/>

² Marcel Weiss zum „Internet-Entwicklungsland Deutschland“ auf dem wichtigen netzwertig-Blog: <http://netzwertig.com/2009/04/24/deutschland-degeneriert-in-ein-entwicklungsland-teil-1-von-3/> und <http://netzwertig.com/2009/04/30/deutschland-degeneriert-in-ein-entwicklungsland-teil-2-von-3/>

Räumen betrieben, unter Ausschluß der Öffentlichkeit: in Kabinettsitzungen, in Fraktionssitzungen, in Redaktionskonferenzen, in Anhörungen der Lobbyisten.

Unsere Gesellschaft braucht einen offenen Raum, in dem sie mit sich selbst spricht, nachdenkt, diskutiert. Bisher war das die Kombination aus Parlament, Parteiversammlungen und Verbandstreffen, plus Presse/Rundfunk/Fernsehen als Verstärker. Also Menschen vor Ort, die sich regelmäßig treffen, um in einem größeren Kreis miteinander zu reden. Das hat bis zu den 1980er Jahren einigermaßen funktioniert, aber es funktioniert nicht mehr.

Das Parlament funktioniert nicht mehr. Öffentliche politische Rede als Medium ist kraftlos. Weder die Regierung noch die Öffentlichkeit interessieren sich noch für das, was im Bundestag geredet wird. Sogar innerhalb von Parteien werden Standpunkte jetzt ausgetauscht über taktisch platzierte Interviews in Frühstücksradios und Provinzzeitungen, die gar sind nicht mehr eigentlich für die mäßig interessierte Öffentlichkeit bestimmt sind, sondern vor allem für die weitere Zirkulation in der selbstbezüglichen Medienmaschine.

Und auch die alten Medien funktionieren nicht mehr richtig. Wir leben wahrhaftig in aufregenden Zeiten, aber die Nachrichten und die Leitartikel regen niemand auf. Sie befassen sich mit ritualisierter Selbstbespiegelung des Apparats und mit läppischen „Skandalen“. Und die TV-Talkshows haben noch nie jemand wirklich aufgeregt. Statt der dringend nötigen politischen Grundsatzdiskussion tauscht man von PR-Experten gedrechselte Formeln aus, die von der dümmsten anzunehmenden Öffentlichkeit ausgehen.

Wir alle spüren untergründig, dass der beschränkte Bestand an immer gleichen Polit-Formeln und Polit-Ritualen, der sich in den letzten 40 Jahren herausgebildet hat, unsere Wirklichkeit nicht mehr ausdrückt. Und zugleich ahnen wir, dass der Status Quo nicht so bleiben wird.

Die Parteien funktionieren nicht mehr. Aber auf der Straße findet der politische Diskurs auch nicht statt. Wenn Leute überhaupt noch über Politik sprechen, witzeln sie müde über Oberflächlichkeiten, über Dienstwagenaffären und Kandidatendarsteller. Kaum jemand würde noch sagen „Ich bin ein politischer Mensch“. Die Wahlbeteiligung ist dementsprechend.

Man könnte sagen, das Desinteresse liege daran, dass alle Probleme im Wesentlichen gelöst sind: Sicherheit, Freiheit, Auto, Urlaub. Aber das ist ja

nicht mehr der Fall. Gerade jetzt vollzieht sich ein epochaler Umbruch, der nicht nur die Wirtschaft, sondern die Gesellschaft insgesamt betrifft: also die Art, wie wir leben, arbeiten, lernen. Wie wir konsumieren und kommunizieren. Wie wir Erfolg und Misserfolg definieren.

Das gewachsene politische System der alten Bundesrepublik wird mehr und mehr zu einer ausgehöhlten Fassade. Die alten Medien haben die Funktion eingebüßt, das auszusprechen, was die Gesellschaft umtreibt. Das Leben ist anderswo, die fällige Bestrafung wird sich kaum mehr vermeiden lassen.

Aber trotzdem reden und denken die Leute ja unaufhörlich. Jeden Tag muss ja die Welt mit Worten neu hergestellt werden. Wo ist also der gegenwärtige Raum für lebendige Öffentlichkeit? Für das angeregte Stimmengewirr, für das kollektive Selbstgespräch?

Und zur Zeit ist die einzige Antwort darauf eben: Im Netz. In der Google-Galaxie.

DAS NETZ ALS NEUER POLITISCHER RAUM

Aber was ist das: „Das Netz“?³ Das Netz besteht nicht aus Botschaften, es besteht aus Impulsen, Kettenreaktionen und Beziehungen. Es ist kein überdimensionales Archiv von einzelnen „Webseiten“, es ist eher wie das große Murmeln auf einer gigantischen Stehparty. Es ist ein neuartiger Sprachraum, ein Raum für menschliche Äußerungen und menschliche Stimmen. Ein Beziehungsmeer.

Weil das vor allem in schriftlicher Form geschieht, ist das Netz zugleich ein offener, unendlicher, sich ständig wandelnder Text. Bilder, Video und Audio sind darin eingebettet und werden so Teil davon. Entscheidend sind die Links: Die das Lineare aufheben und das Ganze zu einem dichten, kleinteiligen Gewebe von miteinander vernetzten Aussagen und Ideen zusammenfügen, eine jede gerade so groß, dass sie in eine Aufmerksamkeitsspanne passt.

³ Wenn man in Deutschland von „das Netz“ spricht, meint man damit in der Regel das „World Wide Web“. Das Web ist die multimediale, menschenlesbare Nutzeroberfläche, die auf dem Hypertext-Protokoll aufbaut. ImWeb ist man also immer dann, wenn eine Adresse mit <http://> beginnt. (Das „www“ dagegen ist nicht unbedingt notwendig.) Das Internet ist die umfassende Infrastruktur für den Versand und Austausch von digitalen Daten. Hier gibts es auch noch andere Räume mit anderen Protokollen: etwa das eigentümliche eMail-Universum oder die berüchtigten „Tauschbörsen“.

Es stimmt, in diesem Raum tauschen sich erst wenige aus, in Deutschland sogar weniger als anderswo. Aber hier, im Netz, ist gegenwärtig der einzige noch unbesetzte und lebendige Raum, der sich überhaupt in unserer krisengepeinigten Gesellschaft bietet, und er eröffnet völlig neue Möglichkeiten: soziale, technische, geistige, kulturelle, ökonomische, demokratische.

Das Netz wird die Politik grundlegend verändern, da besteht kein Zweifel. Bei Reboot_D geht es darum, wie das geschehen wird und wie wir das positiv beeinflussen können.



30 → eGovernment neu ausrichten



eGOVERNMENT NEU AUSRICHTEN

Mehr Demokratie wagen – vor allem nach den Wahlen.

Vorschläge zum Ausbau von Offenheit und Transparenz im alltäglichen Regierungs- und Verwaltungshandeln.

Willi Kaczorowski

tags: #transparenz #regierung #verwaltung #btwoj #egovernment
#datenmanagement



Willi Kaczorowski, (51) ist seit mehr als sechs Jahren bei Cisco tätig. In der Internet Business Solutions Group (IBSG) berät er als Direktor Politik und Verwaltungsführung bei der Erarbeitung und Implementierung von Strategien zur Reform des Public Sector auf der Basis eines ganzheitlichen Einsatzes von Informations- und Kommunikationstechnologien.

Zuvor war er 9 Jahre bei den internationalen Beratungsgesellschaften BearingPoint (ehem. KPMG Consulting) und Cap Gemini Ernst & Young tätig. Seine berufliche Laufbahn startete Willi Kaczorowski im öffentlichen Bereich. Dort war er insgesamt 8 Jahre bei den Landesverwaltungen von Nordrhein-Westfalen und Brandenburg sowie der EU-Kommisison beschäftigt.

Willi Kaczorowski hat wiederholt zu Fragen des Einsatzes von Informations- und Kommunikationstechnologie in der öffentlichen Verwaltung sowie Web 2.0 und Soziale Netzwerke publiziert und ist Herausgeber des Buches „Connected Government“ (2005). Er ist Vorsitzender des Arbeitskreises Public Sector und stellvertretender Vorsitzender des Lenkungsausschusses Public Sector des Bitkom.

Der Bundestagswahlkampf 2009 war geprägt durch einen intensiven Einsatz von Web 2.0-Anwendungen und der Nutzung sozialer Netzwerke durch alle Parteien und ihre Spitzenpolitikerinnen und -politikern.

Nach dem Wahlkampf werden siegreiche Politiker Minister oder Staatssekretäre. Auch wenn sie zuvor im Wahlkampf noch auf das Internet als wichtigen Informations-, Kommunikations- oder Interaktionskanal setzten, scheinen sie im Regierungsamt diese Erfahrungen vergessen zu haben. Wie anders ließe es sich erklären, dass die deutsche Ministerialverwaltung international noch zu den Zurückhaltenden gehört, wenn es um die Nutzbarmachung des Netzes im aktuellen Regierungs- und Verwaltungshandeln geht.

Dennoch lohnt es sich auch für amtierende Minister und Staatssekretäre, mit den Veränderungen auseinander zusetzen, die die Entstehung und Nutzung des Internet bewirkt und die erhebliche Veränderungen hervorgerufen hat. Sie sollen zunächst skizziert werden.

VERÄNDERUNGEN

Diese Veränderungen beziehen sich vor allem auf gesellschaftliche, technologische und ökonomische Aspekte.

Gesellschaftliche Aspekte

- Das Internet ist heute ein Massenmedium geworden. Nach den neuesten Daten des (N)Onliner-Atlas der Initiative D21 sind ca. 70 Prozent der Bevölkerung inzwischen online. In der Gruppe 14 bis 29 Jahre sind es 95 Prozent. Diese Digital Natives verbringen ihre Zeit zunehmend im Internet, wo sie multimedial aufbereitete Informationen aufnehmen, mit ihren Freunden Bilder und Videos austauschen, mit ihnen in Echtzeit chatten oder auch gemeinsam in Blogs schreiben. Die intensive Internetnutzung dieser Zielgruppe wird besonders durch soziale Netzwerke wie Facebook, Twitter, StudiVz oder YouTube unterstützt. Nach der Online-Studie 2009 von ARD und ZDF tummeln sich hier bereits 49 Prozent der 19- bis 25-Jährigen.
- Das Informations- und Kommunikationsverhalten hat sich verändert. Wurden bis in die letzten Jahre hinein Informationen noch wesentlich über Fernsehen und Tageszeitungen sowie Magazine aufgenommen, so hat sich inzwischen das Internet als wichtigstes Medium der Informationsaufnahme und

-verarbeitung bei den Digital Natives etabliert. Chats und Instant Messaging sind wesentliche Grundlagen für die Sofortkommunikation, die mit Skype und Video unterstützt wird.

- Die Anforderungen an Information und Transparenz sind gewachsen. Der Informationsvielfalt durch multimediale Möglichkeiten steht heute die zunehmende Komplexität der Probleme gegenüber. Deshalb verlangen Bürger zunehmend nach Transparenz des Regierungs- und Verwaltungshandeln als Grundlage ihres potentiellen Engagements.

Technologische Aspekte

- Das Internet wird überall verfügbar sein. Mit der Möglichkeit, immer und überall online zu gehen, hat das mobile Internet seinen Durchbruch erzielt. Die großen Telekommunikationsgesellschaften bemerkten, welche Chancen ihnen die Datenübertragung auf mobile Endgeräte bietet. Gerade die neuen intelligenten Smartphones machen es inzwischen leicht, zwischendurch eMails zu checken oder neue Applikationen zu starten, die Informationen in Echtzeit geben. Dieser Trend wird zudem durch den Siegeszug der Netbooks gefördert.

- Das Datenvolumen steigt immer weiter an. Es soll bis zum Jahre 2013 um das Fünffache ansteigen. Der größte Bedarf an Datenvolumen wird nach einer Studie des Technologiekonzern Cisco dabei weltweit auf der Nutzung von Videoformaten liegen, gefolgt von Video-on-Demand (VOD)-Angeboten. Es entwickelt sich aber ein neuer Trend hin zur sogenannten „Hyperconnectivity“, hervorgerufen durch die gleichzeitige aktive und passive Nutzung von Web 2.0-Diensten wie Internet, Video, Online-Netzwerken, mobile Video-Anwendungen, Internet-TV und Online-Radio.

- Video wird immer zum Kommunikationsmedium Nr. 1 werden, weil seine Bedienung einfacher wird. Darüberhinaus wird der Siegeszug von Telepresence Systemen weitergehen, bei denen die Sitzungsteilnehmer den Eindruck haben, in einem Raum zu sein, weil sie sich in voller Lebensgröße sehen und in vorzüglicher Tonqualität hören können.

- Basierend auf Virtualisierungsstrategien wird es darüberhinaus wesentlich leichter werden, ein Mash-up von Daten zu erreichen, die bislang auf verschiedenen Servern in unterschiedlichen Formaten vorliegen. Damit steigt die Bedeutung von intelligenten Netzwerken als Grundlage der Digitalisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

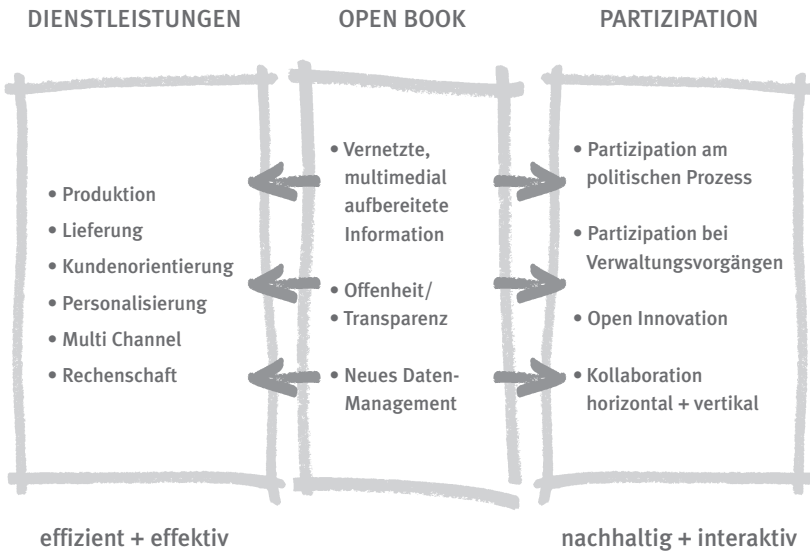
Wirtschaftliche Aspekte

- Das Internet ist der Treibstoff für eine globalisierte Wirtschaft. Die globalen Wertschöpfungsketten beruhen darauf, dass rund um die Uhr vernetzte Informations-, Kommunikations- und Kollaborations-Infrastrukturen zur Verfügung stehen.
- Web 2.0 und soziale Netzwerke sind in den Unternehmen auf dem Vormarsch. Noch vor wenigen Jahren wurde das Potenzial von Web 2.0 und sozialen Netzwerken hauptsächlich durch die privaten Nutzer erschlossen. Nunmehr haben auch die Unternehmen erkannt, dass Web 2.0-Werkzeuge und darauf beruhende Kollaboration-Anwendungen ihnen Vorteile bringen. Nach den 2008 veröffentlichten Zahlen der Unternehmensberatung McKinsey steigt der Anteil der Nutzung an Blogs, Wikis, RSS Applikationen und sozialen Netzwerken weiter an. Für nahezu 30 % der Unternehmen sind sie inzwischen eine Selbstverständlichkeit. Damit einher geht häufig ein verändertes Managementmodell das auf Kollaborations-Elementen beruht.
- Web 2.0- und Kollaborations-Werkzeuge bewirkten einen Relaunch der Innovationsstrategien in den Unternehmen, die inzwischen ihre Kunden, Mitarbeiter und Partner in einen offenen Innovationsprozess einbeziehen.

NEUJUSTIERUNG DES eGOVERNMENT

Da diese gesellschaftlichen, technologischen und ökonomischen Veränderungen weltweit erfolgen, können Regierung und Verwaltung diese Trends nicht länger ignorieren, wenn sie das selbst gesteckte Ziel, bis zum Jahre 2012 wieder unter die ersten drei eGovernment-Nationen zu gehören, erreichen wollen.

eGovernment steht heute vor einer Neujustierung. Die Komponenten dieser neuen eGovernment-Architektur zeigt das folgende Schaubild auf.



Virtuelle Netzwerke als Plattform (Daten, Sprache, Video, Mobil)

Transaktioniertes eGovernment

Vor zehn Jahren startete das eGovernment in Deutschland. Zuvor hatte es einige Piloten in einzelnen Bundesländern und Kommunen gegeben. Mit dem Eintritt des Bundes in die eGovernment-Entwicklung (Bund Online 2005) begann eine Phase, die mit eGovernment 1.0 umschrieben werden kann. Sie dauert noch heute an. In ihrem Mittelpunkt steht das eGovernment, das sich auf die medienbruchfreie Transaktion von digitalen Dienstleistungen konzentriert. Dies stellt die linke Säule des Schaubilds dar. Es ist zu erwarten, dass dieses transaktionsorientierte eGovernment in der nächsten Legislaturperiode (endlich) flächendeckend umgesetzt werden kann. Diese Annahme beruht auf zahlreichen Entscheidungen der letzten Monate. Beispielhaft seien nur die Verabschiedung des Art. 91c GG, die Realisierung des Projekts „Deutschland Online Infrastruktur“, die Schaffung einer einheitlichen Behördenrufnummer 115, die Anstrengungen zur Schaffung der einheitlichen Ansprechpartner bei der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie oder die Bereitstellung von finanziellen Ressourcen im Konjunkturpaket II für die Beschleunigung von eGovernment genannt.

Neben dieses transaktionsbasierte eGovernment tritt zunehmend der Ausbau der Partizipationsmöglichkeiten von Bürgern an Politik- und Verwaltungsvorgängen. Dies zeigt der rechte Kasten im Schaubild mit der Überschrift „Partizipation“.

Viele Bürger wollen laut der neuesten BITKOM-Umfrage nicht nur ihre Meinung sagen, sondern selbst an politischen Entscheidungen teilhaben. Fast 40 % möchten per Internet direkt an Entscheidungen mitwirken, bei den Jüngeren sind es 46 %.

Um dieses verstärkte Verlangen nach Partizipation zu decken, wird eine gründliche Überholung des gängigen Politikentstehungs- und Entscheidungsprozesses erforderlich zu sein. Dies ist ganz im Sinne der Formel „Reboot_D“. Während diese Debatte in der Bundesrepublik erst begonnen hat, ist sie international schon ein Stück vorangeschritten. Erneut sind die angelsächsischen Länder hier die Vorreiter.

Partizipationsbezogenes eGovernment

Das transaktionsbasierte eGovernment wird künftig durch ein partizipationsbezogenes eGovernment komplementiert werden müssen. Dieses beruht auf drei Komponenten:

- Erweiterung der Beteiligungsmöglichkeiten im politisch-parlamentarischen System
- Erweiterung der Partizipationsangebote im politisch-administrativen System
- Organisation von offenen sozialen Innovationsprozessen

Erweiterung der Beteiligungsmöglichkeiten im politisch-parlamentarischen Prozess

Zu den wesentlichen Erkenntnissen der oben erwähnten BITKOM-Studie gehört, dass die Bürger auch jenseits von Wahlen sich am politisch-parlamentarischen Prozess beteiligen wollen. Da die alten Leitmedien TV und Tageszeitung vor allem in den jüngeren Altersgruppen zunehmend an Bedeutung verlieren, stellt der systematische Ausbau aller Internet-Beteiligungsangebote die Alternative dar. Ähnlich wie es der amerikanische Präsident Obama angekündigt hat, sollte auch in Deutschland jedes Gesetzgebungsverfahren online gestellt werden. Dazu gehören vor allem auch die nutzerfreundlich aufberei-

teten Stellungnahmen der Verbände und Organisationen und die Möglichkeit zum Online-Diskurs durch die Netzgemeinschaft.

Da die Enquetekommissionen der Parlamente langfristige Entwicklungen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft diskutieren, sollte der gesamte Enqueteprozess online abgewickelt werden und durch virtuelle Online-Konferenzen mit der interessierten Öffentlichkeit ergänzt werden.

Die regelmäßige Durchführung von moderierten Online-Foren, der Ausbau des eVoting und ePetitionsrechts, die Erweiterung der interaktiven Möglichkeiten jenseits der Texteingabe mit den Parlamentariern in einen interaktiven Dialog zu treten, ergänzen diese Prinzipien.

Erweiterung der Partizipationsangebote im politisch-administrativen Prozess

Da die Ministerialverwaltung die wesentlichen Vorlagen für Regierung und Parlamente erarbeitet, sollten die vorherigen Ausführungen auch für den politisch-administrativen Prozess gelten.

Zu den weiteren Elementen einer Partizipationsstrategie für die öffentliche Verwaltung gehören beispielsweise Bewertungssysteme für öffentliche Angelegenheiten (Kölner Bürgerhaushalt). Ebenso könnte ein neues Vorschlagswesen für die öffentliche Verwaltung, eingeführt werden, bei denen Bürger und Unternehmer gebeten werden, Vorschläge für das Digitale Deutschland diskursiv zu erarbeiten. Pate könnte hier die Initiative der britischen Regierung „Show us a better way“ stehen, die aufgesetzt wurde, um Ideen für den Einsatz öffentlich verfügbarer Daten zu finden.

Offene soziale Innovationsprozesse

Die Zeiten, in denen Strategien von Eliten in abgeschlossenen Zirkeln und Sitzungszimmern erarbeitet und der erstaunten Öffentlichkeit verkündet werden, sind vorbei. Moderne Innovationsstrategien setzen darauf, das Wissen und die Vorstellungskraft vieler Akteure in Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft – aber nicht auch zuletzt von den unmittelbar Betroffenen, den Bürgern und Unternehmen – in einem geordneten Prozess zu bündeln und einzubringen. Das Stichwort für diesen Ansatz heißt „Crowdsourcing“. Er will bewußt die „Weisheit der Massen“, die kollektive Intelligenz, nutzbar machen und setzt damit an der Erfahrungswelt der Digital Natives an.

Neben den angelsächsischen Ländern hat insbesondere die Europäische Union wertvolle Erfahrungen mit offenen sozialen Innovationsprozessen gewonnen. Zur Fortschreibung der Lissabon Strategie hat sie beispielsweise ein Portal geschaffen, in dem die interessierte Fachöffentlichkeit Vorschläge für die Weiterentwicklung der Themen und politischen Programme entwickeln kann. Diese können dann untereinander kommentiert, bewertet und schließlich in ein Dokument eingepflegt werden, das im Wiki-Verfahren entstehen wird. Ähnlich verfährt die neue US Administration mit dem Open Government Dialogue, der in nur sechs Monaten eine vollständig neue Offenheitsstrategie der amerikanischen Regierung und Verwaltung hervorbrachte.

Auch in Deutschland gibt es erste Ansätze zu einer derartigen Ausnutzung der kollektiven Intelligenz. Das Bundesinnenministerium hat jüngst verkündet, dass die nächste föderale eGovernment-Gesamtstrategie im interaktiven Dialog entstehen soll. Offene soziale Innovationsprozesse sind ein zentrales Element jeder Partizipationsstrategie.

„OPEN BOOK GOVERNMENT“ ALS BINDEGLIED

Als Verbindungsstück zwischen dem klassischen transaktionierten eGovernment und der Erweiterung der online Partizipationsmöglichkeiten dient eine neue Politik im Sinne eines „Open Book Government“. Open Book ist eine Managementtheorie, die sich zu Beginn besonders der finanziellen Transparenz der Unternehmen widmete. Kunden, Lieferanten, Mitarbeitern und Aktionären sollte es durch intelligente Aufbereitung der Daten in Echtzeit möglich sein, einen vollständigen und transparenten Überblick über die finanzielle Situation des Unternehmens zu bekommen. Überträgt man dieses

Prinzip auf das tägliche Regierungs- und Verwaltungshandeln, wird schnell klar, dass Offenheit von Prozessen und Transparenz über Entscheidungsvorbereitung und Entscheidungen im deutschen politisch-parlamentarischen wie auch im administrativen System eher noch Fremdkörper sind. Die jahrelangen Diskussion über das Informationsfreiheitsgesetz haben jedenfalls gezeigt, dass es hier eher darum ging, die Nutzung der Informationsfreiheit einzugrenzen und so kompliziert zu machen, dass es möglichst wenig genutzt. Die Möglichkeiten und Notwendigkeiten, die Vernetzung im Informationszeitalter heute bietet, wurden weitgehend ignoriert. Auch die jüngste Auseinandersetzung bei der Umsetzung einer EU-Richtlinie um die Offenlegung der Agrarsubventionen an Landwirte zeigt, dass die Bereitschaft zur offenen und transparenten Regierungs- und Verwaltungsführung noch nicht sehr ausgeprägt ist.

Systematisch umfaßt das Open Book Government drei Aspekte:

- Vernetzte multimedial aufbereitete Information
- Offenheit und Transparenz von Prozessen und Entscheidungen
- Neues Datenmanagement

Vernetzte multimedial aufbereitete Information

Seit Jahren präsentieren sich Bund, Länder und Gemeinden sowie die Parlamente im Internet. Zwar haben diese Internetauftritte an Professionalität gewonnen, sie sind – von Ausnahmen abgesehen – in den seltensten Fällen jedoch wirklich dynamisch und interaktiv, wie eine von der Plattform „Politik Digital“ in Auftrag gegebene Studie vor einigen Monaten bescheinigte. Die staatlichen und kommunalen Webseiten sind häufig so konzipiert, dass sie bequem am Browser des Desktops oder Laptop gelesen werden können. Allerdings fehlt es an zwei Elementen, die im Web 2.0-Zeitalter immer größere Bedeutung bekommen. Dazu gehören die Präsentation der Inhalte für mobile Endgeräte und die jederzeitige Aktualisierung der Informationen durch eine selbstverständliche Verknüpfung von Daten aus allen möglichen Politikbereichen. Die amerikanische Hauptstadt Washington D.C., hat deshalb einen Wettbewerb gestartet, in dem Bürger aufgefordert wurden, Anwendungen zu entwickeln, die das städtische Informations- und Dienstleistungsangebot transparent machen sollten. In diesem Wettbewerb „Apps for Democracy“

wurden 2009 insgesamt 49 Applikationen von den Nutzern entwickelt.¹ Nach Aussagen der Stadt konnten so 2,3 Millionen Dollar an Entwicklungskosten eingespart werden. Ebenso interessant ist unter Web 2.0-Gesichtspunkten der neue Internet-Auftritt der Londoner Innenstadt (City of Westminster)². Die Londoner haben ihre Webseite konsequent nach dem Google-Prinzip umgestaltet: interaktiv, Echtzeit und einfache Präsentation, die auch auf mobilen Endgeräten verfügbar ist. Es ist zu erwarten, dass dieser Trend sich rasch verbreiten wird. Dann sehen selbst die neuesten Webseiten der deutschen Regierungsbehörden oder des Deutschen Bundestages alt aus.

Wichtiger noch als die Darstellung ist jedoch der vernetzte Inhalt. Es hat in Deutschland sechs Monate gedauert, bis vom Bundesfinanzministerium eine Webseite eingerichtet wurde, die Transparenz über das Design und die Mittelbereitstellung der Gelder aus dem Konjunkturpaket II Auskunft gibt. Weil sowohl die Komplexität der einzelnen Bereiche als auch die Vernetzung von Politikfeldern und von Akteuren in Politik, Verwaltung und Wirtschaft immer weiter voranschreitet, sollte es künftig eine Selbstverständlichkeit sein, für die großen politischen Reformthemen entsprechende interaktive Internetangebote zu schaffen. Was im Wahlkampf in Ansätzen forciert wurde, sollte auch im alltäglichen Regierungs- und Verwaltungshandeln selbstverständlich sein.

Offenheit und Transparenz von Prozessen und Entscheidungen

Offenheit und Transparenz sind die Grundlage dafür, dass Bürger und Unternehmen Regierungen und Verwaltungen trauen. Nach allen Umfragen ist gerade dieses Vertrauen erheblich gestört. Dies zeigen aktuelle Debatten um die Bekämpfung der Kinderpornografie ebenso wie die unterstellte Neigung des Bundesinnenministers zum autoritären überwachenden Staat. Regierung und Verwaltung müssen sich dieser Kritik offensiv stellen. Deshalb stellt die berechtigte Forderung nach Offenheit und Transparenz von Prozessen und Entscheidungen durch stärkere Netznutzung einen unverzichtbaren Bestandteil der Neujustierung des eGovernment dar. Ich habe Zweifel, ob wir soweit gehen wollen, wie dies der amerikanische Präsident getan hat.

Während der Monate bis zu seiner Vereidigung hat Barack Obama z.B. große Transparenz in Bezug auf Lobbyismusversuche zugelassen. Auf der Internet-

¹ <http://www.appsfordemocracy.org/>

² <http://www.westminster.gov.uk>

seite des „President Elect“ gab es eine Anwendung, die „Your Seat at the Table“ hieß. Hier waren die wesentlichen Termine Obamas mit Vertretern von Lobbygruppen aufgelistet. Damit die Öffentlichkeit auch wusste, was dort erörtert werden sollte, gab es die Möglichkeit, die eingereichten Positionspapiere der Lobbyisten und Einzelpersonen als PDF-Datei herunterzuladen und zu kommentieren.

Offenheit und Transparenz wird sich nicht in jedem Falle herstellen lassen. Allerdings sollte sie besonders dort gelten, wo es um den Einsatz von Steuergeldern geht, damit die Bürger die Auswirkungen der eingesetzten Finanzmittel auch einschätzen können. Da der Staat durch seine Ausgaben einen erheblichen Einfluß auf die Konunktur- und Wirtschaftsentwicklung hat, bedarf besonders die öffentliche Auftragsvergabe einer grundlichen Überprüfung. Generell sollte die Leitlinie gelten, dass grundsätzlich über öffentliche Angelegenheiten auf allen Wegen – und in Zukunft noch stärker über das Netz – Offenheit und Transparenz hergestellt wird. Es bedarf dann einer besonderen Begründungspflicht, wenn vereinzelt öffentliche Angelegenheiten geheim gehalten werden sollen. Dazu sollte es jedoch eine offene und transparente, interaktiv geführte Debatte geben.

Neues Datenmanagement

Einen neuen Ansatz erfordert auch die Bereitstellung und Aufbereitung der bei den Behörden vorhandenen umfangreichen Daten. Die Neujustierung des eGovernment in Deutschland wird sich dieser Diskussion nicht verwehren können. Insbesondere die Verknüpfung von Verwaltungsvorgängen und Geodaten wird dem eGovernment einen neuen Schub verleihen. Die britische Regierung hat sich dieses Themas besonders angenommen. Das veröffentlichte Dokument „Power of Information“ zeigt für das neue Datenmanagement der Regierung im Web 2.0-Zeitalter vier Handlungsnotwendigkeiten auf:

- Freie Bereitstellung von Karten mit Geo-Informationen (z.B. Verwaltungs- und Wahlkreisgrenzen, öffentliche Einrichtungen und geografischen Standardinformationen).
- Schaffung eines Open Space API – vergleichbar zur Anwendung Google Maps.
- Zeitnahe Bereitstellung von Daten – möglichst in Echtzeit.
- Sicherstellen, dass öffentliche Daten aufbereitet werden, dass sie für alle so einfach wie möglich zugänglich und verständlich sind.

Exemplarisch sind auch hier die Bemühungen der neuen Administration des US-Präsidenten Obama. Gleich nach Amtsantritt hat er eine Initiative ins Leben gerufen, um die verteilten Geodaten der amerikanischen Regierungsbehörden für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen und sie so aufzubereiten, dass sie auch auf mobilen Endgeräten genutzt werden können. Ein gutes Beispiel für diese neue Art der Datenaufbereitung ist die Website „Urban Eco-map“, die die Stadt San Francisco für alle umwelt- und energierelevanten Daten wie Verkehr, Abfall und Wasser entwickelt hat und die stadtteilbezogen die aktuellen CO₂-Werte ausweist. Aus diesen Daten können Bürger und Unternehmen sodann ihre Schlussfolgerungen für ihr eigenes Umwelt- und Energieverhalten ziehen.

Das partizipationsbezogene eGovernment lässt sich nicht aufhalten. Wenn in der nächsten Legislaturperiode beim eGovernment keine grundsätzliche Richtungsänderung erfolgt, wird die Netzgemeinschaft durch intensive Technologienutzung eigene Wege finden, ihre Vorschläge einzubringen und die Einschätzung der alltäglichen Regierungs- und Verwaltungsarbeit vorzunehmen.

Eine Weigerung, ihnen stärker Gehör zu verschaffen und mit einer Politik des Open Book Government dafür die wesentlichen Fundamente zu setzen, würde die Vertrauenskrise zwischen Politik, Verwaltung und Wählern noch verschärfen. Deshalb ist es besser, wenn Politik und Verwaltung dies rechtzeitig erkennen und darauf gemeinsam mit den Digital Natives politische Antworten entwickeln.



44 →

Rechts, Links, Mitte – Raus!



RECHTS, LINKS, MITTE – RAUS!

Vom politischen Wagnis der Partizipation

Die Wertewelten der Wähler sind komplexer geworden. Noch hat man den Eindruck, dass die Parteien dieser Entwicklung nicht Schritt halten. Aus welchen Gründen – das sei jetzt einmal dahin gestellt! Ihre Positionierungen Rechts, Links, Mitte greifen – wie Prof. Peter Kruse in diesem Interview deutlich aufzeigt – zu kurz. In den Köpfen der Wähler werden die großen Parteien als extrem gleich wahrgenommen, sie differenzieren nicht mehr! Wie die Parteien mit Hilfe der Netzwerke eine neue Ausdifferenzierung erreichen können, das erfahren sie auf den folgenden Seiten.

Peter Kruse | Ulrike Reinhard

tags: #maslow #parteien2.o #kultur #netzwerke #demokratie2.o
#partizipation



Prof. Dr. Peter Kruse ist geschäftsführender Gesellschafter der *nextpractice GmbH* und Honorarprofessor für Allgemeine und Organisationspsychologie an der Universität Bremen. Zunächst beschäftigte er sich über 15 Jahre als Wissenschaftler auf der Schnittfläche von Neurophysiologie und Experimentalpsychologie mit der Komplexitätsverarbeitung in intelligenten Netzwerken. Anfang der 90er Jahre reorganisierte er das Management einer familieneigenen Produktionsfirma und gründete eine Unternehmensberatung mit Schwerpunkt auf der Anwendung und praxisnahen Übertragung von Selbstorganisationskonzepten auf unternehmerische Fragestellungen.

Mit mitreißenden Impulsvorträgen sorgte er als Berater jahrelang im In- und Ausland für Aufsehen. 2005 bezeichnete die „Computerwoche“ den mehrfach Ausgezeichneten als „Deutschlands Change-Management-Papst“. 2009 wählte ihn das „Personalmagazin“ zum wiederholten Male in die Liste der „40 führenden Köpfe im Personalwesen“.

Heute liegt der Fokus von Prof. Dr. Peter Kruse auf der Entwicklung von neuen Ansätzen zur Förderung und Nutzung kollektiver Intelligenz und zur Professionalisierung von Unternehmertum im Zeichen eines stabilisierenden Kulturaufbaus.

Reboot_D: Was macht eigentlich die Wirkungskraft von Netzwerken aus?

Peter Kruse: Die Wirkungskraft und Ordnungsbildungskapazität von Netzwerken hängt wesentlich an zwei Parametern. Zum einen ist da die Dichte der Verbindungen zwischen den im Netz befindlichen Knoten. Je ausgeprägter die Dichte der Verbindungen, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit der Ausbreitung von Wirkungen und Rückwirkungen. Je höher die Verbindungsdichte desto höher die mögliche Komplexität. Die zweite zentrale Einflussgröße ist das Ausmaß der spontanen Aktivität der beteiligten Netzwerkknoten. Je höher diese Spontanaktivität, also die Erregung ohne Anregung, desto intensiver sind das Grundrauschen und damit die Dynamik des Netzwerkes.

Übertragen auf die Welt der neuen interaktiven Medien – wie beispielsweise Internet und Handy – ist die erste Ebene hauptsächlich eine Frage der technischen Infrastruktur. Ohne Verbindung keine Vernetzung. Es geht um das „Wie?“ der Vernetzung, um das gewählte Medium, die zur Verfügung stehende Transfermenge von Daten usw. Die frühe Phase der Internet-Euphorie war geprägt durch die Begeisterung an den damals noch überraschenden Möglichkeiten des Informationsaustausches. Heute sind die Netzwerke technisch hervorragend ausgestattet. Bandbreite, Nutzerfreundlichkeit, Alltagspräsenz – alles nahezu in Perfektion – weit mehr als wir uns zu Beginn hätten Träumen lassen. Das „Wie?“ der Vernetzung ist weitgehend geklärt und zur Selbstverständlichkeit geworden. Auf der Ebene der Spontanaktivität im Netzwerk geht es nun um ganz andere Aspekte:

- warum vernetzen sich die Menschen überhaupt?
- warum sind so viele Teilnehmer tatsächlich so aktiv?
- warum tragen sie ihre Kreativität kostenlos zu Markte?

Es geht nicht mehr um die technischen Möglichkeiten, sondern um die Handlungsmotivation, die zur individuellen und kollektiven Beteiligung in den Netzwerken führt.

Reboot_D: Die aktuelle Frage lautet also nicht WIE vernetzen wir uns, sondern WARUM ...

Peter Kruse: Genau! Die Netzwerke mit prinzipiell hoher Vernetzungsdichte sind einfach da. Das war nicht immer so. Denken wir an die Zeit vor der Einführung der neuen Kommunikationstechnologien zurück. Da hatten wir die

Situation, dass jeder Mensch, den ein starkes Handlungsmotiv antrieb, immer erst nach Netzwerken suchen musste, die es ihm gestatteten, seinen persönlichen Wirkungsraum zu potenzieren. Jedes „Warum?“ musste gewissermaßen selbst aktiv nach geeigneten Formen des „Wie?“ suchen. Wenn man etwas verändern, wenn man gesellschaftlich Einfluss nehmen wollte, musste man viel Energie und Intelligenz in die Wahl geeigneter Mittel und Wege stecken: Man ging auf die Straße oder versuchte sonst irgendwie die Aufmerksamkeit der Massenmedien und damit der Öffentlichkeit auf sein Anliegen zu lenken. Man hat Hungerstreiks gemacht, Lichterketten gebildet, Plakate an gewagten Plätzen entrollt usw. Immer ging es darum, für die eigene Sache zu mobilisieren. Wer sich die Medien als Werbeträger nicht kaufen konnte, musste irgendwie interessant oder aufregend genug sein, um für die Medienmacher Attraktivität zu besitzen. Die Massenmedien hatten gewissermaßen das Skalierungsmonopol.

Eine schöne, weil sehr kreative Ausnahme hat sich allerdings zum Beispiel während des Protestes gegen die Volkszählung im Jahre 1987 zugetragen. Die Wut der Menschen gegen das weitgehende Informationsbedürfnis des Staates hat sich zur Verstärkung der gemeinschaftlichen Motivlage einer recht ungewöhnlichen Vernetzungstechnologie bedient, die gerade aktuell wieder von der Opposition im Iran genutzt wird: Man artikuliert damals seinen Widerstand durch auf Geldscheine geschriebene Parolen. Ganz schön clever: Geldscheine haben eine hohe Reichweite und eine hohe Geschwindigkeit der Zirkulation von Hand zu Hand. So hat man tatsächlich auf sehr vielen Geldscheinen in Deutschland und auch anderswo Kokainspuren nachweisen können – nicht etwa weil etwas faul ist im Staate Dänemark und der Drogenkonsum explodiert, sondern weil jeder Geldschein eben unglaublich viele Menschen erreicht. Aufgrund des hohen Durchdringungsgrades und der hohen Zirkulationsgeschwindigkeit sind Geldscheine ein Vernetzungsmedium mit einem durchaus interessanten Subversionsfaktor. Vor dem Internet musste man eben recht pfiffig sein, um den eigenen Handlungsmotiven ohne Medienmacht Gehör zu verschaffen.

Heute haben wir eine grundlegend andere Ausgangslage: Das früher herbeigesehnte oder mühsam realisierte Netzwerk ist einfach da, jederzeit verfügbar und prinzipiell immer aufnahmebereit. Früher suchten sich Handlungsmotive mühsam ein Netzwerk, heute ist es fast so, als ob das Netzwerk gierig nach geeigneten Handlungsmotiven sucht. Wir leben in einer Welt, in der jedem noch so zaghaft formulierten „Warum?“ sofort ein prinzipiell mächtiges „Wie?“ zur Verfügung steht. Manchmal ist die Reaktion der Netzwerke sogar deutlich

heftiger als dem auslösenden Impulsgeber lieb ist. Erinnern wir uns an Christoph Strüber, der eigentlich nur eine Party auf Sylt feiern wollte und einen Volksauflauf auslöste. Die Netzwerke sind eine immer präsente Einladung zur Beteiligung.

Reboot_D: Was zur Folge hat, dass Partizipation beispielsweise seitens der Kunden, Parteimitglieder, Wähler eigentlich ganz zwangsläufig immer mehr eingeklagt wird ...

Peter Kruse: Ja, man kann heute niemand glaubhaft klar machen, dass ein mühsamer Weg durch die Instanzen, eine jahrelange parteipolitische Basisarbeit oder etwa der persönliche Aufstieg zum Medienmogul notwendig ist, um die individuelle Wirkung zu potenzieren. Mit den interaktiven Vernetzungstechnologien ist ein Instrument entstanden, das wie ein immer währendes Versprechen auf wirksame Beteiligung wirkt. Versuchen Sie in Zeiten des Internets einmal glaubwürdig zu vertreten, dass Partizipation eine schwierige Übung ist. Wenn ein Wunsch auf Partizipation vorgetragen wird, können Sie zwar auf mangelnde Kompetenz verweisen, aber Sie können den Wunsch nicht mehr mit der Drohung eines mühseligen „Wie?“ zum Schweigen bringen. Mit der Erwartung an das Internet, dass jeder Schmetterling einen Sturm entfachen kann, ist Partizipation zum fast selbstverständlichen Anspruch und tiefen Bedürfnis geworden. Ein Politiksystem, das sich dieser Änderung langfristig verweigert, frustriert die Menschen. Ist das Politiksystem eine Diktatur, dann steigt die Wahrscheinlichkeit für aggressiven Widerstand, ist es eine Demokratie, die das Versprechen auf Beteiligung als genetischen Kern in sich trägt, dann steigt das Risiko einer schleichenden inneren Abkehr.

Reboot_D: Manchmal bahnt sich der Wille zur politischen Partizipation im Netz bereits überraschend machtvolle Wege.

Peter Kruse: Ja, wie z.B. bei Franziska Heine und ihrer ePetition, die überraschend 134.015 Unterstützer mobilisierte oder wie im Falle der Piratenpartei, die durch die Macht des Netzwerkes in das Wahlbarometer von Xing aufgenommen wurde. Es hatten einfach viele tausend Nutzer die Kategorie „Sonstige“ in kürzester Zeit auf eine Prognose von über 90% getrieben. Xing hat dann eingelenkt und die Piraten-Partei als einzige „kleine“ Partei ins Barometer aufgenommen. Legendär fand ich in diesem Zusammenhang auch die Wirkung des Slogans: Die Kanzlerin kommt ... und alle so „Yeaahh“. Die Macht der Netzwerke ist groß, wenn ein Motiv die Teilnehmer in Schwingung versetzt. Die eigentliche Revolution ist nicht die Erhöhung der technischen Vernetzungs-

dichte, sondern die enorme Bereitschaft der Menschen, sich aktiv einzubringen. Die sozialen Netze im World Wide Web werden die Gesellschaft mehr verändern, als das Internet als technisches System vermuten ließ. Vernetzungsdichte und Spontanaktivität bilden erst zusammen einen gewaltigen Resonanzkörper: Es entsteht eine Revolution 2.0.

Reboot_D: Wie rege ich diesen Resonanzkörper an? Wie finde ich die Themen oder Motive, die zur Aufschaukelung führen? Einen Hype zu erzeugen, ist doch relativ „easy“ ...

Peter Kruse: (räuspert sich) ... das ist gar nicht „easy“ – oder nur, wenn man in die unterste Schublade menschlicher Bedürfnislagen greift. Dass „One night in Paris“, der Blog von „Horst Schlemmer“ oder die virale Kampagne um den „Terroranschlag von Bluewater“ funktioniert haben, ist nicht überraschend. Bei Sex, Blödeln und Gewalt ist es eher einfach, Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Bei ernsteren Anliegen oder komplexeren Motivlagen wird es deutlich schwieriger, die Menschen dazu zu bewegen, sich aktiv zu beteiligen. In den Netzen verlagert sich die Macht radikal vom Anbieter auf den Nachfrager. Der eigentlich interessante Zauberstab im Netzwerk ist nicht Werbedruck oder hohe Präsenz wie in den alten Medien. Das Internet erzeugt seine Stars und seine Moden weit weniger über Werbeetats oder trickreiche Manipulation als die PR-Berater und Werbeprofis einen glauben machen wollen. Was nachhaltig bedeutungsvoll wird und was nicht, entscheidet immer mehr die Resonanzbereitschaft der Nachfrager und immer weniger die Absicht der Anbieter. Im Internet gilt radikal, dass man nachhaltige Attraktivität weder kaufen noch erzwingen kann.

Ich glaube, die Parteien in Deutschland haben das im letzten Bundestagswahlkampf schmerzlich lernen müssen. Natürlich kann man sich als Partei einen „Digital Native“ in den Beirat holen oder „ganz professionelle virale Videos“ produzieren lassen. Wenn es aber nicht gelingt, reale Resonanzpunkte zu treffen, ist alles umsonst und die Wirkung im Netz eher „tote Hose“. Es können ja nicht alle ihre Dekolletees als Ankerreiz zu Markte tragen, sexuelle Vorlieben in die Waagschale werfen oder Sprüche klopfen wie Dieter Bohlen. Bei Themen, die in der Maslowschen Bedürfnispyramide im etwas anspruchsvolleren Bereich verankert sind, ist viel Einfühlungsvermögen gefragt: Was bewegt die Menschen im Netz wirklich? Wie viel Transparenz bin ich bereit zu zulassen und wie viel Mut zum Risiko bringe ich auf? Bei bedeutungsvolleren Motivlagen kann man Resonanz erhoffen aber nicht erzwingen.

Reboot_D: Ich denke doch. Ich kann mir schon Meinungsbildner zu einem Thema suchen, die dann eben Multiplikatoren im Netz sind. So kann ich eine Nachricht sehr gut, sehr schnell und breit streuen ...

Peter Kruse: ... ja, aber wenn man diesen Multiplikatoren wiederholt Botschaften schickt, die nicht resonanzfähig sind oder wenn man sie einfach für eigene Interessen missbraucht...

Reboot_D: ...dann machen die nicht mehr mit ...

Peter Kruse: ... wenn sie klug sind. Man ist im Netz nur solange ein Multiplikator wie die eigene Anziehungskraft hoch bleibt. Knoten, die das Netz missbrauchen oder ihren Missbrauch zulassen, werden kaum lange ungeschoren davonkommen. Ob die Teilnehmer im Netz einen Knoten zum Multiplikator machen, indem sie sich dauerhaft mit ihm verbinden – wie über RSS-Feed und als Twitter-Follower – oder nicht, ist halt einfach wieder eine Frage der Resonanzfähigkeit der Angebote. Man kann den Status eines verbindungsstarken Knotens – eines Hubs – ebenso schnell wieder loswerden, wie man ihn bekommen hat. Wer im Netz nicht mehr attraktiv ist, der ist ganz schnell allein.

Zusätzlich glaube ich, dass die Menschen in den Netzen in der Auswahl ihrer aufgebauten Verbindungen anspruchsvoller und irgendwie reifer agieren. Die Tendenz zu trivialen Hypes scheint zurück zu gehen. Sinnstiftende Themen gewinnen an Bedeutung. Die Motivationslagen, die zu Aufschaukelungseffekten führen, werden komplexer. Ich hoffe allerdings, dass diese Einschätzung nicht nur das Wunschenken eines in die Jahre gekommenen Bildungsbürgers ist, der seine Lebenszeit nicht mehr mit Schwachsinn á la Bluewater vergeuden möchte. Ich hoffe, dass der Missbrauch der wertvollen Aufschaukelungsfähigkeit im Internet aufhört und die Netzgemeinde weniger auf die trivialen Verführungen manipulierender Kommunikationsexperten hereinfällt. Man muss ja nicht jeden Köder fressen, nur weil er einen intensiven Geruch verbreitet. Trivialitäten sind mal ganz witzig, in Summe sind sie einfach nur ärgerlich ...

Reboot_D: ... aber auch kurzfristig in ihrer Wirkung?

Peter Kruse: Ja, Gott sei dank! Das geht meist genauso heftig runter wie es rauf gegangen ist. Sinnlose Hypes denunzieren sich über ihre Halbwertszeit. Wenn man in Netzwerken langfristig erfolgreich sein will, braucht es dann

letztlich doch mehr Substanz. Interessant finde ich in diesem Zusammenhang das Phänomen, dass bei Twitter einige Menschen eine relativ hohe Zahl von Followern haben, obwohl sie im Vergleich nur relativ wenige Tweets absetzen. Es scheint sich da ein qualitatives Plateau in der Statistik zu bilden. Manche Twitterer erzeugen Resonanz, ohne in Masse gehen zu müssen.

Reboot_D: Wie komme ich aber an Themen, die resonanzfähig sind?

Peter Kruse: Ich denke, das Wichtigste ist, dass man selbst ein Teil der Dynamik – also ganz dicht an den Themendriffs der Netzwerke ist und bleibt. Nur wer sich in einer Kultur bewegt, gewinnt ein Gefühl dafür, wo sich die Kultur hin entwickelt. Wie weit müssen sich beispielsweise die Strategien von Jack Wolfskin von der Kultur der Netze entfernt haben, um auf die Idee zu verfallen, einfache Bastler für die grafische Verwendung ihres Tierpfotensignets mit Abmahnungen von bis zu 1000 EURO Strafandrohung zu überziehen. Das war doch klar, dass ein solches Vorgehen zu sich schnell formierendem Widerstand und zu heftigen Solidarisierungseffekten führt. Die Netzkultur liebt die Freiheit der Verwendung von geistigem Eigentum. Da man bereit ist, viel zu geben, möchte man auch bei der Nutzung von Dingen nicht kleinkariert oder aus purem „Recht haben“ eingeschränkt werden. Die Freiheit beim Zugang zu Informationen und bei der Verwendung von Information ist ein zentraler Wert in der Netzkultur: „Zensursula“ kann ein Lied davon singen.

Wenn man sich ständig in den Netzwerken bewegt, gewinnt man eine ganz gute Intuition für die Does und Don'ts sowie für die aufkommenden Themen und Trends. Genial wäre es natürlich, wenn es so etwas wie ein EEG für das Internet gäbe. Man legt ein paar Elektroden an, und beobachtet wohin sich das System entwickeln. Mit einer entsprechenden Erhebungsmethode würde persönliche Intuition abgelöst durch ein direktes Verstehen der sich bildenden Ordnungsmuster.

Erste Ansätze wie Google-Trends oder wie die regionalisierte Schätzung von Stimmungslagen über das Auszählen der Verwendungshäufigkeit emotionaler Basisbegriffe gibt es ja bereits. Differenziertere automatische oder halb-automatische Analysen scheitern noch an der schieren Informationsmenge und am Problem der Semantik. Das Internet-EEG ist reine Zukunftsmusik. Es gibt noch keine Netz-Applikation, die einem die Mühe abnimmt, intensiv hineinzuhorchen, oder mit der man das Risiko der Wirkungslosigkeit im Netz zuverlässig verringern kann. Dabei sein ist alles.

Reboot_D: Und was heißt das jetzt übertragen auf unser Thema Politik? Betrachtet man im Rückblick den Online-Wahlkampf, so muss man quer durch alle Parteien feststellen, dass sie über das „Senden“ von Informationen nicht hinaus gekommen sind. Sie haben nur hin und wieder etwas von Obama geklaut oder besser gesagt, blind übernommen ...

Peter Kruse: Richtig. Die Politik ist mehr oder weniger bei der Frage nach dem „Wie?“, also auf der Stufe der Faszination der technischen Machbarkeit stehen geblieben. Mit Ausnahme der Piraten-Partei, für die es ein Heimspiel war, ist es so gut wie keiner Partei gelungen, nennenswerte Mobilisierungseffekte über das Internet zu erreichen. Man denke nur an die jämmerliche Imitation des Obama-Nichtwähler-Videos bei n-tv. Im Obama-Video wurde man als der Nichtwähler geoutet, der es zu verantworten hat, dass die ungeliebte Ära von George W. Bush noch um einige Jahre verlängert wird. Da kommt schon mal emotionale Betroffenheit auf. Entsprechend wurde die personalisierte Flash-Animation in wenigen Tagen viele Millionen Mal versandt und hatte sicherlich einen echten Beitrag zur Erhöhung der Wahlbeteiligung. Im Remake von n-tv wird man dagegen als einzelner Wähler dafür verantwortlich gemacht, das Guido Westerwelle Kanzler geworden ist. Wie lahm ist das denn? Wie soll eine völlig unrealistische und daher resonanzfreie Aussage überhaupt irgendeinen Mobilisierungseffekt erzeugen. Thema verfehlt! Es geht nicht um eine gut gemachte Form, sondern um einen resonanzfähigen Inhalt. Im Netz definiert sich die Wirkung eben über den Nachfrager.

Reboot_D: Aber bedeutet das nicht, dass die Parteien eigentlich die Themenhoheit an den Wähler abtreten müssten? Das wird ihnen aber gar nicht gefallen, sie müssten dann in der Tat „rebooten“ ...

Peter Kruse: Aus der Perspektive der Netzwerke betrachtet verlagert sich das gesellschaftliche Agenda-Setting tatsächlich tendenziell mehr von den Parteien weg. Ob das von den Parteien positiv oder negativ gesehen wird, hängt von der jeweiligen Aufgaben- und Rollendefinition ab. Halten sich die Politiker für die Experten, die bestimmen, was wichtig ist und was nicht, dann werden sie versuchen, die Themenhoheit zu behalten. Legen Sie den Schwerpunkt ihrer Definition von Professionalität dagegen auf den Bereich der operativen Gestaltung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, dann sind die Netze eher eine Entlastung als ein Angriff. Im Zusammenhang mit politischer Partizipation kann das Internet einen hervorragenden Beitrag liefern, wenn es darum geht, zu bestimmen, was zum Gegenstand politischen Handelns gemacht wird.

Über das Internet eine direkte Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen zu organisieren erscheint dagegen auf dem jetzigen Stand eher gewagt. Partizipation ist immer verbunden mit dem Erzeugen von Erwartungshaltungen. Richtet sich die Erwartungshaltung auf das reine Agenda-Setting, dann entspricht das heute schon den realen Möglichkeiten der Netzwerke. Richtet sich die Erwartungshaltung auf die ernsthafte Beteiligung an Entscheidungsprozessen, ist die Enttäuschung vorprogrammiert.

Die Parteien sollten – genau wie auch Unternehmen – lernen, klar zwischen den Vorteilen vertikal hierarchischer Führungsmodelle und den Vorteilen horizontaler Netzwerkstrukturen zu unterscheiden. Die kollektive Intelligenz der Netze ist besser, wenn es um kreative Suchprozesse geht. Hierarchie ist dagegen eindeutig stärker, wenn es um die Übernahme von Verantwortung und die Umsetzung von Entscheidungen geht. Netzwerke sind gut in der Phase der Invention. Hierarchien sind gut in der Phase der Innovation. Sobald eine Idee in die Umsetzung geht, braucht man einen stabil funktionierenden Apparat, der in der Lage ist, die Effizienz von Prozessen zu garantieren. Das Parteiensystem und die Institutionen der repräsentativen Demokratie sind in einer komplexen Gesellschaft sicherlich unverzichtbar. Ergänzt durch eine intensiviertere Partizipation der Bürger an der Ideenfindung und der Auswahl der Themenprioritäten dürfte die Leistungsfähigkeit noch deutlich zu steigern sein. Partizipation ist nicht gleich Basisdemokratie. Aber Partizipation bedeutet immer Abgabe von Macht, besonders dann, wenn die Partizipation über das Internet organisiert wird. Da muss sich auch noch der letzte Parteifunktionär klar machen, dass nicht mehr der Anbieter sondern der Nachfrager bestimmt, was auf der Tagesordnung steht.

Reboot_D: Brauchen wir dann aber nicht auch einen neuen „Typus“ von Politiker?

Peter Kruse: Unterstellt man das skizzierte Szenario eines intensivierten politischen Diskurses im Internet, dann ist das wohl der Fall. Der volksnahe Bierzeltpolitiker büßt im Internet ebenso an Wirkung ein, wie der mit allen Wassern gewaschene Medienprofi. Im Internet zählen – wie erwähnt – in erster Linie Glaubwürdigkeit und daserspüren resonanzfähiger Themen. In einem solchen Umfeld ist ein Kurt Beck ebenso seiner Mittel beraubt wie ein Karl-Theodor zu Guttenberg. Mit dem Eindringen der Netzwerke in die Hoheitsgewässer der traditionellen Massenmedien über Bürgerjournalismus und Blogging ändert sich die Definition von Medienkompetenz grundlegend. Ein ehrlicher und grad-

linig auftretender Peer Steinbrück kann da durchaus mehr Mobilisierungskraft entfalten als ein smarter Talkshowstar.

Reboot_D: Wie sollte dann eigentlich eine Partei oder ein politisches System mit der Netzwelt interagieren? Nehmen wir mal den Mitgliederschwund bei der SPD als Beispiel.

Peter Kruse: Meiner Meinung nach hat das, was gerade mit der SPD passiert, etwas mit der Ausdifferenzierung der Resonanzlandschaften in der Gesellschaft zu tun. Mit der Abspaltung der Linken ist das eigentlich längst nicht mehr funktionierende Flügel- und Lagerdenken noch einmal auferstanden. Oskar Lafontaine hat für sich das Richtige und für die SPD das Falsche gemacht. Er hat noch einmal das Gefühl wiederbelebt, man könne sich als Wähler auf der Basis einfacher Rahmendaten einer Partei zuordnen: Mindestlohn, Harz IV, „Benachteiligte dieser Gesellschaft bitte links raus treten“. Das generelle Abschmelzen von Stammwählerschaften spricht eine deutlich andere Sprache. Aber der Geist der Vergangenheit setzt die SPD stark unter Druck und ermöglicht es der CDU, themenspezifisch – wie in der Familienpolitik – eigentlich sozialdemokratische Positionen zu beziehen, ohne Gefahr zu laufen, dass dies als Abkehr von der Mitte interpretiert wird. Mit einer wachsenden Relevanz der Netzwerke auf der politischen Bühne, wie sie für die nächste Bundestagswahl mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten ist, kann davon ausgegangen werden, dass das alte Flügel- und Lagerdenken – vielleicht nicht in den politischen Kreisen, mit Sicherheit aber in der Gesellschaft – noch weiter an Relevanz verliert. Die resonanzfähigen Wertelandschaften werden deutlich komplexer als das Schema „Rechts, Lnks, Mitte“ suggeriert. Polarisierung ist genau so wenig eine Strategie für nachhaltigen Erfolg, wie das taktische Vermeiden jeglicher Auseinandersetzung. Ein harmoniewütiger Bundestagswahlkampf, wie wir ihn gerade hinter uns haben, wird so nicht wiederholbar sein und die Hoffnung auf das Wiederaufleben alter Gegensätze ist in jeder Hinsicht nicht wünschenswert.

Vor der letzten Bundestagswahl haben wir zwei Studien im politischen Kontext durchgeführt. Es zeigte sich, dass die großen Parteien im Kopf des Wählers nahezu keinen Unterschied mehr machen. Differenzierungspotential sahen die Befragten dagegen besonders im Themenfeld der Partizipation, das bislang von keiner Partei mit Ausnahme der Piraten-Partei besetzt wird. Partizipation ist für die Politik, was die Ökologie für die Automobilhersteller war: eine einzigartige Chance sich zu unterscheiden und Stellung zu beziehen. Nur,

wenn eine Partei versucht, dieses Feld zu besetzen, sollte sie sich darüber im Klaren sein, welchen Eingriff dies auch in die etablierten innerparteilichen Machtstrukturen bedeutet. Halbschwanger geht nicht. Es ist davon auszugehen, dass die Art und Weise wie politische Prozesse von einer Partei organisiert werden sogar mehr Bedeutung für die langfristige Profilbildung bekommt als die inhaltliche Ausrichtung über Parteiprogramme.

Reboot_D: Ist die aktuelle Farbenlehre in der Parteienlandschaft dann eigentlich überhaupt noch sinnvoll?

Peter Kruse: Wählerloyalität im Farbenspektrum ist ein bereits seit langem sinkender Stern. Und kann man heute überhaupt noch im Doppelblindversuch eindeutig eine inhaltliche Aussage einer Partei zuordnen? Das wäre eine interessante Aufgabe für „Wetten das“: Ich kann jede beliebige Aussage aus einem Parteiprogramm richtig der entsprechenden Partei zuordnen. Wer auch immer als Prominenter einen Wetteinsatz hierfür definiert, sollte sich gut überlegen, ob er die Wette wirklich für realistisch hält. Das Personen in den Wahlkämpfen immer wichtiger geworden sind, ist doch eigentlich direkt nach zu vollziehen. Wenn ich die Programme nicht mehr unterscheiden kann, bleiben ja nur noch persönliche Eigenheiten. Diese Unterscheidungsfähigkeit trainieren wir ja schon im Säuglingsalter. Es ist ein weiter Weg, die Entwicklung umzukehren und auf der nächsten Komplexitätsstufe auch den inhaltlichen Wiedererkennungswert von Parteien neu zu schärfen. Es ist meine tiefe Überzeugung, dass dies möglich ist und dass das Internet dabei eine nicht geringe Rolle spielen wird. Die Ausrichtung auf Personen und deren massenmediale Präsenz hat zwischen Parteien und Wählern zu einer sich selbst beschleunigenden Abwärtsspirale der politischen Kultur geführt. Inhalte haben soweit an Bedeutung verloren, dass einem Kleid zur Festspieleröffnung mehr Aufmerksamkeit zuteil wird als einer sachlich geführten Auseinandersetzung. Noch einmal können wir uns in Deutschland bei einer Bundestagswahl einen Rückgang der Wahlbeteiligung nicht leisten, ohne das Konzept der repräsentativen Demokratie der Lächerlichkeit preis zu geben.

Reboot_D: Erhöhung der Wahlbeteiligung über Partizipation als ein zentrales Ziel für die nächsten 4 Jahre? ...

Peter Kruse: Ja, dafür würde ich mich verkämpfen – unabhängig davon, welche Partei man favorisiert. Aber es wird ein hartes Stück Arbeit und ich bin mir nicht sicher, ob die Politik dem Braten der Partizipation überhaupt traut.

Manchmal habe ich den Eindruck, man unterstellt lieber allgemeine Politikverdrossenheit als sich dem Risiko einer ehrlichen und taktisch nicht kalkulierbaren Auseinandersetzung zu stellen – sowohl bei der parteiinternen Kommunikation als auch in Richtung Öffentlichkeit. Der Tweet von Max Winde „Ihr werdet Euch noch wünschen wir wären politikverdrossen.“ war da genau der richtige Wake-up-Call von Seiten der Netzgemeinschaft. Aber es wäre zu einfach, das ganze Problem auf den politischen Parteien abzuladen. Für die politische Kultur sind alle Stakeholder verantwortlich. Die repräsentative Demokratie braucht insgesamt immer wieder eine lebendige Erneuerung ihrer Legitimation. Sich einfach historisch zum Gewinner zu erklären ist für die Demokratie genau so unzureichend wie für die soziale Marktwirtschaft. Die Finanzkrise hat viele Selbstverständlichkeiten erschüttert und die Schockwellen betreffen nicht nur das Wirtschaftssystem.

Reboot_D: In diesem Buch ist ein Interview mit Oswald Metzger – heute CDU. Er ist in jungen Jahren in die SPD eingetreten, war dann nach einer längeren Parteipause über lange Jahre bei den Grünen und ist heute CDU. Was er letztendlich sagt, ist, dass seine Werte, für die er einsteht, die haben sich nicht geändert, er hat lediglich immer wieder eine neues zu Hause für deren Umsetzung gefunden ...

Peter Kruse: Für eine einzelne Person ist es recht einfach, ein Wertespektrum über viele Veränderungen hinweg konstant zu halten. Dafür sorgt schon das limbische System – der Lordsiegelbewahrer des Gehirns. Viel schwieriger wird diese „Konstanz im Wandel“ für eine demokratische Organisation. In demokratischen Organisationen kann das Wertesystem nur über Diskurs entwickelt und aufrechterhalten werden. Eine „ex cathedra“-Stabilisierung widerspricht demokratischen Prinzipien und ein einmal aufgeschriebenes Leitbild nutzt wenig. Die Parteien müssten sich halt immer wieder auf den schmerzhaften Weg einer inneren Erneuerung durch offene Auseinandersetzung und ehrliche Suche nach der eigenen Identität machen. Unter dem Druck der Regierungsverantwortung ist das nahezu unmöglich und unter den Augen einer kritischen Öffentlichkeit zumindest schwierig. Der gegenwärtige Absturz der SPD im Bund und die Tatsache, sich auf die Rolle der Opposition beschränken zu können, birgt große Chancen wieder einen tragfähigen Identitätskern wachsen zu lassen. Da können einem CDU und FDP fast mehr leid tun, da sie im Grunde das gleiche Problem wie die SPD haben und kaum die Zeit für tiefer gehende Reflektion oder gar kritisches Hinterfragen. Es ist zu hoffen, dass wenigstens die SPD diese Chance nutzt und dass sich die Piraten-Partei nicht zu früh in die

Rolle des Hoffnungsträgers drängen lässt. Der politischen Kultur in Deutschland würde es gut tun.

Reboot_D: Wenn man Probleme thematisiert angeht und in Netzwerken resonanzfähige Themen anspricht, dann ist das doch unabhängig von irgendeinem Wahlturnus.

Peter Kruse: Die Dynamik der politisch interessanten Themen ist eine ganz andere Betrachtungsebene als die Frage nach dem stabilisierenden Identitätskern einer Partei. Dennoch bestimmt am Ende der stabile Identitätskern die Art und Weise wie Themen aufgegriffen und bearbeitet werden. In einer Welt, die so schnellen Veränderungen unterliegt, kann eine Partei zur Wahl ja nicht mit hinreichender Seriosität festlegen, welche thematischen Schwerpunkte sie in den nächsten Jahren setzen will. Ereignisse wie 9/11 oder die Finanzkrise sind nicht vorhersagbar und stellen alles auf den Kopf. Aber man kann natürlich dem Wähler nahe bringen, mit welchen Grundeinstellungen und welchen Vorgehensweisen man aufkommende Probleme angehen wird. Wenn die Politik die Menschen stärker an der Themenfindung und den Denkprozessen der Entscheidungsfindung beteiligt, dann wird es wahrscheinlich wieder akzeptabler sein, alle vier Jahre einer Partei seine Stimme geben zu können, die zwar eine einklagbare Grundhaltung vertritt, die Zukunft aber auch nicht vorhersagen kann. Dann hört vielleicht endlich die Litanei vom angeblichen Wahlbetrug auf. Mehr Partizipation ist meiner Ansicht nach ein unverzichtbarer Schritt, um aus der nicht mehr zu übersehenden Krise der Demokratie heraus zu kommen.

Dass den Netzwerken, die die neuen Kommunikationsmedien zur Verfügung stellen, in diesem Zusammenhang eine schwer zu überschätzende Bedeutung zukommt, liegt auf der Hand. Aber die Erfahrungen, die derzeit in den USA gemacht werden, zeigen unmissverständlich, dass das „Wie?“ der Partizipation deutlich einfacher zu klären ist, als das „Warum?“ der dahinter stehenden Handlungsmotive. Ebenso wie die Politik brauchen auch die Bürger Zeit und Gelegenheit, den Umgang mit den neuen Möglichkeiten der Partizipation über die Netzwerke zu lernen. Die hitzige Gesundheitsdebatte in den USA hat wohl selbst den experimentierfreudigen Barack Obama überrascht und dürfte die Politiker hierzulande nicht gerade mutiger gemacht haben. Unsinnige Gerüchte demagogisch über die Netzwerke zu stimulieren oder heikle Informationen, wie die Ergebnisse einer Wahl, eines Abkommens oder die Kenntnisse von Terrorbekämpfung naiv in die Welt zu twittern, sind sich

real bietende Möglichkeiten. Ohne einen reifen Umgang der Netzgemeinde mit dem Missbrauchspotential ist Politik im Netz ein Spiel mit dem Feuer. Beteiligung bedeutet immer Übernahme von Verantwortung. Den Versuch einer Intensivierung von Partizipation über die Netze aber deshalb erst gar nicht zu wagen, wäre unverantwortlich. Das Dilemma ist nur zu lösen, wenn sich alle Stakeholder der Demokratie dem Risiko des gemeinsamen Lernweges stellen. Was passiert, wenn wir es wagen? Aber: Was passiert eigentlich, wenn wir es nicht wagen?

Reboot_D: Tja damit wären wir dann wieder beim Bildungssystem.

Peter Kruse: Wieso nur beim Bildungssystem? Kindergarten, Schule oder Universität sind zwar wichtige Trainingscamps der Demokratie aber kaum der zentrale Schlüssel zur Entwicklung. Das Problem der repräsentativen Demokratie ist die institutionelle Professionalisierung politischen Handelns. Politik ist doch nicht Aufgabe der Politiker und Bildung ist doch nicht Aufgabe des Bildungswesens. Bildung lässt sich genauso wenig wegdelegieren wie Politik. Wo sind die politische Neugier, die Aufbruchstimmung und der Gestaltungsdrang der 68er Periode geblieben? Die Philosophie der Maximierung von Effizienz und der Individualisierung von Erfolg, die die letzten Jahrzehnte dominierte, hat dazu geführt, dass sich die Experimentierfreude und Identifikation der Bürger vom öffentlichen Bereich immer mehr ins Private zurückgezogen hat. Es ist an der Zeit, gezielt und bewusst die Risiken einzugehen, die notwendig sind, um das Interesse an politischer Verantwortungsübernahme wieder zu steigern. Eine Erhöhung der Partizipation ist ohne Alternative und die Netzwerke bieten ein phantastisches „Wie?“ für das mächtige „Warum?“. Es nicht wenigstens ernsthaft zu versuchen, wäre ein historischer Fehler.

Das Interview führte Ulrike Reinhard



GOVERNMENT 2.0: IT'S ALL ABOUT THE PLATFORM

Tim O'Reilly credited with shepherding the term Web 2.0 into public consciousness and he regularly calls on technologists to “do something worthy,” especially in the face of ecological and political crisis. Now he is spending time in Washington, and bringing Washington officials to San Francisco to start a dialogue. O'Reilly is trying to help government become a platform for innovation. A “government as platform” would supply raw digital data and other forms of support for private sector innovators to build on top of.

Tim O'Reilly

tags: #government #api #platform #web2.0



Tim O'Reilly, the founder and CEO of computer book publisher O'Reilly Media and a conference organizer. O'Reilly coined the term Web 2.0 in 2005. Now he is arguing it is time for Government 2.0, and has helped organize a summit in mid September 2009!

Today, many people equate Web 2.0 with social media; three or four years ago, they equated it with AJAX applications and APIs. Many are now starting to think it's all about cloud computing. In fact, it's all of these and more. The way I have always defined Web 2.0, it's been about what it means for the internet, rather than the personal computer, to be the dominant computing platform. What are the rules of business and competitive advantage when the network is the platform?

So too with Government 2.0. A lot of people equate the term with government use of social media, either to solicit public participation or to get out its message in new ways. Some people think it means making government more transparent. Some people think it means adding AJAX to government websites, or replacing those websites with government APIs, or building new cloud platforms for shared government services. And yes, it means all those things.

But as with Web 2.0, the real secret of success in Government 2.0 is thinking about government as a platform. If there's one thing we learn from the technology industry, it's that every big winner has been a platform company: someone whose success has enabled others, who've built on their work and multiplied its impact. Microsoft put "a PC on every desk and in every home", the internet connected those PCs, Google enabled a generation of ad-supported startups, Apple turned the phone market upside down by letting developers loose to invent applications no phone company would ever have thought of. In each case, the platform provider raised the bar, and created opportunities for others to exploit.

There are signs that government is starting to adopt this kind of platform thinking

Behind Federal CIO Vivek Kundra's data.gov site is the idea that government agencies shouldn't just provide web sites, they should provide web services. These services, in effect, become the government's SDK (software development kit). The government may build some applications using these APIs, but there's an opportunity for private citizens and innovative companies to build new, unexpected applications. This is the phenomenon that Jonathan Zittrain refers to as "generativity", the ability of open-ended platforms to create new possibilities not envisioned by their creators.

And of course, much as happened with the rise of commercial web services, “hackers” have been battering at the gates for some time. Adrian Holovaty’s chicagocrime.org (now part of everyblock.com) was the second-ever Google Maps mashup, back in 2005. It showed the world just how much value could be created by putting government data on a map. Most of the winners of Washington D.C.’s Apps for Democracy contest are direct descendants of [chicagocrime](http://chicagocrime.org). Similarly, Openstreetmap started out using crowdsourcing to create free maps in the UK, where map data is expensive; their move to build better maps for Palestine led to contributions from the UN and European community.

We’re starting to see formal efforts to develop an application ecosystem at the local, state, and federal level, via contests like Apps for Democracy, Apps for America, and other similar programs. Startups like SeeClickFix are pushing for standardized APIs to government services (like Open311). But there’s still a long way to go.

My goal is to encourage more of this kind of platform thinking. With our initiatives we brought in leaders from some of the most important platform providers in the tech world – Vint Cerf, the creator of TCP/IP, Jack Dorsey of Twitter, and Craig Mundie of Microsoft, among others – to talk about what makes tech platforms tick. We’re bringing together people like GSA CIO Casey Coleman and Amazon CTO Werner Vogels to talk about what the government can learn from the private sector about building cloud computing infrastructure, and especially how to make interoperable clouds. We’re looking beyond the obvious, as in our on-stage conversation with Google chief economist Hal Varian, talking about the role that measurement and “real time economics” plays in the success of Web 2.0 platforms. We’ll try to apply these insights to some of the big initiatives facing the Federal government, including health care and education. And of course, we’ll be engaging with the architects of the government’s internet strategy, Federal CIO Vivek Kundra, Federal CTO Aneesh Chopra, White House new media head Macon Phillips, FCC chairman Julius Genachowski, as well as leaders from the military and intelligence sector.

In one of my prep calls for the Government 2.0 Summit with Craig Mundie, he pushed forcefully for the idea that killer apps drive platform adoption. It strikes me that the killer app may already be here; we just don’t give the government enough credit for it. I’m talking about the wonderful world of geo-location, with GPS devices in cars providing turn-by-turn directions, phone applications telling you when the next bus is about to arrive, and soon, aug-

mented reality applications telling you what's nearby. It's easy to forget that GPS, like the original internet, is a service kickstarted by the government. Here's the key point: the Air Force originally launched GPS satellites for its own purposes, but in a crucial policy decision, agreed to release a less accurate signal for commercial use. The Air Force moved from providing an application to providing a platform, with the result being a wave of innovation in the private sector.

Location is the key to the relevance of government to its citizenry, as well as to a host of non-governmental services. But there are already disputes about who owns the data. For example, the New York Metropolitan Transportation Authority issued a takedown order against the StationStops iPhone application. This is exactly the kind of bad policy that we hope to remedy by shedding light on best practices in government platform building.

It's easy to forget just how generative government interventions can be. The internet itself was originally a government-funded project. So was the interstate highway system. Would WalMart exist without that government intervention? Would our cities thrive without transportation, water, power, garbage collection and all the other services we take for granted? Like an operating system providing services for applications, government provides functions that enable private sector activity.

It's important for the idea of "government as platform" to reach well beyond the world of IT. It was Scott Heiferman, the founder of meetup.com who hammered this point home to me. Meetup is a platform for people to do whatever they want with. A lot of them are using it for citizen engagement: cleaning up parks, beaches and roads; identifying and fixing local problems.

In some of my recent talks, I've used an image originally proposed by Donald Kettl in *The Next Government of the United States*. Too often, we think of government as a kind of vending machine. We put in our taxes, and get out services: roads, bridges, hospitals, fire brigades, police protection ... And when the vending machine doesn't give us what we want, we protest. Our idea of citizen engagement has somehow been reduced to shaking the vending machine. But what meetup teaches us is that engagement may mean lending our hands, not just our voices.

In this regard, there's a CNN story from last April that I like to tell: a road into a state park in Kauai was washed out, and the state government said it didn't have the money to fix it. The park would be closed. Understanding the impact on the local economy, a group of businesses chipped in, organized a group of volunteers, and fixed the road themselves. I called this DIY on a civic scale. Scott Heiferman corrected me: "It's DIO: Not "Do it Yourself" but "Do it Ourselves." Imagine if the state government were to reimagine itself not as a vending machine but an organizing engine for civic action. Might DIO help us tackle other problems that bedevil us? Can we imagine a new compact between government and the public, in which government puts in place mechanisms for services that are delivered not by government, but by private citizens? In other words, can government become a platform?

We have an enormous opportunity right now to make a difference. There's a receptivity to new ideas that we haven't seen in a generation. Government at all levels has put out the call for help. It's up to the tech community to respond, with our ideas, with our voices, with our creativity, and with our code.



68→

Deutsche Digitale Republik



DEUTSCHE DIGITALE REPUBLIK

Eine Neugeburt der deutschen Bürgergesellschaft

Die deutsche digitale Demokratie steht ganz am Anfang. So wie damals 1848 in der Paulskirche. Nur ist es heute eben nicht die Druckerpresse, die die Veränderung treibt, sondern es sind die digitalen Technologien. Wie diese Technologien sich in einer digitalen Demokratie auswirken können, welche Einsatzmöglichkeiten es gibt und vor allem wie anders das alles ist, das soll dieser Beitrag zeigen.

Martin Lindner

tags: #repräsentation2.o #opendata #netzwerke #opengovernment
#legislation2.o



Martin Lindner hat Literatur, Geschichte und Kommunikationswissenschaften an der Universität München studiert.

Nach Promotion, Habilitation und Universitätslehre konzentriert er sich seit 2000 auf das Internet und auf digitale Medien: zuerst als Gastprofessor und Dozent für digitale Medienwissenschaft an der Universität Innsbruck, dann als Senior Researcher für Microlearning, Micromedia und Microcontent bei den Research Studios Austria Forschungsgesellschaft (Studio MINE).

Als Program Chair konzipiert und organisiert er die internationalen Microlearning-Konferenzen, die seit 2005 in Innsbruck stattfinden, und ist Herausgeber der vier Proceedings-Bände.

Als selbständiger Researcher und Consultant (seit 2009) ist er aktiv beteiligt an der Entwicklung von innovativen Mikro-Applikationen an der Schnittstelle zwischen Mensch und Maschine, Wissen und Web. Er forscht zu Themen im Schnittfeld von eLearning, digitalen/mobilen Medien, User/Learner Experience, Information & KnowledgeArchitecture, Web 2.0, und publiziert dazu inzwischen vorwiegend in englischer Sprache.

Ende der 1970er Jahre gab es mal einen schlampig gezeichneten Cartoon: „Hier hast du eine E-Gitarre./Hier ist ein Akkord./Da ist ein zweiter und ein dritter./Jetzt such dir noch zwei Leute und starte eine Band.“ Das ist das Versprechen des Rock'n'Roll. Eine späte Abwandlung des Urversprechens unserer modernen Demokratie, gestützt auf Medien, die um 1840 technisch so ausgereift waren wie die des Rock'n'Roll um 1970: „Hier hast du eine Druckerpresse. Da sind ein paar Bücher und Schriften, von denen du dir etwas anschauen kannst: Tonfall, Rhetorik, Ideen. Jetzt such dir ein paar Gleichgesinnte und drucke ein Flugblatt.“ Den Hessischen Landboten zum Beispiel oder das Kommunistische Manifest, oder eine der zahllosen Selbstverlags-Broschüren über Gott und die Welt, über Naturwissenschaft, Politik und Gesellschaft. In gewisser Hinsicht sind wir heute wieder am Anfang, an einem historischen Punkt wie damals kurz vor der Paulskirche. Eine Neugeburt der deutschen Bürgergesellschaft.

Heute geht das eben digital: „Hier hast du einen PC mit Netzanschluss. Hier hast du Google: Zugang zu mehr Information als du dir vorstellen kannst. Da hast du umsonst Zugang zu zwei, drei simplen Software-Anwendungen, die jede/r bedienen kann. Damit kannst du dich äußern, für alle wahrnehmbar, jetzt und sofort. Teil von sozialen Netzwerke werden, die eigendynamisch loswuchern. So. Und jetzt geh los und starte irgendwas.“

Zum Beispiel ein politisches Projekt: Eine Aktion gegen Internetzensur, die innerhalb drei Wochen mehr als 100.000 Leute bewegt. Den „Digital Britain Report“, den Innovationsplan der Regierung für digitale Ökonomie, aus einem starren Pdf-Dokument in ein Wiki verwandeln und dann kollektiv verbessern und umschreiben. Die kollektive Kontrolle der offengelegten Spesenabrechnungen von Politikern durch Online-Freiwillige (ebenfalls in Großbritannien). Webseiten selber basteln, die offene Daten der kommunalen Verwaltung mit Google Maps und ein paar Filter-Algorithmen mixen und ganz neue Informationen und Services für die Öffentlichkeit hervorbringen (Experimente in den USA, Niederlanden, Skandinavien). Vorphysische Nachbarschafts-Netzwerke mit Wikis, Blogs und Social Software aussähen und pflegen, um das abgestorbene kommunale Ökosystem der Parteien, Vereine, Stammtische und Honoratioren zu ersetzen. Und das sind nur die allerersten Anfänge. Die Möglichkeiten sind endlos.

ES IST DIE TECHNOLOGIE, DUMMKOPF!

Das Internet hat eine eingebaute demokratische Tendenz: von unten statt von oben, offen statt geschlossen. Diese Technologien sind eben nicht mehr Mittel, die eine fürsorgliche Obrigkeit oder eine verknöcherte Partei kontrolliert einsetzen kann, um wieder besser mit den lethargischen BürgerInnen da unten in Kontakt zu kommen. Wo so etwas versucht wird, scheitert es immer. Es widerspricht der Struktur des Mediums. Für jede/n NutzerIn hat das Internet die Gestalt des Geräts, mit dem sie den Kontakt herstellen, und diese Geräte werden immer mobiler und persönlicher: PC, Laptop, Netbook, iPhone, Handy.

„Das Internet“, das ist deshalb für jede/n NutzerIn immer das, was hier und jetzt die Aufmerksamkeit beansprucht: die Wolke von Information auf dem Bildschirm und ihre Spuren im Gedächtnis. Die Suchpfade, die ich verfolge, und die Online-Konversationen, an denen ich teilnehme. Das ist grundlegend anders als die alten Informations- und Kommunikationsmedien. „Wo möchtest du heute hin, in Gedankenschnelle?“ fragt mich Google. Und dann liegt nur ein Klick zwischen Politik und Pop, Porno und Adorno, Tagesschau und YouTube, meinem Bruder und einem Web-Aktivisten in Neuseeland. In einer solchen Umwelt ist nur das sicher: Niemand liest hier mehrseitige digitale Broschüren. Niemand klickt sich durch die sorgfältigst geordneten Webseiten des Wahrheitsministeriums bis er bei Abteilung III, Referat 17, Zimmer 101, Paragraph § 08/15 angekommen ist.

Das Netz ist kein Archiv, keine Informationsautobahn, keine elektronische Post. Das Netz ist viel eher so etwas wie eine riesige Party, ein Stimmengewirr, ein wirrer Gedankenstrom. Und im Zentrum ist immer die oder der Einzelne: ermächtigt wie nie zuvor, aufgeblasen wie nie zuvor, überwältigt wie nie zuvor. „Worauf möchte ich meine Aufmerksamkeit richten, jetzt, in den nächsten zwei, drei Minuten?“ ist die dauernde Internet-Frage, aber die Entscheidung ist einem meistens schon abgenommen, bevor man sie stellen kann. Eine Mail, ein Link, ein Gedankensprung. Von dieser Ursituation müssen wir ausgehen, wenn wir die enorme demokratische Energie freisetzen wollen, die das Internet birgt.

Wichtig dafür ist, dass man nicht vorschnell romantisch wird: Wir neigen ja immer dazu, uns die Welt auf ein kleines, menschliches Maß zurecht zu stellen. Aber unsere Welt ist kompliziert und vieles erschließt sich nicht dem gesunden Hausverstand. Das Internet besteht eben nicht einfach aus „den

Menschen“, die sich ausdrücken und austauschen. Es stimmt zwar, es war noch nie so einfach für technisch Uninteressierte, diese enormen Möglichkeiten einfach zu nutzen, ohne viel lernen und sich groß Gedanken machen zu müssen. Aber diese Möglichkeiten werden eben mitbestimmt von den Technologien, an die die Menschen angeschlossen sind. Technologien verändern und prägen Kommunikation, Ideen, Wissen, Persönlichkeit, Gemeinschaft, Politik. Bisher war unsere Welt bestimmt von Bürogebäuden, Straßen- und Telefonnetze, die Autos und die Fernseher, die Zeitungen und Bücher und Plakate. Und jetzt verändern die neuen digitalen Technologien das alles. Ein Umbruch, so dramatisch und zugleich so schwer fassbar wie der Klimawandel.

DAS NETZ UND DIE DEUTSCHE POLITIK

Merkt man davon etwas in Deutschland? Nicht viel, zugegeben. Mehr tut sich z.B. in den USA, in Großbritannien, in den Niederlanden, in Dänemark. Aber zwei exemplarische Kurzschlüsse gibt es: Der Sturz von Stoiber 2007 und die Internetsperren-gegen-Kinderporno-Debatte 2009.

Der Kern des deutschen Politikapparats ist das erste und, wenn ich recht sehe, bisher einzige Mal Ende 2006/ Anfang 2007 vom Netz erwischt worden, mit einem Doppelschlag: Zuerst kursierten plötzlich auf Büro-PCs virale Ketten-eMails. Darin war der Link zu einem Video mit der grotesken Transrapid-Rede Edmund Stoibers, gehalten fünf Jahre vorher auf irgendeinem Neujahrsempfang. Und kurz vorher hatten paar hundert Forum-Einträge auf der altbackenen Homepage der unbekanntenen CSU-Landrätin Gabriele Pauli genügt, um den Stimmen der unzufriedenen Basis plötzlich die Resonanz zu verschaffen, die sie im alten Apparat nie bekommen hätten. Auf einmal war die Erosion des alten CSU-Apparats nicht mehr aufzuhalten.

Was war hier das qualitativ Neue? Die Offenheit von Information und Kommunikation, die sich früher in verborgenen Nischen und Kanälen der Organisationen abspielte. Die Objektivität und Reichweite der alten Medien kombiniert mit der Eigendynamik mündlicher Lauffeuer-Kommunikation. Dazu kommt Dauer: Gerüchte schwirren ungreifbar durch die Luft, in Zeitungen von gestern wickelt man Salatköpfe ein, aber das Netz vergisst nichts. Jede/r hat direkt den Zugang zur Information und die Chance zur Artikulation, und das erzeugt eine neuartige Eigendynamik. Ideen, Aussagen und Meinungen verketten und vernetzen sich mit enormer Geschwindigkeit, direkt, nicht mehr vermittelt von „BILD und Glotze“. Die Systeme der Bevormundung sind auf

einmal kurzgeschlossen. Plötzlich organisiert sich die Welt nicht mehr um die großen Repräsentanten da oben, sondern um die Einzelne/n da unten.

Interessanter Weise scheint damals niemand bemerkt zu haben, dass der Stoiber-Sturz die erste Sturmwarnung der digitalen Medienrevolution war. Der Impuls kam aus dem Internet, den Rest besorgten die guten alten Massenmedien. Politiker der Stoiber-Generation wissen ja bis heute nicht, was ein Browser ist, und auch Gabriele Pauli ist nie über das alte Internet herausgekommen: Homepage, Forum, eMail. Sie träumt von Fernsehen, Fotostrecken und Schlagzeilen, nicht vom Web 2.0 und basisdemokratischer Selbstorganisation.

Was hier möglich ist, hat erstmals der explosive und reichhaltige Diskurs rund um die „Netzsperrungen gegen Kinderpornografie“ zwischen Februar und Juli 2009 gezeigt. Am Ende war in Deutschland das erste Mal wirklich Politik im Netz angekommen, die mehr war als etwas selbstgefällige, bewusst minoritäre „Netzpolitik“. Viel hatte sich getan: Die rasend schnelle Anhäufung, Verbreitung und Verkettung von Argumentationsbausteinen. Die Vernetzung der Aktivisten zu einer dezentralen, sich selbst koordinierenden politischen Bewegung: mehr als 130.000 digitale Unterschriften für eine Online-Petition in zwei Monaten. Unzählige Blogkommentare und Twitter-Botschaften.

In sehr kurzer Zeit trugen ein paar Blogger sehr viel mehr Information zum Thema „Kinderpornografie“ zusammen, greifbar für alle, als es in den Jahren zuvor BKA, Politik und den alten Massenmedien zusammen gelungen war. Ein enormer Erkenntnisprung hinsichtlich der hochkomplizierten Materie: technologisch, juristisch, kriminalistisch. Und zugleich war das der erste Versuch der „Netzgemeinde“, über die subkulturelle Inzucht hinaus und mit dem Mainstream in Kontakt zu kommen. Auf der Gegenseite gab es die ersten Anzeichen, dass die neuen politischen Themen und auch die Kraft der neuen Medien innerhalb der etablierten Parteien wenigstens ansatzweise zur Kenntnis genommen werden. Via Twitter formierte sich eine digitale Lobby über Parteigrenzen hinweg, von der CDU bis hinüber zur Piratenpartei. Und auch die Gegenseite stellt sich auf: Eine parteiübergreifende Schmutz- und Schund-Kampagne setzt gerade ein, ein Kulturkampf gegen „das Internet“, der weit hinausgeht über schlampig ausgeführte populistische Wahlkampftricks. Aber auch so ist das Internet ein politischer Raum geworden, der auf die digital schweigende Mehrheit ausstrahlt.

In dieser neuen brisanten Mischung lassen sich bereits die einzelnen Aspekte finden, die die Wirkung des Internets auf die Politik ausmachen und uns in den nächsten Jahren beschäftigen werden:

- die enorme Eigendynamik der Informationsströme und Kommunikationsketten;
- die selbstorganisierenden Strukturen, getrieben durch den rasend schnellen Umlauf von Nachrichten, Aussagen und Metaphern;
- die radikale Tendenz zur Offenlegung aller relevanten Information;
- damit verbunden das Ende des Monopols der Organisationen, die bisher Information verknappten, verteilten und bewerteten;
- die neue Greifbarkeit der Repräsentanten, die sich nicht mehr hinter gewundenen Pressemitteilungen und Briefen an die Wahlkreisbürger verstecken können.

Alle diese Tendenzen haben einen gemeinsamen Fluchtpunkt: Allein durch die Macht des Mediums rücken die Bürger selbst plötzlich vom Rand des politischen Betriebs in dessen Mittelpunkt.

DAS ENDE DER KNAPPHEIT

Das Internet und die digitalen Medien polen die Demokratie um. Das ist kein euphorisches Wunschenken. Es ist eher so, dass die digitalen Medien und Technologien eine Art Klimawandel bewirken, der uns widerfährt, ob wir wollen oder nicht. Natürlich verwandeln sich die meisten Menschen mit Internet-Anschluss nicht schlagartig in mündige und engagierte Bürger. Sie kommen aus einem Ökosystem, in dem Information notorisch knapp war und mit einem ausgeklügelten Kanalnetz zentral verteilt und rationiert wurde. Und plötzlich finden sie sich wieder im Mittelpunkt eines großen Wolkenwirbels: ermächtigt wie nie zuvor, überfordert wie nie zuvor.

Das Zentrum der Demokratie verschiebt sich: weg von den Insidern, weg von den Apparaten, hin zu den Leuten. (Die keinesfalls zu verwechseln sind mit „die Menschen“, die man im hohltönenden Politikersprech immer „mitnehmen“ muss.) Die alten fürsorglichen Autoritäten haben auf einmal viel von ihrer Weltdeutungsmacht verloren: die Regierenden, die Parteien, die Verbände, die Verwaltungen, die Professoren und die Lehrer. Der Erosionsprozess ist übrigens durch das Internet beschleunigt, aber nicht ausgelöst worden, er ist schon seit mindestens zwei Jahrzehnten spürbar.

Die Welt dreht sich nicht mehr um die Schleusenwärter der Demokratie und darum, was sie der dankbaren Öffentlichkeit mitzuteilen haben. Im Mittelpunkt eines großen Wolkenwirbels findet sich nun die/der Einzelne, verdrückt und überfordert und doch auch mit erwachendem Selbstbewusstsein. Diese neue Lage, in die die digitalen Medien die/den einzelne/n BürgerIn bringen, macht es nötig, den ganzen Zusammenhang der repräsentativen Demokratie neu zu denken. Die Umpolung lässt sich auf drei Begriffe bringen:

- Eine neue demokratische Ursituation entsteht: Das neue digitale Informations-Ökosystem, nennen wir es „Google Galaxie“ hat seinen Kern nicht mehr in der Bürgerversammlung mit Reden und Wahl der Repräsentanten, nicht mehr im stillen Wechselgespräch der bürgerlichen Zeitungleser mit ihren Leitartiklern, nicht mehr in Tagesschau-Auftritten, Talk Shows und Statements in Wahlsondersendungen. Nun stehen „User“ im Zentrum, für die Information immer nur einen Klick entfernt ist und die aus eigener Kraft und in kurzer Zeit komplexe Netzwerke bilden können.
- Offenheit von Information ist künftig die Regel, nicht mehr die Ausnahme. Im digitalen Ökosystem wird Offenheit als selbstverständlicher Normalfall empfunden, und zwar schlicht deshalb, weil sie technisch und medial zum ersten Mal möglich ist. Während in der Welt der Papier- und Massenmedien jede „Veröffentlichung“ ein besonderer Entschluss und bemerkenswertes Ereignis war, wird es von nun an umgekehrt sein: Nicht-Offenheit muss in jedem Einzelfall besonders gerechtfertigt werden. Das ist weit mehr als bloße „Transparenz“, die wohlmeinende Autoritäten ihren Klienten gewähren. Das Gejammer über getwitterte Wahlergebnisse und -prognosen ist hier nur das oberflächlichste Symptom.
- „Lasst 1000 Blumen blühen“: Technologisch gesehen, ist das Netz kein zentrales Informationssystem mehr, es ist ein Geflecht von vielen kleinen dezentralen Anwendungen und Applikationen. Es braucht also keine großen, finanzstarken Organisationen mehr, um komplizierte technische Lösungen zu realisieren. Die enorme Macht der neuen sozialen und semantischen Technologien steht im Prinzip jedem zur Verfügung.

DIE DEMOKRATIE UMPOLEN

Der digitale Klimawandel birgt ein demokratisches Potenzial, das gerade erst zu erahnen ist. Um es ansatzweise abzuschätzen, müssen wir das politische Feld neu kartographieren, unter Ausklammerung der technischen Beschrän-

kungen der alten demokratischen Medien. Aus dieser neuen Perspektive lassen sich sechs Sektoren unterscheiden:

Netzwerke

Das Wort „Netzwerke“ ist natürlich selbst längst ein Klischee geworden, aber darin steckt ein harter, technologischer Kern. Alle „User“ sind Knoten in einem erst einmal nur potenziellen Netzwerk, in dem jeder mit jedem über maximal sechs Zwischenstufen in Verbindung steht. Diese latenten Verbindungen lassen sich mit neuer Social Software aktivieren und in festere Strukturen verwandeln. Auch hier stehen wir erst ganz am Anfang. Es scheint jedenfalls, dass alle Versuche scheitern, Netzwerke „von oben“ zu organisieren: Verglichen mit der wildwüchsigen Realität im Web 2.0 sind die sozialen Netzwerke der Parteien ebenso leblos und öde wie „Communities“, die PR-Agenturen rund um ihre Marken aufzubauen versuchen.

Der Erfolg der berühmten Obama-Kampagne verdankt sich dagegen der besonderen Struktur des US-Parteiensystems: Hier suchen sich die Kandidaten Freiwillige, die für die Dauer einer Kampagne eine eigene neue Organisation aus dem Boden stampfen. Die neuen digitalen Medien verstärken dieses Graswurzel-Prinzip, das es in Deutschland am ehesten noch bei Bürgerinitiativen gibt. Aber auch deren Websites sind bis jetzt nur „Seiten“, die sich noch am alten Prinzip der „Veröffentlichung“ orientieren, keine Gravitationszentren, um die herum ein dynamischer Informations- und Kommunikationswirbel entsteht. Bis jetzt ist die Aufbauphase der Piratenpartei im ersten Halbjahr 2009 das einzige deutsche Beispiel für neue demokratische Netzwerk-Strukturen, und das ist bis jetzt strikt beschränkt auf den harten Kern der „Netzbewohner“, die vom Mainstream ein wachsender kultureller Graben trennt.

Mögliche Anknüpfungspunkte für neue demokratische Graswurzel-Netzwerke finden sich am ehesten in dem Bereich, der im angelsächsischen Raum „hyperlocal“ oder auch „microlocal“ genannt wird. Auch dort hat die wuchernde Vorstadt-Kultur der letzten Jahrzehnte zu einer Verarmung des kommunalen Lebens geführt. Wenn die Leute in ihren Auto-Fernseher-Gartenzaun-Zellen für sich leben, treten individuelle Verabredungen an die Stelle des „Sich-einfach-so-Treffens“ an gemeinsamen Orten (third places), die zwischen dem Privatraum und dem Arbeitsort liegen. Der resultierende Niedergang der Vereine, der Gaststätten, der Parteien ist unumkehrbar. Aber gerade weil sie die Isoliertheit (vor dem Bildschirm) und Vernetzung (über Links) auf ganz

neuartige Weise verbinden, bieten die digitalen Medien die Chance, im digitalen Raum neue „dritte Orte“ zu begründen. Die führen dann auch zu lokalen Treffen in der wirklichen Welt (meet-ups). Es wird mit der Zeit viele kleine und kleinste Netzwerke geben, in denen sich Nachbarschaften, Stadtviertel, Schul-Gemeinschaften, virtuelle Stammtische (Twittagessen), Bürgerinitiativen und Interessensgemeinschaften aller Art organisieren.

Durch Vernetzung und Überlagerung dieser Mikro-Netzwerke wird früher oder später eine Struktur entstehen, die die starren Gemeinde-Webseiten, die sterbenden Lokalzeitungen und Partei-Ortsverbände ablöst. Eine Vorahnung geben hier die lokalen Teenager-Netzwerke und bei den Erwachsenen die intensiv genutzten Gesundheits- und Tourismus-Foren. Hier liegen die Wurzeln einer künftigen digitalen Graswurzel-Demokratie.

Open Data I

Transparenz: In der bisherigen Diskussion über „Open Data“, also die Offenlegung von Daten und Informationen durch offizielle Stellen im Web, werden zwei Aspekte vermischt. Das Eine ist Glasnost: BürgerInnen bekommen zu Kontrollzwecken Einblick in bisher unzugängliche Information. Ein Beispiel ist die Veröffentlichung der Empfängern von Landwirtschaftssubventionen, die von der EU durchgesetzt wurde, und überhaupt Webseiten, die die Nachverfolgung öffentlicher Gelder ermöglichen. Diese Idee von Transparenz überschreitet aber erst dann die Grenzen eines „Obrigkeit 2.0“-Konzepts, wenn sie eine umfassende und selbstverständliche Leitlinie geworden und nicht mehr vom Belieben der Autoritäten abhängig ist. Während in Großbritannien Spe- senabrechnungen von Abgeordneten in einem Crowdsourcing-Projekt des Guardian von den BürgerInnen online überprüft wurden, wehrt man sich in Deutschland mit vorgeschobenen Datenschutzgründen gegen den „gläsernen Amtsträger“.

Open Data II

„Hack the Government“: Die nächste Stufe von „Open Data“ geht aber über die Offenlegung von Information hinaus. Da geht es darum, dass die öffentlichen Daten als Ressource zur Verfügung gestellt werden, mit der nicht-staatliche Initiativen und Applikationen arbeiten können, um am Apparat vorbei eigene Services zu entwickeln. In den Niederlanden heißt das „Hack de Overheid“. Beispiele dafür reichen von lokalen Webseiten zu Verkehrsproblemen

in den USA über Workshops, bei denen offizielle „Web 1.0“-Seiten von Freiwilligen an einem Wochenende völlig umgestaltet oder neu designt werden, bis hin zu der Vision, das Prinzip von kleinen und öffentlichen Start-up-Projekten auf öffentliche Dienste zu übertragen. IT-Aufträge mit Service-Charakter würden dann nicht mehr als mehrjähriges Milliardenprojekt an Großorganisationen übergeben, was aller Erfahrung nach zu explodierenden Kosten und viel zu oft zu überkomplexen und unbrauchbaren Systemen führt. An ihre Stelle könnte ein sehr viel flexibleres und billigeres System konkurrierender IT-Projekte treten, die wie von Risiko-Kapitalgebern in mehreren Phasen parallel gefördert werden, bis sich am Ende das beste Projekt durchsetzt.

Open Documents/Living Documents

Das Prinzip von offenen und lebendigen Dokumenten ist nicht auf Wikipedia-ähnliche Enzyklopädieprojekte beschränkt. Grundsätzlich können und sollten alle programmatischen Dokumente nicht mehr als hundert Seiten starke statische Pdf-Dokumente veröffentlicht werden, die erfahrungsgemäß so gut wie niemand ausdruckt und durchliest, sondern als Wiki im Netz. Dort ist dann Annotation, kritischer Kommentar und Überarbeitung in Einem möglich. Dazu braucht es nicht einmal die Zustimmung der Autorität: Jeder Text lässt sich prinzipiell in so ein dynamisches Dokument umwandeln. In Großbritannien entstand so die Website „Fake Digital Britain Report“, wo ganz ernsthaft der offizielle Report zur digitalen Zukunftsstrategie von allen, die wollen, gemeinsam überarbeitet und umgeschrieben wird. Am Ende steht dann ein Alternativdokument, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit eine sehr viel bessere Ausgangsbasis für künftige politische Entscheidungen sein wird. Ähnliches ließe sich mit dem „Deutschlandplan“ der SPD machen oder allen anderen Konzeptpapieren, die öffentlich diskutiert werden.

Repräsentation 2.0

Die Leute, innerhalb und außerhalb des Netzes, sind nicht eigentlich politikverdrossen, sie sind parteiverdrossen. Seit längerer Zeit zeigen alle Wahlen, dass die über 50 Jahre gewachsenen Formen der politischen Repräsentation in eine fundamentale Krise geraten sind. BürgerInnen fühlen sich von den Parteien insgesamt und den einzelnen Abgeordneten im Besonderen immer weniger vertreten. Die absterbenden örtlichen Partei- und Vereinsnetzwerke büßen ihre alte Funktion als Verbindungsglied zum „Raumschiff Berlin“ ein. Gleichzeitig nähern sich die Politiker auch in ihrem Selbstverständnis immer

mehr der Verwaltung an. Sie verstehen eher als Manager der Deutschland AG, die mehr oder minder gewissenhaft über Sachfragen und Kommastellen diskutieren, statt über große politische Grundsatzfragen. Paradoxe Weise erreicht die Entfremdung zwischen Bürgern und Politikern gerade jetzt ihren Höhepunkt, wo der allgemeine politische Konsens unter den demokratischen Parteien so groß ist wie noch nie.

Wiederum ist es nicht damit getan, dass die Politiker die sozialen Medien benutzen, um „mehr auf die Menschen zuzugehen“ und sich ungeschickt twitternd als sympathische Menschen wie du und ich darzustellen, die auch Kaffee trinken und auch im Stau stehen. Wenn sie sich wirklich auf die digitalen Medien einlassen würden, würde sich auch ihr Selbstverständnis radikal ändern.

Den Kern der entstehenden digitalen Demokratie bilden auch die „Stimmen“, aber es sind nicht mehr nur die Wählerstimmen, die sich nur in einem Kreuzchen alle paar Jahre artikulieren, und auf der anderen Seite die Stimmen der Polit-Funktionäre, wie sie man etwa im öffentlichen digitalen Briefverkehr auf abgeordnetenwatch.de hört. Diese Seite, die einen Höhepunkt deutscher „Politik 2.0“ darstellt, zeigt im übrigen auch, wie selbst kritische Bürger allein durch die kommunikative Form in eine Untertanenperspektive gezwungen werden, aus der sie Anfragen und Eingaben stellen. Und sie erhalten dann Antworten in vollimprägniertem Juristendeutsch, die jeden gemeinsamen Diskurs abschneiden. Und wer sich dem nicht fügt, findet sich unweigerlich in der Rolle des aufsässigen Querulanten. Also genau um diesen gemeinsamen Diskurs, um gemeinsames Nachdenken, um gemeinsame Gespräche würde es gehen. Mit dem Netz sind neue Formen öffentlicher Kommunikation entstanden, die nicht mehr auf die starren Formen der bürgerlichen Druck-Kultur beschränkt sind. Auch Parteien sind ja eigentlich ein Stimmengewirr aus vielen Gesprächen. Richtige Gespräche sind aber offene Kettenreaktionen. Das Netz und insbesondere das Web 2.0 ermutigt uns, sagt David Weinberger, „in unserer eigenen Stimme“ zu sprechen, und zwar einer Stimme, die wir noch gar nicht haben, sondern im Netz schreibend erst finden – und die unterscheidet sich eben von der „professionellen“ und „geschäftsmäßigen“ Stimme, die man uns bisher beigebracht hat.

Die digitale Demokratie macht die Stimmen hörbar, die Stimmen der BürgerInnen wie die Stimmen der Repräsentanten. Dem lässt sich nicht entkommen. Auch dann, wenn nicht eine „professionelle Homepage“ oder ein zu

PR-Zwecken angelegter Facebook-Account gar keine persönliche Stimme offenlegt. Auch diese zombiehafte Nicht-Stimme, die Stimme der Werbeagenturen und Spindoktoren, ist eine Stimme, die wirkt. Allerdings unweigerlich negativ. Künftige Repräsentanten müssen als Stimme im Netz präsent sein, ganz konkret, sie müssen ein Teil des Ganzen werden. Und was sie äußern, müssen Gedanken sein, die sie wirklich haben. Das tägliche politische Nachdenken muss sichtbar werden, damit BürgerInnen sich wieder repräsentiert fühlen.

Legislation 2.0

In der Ära der digitalen Demokratie ist auch das eingespielte Modell des Interessensausgleichs, der Hinterzimmerverhandlungen mit den Lobbyisten, der Fraktionszwänge nicht mehr fortsetzbar. Die Prozesse müssen nicht nur transparent werden, sie müssen allen Netzwerken die Möglichkeit geben, sich als digitale „Lobby 2.0“ zu artikulieren. Einen ersten, noch sehr unvollkommenen Vorgeschmack hat gerade die heiße Debatte um das „Zugangerschwerungsgesetz“ gegeben, das den Zugang zu kinderpornografische Webseiten erschweren will. Künftig werden Gesetzentwürfe aller Art immer im Netz diskutiert und annotiert werden. Auch hierfür müssen die geeigneten Applikationen und Praktiken erst entwickelt werden, unter Einsatz digitaler Netzwerke und „offener Dokumente“.

AUSGANG AUS DER SELBST VERSCHULDETEN UNMÜNDIGKEIT

Wohlgemerkt: Das Alles steht erst ganz am Anfang. Der digitale Klimawandel ist in vollem Gang, aber die Möglichkeiten werden gerade erst sichtbar, ebenso wie die den neuen digitalen Medien eingeschriebenen Strukturen und Einschränkungen, die es zu beachten gilt. Basisdemokratische Euphorie ist hier nur eine Voraussetzung. Die andere Seite der digitalen Demokratie wird das Design von konkreten Anwendungen sein, auf allen sechs Sektoren des politischen Felds. Auch hier wird man vom Web 2.0 lernen müssen, wenn es um intuitive Interaktion, den Einsatz und die geschickte Bündelung möglichst einfacher, leichtgewichtiger Tools geht: „Building Democracy With Software“, um ein Motto des Web-Entwickler Joel Spolsky abzuwandeln, und „Citizen Experience Design“. Der neueste Anlauf zum „Ausgang aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit“ hat begonnen.



DEMOCRATIC PARTICIPATION IN CHINA – A LONG WAY TO GO?

Interview with Isaac Mao

The growing use of the web log reveals a radical socio-cultural transition and a progressing public sphere in China. In particular, bloggers actively exchange interests, comments and values and have formed a characteristically Chinese blogging culture. The feature of individualism shows that bloggers who insist on freedom of expression and pursue personal ideas can always find a place in the blogosphere. Isaac Mao, one of the first bloggers in China and one among many others today, demonstrate that individual opinions across the blogosphere have significantly reflected public consensus and implicitly changed political culture. However, the pursuit of freedom of expression in the blogosphere has to struggle with a strong political censorship, negotiate an unstable living space and thus, can only enjoy a limited success. Therefore, critical communication and democratic participation in China still have a long way to go.

Isaac Mao | Ingrid Fischer-Schreiber | Ulrike Reinhard

tags: #china #blogger #zensur #demokratie #5ocentparty



Isaac Mao is a blogger from the People's Republic of China. He is co-founder of CNBlog.org and a researcher in social learning. In 2005, he started the movement for adopting Chinese bloggers on overseas servers.

Mao is a venture capitalist, blogger, software architect, entrepreneur and researcher in learning and social technology. He divides his time between research, social works, business and technology. He is now Vice President of United Capital Investment Group and Director to Social Brain Foundation, advisor to Global Voices Online and several Web 2.0 businesses. He became a Berkman Fellow last year.

Mao is a co-founder of CNBlog.org and a co-organizer of the Chinese Blogger Conference.



Ingrid Fischer-Schreiber (AT) is a freelance translator, editor and organizer, focussing on digital culture and China related topics. As an organizer she is mainly working for Ars Electronica.
<http://yingeli.net>



Ulrike Reinhard, graduated in business management at the University Mannheim. She has been self-employed since 1987 in various fields of new media. 1987 she started her first eMail account at The Well, 1994 she organized the first German "Interactive TV" congress. Also in 1994 she started the whois search engine for new media companies, a niche product reaching far more than 500,000 visitors per month. You can find her on the web at <http://blog.whoiswho.de>

Reboot_D: When we in the western hemisphere think about Chinese politics and the Internet, censorship is the first thing that comes to mind. Is the Chinese government using the Internet for its own purposes, and if so how are they using it?

Isaac Mao: Censorship is the first characteristic applicable to the Internet in China, but censorship also operates in different ways across the whole of society. I would say “Freedom” and “Censorship” are the two main forces shaping the Internet in China. Or, to put it in a modern Chinese context, “Caonima v. Hexie” (Grass Mud Horse v. River Crab). I think that China is now passing through the strangest phase in its history, because both the authorities and the grassroots believe in the importance of the new platform but each hold totally different views about what that importance means and differ so widely without any transparent dialog between them taking place. I would argue that the Chinese government always held a passive position, even though investment in censorship has reached an unprecedented level as with the ridiculous fund to support Green Dam software then invalidate it in the short term.

Reboot_D: Do you see any chances of starting a dialogue?

Isaac Mao: I’m very optimistic that new emerging social norms within the grassroots will foster dialogue. However, it’s very hard to foster a conversation of equals between the authorities and the people. The symbolic confrontation between “Grass Mud Horse” and “River Crab” is just the result of arrogance on the part of the ruling party. The problem springs from two key reasons: firstly, the ruling party is paranoid and uses power to emphasize its legitimacy; secondly, every abuse of its power shows that it’s weak on legitimacy. Unfortunately, these two reasons are interlocked. After the earlier unrest, the government is now starting to panic about everything, and especially about any sign of “dissident” voices. They are increasingly shutting down local sites and blocking overseas web sites with filters on particular keywords. I see many peaceful users becoming outraged about this. People are losing patience waiting for change from inside the ruling party. I never wanted to see such a divide, but sadly it has now become a fact of life.

Reboot_D: Isaac, you are known as the first Chinese blogger. What made you start?

Isaac Mao: I’m one of the earliest bloggers in China but I believe there were a number of us back in early 2002. However, it’s very hard to identify them now.

With my years of business management and research on learning technologies, I realized that a simple tool to share knowledge could be the best way for individuals to learn in a more complex world. This belief then developed into “Sharism”, which over the past seven years has proved itself to be the driving force behind the boom in user generated content. I myself, of course, am not only a theorist on sharing, but also a practitioner on the inside and on the front line at all times.

Reboot_D: One widely held view is that nowhere else in the world has the impact of the Internet been as great as it has in China. Do you agree?

Isaac Mao: I do agree but with certain reservations. China is climbing from the bottom of communism up to a mixture of capitalism and socialism, so everything seems to be in the throes of dramatic big change. The Internet itself has become a huge gold mine enriching a huge population. Luckily, the Chinese adopted the Internet before the ruling party realized its enormous potential to promote democracy. In a highly regulated media space, Chinese people embraced the Internet as the only channel they had to express themselves. Yet it's still a long way from bridging the wide gap between China and modern society. The story continues. The authorities have learnt some new strategies to guide and contain Internet voices. However, the huge flood of content will eventually disrupt those dams.

Reboot_D: Does the Internet really help build a civil society in China? What is the role of social media in China? (Movements like Caonima, the “citizen journalists” revealing scandals which have real consequences for politicians, the riots in Xinjiang etc)

Isaac Mao: As yet it's too early to say that civil society has formed in China. It's really emerging from the bottom up spontaneously rather than in an organized way. Some movements, including those like “Human Flesh Search” on corruption, don't reflect real collaboration and dialogue in the whole of society. Most Internet users are still “read-only” users who focus on no more than five web sites. With tougher control over Internet business and Internet cafes by the authorities, most of these so-called “300M Internet” users still don't know what they don't know. This definitely slows down collaboration at grassroots level, not to mention civil society and democracy.

Reboot_D: Is there something like an Internet with “Chinese characteristics”?

Isaac Mao: I believe there are a lot of common features between the Internet in China and the Internet everywhere else in the world. The “C2C”(Copy to China) model is also generic everywhere, though it seems more successful in terms of the big user base. The very unique and unfortunate characteristic of the Internet in China is the twisted and divided agenda between government and society, as I just mentioned. So if you do Internet business in China, you have to learn a lot of “hidden rules” like those prevailing in traditional Chinese communities. This means you can do everything online in China, as long as the authorities don’t interpret it as illegal, but even this can change totally over night. The most recent case is the big propaganda campaign directed by the government to stop Google serving pornographic content to users. Almost all the propaganda machines including the People’s Daily, CCTV, Global Times, and the Xin Hua News Agency participated in this game and left their mark. I knew that Google had previously made huge efforts to nurture its relationship with the government, and that they had a whole posse of lawyers working on adapting local laws. But whenever there’s a political requirement, the government will sacrifice any business interest. I clearly predicted this possibility in the open letter I sent to the founders of Google in early spring 2007.

Reboot_D: What role does the language (barrier) play in developing the Internet?

Isaac Mao: Yes, language is still one of the biggest barriers preventing Chinese people from adopting general values around the world. It’s also one of the main reasons why most people in China are not terribly interested in getting round the controls to view overseas content. This is also the reason why most web sites without a Chinese edition are not blocked in China. The success of some copycat businesses, like Baidu.com, was built on such a loophole. That’s why I cherish projects like Yeeyan.com very much. Some bilingual bridge bloggers are also valuable channels for the future development of China, like ESWN (EastSouthWestNorth) and Global Voices. I can see the long-term change that’s taking place translating the western world to Chinese, yet I’d like to see more sentiment sharing than just content bridges.

Reboot_D: Can you explain the impact of the Great Firewall of China?

Isaac Mao: In my recent study of the Great Firewall, I found that it’s historically harmful to human beings. It’s not just like previous concrete walls like the

Berlin Wall. I would rather call it “The Mirror” – because it functions both to block your vision and distort your point of view. Blockage of information has given most Chinese people various misconceptions about the world, and how the world views China. It also eclipsed the innovations with which young people in China could compete with the world. At the same time, it also prevents the government and ruling party from making progress. This is blatantly obvious 20 years after Tiananmen. From an historical viewpoint, the censorship of knowledge and violations of people’s right to learn will be seen as a crime against humanity. And I’m sure that justice will be sought someday.

Reboot_D: It seems as if the government has been over-reacting over the last few weeks, blocking major international sites like Google, and now apparently Amazon etc.? Why? What do they fear? Have they any reason to fear? It would be interesting to know how these measures are seen by the average Chinese.

Isaac Mao: As their predecessors did, the current government takes the whole of the universe as their permanent target. This is no joke. They even ordered Xin Hua News to homogenize all its news reporting about the total eclipse of the sun. You see, the party believes that people will take astronomical phenomena as a chance to glean political hints. What they fear is anyone talking about the regime in a way they haven’t defined. You can talk about “democracy” in this country, but only in specific places, at specific times, and to specific people. Once they found the Internet was playing to a totally different set of rules to their own, they started to redefine the rules.

Reboot_D: Can you explain the 五毛党 Fifty Cent Party?

Isaac Mao: Wu Mao Dang (50 cents) is part of the censorship system but was introduced to take a different approach to simple blocking. Misusing the surplus profit created by the taxes paid by Chinese people, the government is hiring increasing numbers of low-cost personnel to create noise online or skew public opinion by posting articles favorable to the government. Such guided voices inundate major web sites, BBS, and the blogosphere to distract people’s attention or annoy authors or their audience. The name Wu Mao Dang came from some leaked government documents, but now such operatives are publicly recruited as official “web commentators”. They are paid not to express their own views but rather to post views in support of the government.

Reboot_D: What about the information divide between China and the West? Is this still a valid view? What is the role of projects like Yeeyan, EcoCN, TED-china which are making “Western” (American, English) content available to the Chinese public? Doesn’t this create another divide? Very biased American information? I’m asking this question of course as a European!

Isaac Mao: I would rather emphasize the divide within China itself right now. In practical terms, the divide between pursuing freedom and maintaining the status quo grows ever larger.

Reboot_D: How does the average Chinese use the Net? Not the intellectual or Internet savvy person, just the average guy. Are they buying stuff – like videos or games?

Isaac Mao: One ironic result of a recent survey of the Internet finds that the most popular activities in China are “Entertainment, Chatting and News”. Some people joked that “News” should be removed because there is no real news at all in this country. Instead, all we have is “Olds” and “Fakes”. I would say entertainment is a really powerful engine for business. If you visit an Internet cafe anywhere in China, you will understand what all those 300M Internet users are doing. You may be very surprised that many of them do not even have an email box but play online game for hours on end each day.

Reboot_D: What trends do you see for the Internet in China – on a practical level and a political/cultural one?

Isaac Mao: I’m still optimistic about the disruption of the censorship system before the year 2014 as my own predictions make out. The Great Firewall or The Mirror as I prefer to call it is now reaching its maximum point of effectiveness. Take the recent comic finding from the testing of Green Dam – all that effort that went into trying to leverage desktops to censor people. A famous patriotic song with lyrics “I love Beijing Tiananmen” was totally eradicated by the censorship system. In its published form it became “I love SENSITIVE WORD SENSITIVE WORD”. More and more paranoia and regulation is being built into the censorship system. But the sheer power of the whole information space will take its revenge. Anyway, this is just a – philosophically correct – hope. The real changes should be made by people themselves by sharing information at all times.

Reboot_D: Is Information Warfare still a political concept? (The term was coined by a Chinese researcher; Shen Weiguang 沈)

Isaac Mao: I don't know about such things as yet. But as an observer of the Chinese government who knows about their information security from the Green Dam case, I don't think they are in any position to protect their own information system.

Reboot_D: And finally a rather specialized question – how is the relation between the real world and virtual environments from a legal point of view? Can you be sued for things you do in a virtual world? I have been told that this is possible!

Isaac Mao: The Internet seems to pose great challenges to traditional philosophy in terms of epistemology and ontology. But I would argue there are no changes to humanity. It's all about the information inside and outside our brain. But it really does pose a challenge to the legal system in society when more information becomes public that affect not only yourself but also the others around you. I believe it will take time for human beings to form new social norms to adapt to these new challenges, and especially to gain the level of literacy needed to distinguish vacuous from real information. As more and more people realize that the IP address is not the real link between the real world and the virtual world, a new social identity based on social networking will become critical. Laws will change accordingly, though maybe not so soon. Respect of anonymity as a natural right will come into being. The fact is you cannot tell who really owns a piece of information since one type of behavior (like sharing a movie) can be owned by thousands of people together. China still has a long way to go and the best way forward is to retain anonymity for as long as you can.



92→

Digitale Lösungen für analoge Probleme?



DIGITALE LÖSUNGEN FÜR ANALOGE PROBLEME?

Kann das Internet Hilfestellung leisten bei der Lösung globaler Herausforderungen?

Die Finanzkrise wird die Gesellschaft sehr viel nachhaltiger verändern, als wir dies zur Zeit erahnen können. Die Akzeptanz von politischen wie auch wirtschaftlichen Entscheidungsinstitutionen hat nachhaltig gelitten, seitdem offenbar wurde, dass auch die bisherigen Autoritäten keine Antworten auf die immer komplexeren Herausforderungen liefern können. Dies beeinträchtigt die Zuversicht der Menschen negativ, dass wir dem Klimawandel, der Alterung, der Terrorbekämpfung und anderen globalen Herausforderungen zukünftig effizient begegnen können. Dieses Legitimationsvakuum kann zukünftig das Internet als soziale Plattform wie auch vor Ort als Generierung von Wissen und gemeinschaftlichen Interpretationen füllen. Hier liegt ein großes Potenzial zu kämpfen, wenngleich die fortschrittlichen User wie auch das Medium selbst noch mit vielen Vorurteilen der traditionellen Autoritäten umzugehen haben.

Ole Wintermann



Ole Wintermann hat in Kiel VWL, Politik und Soziologie studiert. Während der Tätigkeit als wissenschaftlicher Assistent an der Universität Kiel war er mit einem Forschungsprojekt an der Universität Göteborg betraut. Danach war er Abteilungsleiter für Wirtschafts- und Sozialpolitik auf Landes- und Bundesebene der ehemaligen Deutschen Angestellten-Gewerkschaft beschäftigt. Seit 2002 arbeitet Ole Wintermann bei der Bertelsmann Stiftung. Dort beriet er interessierte Bundesländer in Demographiefragen. Seit 2 Jahren ist sein Schwerpunkt die Wechselwirkung globaler Megatrends mit der Entwicklung des Internets. Promoviert hat Ole Wintermann zur Krisenaktionsfähigkeit politischer Systeme.

ZUSAMMENBRUCH DER GEWISSEITEN

In den letzten Monaten haben sich eine Reihe von Umwälzungen im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereich, die durch das Internet voran getrieben worden sind, ergeben. Hierzu gehören die Proteste gegen die Parlamentswahlergebnisse in Moldawien zu Anfang des Jahres, die wahrscheinlich zu einem wichtigen Teil durch die Unterstützung der Organisation der Demonstranten durch Twitter ermöglicht wurden.¹ Gleiches gilt für die Demonstrationen im Iran, die nicht nur die Machtlosigkeit des (alten) Regimes gegenüber der technikaffinen und kritischen Jugend sondern auch der traditionellen Medien in den westlichen Demokratien gegenüber internetgestützten Kommunikationsplattformen verdeutlicht hat. Im Westen war das herausragende Ereignis zum einen der internetbasierte Wahlkampf eines Barack Obama, der eine neue Dimension in der Interaktion der Politik mit dem Bürger darstellte.² Zum anderen war dies die Petition an den Deutschen Bundestag, die es vermocht hat, innerhalb kürzester Zeit mehr als 130.000 Unterschriften gegen die von Familienministerin von der Leyen geplanten Änderung des Telemediengesetzes zu initiieren.³

Diese Entwicklungen des Verhältnisses von Politik und Internet sind mit der globalen Finanzkrise zusammen getroffen. Diese war geprägt von einem Vertrauensverlust der Bevölkerung in viele etablierte Institutionen. War die Wirtschaftselite 30 Jahre lang in einem für sie günstigen gesellschaftlichen Umfeld als eine wichtige Elite des Landes angesehen worden, so ist der Sturz in den entsprechenden Beliebtheitskalen für diese Berufsgruppe beträchtlich und erstaunlich.⁴ Die Volkswirtschaftslehre als die „zuständige“ Wissenschaft – bereits lange vorher bezüglich ihrer wissenschaftlichen Methodik und häufigen Empiriefreiheit gescholten – musste ebenfalls einen Offenbarungseid

¹ Hierzu gibt es durchaus unterschiedliche Auffassungen. Zwei prominente gegensätzliche Meinungen finden sich auf <http://www.politik-digital.de/revolution-20-twitter-ersetzt-handy-und-sms-in-moldawien> und <http://www.anneapplebaum.com/2009/04/21/the-twitter-revolution-that-wasnt/>

² http://www.dld-conference.com/upload/DLD_Internet_Politics_20_01_09.pdf

³ <https://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=petition;sa=details;petition=3860>

⁴ <http://www.manager-magazin.de/koepfe/artikel/0,2828,210009,00.html>,
<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/1470/umfrage/vertrauen-in-verschiedene-berufsgruppen/>
<http://www.manager-magazin.de/mmtv/interview/0,2828,271994,00.html>
<http://www.stern.de/wirtschaft/unternehmen/unternehmen/:Wendelin-Wiedeking-Am-Ende-Luftpumpe/701874.html>
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,638250,00.html>

ablegen, als deutlich geworden war, dass sie weder die Finanzkrise vorhergesehen, noch eine Antwort darauf hatte, wie sich diese auf die Wachstumszahlen des folgenden Jahres auswirken würden.⁵ Die traditionellen Medien als weiterer Player in der öffentlichen Diskussion haben diese Orientierungslosigkeit der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Elite vervielfältigt und dem Bürger vor Augen geführt.⁶

PHASE DES SYSTEMISCHEN ÜBERGANGS

Wir befinden uns – getrieben durch dynamisierte Kommunikationsströme und Vertrauensverluste der bisherigen Wissens- und Entscheidungsautoritäten – damit in einer systemischen Übergangsphase, die einerseits zu Ungewissheiten und Orientierungslosigkeit in der Gesellschaft führen kann, andererseits aber auch die Chance auf Anwendung eines neuen Paradigmas für ein zukünftiges globales Miteinander bietet. Dieses neue Paradigma ist essenziell; die globale Finanzkrise und aktuell die Schweinegrippe haben eine Ahnung von der Dynamik globalisierter Krisen aufscheinen lassen.

Ein Mega-Trend wie beispielsweise die Demographie ist zwar noch bis zu einem gewissen Grad vorhersehbar. Er kann jedoch durch plötzliche Ereignisse wie den Fall des Eisernen Vorhangs in Ost-Europa sehr wohl in seiner grundsätzlichen Richtung verändert werden.⁷ Bisherige Hilfskonstrukte wie empiriefreie Szenarien oder Prognosen im Sinne von Extrapolationen können plötzliche Ereignisse, die aber eben für die grundsätzlichen Aussagen zur Entwicklung globaler Mega-Trends substantiell sind, nicht vorhersehen. Die Befassung mit der europäischen Demographie hat schnell zur Erkenntnis geführt, dass diese Frage eine nicht nur nationale, sondern internationale Dimension hat. Die Studien zu den Wechselwirkungen der Demographie mit Migration, Klimawandel und anderen Mega-Trends haben dann die Vorstellung der Mono- durch Multikausalitäten ersetzt. Während die einzelnen Mega-Trends in ihrer Wirkungsweise also relativ gut erforscht sind, gilt dies jedoch nicht für die zwischen den Trends wirkenden Interdependenzen. Dies führt aber zu Unsicherheiten, da empirisch validierte Aussagen zu den Wechsel-

⁵ <http://www.diw-berlin.de/deutsch/pressemitteilungen/97033.html>

⁶ Eine ausführliche Darstellung findet sich auch unter <http://www.internationalepolitik.de/ip/archiv/jahrgang-2009/juli-august-2009-/wie-web-2-0--die-politik-verandert.html>

⁷ <http://esa.un.org/unpp/index.asp>

wirkungen nicht im ausreichenden Maße vorliegen.

Es gilt daher heute mehr, gesellschaftlich relevante Prozesse zur Lösung eines Problems mit ungewissem Ausgang zu moderieren statt top-down mit oftmals vermeintlich validen Expertenwissen zu steuern. Es geht jedoch nicht darum, das eine durch das andere zu ersetzen sondern beide Handlungsmöglichkeiten zu koordinieren. Wenn kein Volkswirt eine Aussage treffen kann über die multikausalen Wirkungen der Finanzkrise und die notwendigen Gegenmaßnahmen, da in dieser Frage kein ausreichendes Datenmaterial vorliegt und methodische Probleme auftauchen, so muss sich Wissenschaft wie auch Politik fragen, wie mit diesem Kenntnisdefizit umgegangen werden soll. Dann sollte aber auch gefragt werden, ob bisherige Prozesse der politischen Entscheidungsfindung nicht deutlich internetaffiner gestaltet werden müssten, um den Bürger die Möglichkeit einzuräumen, sich deutlich aktiver an diesen Prozessen zu beteiligen. Dies erfordert ein Stück weit Einsicht von den bisher relevanten Akteuren, die in der Vergangenheit die Deutungshoheit über letztlich einfachere Tatbestände besaßen.

REFLEX DER BISHERIGEN AUTORITÄTEN

Die fehlende Einsicht in diese aktuellen Entwicklungen war eine entscheidende Ursache für den plötzlichen Erfolg der Piratenpartei in Schweden und anderen europäischen Ländern.⁸

Der größte Fehler der politischen Entscheidungsträger bestünde darin, sich der von der Internetgemeinde implizit geforderten Diskussion nicht zu stellen. Die Verweigerung einer Diskussion müsste von außen dahin gehend interpretiert werden, dass Inkonsistenzen im eigenen Handeln oder Argumentieren sowie Informationsdefizite bestehen. Statt sich der Diskussion zu stellen und damit Transparenz auch für die eigenen politischen Ziele zu nutzen, reagieren die kritisierten Akteure teils mit Vorwürfen, die leider noch mehr hervor heben, dass sie mit der Materie des Internets eben gerade nicht vertraut sind.⁹ Das Feuilleton beschwert sich über die Berichterstatter an der

⁸ http://svt.se/2.109698/1.1585838/valu_piratpartiet_stora_skrallen?lid=puff_1585850&lpos=bild

⁹ Das Internet kann die Zeitung nicht ersetzen. Das ist die Ansicht von Bundestagspräsident Norbert Lammert. Internetnutzer fragten bestimmte Sachverhalte ab, erklärte Lammert beim Medienforum NRW in Köln. Der tägliche Tageszeitungsleser erwarte allgemeine Informationen. Der CDU-Politiker kritisierte, dass die Unterhaltung in den elektronischen Medien die Politik zunehmend verdränge. Das könne negative Auswirkungen auf das Urteilsvermögen der Deutschen haben. <http://www.dradio.de/mobilz/kulturnachrichten.html>

Basis¹⁰, die öffentlich-rechtlichen Medien bezweifeln regelmäßig die Echtheit des Materials auf YouTube und der Blogosphäre und Teile der Politik versuchen nach wie vor, sich der internetbasierten Transparenz ihres Handelns zu verweigern.¹¹ Es scheint hierbei ein Riss durch die Generationen zu verlaufen.¹² Die nicht als Digital Natives Aufgewachsenen interpretieren diese Entwicklungen eher als Zeichen allgemeiner Orientierungslosigkeit und empfinden die Informations- und Interpretationsvielfalt als bedrückend. Häufig wird durch die „Älteren“ die Befürchtung geäußert, das Netz mache einsam, beherberge nur Nerds, schließe besonders sozial Benachteiligte sowie Senioren aus und komme zu stark und ausschließlich gebildeten Bevölkerungsschichten zugute. Umso jünger aber die User, desto offener ist man für diese Relativierung der eigenen Position und Gewissheit und versteht die Informationsvielfalt als Zugewinn.

THESENHAFTER AUSBLICK AUF DIE WELT 2.0

Es kommt also vielmehr darauf an, sich dieser Perspektive – der Einflussnahme des Netzes auf die reale Welt – zu stellen und eine Vorstellung davon zu entwickeln, welche Konsequenzen oder auch Handlungspotenziale dies für die Gesellschaft und den Einzelnen haben könnte. Wohin aber könnte uns die Entwicklung des Internets mit ihrer Rückwirkung auf die Gesellschaften in Zukunft bringen?

These 1 – Persönliche Chancen

Persönlichen Entwicklungs- und Aufstiegschancen werden in Zukunft mehr durch Technikaffinität und Flexibilität und weniger durch Systemkonformität geprägt. Systeme, Institutionen und Prozesse wandeln sich immer schneller. Diese Schnelligkeit und Flexibilität zu akzeptieren und positiv zu besetzen, hilft, im System auf Dauer zu bestehen. Das Alte und Konforme – s.o. – wird immer stärker und schneller in Frage gestellt.

¹⁰ <http://www.zeit.de/online/2009/14/blogger-republica> und <http://www.zeit.de/2009/28/Piratenpartei>

¹¹ Ein schönes Beispiel für die kanalisierte Produktivität der Blogger sowie das Interesse der Politik, sich direkt und ohne medialen Filter an die Bürger zu wenden, stellt www.newsmill.se dar. Ein Negativbeispiel für die Verweigerung von Transparenz findet sich unter <http://www.zeit.de/online/2009/25/eu-agrar-subventionen-liste-deutschland>

¹² <http://www.manager-magazin.de/it/artikel/0,2828,625126-3,00.html>

These 2 – Deutungsmuster

Es gibt keine dauerhaft gültigen Deutungsmuster mehr, die auf den individuellen oder gesellschaftlichen Erfahrungen der Vergangenheit beruhen. Eine wichtige Ausnahme davon stellt momentan noch das mit dem Alter einher gehende soziale Erfahrungswissen dar. Grundsätzlich aber ändern sich Rahmenbedingungen, innerhalb derer Interpretationen der Realität richtig waren, immer schneller.

These 3 – Legitimation

Die politischen Partizipationspotenziale durch das Netz stellen tradierte Legitimitäten in Frage. Bisherige Intermediäre verlieren – bei Beibehaltung ihrer bisherigen Arbeitsweisen und Selbstverständnisse – ihre Deutungshoheit. Wofür benötigen die Ausschüsse des Deutschen Bundestages Interessenorganisationen, wenn es ein leichtes wäre, Millionen Bürger beziehungsweise Arbeitnehmer direkt per Internet zu ihrer Auffassung zu befragen? Dies bedeutet, dass Politikberatung zukünftig eher prozessorientiert handeln wird und der Partizipation der Bürger in dieser Beratung deutlich mehr Gewicht verliehen wird. Hierin besteht für (nahezu) alle Prozessbeteiligten eine große Chance.¹³

These 4 – Vertrauen und Autorität

Vertrauen und moralische sowie wissenschaftliche Autorität müssen beständig neu erarbeitet werden und gehen nicht mehr automatisch mit einer bestimmten Hierarchie, Funktion, Qualifikation oder Einkommensebene einher.¹⁴ Dies ist eine Chance für all Diejenigen, denen bisher eine Wahrnehmung ihrer Kompetenzen oder Meinungen aufgrund fehlender Erfüllung der genannten formalen Kriterien versagt geblieben ist. Dies ist zukünftig eine Herausforderung für diejenigen, die bisher erfolgreich Eigen-PR vor Sachkenntnis gesetzt haben.

These 5 – Persönliche Beziehungen

Persönliche Arbeitsbeziehungen verlieren an Tiefe und Dauer. Zunehmend ist die rein funktional und sachlich begründete (persönliche) Beziehung maß-

¹³ So bspw. <http://www.buergerforum2009.de/>

¹⁴ Sehr schön veranschaulicht von IBM Distinguished Engineer Gunter Dueck unter <http://www.omnisophie.com/downloads/Rede-IBM-CKO-2008-Dueck.wmv>

geblich. Es wird eher danach gefragt, in wie fern eine Beziehung zum persönlichen und momentanen Setting passt. Mobile Endgeräte tragen ein Übriges dazu bei, dass jeder in Zukunft von einer „Netzwerk-Wolke“ umgeben sein wird, in die hinein er stets Fragen stellen kann und aus der heraus er dann auch unmittelbar Antworten erhalten wird, ohne mit den Personen vormals in einer dauerhaften Arbeitsbeziehung gestanden zu haben.

These 6 – Innovative Prozesse

Die dynamisierte Kommunikation, das beständige Infragestellen angeblicher Wahrheiten sowie der freie und nicht beschränkte Zugang zu Wissen führt zu innovativeren Erkenntnis- und Lösungsfindungsprozessen. Der allein politisch, nicht jedoch sachlich gerechtfertigte Lösungsvorschlag hat zunehmend weniger Chance auf Umsetzung, da durch stärkere Transparenz über dessen mangelnde Lösungskapazität schneller dessen Unfähigkeit beleuchtet wird.

These 7 – Ideologien

Ideologien werden weltweit weniger Zuspruch finden, da den Menschen kultur- und nationenübergreifend zunehmend die grundsätzliche Gleichheit aller Menschen – unabhängig von fehlgeleiteten Interpretationen durch die Ideologien – bewusst wird. Erst die sachlich nicht gerechtfertigte unterschiedliche und ideologisch begründete Interpretation ein und derselben Realität hat in der Vergangenheit Konflikte über die Klärung der „wahren“ Interpretation verursacht. Die stärkere Transparenz über „die“ Realität wird dies in Zukunft eher verhindern.

FAZIT

Nur die gesellschaftlichen Institutionen werden zukünftig bestehen bleiben, die es den Menschen ermöglichen, ihre Erkenntnisse in die eigene Vorgehensweise einzubauen. Die Offenbarung der eigenen Unwissenheit ist dann keine Schwäche mehr, sondern eine Stärke, wenn sie dafür genutzt wird, auf Ebene des Einzelnen und der Institution mit dem Lernen zu beginnen. Angesichts der Herausforderungen, vor denen die Menschheit steht, kann dies nur ein Zugewinn sein.



102 →

Mit kollektiver Intelligenz zu digitaler Demokratie?



MIT KOLLEKTIVER INTELLIGENZ ZU DIGITALER DEMOKRATIE?

Die Autoren Thomas Gebel und Martin Gercke waren beide Teilnehmer der Reboot_D Konferenz und planen längerfristig den Aufbau eines bundesweiten Kollaborations-Tools zur kollektiven Meinungsfindung als ein zentrales Werkzeug in einer zukünftigen digitalen Demokratie. Der Planungsstand des Projekts „Was denkt Deutschland“ ist auf der Webseite www.wasdenkt.de zu sehen. Dort soll in Zukunft der Prototyp einer Kollaborations-Plattform entstehen.

Thomas Gebel | Martin Gercke

tags: #kollektiveintelligenz #collaboration #epartizipation #3stufen
#digitaledemokratie



Thomas Gebel verantwortet den Bereich Marketing und Öffentlichkeitsarbeit der wisoak (Wirtschafts- und Sozialakademie der Arbeitnehmerkammer Bremen). Zuvor war er bei einem Beratungsunternehmen sowie als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität tätig. Mehrfach moderierte er Zukunftswerkstätten, in denen Tausende von Bürgern in IT-gestützten Ideenbörsen erfolgreich gesellschaftliche Aufgabenstellungen bearbeiteten. Noch in den „analogen“ sozialen Bewegungen der 80er politisiert, treibt ihn seit vielen Jahren die Frage um, wie mit Hilfe der neuen „sozialen“ Medien demokratische Prozesse (re-)vitalisiert werden können.



Martin Gercke ist Serial Entrepreneur und momentan Geschäftsführer des Technologie-Startups Ubikon. Dort beschäftigt er sich mit drahtlosen Sensornetzwerken und der fortschreitenden ubiquitären Einbettung von Technologie in alle Lebensbereiche. Als Mitbegründer des Cybercrime Research Institutes, das sich mit Fragen des Informationsstrafrechts befasst, ist er unter anderem in den Bereichen Cyber Security, Netzneutralität und drahtlose Netzwerke beratend tätig.

Reboot_D: Warum beschäftigen Sie sich mit kollektiver Intelligenz?

Martin Gercke: Seit in den 90er Jahren das Internet seinen Siegeszug durch die Gesellschaft antrat, hat es sich mittlerweile als Kommunikationsmittel der Massen durchgesetzt. Im Gegensatz zur Telefonie, bei der meist nur zwei Menschen miteinander reden, ermöglichten schon die ersten Anwendungen im Internet eine Kommunikation in prinzipiell unbegrenzt großen Gruppen. IRC-Chats und Diskussionforen bieten schon lange die Möglichkeit, in Kontakt mit prinzipiell jedem zu treten, der einen Internetanschluss besitzt. Die technologischen Möglichkeiten, sich in allen möglichen Gruppen auszutauschen ist vorhanden.

In der realen Welt sind Versammlungen mit großen Menschenmassen, die kollektiv an Problemen arbeiten, aufwändig und teuer und kommen daher nur begrenzt vor. In meiner Umgebung mieten die Anwohner einmal im Jahr einen Veranstaltungsraum, um sich Gedanken über die Zukunft ihres Viertels zu machen. Viele Bewohner einer Stadt würden gerne einmal im Quartal über Themen wie Nahverkehr, kulturelle Förderungen und Bebauungspläne diskutieren. Dies lässt sich aufgrund der hohen Teilnehmerzahl einer solchen Veranstaltung aus organisatorischen Gründen in der realen Welt nicht ohne immensen Planungsaufwand verwirklichen.

Die virtuelle Welt lässt diese Einschränkungen hinter sich und bietet als erste Technologie der Menschheitsgeschichte die Möglichkeit, Ideenfindung, Fragerunden, Diskussionen und Diskurse auf Städte-, Kreis-, Landes- und Bundesebene zu organisieren. Die technologische Revolution kann den individuellen Stimmen der Menschen eine Plattform geben und hat das Potential, demokratisch Meinungsbilder zu formen und gesellschaftliche Fragen zu extrahieren. Das ist für mich das Kernthema kollektiver Intelligenz.

Thomas Gebel: Der Grad der Komplexität der gesellschaftlichen Prozesse und der in unserer gemeinsamen globalen Welt zu lösenden Probleme hat ein Ausmaß erreicht, das die Intelligenz einzelner schlicht überfordert. Noch vor wenigen Jahrzehnten gab es politische Figuren wie den „Staatsmann“, den „Großen Steuermann“ (Bezeichnung für Mao Ze Dong) oder lateinamerikanisch den „Caudillo“. In der Geschichte der bundesdeutschen Nachkriegsdemokratie waren das Politiker wie Konrad Adenauer (CDU) oder Willy Brandt (SPD). Sie regierten im Wesentlichen „allein“ – auf der Basis ihrer eigenen Intuition. Doch die Zeit der politischen Einzelintelligenzen ist vorbei. Diese Regel gilt auch für die scheinbaren Ausnahmen wie Barack Obama. Die tatsächliche

Komplexität der politischen Erscheinungswelt zeigt sich spätestens, wenn der charismatische Kandidat als realer Präsident sich Problemen wie dem Gesundheitswesen, dem Klimawandel oder dem Krieg in Afghanistan gegenüber sieht.

Doch auch die bloß additive Zusammenfassung ausgewiesener Einzelintelligenzen zu „Expertengremien“ oder – etwas altmodischer – „Weisenräten“ wird der Vielschichtigkeit und Veränderungsgeschwindigkeit von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zunehmend nicht mehr gerecht. Wo etwa war das Expertengremium, das uns vor dem 15. September 2008 vor einer fundamentalen Krise der internationalen Finanzmärkte gewarnt hätte? Hier wurde bereits das Minimalgebot des Entstehens innovativer Lösungen, nämlich die Diversität der Diskursteilnehmer, nicht berücksichtigt. Schätzungen zufolge sind gut 90 Prozent aller Lehrstühle für Volkswirtschaft von Anhängern wirtschaftsliberaler und monetaristischer Doktrinen besetzt. Diese Experten haben sich praktisch bis zur Lehman-Pleite nur gegenseitig auf die Schulter geklopft. Das Übel war der Staat, Deregulierung das Allheilmittel. Gedankliche Dissidenz kam kaum vor.

Parallel zur Notwendigkeit für kollektive Intelligenz entstehen neue Voraussetzungen für deren Realisierung auf der Ebene der „Produktivkräfte“. Mit dem Internet, vor allem aber den unter dem Begriff Web 2.0 bekannt gewordenen interaktiven Social Media steht der Menschheit das erste Mal in ihrer Geschichte ein globales Massenmedium zur Verfügung. Potentiell jeder Erdenbewohner, der einen Zugang hat, kann sich an den unzähligen globalen Diskursen beteiligen. Er kann in Social Communities, Blogs oder mit Twitter in Echtzeitgeschwindigkeit Ideen zu einer Debatte beisteuern. Er kann sich planetenweit beliebig mit anderen vernetzen (Englischkenntnisse vorausgesetzt). Aus meiner Sicht wird die Menschheit durch das Internet überhaupt erst zu einer wirklichen kollektiven Schicksalsgemeinschaft, zu einem kohärenten Akteur. Der entwicklungspolitische Hinweis, der darin steckt, heißt übrigens: Das „Brunnen-Bohren“ muss um die Breitband-Verkabelung erweitert werden.

Soziale Bewegungen nutzen das Netz bereits jetzt zur Mobilisierung. Die Online-Petition gegen das Internetsperregesetz bekam innerhalb von wenigen Tagen mehrere 10.000 Unterstützungsunterschriften. Die iranische Regierung musste erleben, dass klassische Zensurmaßnahmen angesichts von Twitter ins Leere laufen. Die chinesische KP hingegen hat Portale wie Youtube bereits aktiv und im eigenen Interesse im Konflikt zwischen Uiguren und Han-

Chinesen in Xinjiang eingesetzt. Die Piratenpartei wiederum ist wohl die erste Partei, die in und aus den Sozialen Medien heraus entstanden ist. Unabhängig davon, ob sie sich auf Dauer festsetzt, offeriert sie die Möglichkeit einer Partei „von unten“. Visionäre Sozialdemokraten sollten sich das gerade jetzt mal genau anschauen, bevor es wieder nur zur „Runderneuerung“ per Ordre du Mufti reicht. Web 2.0 ist kein weiteres bloßes PR-Verlautbarungsorgan. Der Politiker 2.0 wird vielmehr der Manager einer Community werden.

Reboot_D: Warum brauchen wir ein Kollaborationswerkzeug?

Thomas Gebel: Bürgerbeteiligung ist älter als das Internet. Letztlich ist sie die Urform der Demokratie in wenig komplexen und überschaubaren Gesellschaften. Beispiele sind die antike Athener Demokratie, die Landgemeinde in der Schweiz, die Versammlung der Quäker (eine radikalpazifistische protestantische Strömung vor allem in den USA, Anm. d. Herausgeber) oder die Arbeiter- und Soldatenräte in der Novemberrevolution 1919 am Ende des Wilhelminischen Kaiserreiches. Grob gesprochen treffen sich alle auf dem Dorfplatz (Kirche, Schiffsdeck etc.), diskutieren, schreien sich gegebenenfalls auch an, und dann wird abgestimmt oder gewählt. Die Beteiligung hat die Funktion der Entscheidungsvorbereitung. Ideen werden in den Raum geworfen, bewertet, verworfen oder weiterentwickelt. In den repräsentativen, manche sagen formalen Demokratien moderner Massengesellschaften gibt es klassische Formen der Beteiligung vor allem als punktuelle Ergänzung der repräsentativen Prozeduren. Dazu gehören zum Beispiel Petitionen, Beiräte mit beratenden Funktionen, Bürgerhaushalte, Planungszellen oder Volksscheide auf ausgewählten politischen Ebenen.

Der Grund, über kollektive Intelligenz im Kontext von Politik nachzudenken, hat den schlichten Grund, dass mit dem Entstehen des Internet und der Sozialen Medien viel mehr Menschen und viel schneller beteiligt werden könnten. (Post-)Marxistisch ausgedrückt liefern die neuen Technologien die „objektive“, also außerhalb des Bewusstseins des Einzelnen stehende Bedingung für ePartizipation auf globaler Ebene. Wenn Facebook sich technisch für eine Milliarde Teilnehmer rüstet, steigt am Horizont die Möglichkeit auf, Milliarden von Menschen miteinander in Verbindung treten zu lassen. Doch bleiben wir in der näheren Zukunft. Die neuen Technologien ermöglichen es, viel mehr Menschen als jemals zuvor gemeinsam Ideen generieren und bewerten zu lassen. ePartizipation wird eine realisierbare Beteiligungsoption.

Ein weiterer Grund ist der, dass mit kollektiver Intelligenz neue Qualitäten in der Problemlösung erreicht werden könnten. Kollektive Intelligenz ist bestenfalls „übersummativ“ Intelligenz, das heißt das Ganze ist mehr als die Summe aller Teile. Aus dem ungeordneten „Rauschen“ der Beiträge unzähliger Teilnehmer, wie wir sie am Wahlabend auf „Spiegel-Twitter“ erlebt haben, würden sich dann neue Ordnungen oder Muster abzeichnen: Noise from Order. Doch hier stehen wir noch am Anfang. Nicht umsonst widmet das Massachusetts Institute of Technology diesem Problem eine eigene Organisationseinheit: das Center for Collective Intelligence. Um zu wirklich guten Formen von Übersummativität und somit von ePartizipation zu kommen, muss kollektive Intelligenz ein eigener, permanenter Forschungszweig werden. Hier dürfen ruhig die besten informationspsychologischen Lösungen zum Zuge kommen. Es gilt, theoretisch gestützte Pilotprojekte zu lancieren.

Martin Gercke: Sobald mehr als eine Handvoll Menschen zusammen kommen, um gemeinsam eine Entscheidung zu treffen, gemeinsam an einem Problem zu arbeiten oder neue Ideen zu entwickeln, treten aufgrund der Vielzahl von Meinungen und Äußerungen Probleme auf. Manche Ideen ähneln sich, werden aber einzeln vorgetragen und von Individuen verfochten. In der realen Welt führt man daher Regeln ein, um dieser Flut von Informationen und Meinungen Herr zu werden. Meistens gibt es eine Tagesordnung, die die zu diskutierenden Themen vorgibt. darüberhinaus werden oft sogenannte „Meinungsführer“ eingesetzt, von denen bereits vor der Diskussion vermutet wird, dass sich eine Großzahl der Anwesenden mit ihrer Meinung identifizieren kann. Meistens wird nach einer Diskussionsrunde über bestimmte Entscheidungen abgestimmt, um eine demokratische Entscheidungsfindung zu ermöglichen.

Es werden also Regeln und Werkzeuge benutzt, um in der realen Welt zu mehrheitsfähigen Entscheidungen oder Vorschlägen zu gelangen. In der virtuellen Welt ist dies nicht anders. Auch wenn die virtuelle Welt die Kommunikation in großen Gruppen nahezu ohne finanziellen Aufwand ermöglicht, existieren bisher keine Mainstream-Tools, um in großen virtuellen Gruppen konsensfähige Ideen, Meinungen und Fragen zu ermitteln. Solch ein Werkzeug gilt es zu entwickeln, um die kollektive Intelligenz unserer Gesellschaft nutzbar zu machen.

Reboot_D: Kann ich mir so etwas als Wikipedia für Meinungen vorstellen?

Martin Gercke: Wenn es so einfach wäre, würde eine solche Lösung wahrscheinlich schon existieren. Wikipedia funktioniert deshalb, weil alle Mitwirkenden eine ähnliche Idee der Wahrheit über ein bestimmtes Thema haben. Keiner kennt alle Aspekte eines beschriebenen Themas, aber alle konvergieren auf dem Weg zur Wahrheit schon fast zwangsläufig. Bei Meinungen dagegen gibt es kein falsch oder richtig. Jede Meinung hat ihre Berechtigung. Wichtig ist also, dass ein Kollaborationstool unterschiedliche Meinungen zulässt und dass diese Meinungen nicht wie bei Wikipedia von anderen Menschen als „falsch“ markiert und gelöscht werden können.

Genau wie in der realen Welt kann jeder Mensch die Meinung eines anderen Menschen teilen oder ablehnen. Darüberhinaus kann er seine eigene Meinung kundtun und versuchen durch Argumente andere Menschen von seiner Meinung zu überzeugen. Gegenüber einer realen Versammlung an einem physikalischen Ort lässt die Virtualität prinzipiell die Meinungsäußerung jedes einzelnen Gruppenmitglieds zu. Bei einer realen Versammlung würde hierfür wahrscheinlich schon die Zeit eines Abends ein solches Vorhaben vereiteln. Das Internet bietet hierfür einen virtuellen Gesprächsraum, der zeitlich asynchron ist. Eine Diskussion muss nicht an einem Abend abgehandelt werden, sondern lässt sich über mehrere Tage oder Wochen führen.

Darüberhinaus können Menschen ihre Meinung zeitgleich äußern, da ihre Argumente durch die Asynchronität zwischen Meinungsäußerung und Meinungsaufnahme später nicht-überlappend gelesen werden können. Aus dieser Freiheit ergibt sich aber auch die Kernproblematik eines solchen Systems: die Informationsflut. Wenn jeder seine Meinung äußern kann und davon die Mehrheit auch Gebrauch macht, findet man keine Zeit mehr, um alle Meinungen zu hören bzw. zu lesen. Eine der Hauptaufgaben eines solchen Systems ist es daher, ähnliche Meinungen zu gruppieren und Randmeinungen zu erkennen, um die Bildung vieler Splittermeinungen zu verhindern.

Thomas Gebel: Ein Wiki ist ja nur eines von mehreren möglichen Tools, die sich im Kontext von ePartizipation und digitaler Demokratie einsetzen ließen. Aber auch hier wie grundsätzlich bei elektronischer Beteiligung stellt sich das Problem der Bewertung von großen Informationsmengen. Die Piratenpartei steht genau an diesem Punkt. Je erfolgreicher sie ist und je mehr Personen ihr beitreten, desto mehr Menschen werden sich an den Debatten auf dem Pira-

ten-Wiki beteiligen. Wie aber wollen Sie eine schriftliche Wiki-Debatte mit womöglich mehreren Zehntausend Teilnehmern administrieren? Über Millionen auf globaler Ebene haben wir dann noch gar nicht gesprochen.

Ein Wiki für Meinungen wirft allerdings ein spezifisches Problem auf. Wikipedia ist das bekannteste Beispiel für ein Fakten-Wiki. Die Community dahinter geht davon aus, faktisch Richtiges von faktisch Falschem trennen zu können. Es gibt also die Unterscheidung von wahr und falsch als epistemologische Prämisse. Unter der Bedingung von Meinungspluralismus ist eine solche Unterscheidung abwegig. Meinung A ist nicht per se besser oder schlechter als Meinung B. Ein Meinungs-Wiki lebte davon, Alternativ-Varianten transparent nebeneinander stehen zu lassen, um die Debatte zu befeuern. Damit aber wären wir wieder beim Mengenproblem. Wie organisiere ich die Debatte mit zehntausenden, hunderttausenden, gar Millionen Teilnehmern? Wie werden Sortierung, Bewertung, Cluster-Bildung und semantische Verdichtung intelligent organisiert? Dazu werden für verschiedene Ziele verschiedene formale Restriktionen nötig sein. Twitter mit seiner Limitation von 140 Zeichen verhindert unmittelbar Tiefe, ermöglicht aber Schnelligkeit. Gegebenenfalls müssen verschiedene Prozeduren kombiniert werden. Schließlich kann ich ja jetzt schon per Twitter auf einen tiefer argumentierenden (Blog-) Beitrag verweisen.

Reboot_D: Wie würde denn dann so ein Tool bei einem konkreten Beispiel funktionieren?

Thomas Gebel: Ich würde mich im Moment schon freuen, wenn wir so etwas hätten wie einen bundes- oder zumindest landesweiten Volksentscheid, der durch eine 3-monatige intensive eConsultation-Phase vorbereitet werden würde. Nehmen wir mal das Beispiel Energiepolitik. Am Ende stünde eine reale Entscheidung zum Beispiel über Laufzeiten von Atomkraftwerken.

Martin Gercke: Ich denke, dass ein solcher Volksentscheid nur ein sehr kleiner Auszug aus den Möglichkeiten einer solchen Plattform darstellt. Bei breiter Akzeptanz einer solchen Plattform in der Bevölkerung ließen sich permanent Meinungsbilder der Gesellschaft zu aktuellen politischen Themen zeichnen. Die bestehende unidirektionale Kommunikation von den Regierenden zur Bevölkerung und der durch die Massenmedien stellvertretend geführte „Dialog“ suggeriert uns eine faktisch nicht bestehende Kommunikation zwischen Entscheidern und der Gesellschaft. Eine Kollaborations-Plattform würde eine echte bidirektionale Kommunikation zwischen Politik und Gesellschaft er-

möglichen, an dem sich prinzipiell jeder beteiligen könnte. Anstatt darauf zu warten, dass die Massenmedien z.B. das Thema Klimapolitik thematisieren und damit Politiker unter Druck setzen, wird dieser Druck durch eine offen geführte Diskussion auf einer solchen Plattform erzeugt. Ein Beispiel dafür ist „Die 10 wichtigsten Maßnahmen zur Reduktion des CO₂-Ausstosses.“

Wenn die Gesellschaft sich für das Thema interessiert, werden sich in kurzer Zeit Menschen finden, die ihre Ideen zu dem Thema einbringen und schon nach wenigen Tagen lassen sich konkrete Vorschläge an die Politik formulieren. Die Aufgabe der Politik wäre es dann nicht nur, in Expertengremien, die meist von Lobbygruppen durchgesetzt sind, sondern in der Öffentlichkeit über diese Vorschläge nachzudenken. In den Massenmedien Fernsehen und Zeitung können Politiker dem individuellen Fragesteller immer eine Zugehörigkeit zum feindlichen politischen Lager unterstellen oder dessen aggressiven Fragestil kritisieren. Bei einer direkten Kommunikation mit dem Wahlvolk fällt das bestimmt deutlich schwieriger aus und zwingt zu konkreten Antworten.

Reboot_D: Warum sollte dies jetzt funktionieren und wurde bisher noch nicht gemacht?

Martin Gercke: Die prinzipielle Technik zur Kommunikation in großen Gruppen existiert schon seit über 10 Jahren. Allerdings standen im „alten“ Internet Interaktivität und Beteiligung der Nutzer eher im Hintergrund und der Hauptfokus lag auf der Präsentation von Inhalten. Seit einigen Jahren verschiebt sich der Fokus der Technik von der reinen Präsentation von Daten in Richtung Einflussnahme und Interaktion des Benutzers. Durch diese zweite Welle von Internet-Anwendungen sind Frameworks und Tools entwickelt worden, die es heutzutage erlauben, eine professionelle Webseite mit Interaktionsmöglichkeiten der Nutzer innerhalb von kürzester Zeit zu erstellen. Das senkt die Eintrittsschwelle für solche nicht-kommerziellen Anwendungen enorm. Clay Shirky beschreibt in seinem Buch „Here comes everybody“ die Auswirkung der fallenden Transaktionskosten für Kommunikation auf zu verwirklichende Projekte. Einige Projekte waren einfach zu aufwändig und vom kommerziellen Standpunkt nicht lukrativ genug, um ein Geschäft damit machen zu können. Die ins Bodenlose fallenden Transaktionskosten führen jetzt dazu, dass viele Projekte, die vormals nur in großen Organisationen hätten entstehen können, jetzt in einem nicht-kommerziellen Rahmen verwirklicht werden.

Thomas Gebel: ePartizipation – also Formen der Bürgerbeteiligung mithilfe der neuen elektronischen Medien – gibt es bereits seit vielen Jahren. Im Übergang zu so genannten eGovernment-Projekten gibt die EU seit Jahren Millionen für ePartizipation aus. Allerdings schafften es diese Projekte nur selten in die breite öffentliche Wahrnehmung. Die Teilnahme hält sich zumeist in lokalen und regionalen Grenzen oder bleibt auf Spezialistengruppen beschränkt. Sie folgt häufig der stillschweigenden Maxime „Stell die vor, es ist Internet-Demokratie, und keiner geht hin“. Löbliche Ausnahmen sind etwa die „Bürgerhaushalte“.

Tatsächlich wächst die technologische und sozialkulturelle Entwicklung der digitalen Demokratie in den letzten zwei Jahren in 7-Meilen-Stiefeln entgegen. Zum einen sind bis auf wenige Ausnahmen Breitband-Internetanschlüsse und Mobilnetze im Wesentlichen durchgesetzt. Damit ist eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung für ePartizipation geschaffen. Hinzu kommt der subjektive Faktor. Nicht mehr nur junge Leute, sondern auch mittlere und ältere Kohorten wandern – wenn auch zum Teil noch zögerlich und mit Skepsis – in die Netze ein. Vor allem aber die neuen Web-2.0-Anwendungen liefern die eigentliche Grundlage. User Generated Content ist die Rohform von Citizen's Generated Politics. Das Netz mausert sich zum „Hypertext“ der Menschheit.

Am Abend der Bundestagswahl wie schon erstmalig anlässlich des TV-Duells zwischen Merkel und Steinmeier haben viele Tausend Menschen über ihre Twitter- und Facebook-Accounts den Primär-Event kommentiert. Hintergrund war, dass das Online-Leitmedium Spiegel.de beide Portale in seine eigene Nachrichtenseite integriert hat. Damit wurde nolens volens ein Benchmark gesetzt, hinter den künftige Beteiligungsportale nicht zurückfallen können. Facebook und Twitter übernehmen die Arbeit, Menschen technisch und sozial auf Beteiligung vorzubereiten, selbst wenn es sich um „rohe“ und unsystematische Vorformen handelt. Die Rolle, die Spiegel.de dabei innehatte, zeigt die Wichtigkeit, die qualitativer Journalismus in der digitalen Demokratie haben wird. Er wird den neuen Beteiligungsportalen die nötige und seriöse Aufmerksamkeit verschaffen müssen.

Reboot_D: Was ist Ihrer Meinung nach ausschlaggebend für den Erfolg einer solchen Plattform?

Thomas Gebel: Zunächst gibt es eine handwerkliche Mindestvoraussetzung: Die künftigen Partizipations-Applikationen müssen extrem benutzerfreundlich sein. So ein Portal muss für einen 70-Jährigen genauso benutzbar sein wie für einen Digital Native. Das Kriterium lautet: narrensicher.

Die Akzeptanz eines solchen Portals aber steht und fällt mit der Teilnahme von möglichst Vielen. Die Zahl der Partizipanten muss eine kritische Masse erreichen, damit digitale Demokratie sexy ist. Das wird nur gelingen, wenn man für die Idee der ePartizipation in der breiten Bevölkerung wirbt.

In diesem Zusammenhang hat mir unser Reboot-Aktivist Willi Kaczorowicz besonders aus dem Herzen gesprochen: „I don't want to be governed by nerds.“ Wenn digitale Demokratie auf Freaks und eine kleine Internet-Avantgarde beschränkt bleibt, handelt es sich nur um eine weitere Variante von Elitenherrschaft, um Oligarchie 2.0.

Martin Gercke: Ich denke, dass die Technik grundsätzlich reif ist, um so etwas zu realisieren. Natürlich ist es anspruchsvoll, allen Bevölkerungsschichten eine gleichermaßen benutzerfreundliche Plattform zu bieten und die angesprochene Konvergenz von Meinungen zu erzielen. Aber der meiner Meinung nach wichtigste Punkt ist das Erreichen der angesprochenen kritischen Masse. Wie schon beim bestehenden Gemeinschaftsprojekt Wikipedia steht und fällt das Projekt mit der Anzahl der Benutzer. Wenn zu wenige Menschen die Plattform nutzen, wird sie angreifbar für Lobbygruppen oder Vandalismus. Darüber hinaus muss die Plattform wenigstens in gewissem Maße repräsentativ sein – wenigstens für bestimmte Bevölkerungsgruppen. Nur wenn die Politik in der abgebildeten Meinung auf der Plattform eine Meinung einer nicht zu vernachlässigenden Wählergruppe erkennt, wird sie sich mit ihr beschäftigen. Und erst wenn dieser Punkt in greifbare Nähe rückt, werden sich genügend Menschen damit beschäftigen. Diese kritische Masse von Menschen gilt es mit einem interessanten Thema und dem Engagement möglichst vieler Menschen in einem Pilotprojekt zu erreichen.

Reboot_D: Das hört sich aber trotz allem so an, als wäre es eher etwas für eingefleischte Netzbewohner und weniger für die breite Masse.

Martin Gercke: Prinzipiell erwächst das Projekt aus dem Internet, das ist richtig. Allerdings liegt der Grund dafür nur an den besseren Möglichkeiten des Internets. Die aktive Netzgemeinde bildet immer noch einen zu kleinen Teil

der Bevölkerung ab. Daher darf das Projekt nicht nur ein Netzprojekt bleiben, sondern muss darauf ausgerichtet sein, alle Bevölkerungsschichten zu erreichen. Und das unabhängig davon, ob es sich um „Netzbewohner“ oder um jemand ohne Internetanschluss handelt. Zugegebenermaßen ist die Teilnahme an einem solchen Projekt aus der Offline-Welt aus nur eingeschränkt möglich – aber es ist möglich. Um diesen Brückenschlag zwischen Online- und Offline-Welt zu vollziehen, würde ich die auf der Plattform erkennbaren Meinungstrends in einer monatlichen Zeitungsbeilage für die Offline-Welt aufbereiten. Dies kann dann zusammen mit Hintergrundinformationen zu den Themen in dieser Beilage als Diskussionsstoff in der wirklichen Welt dienen. Wenn jemand keinen Internetzugang hat oder sich besser dabei fühlt, einen Brief zu schreiben als sich online zu beteiligen, sollte er auch dazu die Möglichkeit haben. Von Anfang an sollte klar sein, dass es sich hier nicht um ein Projekt von Internet-Freaks für Internet-Freaks handelt, sondern um ein gesamtgesellschaftliches Experiment, was die Chance hat, bei der Pionierarbeit zur digitalen Demokratie eine Vorreiterrolle zu übernehmen.

Thomas Gebel: Die Einbeziehung breiter Bevölkerungsgruppen muss von Anfang an integraler Bestandteil sein. Dieser Aspekt wurde in vielen bisherigen Aspekten wohl unterschätzt. Wir müssen das richtig als Kampagne begreifen, genauso, wie für die Akzeptanz von ePartizipation eigenständig geworben werden muss.

Langfristig wird sich aus meiner Sicht die digitale Demokratie in 3 Stufen realisieren.

Stufe 1 läuft bereits. Sie besteht darin, dass soziale Bewegungen sich bottom-up des Netzes zum Zwecke politischer Kampagnen bedienen. Dafür stehen Plattformen wie avaaz.org oder [campact](http://campact.org) zur Verfügung. Auch die „ungeordnete“ Beteiligung über Twitter und Social Communities – mit und ohne Spiegel-Online-Einbettung – zähle ich dazu. Quasi „ungebeten“ nehmen Menschen an der politischen Willensbildung teil.

Auch **Stufe 2** findet durchaus schon statt. Hier sehe ich die „offizielle“, formalisierte Beteiligung, quasi top-down. Das System stellt auf den entsprechenden Ebenen EU, Bund/Nation, Länder/Provinzen und Kommunen unterschiedlichste Plattformen und Tools zu Verfügung. Das können Ideenbörsen mit Brainstormings sein, graphische Tools zur Flächenplanung, mit softwaregestützten Simulationen bis hin zu ePollings zur Ermittlung von Stimmungsbildern.

Stufe 3 wäre dann als Vision die ganz hohe Kunst der ePartizipation. Ich würde es eine Art von permanenter eConsultation nennen. Hier könnten die Bürger ständig Themen einbringen, Resonanzen für Anliegen checken und nach Unterstützern suchen. Es wäre nicht auf bestimmte Entscheidungstermine hin orientiert. Dieses dauerhafte Beteiligungsportal wäre auch so eine Art von Trendbarometer. Eine Regierung würde nicht mehr morgens als erstes in den Pressespiegel sehen, sondern auf das Portal gehen und kucken, was den Bürgern gerade unter den Nägeln brennt.

Reboot_D: Wie denken Sie wird die Politik auf diese Initiative reagieren?

Thomas Gebel: Ich rechne mit starker Skepsis bis hin zur offenen Ablehnung bei Lippenbekenntnissen für Beteiligung. Denn real werden Macht und klassische Hierarchien ein Stück weit unterminiert. Das wird sich irgendwann – als Enterprise 2.0 – übrigens auch auf die „undemokratische“ Bastion der Unternehmen ausdehnen, undemokratisch insofern, als akkumuliertes Kapital sich nicht demokratisch legitimieren muss. Der Druck der Stufe 1 schafft die Voraussetzungen für Stufe 2.

Martin Gercke: Die Politik ist diese Einflussnahme der Bevölkerung nicht gewohnt. Auch diese Art des direkten Dialogs mit der Gesellschaft wird zu einem großen Unsicherheitsgefühl führen. Daher vermute ich, dass die Politik sich verhalten äußern wird, bis sich eine solche Initiative etabliert. Zu groß ist ein zu befürchtender Machtverlust und zu schwerwiegend wirken die möglichen Veränderungen am Regierungsapparat. Ein Volk, was seit Anbeginn der Zeit geschwiegen hat und nun das Sprechen lernt, stelle ich mir ein bisschen so wie die Landung eines Außerirdischen vor. Er wird doch wohl nichts Böses wollen?

Wenigstens in Science-Fiction-Filmen wird allzu oft schweres Geschütz aufgefahren anstatt ein paar Friedenstauben steigen zu lassen. Aber wer weiß – vielleicht finden sich in der heranwachsenden Politiker-Generation ja ein paar Visionäre die nur darauf warten, in einen Dialog mit der Gesellschaft zu treten.



116 → Können auf der Basis von Crowdsourcing Gesetze realisiert werden?



KÖNNEN AUF DER BASIS VON CROWDSOURCING GESETZE REALISIERT WERDEN?

Der vorliegende Beitrag ist ein Ergebnis der Veranstaltung Reboot_D, die im September 2009 in Berlin stattgefunden hat. In der Arbeitsgruppe „Offene & Lebendige Dokumente“ diskutierten Ahmet Emre Acar, Hasso Plattner Institut, Christoph Fahle, Betahaus, Nils Jonas, Mehr Demokratie e.V., Michael Seemann, Ole Wintermann, Bertelsmann Stiftung und Sina Kaufmann (Moderation der Arbeitsgruppe), Uni Bonn, Internetrepublik, die im folgenden Beitrag zusammengefassten Modellprozesse.

Das ernüchternde Fazit wenn man die Realität betrachtet: Trotz der potenziell riesigen Chancen für die Demokratie und unzähligen optimistisch-euphorischen Analysen der technischen Machbarkeit von Beteiligungsformen fehlt bisher in Deutschland der politische Wille sich mit der Gestaltung dieser Potenziale ernsthaft auseinanderzusetzen. Wir fragen uns: Woran könnte das liegen? Und was könnte diesen politischen Willen erzeugen?

Ahmet Emre Acar | Sina Kamala Kaufmann | Ole Wintermann



Ahmet Emre Acar ist Co-Founder der Unternehmensberatung *Ingosu* und Dozent an der Universität Potsdam. Bis vor Kurzem war er als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der HPI School of Design Thinking tätig. Zuvor beschäftigte er sich als Berater an der Freien Universität Berlin mit Web 2.0 Konzepten. In seiner Abschlussarbeit zur M.A. in Kommunikationswissenschaften an der TU Berlin untersuchte er die Instrumentalisierung von Computerspielen zur Medienproduktion, sowie die Ästhetik und technologischen Perspektiven von *Game-based Media*. Zwischen 2005 und 1999 forschte und arbeitete er an der TU Berlin, der Humboldt Universität zu Berlin und der Universität Potsdam zu Kommunikation im Internet, nichtlinearen Medien, Mediensemantik, Multimediaproduktion und E-Learning. Als Kollegiat der Alcatel SEL Stiftung hat er ein Faible für spielerische Themen zwischen Technologie, Kunst und Gesellschaft.



Sina Kamala Kaufmann lebt in Berlin und schließt zur Zeit Ihr Studium der Politik, der Philosophie und des Völkerrechts ab. Sie ist Studentin der Universität Bonn, schreibt Ihre Magisterarbeit zum Thema: "Webwahl 2009 – Das Internet als Instrument und Gegenstand der Politik". Mit der Frage, wie das Internet Gesellschaft und insbesondere die Politik verändert beschäftigt sie sich seit zwei Jahren. Sie war Stipendiatin der Schule Schloss Salem, bei der Jugendpresse Deutschland Gründerin und Chefredakteurin von Politikorange und zuletzt Mitinitiatoren der Internetrepublik.



Ole Wintermann hat in Kiel VWL, Politik und Soziologie studiert. Während der Tätigkeit als wissenschaftlicher Assistent an der Universität Kiel war er mit einem Forschungsprojekt an der Universität Göteborg betraut. Danach war er Abteilungsleiter für Wirtschafts- und Sozialpolitik auf Landes- und Bundesebene der ehemaligen Deutschen Angestellten-Gewerkschaft beschäftigt. Seit 2002 arbeitet Ole Wintermann bei der Bertelsmann Stiftung. Dort beriet er interessierte Bundesländer in Demographiefragen. Seit 2 Jahren ist sein Schwerpunkt die Wechselwirkung globaler Megatrends mit der Entwicklung des Internets. Promoviert hat Ole Wintermann zur Krisenaktionsfähigkeit politischer Systeme.

Hintergrundinformationen zu lebenden offenen Dokumenten

Gutenberg vs. Google

In Dokumenten werden politische Sachverhalte abgebildet und eingefroren. Sie werden greifbar als Papier-Objekt: als Report, Gesetzestext, Programmschrift. Solche geschlossenen Dokumente sind jeweils der Endpunkt von komplexen Recherche- und Diskussionsprozessen einer Kommission, eines Parlaments, einer Partei. Ihre Autorität beziehen sie nicht zuletzt aus der Begrenzung der gedruckten Form: Am Ende ist alles ausgeschlossen, was nicht beglaubigt da steht und sich nicht der strengen Gliederung fügt. Als „objektiv“ gilt somit letztlich schlicht das, was Teil des physischen Objekts geworden ist.

In der Google-Galaxis erscheint das nicht mehr natürlich. Es gibt keine objektive Instanz mehr, die in Anspruch nehmen kann, die Fülle und Komplexität der Informationen gültig zu reduzieren, weil diese Informationen potenziell zugänglich sind, jeder und jedem, jetzt und sofort.

„Transparenz ist die neue Objektivität“

Das sagt David Weinberger. Was früher nur der Verweis in Fußnoten war, gedacht für die Spezialisten, ist jetzt die Hauptsache geworden. Jede geschlossene Formulierung eines Sachverhalts ist nur noch ein Versuch, eine Ansicht, ein Statement, nicht anders als der jeweilige Stand eines umstrittenen Wikipedia-Artikels, der ständig im Fluss ist.

Die digitale Demokratie braucht also eine neue Form: offene und lebendige Dokumente, die einen Prozess abbilden. Jede/r kann auf jede Seite und jeden Paragraph zugreifen, annotieren, kommentieren, mit einem Klick aus dem Text in den unabsehbaren Informations- und Wissensraum des Web springen.

So etwas sollte es für jedes wichtigere Dokument geben, das sich als Kristallisationskern für einen politischen Diskurs eignet. Demokratie war ja ursprünglich viel eher eine Sache von hitzigen Diskussionen und immer neuen Flugschriften als von unlesbaren Experten-Dokumenten und zeitenthobenen Büchern.

Webressourcen:

Reboot_D Open Documents Video – http://www.youtube.com/watch?v=jD7nijC_dp8

Open Documents Aufzeichnungen – <http://www.flickr.com/photos/moeffju/3944513125/>

Galaxy Zoo – <http://galaxyzoo.org/>

Peer to Peer Patent – <http://peertopatent.org/>

David Weinberger – Transparenz ist die neue Objektivität – <http://blog.whoiswho.de/stories/41822/>

THINK ABOUT!

Zukunftsorientierte und erfolgreiche Unternehmen nutzen bereits heute gezielt Kreativität und Wissen ihrer Kunden. Die innovativsten Geschäftsmodelle der letzten Jahre bestehen wesentlich darin, die freiwillige „Arbeit“ von Usern ökonomisch verwertbar zu machen. Als Beispiele zu nennen sind hier Facebook, YouTube und zahlreiche andere – auch wenn die Monetarisierung sich als nicht unproblematisch gestaltet, werden diese jungen Unternehmen erstaunlich bewertet. Firmen sind gewinnorientiert – ihr demokratisches Interesse ist also nicht ausschlaggebend für die Entwicklung. Viele in einen Prozess einzubeziehen. Reine Effizienzkriterien verleiten Unternehmen dazu, Produktentwicklungsprozesse und andere Abläufe zu öffnen. So werden quasi durch die „Hintertür“ Demokratisierungsprozesse in Unternehmen – mit Blick auf den Kunden wie auch den Mitarbeiter angestoßen. Die Rollen kehren sich um, das innovative Unternehmen hört auf die Kunden sowie die Arbeitnehmer (bzw. deren Ideen) und nicht auf das mittlere Management.

WARUM NUTZT NUN DER STAAT, DER FÜR SICH IN ANSPRUCH NIMMT, DEMOKRATISCH ZU SEIN, DAS UMFANGREICHE POTENZIAL, AUF DAS MAN ÜBER DAS INTERNET ZUGRIFF HAT, NICHT EBENSOWEIL?

Erstaunlich, dass der Staat darauf verzichtet und die Bürger ihre freie Zeit im Internet nicht „investieren“ können, um die Gesellschaft zu unterstützen. Stattdessen gestalten bisher nur Unternehmen und einige Nichtregierungsorganisationen ihre Webangebote so, dass User im Netz etwas beitragen können. So fließt kostenlose und freiwillige Arbeitszeit in fortschrittliche aber profitorientierte Unternehmen statt dem Gemeinwohl zuträglich zu sein. Bürger wollen sich für die Gesellschaft einbringen, haben dazu aber in Verwaltung und Politik kaum die Möglichkeit. Der Staat und damit die ganze Gemeinschaft verpasst hier eine große Chance. Attraktive und kluge Plattformen, die in die Verwaltungs- und Legislativprozesse eingebettet sind könnten eine unendliche Fülle von staatlichen Aufgaben gemeinsam mit den Bürgern erfüllen. Wir müssen das produktive und konstruktive Potenzial besser nutzen – schließlich sind wir alle der Staat.

Eine stärkere Partizipation des Bürgers ist dringend notwendig, um die Zustimmung zum demokratischen System zu verbessern und die Identifikation des Bürgers mit der Demokratie wieder zu stärken. Eine gemeinsam gelebte

politische Praxis ist ein wichtiger Baustein einer lebendige Bürgergesellschaft. Fehlende Transparenz über einzelne Gesetzesentwürfe an sich wie auch die ausschließliche Befassung mit den Entwürfen durch Verwaltung, Parlament und Lobbyorganisationen sind in Deutschland üblich. Warum aber müssen einzelne Lobbyvertreter Einfluss ausüben, wenngleich es doch möglich wäre, die Millionen Mitglieder der Verbände direkt nach ihrer persönlichen Einstellung zu relevanten Gesetzesentwürfen zu fragen? Auch wenn der Bürger durch den Akt des Wählens einen Auftrag an Politiker formuliert hat, im abstrakten Sinne für die eigenen Interesse in den nächsten Jahren aktiv zu werden, stellt sich doch zunehmend die Frage, warum Bürger in den Gesetzgebungsprozess nicht eingebunden werden. Die Abgabe der direkten Einfluss-möglichkeit an die Volksvertreter war lange die einfachste, sicherste und effizienteste Lösung – in Zeiten des Internets bieten sich nun ganz neue Lösungen an. Durch unbegrenzten Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten stellen sich Fragen, die durch ihre Einfachheit überraschen. Warum beispielsweise sind Texte, die die Grundlage der Gesetzgebung sind, eigentlich der Bevölkerung nicht in Gänze und im Prozess ihrer Entstehung transparent? Warum hat der Bürger trotz der technischen Möglichkeit nicht die Chance, die Entstehung eines Gesetztestexts zu verfolgen und sich einzubringen? Eine technische Optimierung von politischen Abläufe wäre ganz im Sinne der Demokratie, einem Ideal das unser Gemeinwesen zusammenhält und im Sinne der Effizienz einem ökonomisches Ideal, dass unsere Gesellschaft ebenso bestimmt und vorantreibt. Es ist technisch machbar, Know-How ganz gezielt einzusammeln und einzusetzen.

WARUM VERZICHTET DER STAAT AUF DIE KOMPETENZ UND DAS WISSEN SEINER EIGENEN BÜRGER?

Wikipedia basiert rundum auf dem Gedanken des „Crowdsourcings“ und hat innerhalb kürzester Zeit ein Lexikon hervorgebracht, das sowohl vom Umfang als auch von der Genauigkeit mit der Enzyklopedia Britannica verglichen werden kann. Wieso fangen wir nicht an, die Staatsidee ebenso neuzudenken, wie Jimmy Wales es mit der Vorstellung vom Lexikon gemacht hat? Das Internet wird in Zukunft das Betriebssystem unserer Ökonomie und der Demokratie werden – es ist jetzt an uns, dieses Betriebssystem zu gestalten. Es besteht ansonsten die Gefahr, dass wirtschaftliche Partikularinteressen statt demokratisch-gemeinwohlorientierte Organisationen die Grundstruktur des Netzes bestimmen.

Zentral ist die Gesetzgebung – als zentraler politischer Prozess. Diesen Prozess an technische Möglichkeiten anzupassen und dabei die Werte der Demokratie und des Rechtsstaats anzuwenden, ist eine wesentliche Herausforderung des Informationszeitalters.

Der reformierte Gesetzgebungsprozess sollte folgende Bedingungen erfüllen:

- effizient sein – damit tatsächlich nutzbarer Content generiert werden kann.
- demokratisch sein – jeder sollte sich (potenziell) beteiligen können
- ergebnis-/umsetzungsorientiert sein – wer sich einbringt, muss sich ernstgenommen fühlen (Keine Scheinpartizipation, jeder leistet einen echten Mehrwert!).
- attraktiv und einfach sein – damit viele sich beteiligen können (digital divide)

Im Folgenden haben wir einige allererste unterschiedliche Ansätze für einen offeneren Gesetzgebungsprozess erarbeitet.

Die vorgestellten Alternativen sind als offene Denkanstöße konzipiert.

BEISPIELPROZESSE FÜR DIE ENTSTEHUNG EINES OFFENEN DOKUMENTS IN DER GESETZESGEBUNG

Die Idee eines offenen Dokuments am Anfang der Gesetzgebung stellt einige grundlegende Anforderungen an den Entstehungsprozess und dessen technischer Umsetzung. Die Legitimität der Teilnahme am Entwurf innerhalb des Gesetzgebungsprozesses spielt dabei eine zentrale Rolle. Fragen bezüglich der Umsetzung im Sinne des Zugangs, der Benutzerfreundlichkeit und Nutzbarkeit der eigentlichen Umsetzung werden dabei trotzdem zunächst außer Acht gelassen, um sich auf die Grundprinzipien eines offenen Prozesses konzentrieren zu können.

Grundsätzlich ist es heute technisch möglich, mit Hilfe von freien kollaborativen Technologien, wie beispielweise Google Docs, ein öffentliches Dokument zu erstellen und gemeinsam mit anderen, an einem Entwurf zu arbeiten oder ein Thema zu benennen.

Alternative:**Das Recht entsteht im Netz: Gesetzesinitiativen aus der Community**

Mit dem Ziel, es am Ende des Gesetzgebungsprozesses in einen Gesetzestext oder aber in eine gesetzliche Regelung zu überführen, wäre das offene Dokument für alle interessierten Bürger zugänglich und frei editierbar. Dieses Modell führt zum direkten Gesetzesentwurf.

Der erste Entwurf wird innerhalb einer Woche erstellt und danach für die freie Bearbeitung geschlossen. In den nächsten drei Wochen kann nun über den Entwurf abgestimmt werden. In dieser Zeit müssen sich genügend Unterstützer für den Entwurf finden. In einer parallel dazu eingerichteten Diskussionsumgebung kann gleichzeitig über die genaue Formulierung sowie die inhaltlichen Aussagen des Textes diskutiert werden. Nach einer genau festgelegten Abstimmungsregel wird der Text entweder mangels Unterstützung für nicht tauglich befunden oder aber zur Weiterbearbeitung durch einen ausgewählten Kreis freiwilliger Autoren erneut vom Verfasser zur offenen Diskussion freigegeben. Hiernach wiederholt sich der Prozess insofern, als dass er nach der Bearbeitung erneut für drei Wochen geschlossen und zur Abstimmung gestellt wird.

Die offenen Gesetzestexte mit den meisten positiven Abstimmungen innerhalb eines Jahres kommen weiter und werden dann automatisch und ohne Abstimmung im Bundestag als sogenannte Community-Gesetze verabschiedet oder aber die Abgeordneten im Bundestag erhalten ein Veto-Recht, um Community-Gesetze zu stoppen.

Ergänzung:**Ein Netzpromi als Vermarkter für Gesetze**

Die Einschaltung von „Maklern“ modifiziert den offenen Entwurfsprozess. Für den eigenen Gesetzentwurf bzw. für die Multiplikation des Themas werden Personen beauftragt, die für diesen Zweck seitens der Ministerien als neutrale (nicht im Inhalt, sondern im Prozess) Instanzen anerkannt werden können. Der Vorteil eines solchen Vorgehens läge darin, dass ein Thema von Anfang an besser wahrgenommen werden könnte, da sich die Vermittler persönlich mit den Entwurf identifizieren könnten. Zugleich wäre es im Sinne eines Mentors denkbar, dass eine Beratung dahingehend erfolgt, in welcher Weise das Vorbringen des Themas Erfolg versprechender erfolgen könnte. Dies würde also

ein gewisses Maß an Professionalisierung bedeuten. Der potenzielle Nachteil im Sinne der Offenheit bestünde natürlich darin, dass ein Makler kaum so glaubwürdig die Notwendigkeit vorgetragen kann, wie der Initiator selbst.

Alternative:

Bundestag und Community Hand in Hand

Eine weitere Alternative ist die abschließende Einbringung des abgestimmten und gemeinsam in der Community erarbeiteten Textes in den Bundestag oder/und die Verwaltung. Dies scheint sinnvoll mit Blick auf die gewachsenen demokratischen Strukturen und Prozesse – in einem Apparat, der modernisiert aber nicht gleich vollkommen ersetzt werden kann. Sollte der Bundestag gegen den Community-Entwurf stimmen, so müsste er verpflichtet werden, sogleich einen besseren bzw. eigenen Vorschlag zur Abstimmung anzubieten. Dies würde die Bedeutung des Themas/Gesetzesentwurfs, welches durch die Bevölkerung vorgebracht worden ist, hervorheben. Beide Entwürfe – der des Bundestages und der der Community – könnten dann Gegenstand eines Volksentscheids werden.

Das Nichtraucherschutzgesetz ist ein sehr anschauliches Beispiel für ein Gesetz, welches trotz offensichtlicher sachlicher Begründung gegen den Willen der Mehrheit der Bürger zu Gunsten von wenigen Partikularinteressen aufgeweicht worden ist. Solche intransparente Interessenpolitik kann durch eine aktiv kontrollierende Community eingedämmt werden.

Alternative:

Gesetze brauchen Experten – Experten sitzen überall in Ministerien und vorm Rechner

Eine dritte Alternative optimiert den bestehenden Prozess durch Crowdsourcing – ohne ihn ganz umzugestalten. Die Bürger werden als Experten behandelt und das Partizipationsangebot richtet sich insbesondere an Bürger, die in dem entsprechenden Thema besondere Sachkenntnis besitzen. Während die Idee/das Thema/Anliegen zum Entwurf durchaus aus der Community kommen kann und nach einem Voting als relevant eingestuft wird, würde der Auftrag zur Erarbeitung des Gesetzesentwurfs schließlich an einen Expertenkreis weiter gereicht. Dieser Expertenkreis kann durchaus auch aus Experten der Ministerien bestehen. Um zu verhindern, dass das Ziel des Gesetzes durch die Formulierungen des Expertenkreises verwässert wird, sollte der Ideengeber selbst und

weitere Community-Mitglieder dem Expertenkreis angehören. Bevor der fertig ausgearbeitete Text der Community zur Abstimmung bereit gestellt wird, haben alle Bürger noch die Möglichkeit, selbst Einfluss auf die Gesetzesformulierung auszuüben, in dem sie Kommentare und Bemerkungen hinzufügen, die von anderen Bürgern unterstützt werden können („I Like“). Jeder kann zudem neue Formulierungsvorschläge einbringen. Die Aktivsten in diesem ersten Community-Korrektur-Prozess werden nun in den Expertenkreis aufgenommen. Dieser Kreis aus alten Experten und durch Interesse und Aktivität neu hinzu gekommene Experten arbeitet nun die Vorschläge und Änderungsanliegen in den Gesetzestext ein. Dieser wird jetzt der Community zur Abstimmung vorgelegt – jetzt kann die Community den Text annehmen oder ablehnen – und so kann die genannte „Warnung“ angefügt werden. Die Warnungen weisen auf grobe Fehler hin, die die Experten nochmals überprüfen sollten.

SOFORT ANSATZ „CROWDCONTROLLING“: PROZESS ZUM LÖSCHEN, ÄNDERN UND STREICHEN VON GESETZEN

Neben der Möglichkeit, neue Gesetze zu initiieren oder aber gesellschaftlich relevante Themen zu transportieren, ist dringend ein Monitoring bestehender Gesetze notwendig! Hierzu müssten zunächst alle bestehenden Gesetze über eine Plattform praxisnah einsehbar sein. Ziel des Gesetzes, Entstehungsdatum, zugehörige Verordnungen, Beispiel-Sachverhalte, gängige Rechtsprechung und nicht zuletzt der Gesetzestext selbst werden übersichtlich dargestellt. Zur Erhöhung der Beteiligung sollten die Erstellung von Kommentaren und erklärenden Beschreibungen zu den Gesetzestexten möglich sein. Bürger können Ihre Erfahrungen mit Gesetzen dort notieren, zentrale Probleme in der Rechtsprechung und Anwendung können zentral dokumentiert werden, um eine breite Evaluierung möglich zu machen.

Ein sehr einfaches Anwendungsszenario ist die Entfernung von redundanten, irrelevanten oder veralteten Gesetzestexten. Es wäre vorstellbar, dass Gesetze ab einer bestimmten Zahl von Löschwünschen direkt zur Streichung freigegeben werden. Man denke sich neben den Gesetzen einen „Löschen“-Button, den Bürger drücken können und damit deutlich machen, dass dieses Gesetz in Ihren Augen überflüssig ist. Diese Gesetze werden zunächst zur Überprüfung markiert und an den Bundestag verwiesen, um sie einer

Evaluierung auf nachhaltige Relevanz zu unterziehen. Bei der Prüfung sollten Bürger weiterhin einbezogen werden. Der Bürger sollte gefragt werden, ob die Notwendigkeit des Gesetzes besteht oder ob vielleicht auch aus der Community Ideen hervorgehen, wie ein gesellschaftliches Anliegen oder Problem auch ohne dieses Gesetz effizienter und Bürokratie sparend gelöst werden kann.

Sollte eine Streichung und/oder Änderung der Gesetzeslage abgelehnt werden, muss ein Volksentscheid, der die Streichung letztendlich ermöglicht, durchführbar sein. Selbstverständlich bedeutet ein solcher offener Evaluierungsprozess nicht, dass eine relative Mehrheit nun unsere Grundrechte abschaffen könnte – nicht alle Gesetze stehen gleichermaßen zur Disposition. Im Sinne Henry Thoreaus sollte überdacht werden, ob heute nicht mehr denn je gilt: „Die beste Regierung ist die, welche am wenigsten regiert.“

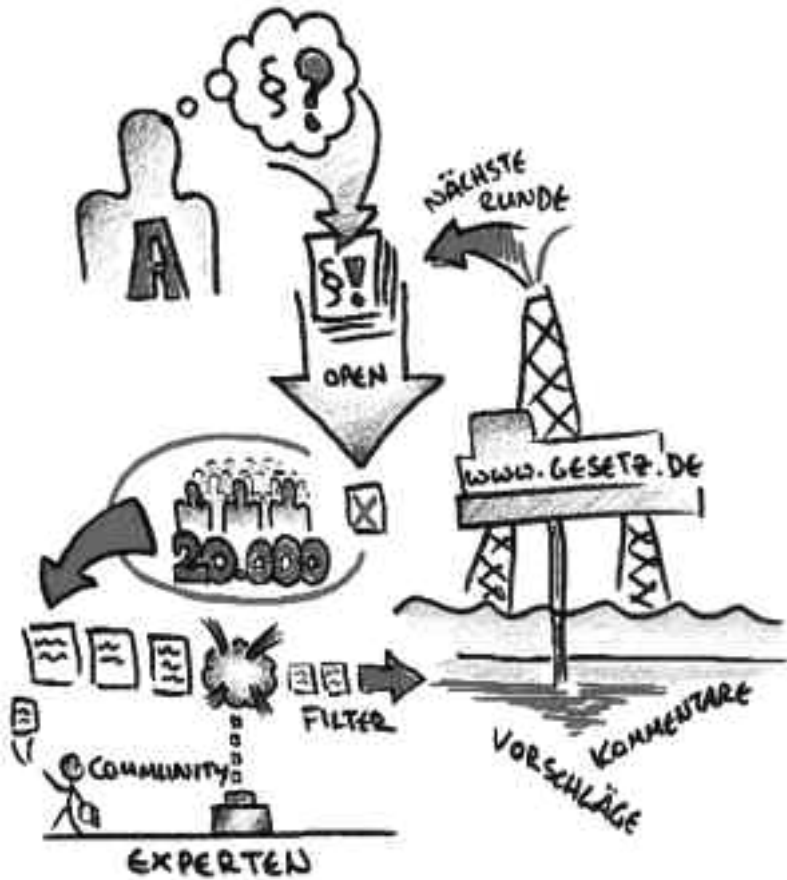
Der Nachhaltigkeit der Bürgerpartizipation bei Überprüfungsprozessen hat sich im wissenschaftlichen Bereich in diversen Projekten bewährt. So wird bei Galaxy Zoo die Klassifikation von Sternenclustern von Freiwilligen durchgeführt, die selbst keine astronomische Ausbildung aufweisen müssen. Doch auch im juristischen Bereich findet der Ansatz bereits Verwendung. Auf der Plattform Peer-to-Peer Patent wurde das Patentverfahren in den USA in einem Pilotprojekt den Bürgern eröffnet.

OFFENE FRAGEN

Zum Abschluß hier noch ein paar Fragen, die uns während der Arbeitsgruppe aber auch beim Schreiben dieses Beitrages immer wieder in den Sinn kamen. Fragen auf die wir keine Antworten haben, aber an deren Beantwortung uns sehr viel liegt.

- Wie ist es möglich, dem politischen System die Brisanz dieses Themas so zu vermitteln, dass die Verwaltungen, trotz der ihr eigentümlichen Starre, entsprechende offene Prozesse für offene Dokumente ermöglichen?
- Wie kann man also das demokratische Wissen aus den geschlossenen Dokumenten befreien?
- Wie kann man aus offenen digitalen Texten neue politische Energie gewinnen?

- Wie ist es möglich, politischen Willen für den angesprochenen Wandel zu erzeugen?
- Wie lassen sich um sie herum lebendige Netzwerke, Informationswolken und Informationsflüsse organisieren?
- Wie müsste das Interfacedesign und die Architektur beschaffen sein, damit das funktioniert?
- Welche Akteure können es leisten, eine technisch-demokratische Infrastruktur zu errichten?
- Wie wird die Demokratie wieder zukunftsorientiert? Wie kommen wir weg vom Verwalten, der auf uns zukommenden Missstände hin zu einem Gestalten einer „offenen Zukunft“?



Expertenunterstützung im Gesetzesentwurf

Dokumente liegen in offener Form auf einer Gesetzesplattform vor und können erarbeitet und durch Abstimmung gefiltert werden. Experten prüfen Entwürfe der Community und dienen als weitere Filterinstanz. Der Output selbst kann wiederum kommentiert und erweitert werden, um dann im Prozess weiterbehandelt zu werden.



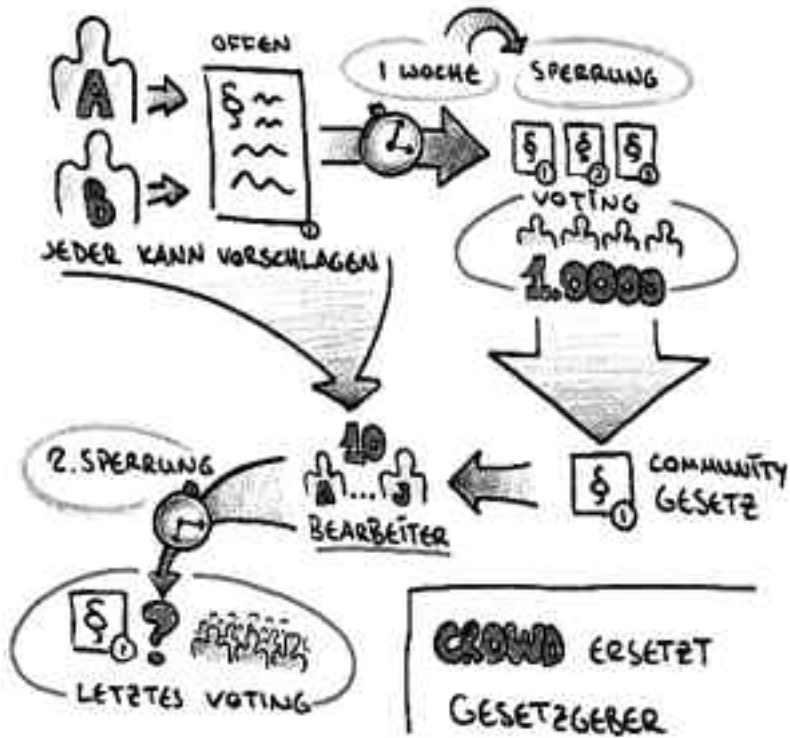
Maklermodell des Gesetzesentwurfs

Bürger beauftragen einen Makler zur Vertretung ihrer Ideen und Inhalte. Der Prozess wird professionalisiert während die ursprünglichen Ideengeber durch Auswertung weiterhin die Kontrollmöglichkeit behalten.



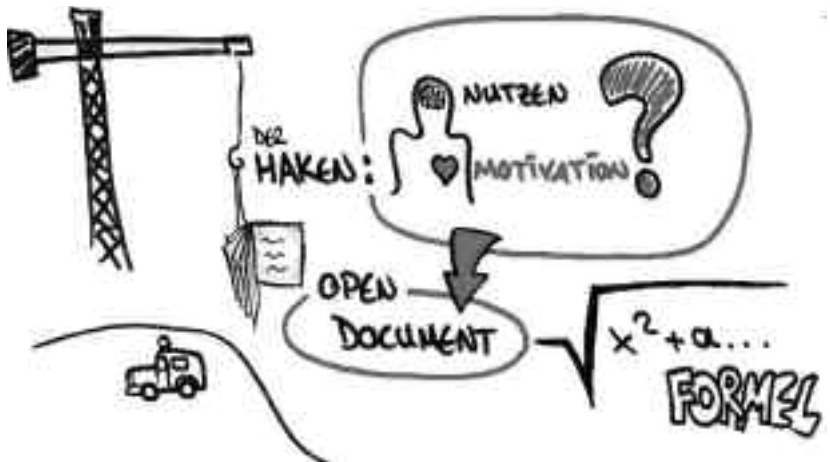
Anwendungsszenario: Anfrage zur Löschung

Bei ausreichender Stimmabgabe wird eine Löschung beim Bundestag eingereicht. Sofern dieser Antrag abgelehnt wird, findet eine erneute Stimmabgabe statt, die zum Volksentscheid führen kann.



Ablauf einer Community Gesetzgebung

In zwei Stufen werden Inhalte von Bürgern generiert und durch Abstimmung selektiert. In kleinen Arbeitskreisen können populäre Inhalte im Detail ausgearbeitet und anschließend in eine weitere Abstimmung überführt werden.



Offene Dokumente bilden die Grundlage für Bürgerpartizipation

Der Haken dabei: Der Nutzen für die Bürger muss klar erkennbar sein und die Motivation für Beteiligung muß aufrechterhalten werden. Hierfür gibt es noch keine feste Formel.



VON DER VOLKSPARTEI ZUR WEBPARTEI

Ein Streitgespräch

Das Web 2.0 bietet viele Möglichkeiten, Menschen zu mobilisieren. Gerade die Digital Natives nutzen diese häufig. Gleichzeitig scheinen die Parteien an Bedeutung zu verlieren. Oder doch nicht? Die beiden Digital Natives Thomas Strothjohann und Hendrik Heuermann streiten sich.

Hendrik Heuermann | Thomas Strothjohann

tags: #parteien #dna_d #demokratie #pragmatismus



Hendrik Heuermann wurde 1982 in Aurich, Ostfriesland, geboren. Nach dem Abitur studierte er Politik- und Musikwissenschaften in Osnabrück und Montréal. Momentan arbeitet er als PR-Berater in der Hamburger Agentur *kulow kommunikation mit den Schwerpunkten Kommunikation in sozialen Netzwerken, Web 2.0-Tools und Enterprise 2.0. Als Saxophonist und Komponist war er Preisträger beim „Deutschen Rock & Pop Preis 2007“. In seiner Freizeit engagiert er sich kommunalpolitisch bei Bündnis 90/die Grünen und im Bereich der kulturellen Nachwuchsförderung.



Thomas Strohtjohann wurde 1987 in Frankfurt am Main geboren, verbrachte die 11. Klasse in Quito, Ecuador und seinen Zivildienst nach dem Abitur in einer fahrenden Bibliothek in Nicaragua. Er studiert im dritten Semester Online-Journalismus an der Hochschule Darmstadt, ist Redaktionsmitarbeiter von „Mediummagazin“ (@mediummagazin) und Pressesprecher der undjetzt-Konferenz (@undjetzt).

WER BRAUCHT NOCH PARTEIEN IN DER POLITIK 2.0?

Hendrik Heuermann: Lieber Thomas.

Ich freue mich, dass wir uns hier gemeinsam über Politik streiten werden, denn das ist schließlich ein hohes demokratisches Gut und kann auch sehr viel Spaß machen.

Ich würde gerne vorlegen: Niemand bezweifelt heute noch, dass das Internet und das Web 2.0 im besonderen die politische Kommunikation verändert haben.

Politik – oder Parteienverdrossenheit

Meiner Kandidatin folge ich auf Facebook, interessanten Abgeordneten auf Twitter, ich stoße im Netz auf Themen und Gruppen denen ich mich anschließe und online diskutiere. Das ist einfach und schnell. Viele machen das genau wie ich. Von Greenpeace bis Amnesty International, von Zensursula bis Gen-Mais-Verbot – Infopakete, Protestmails, Online-Petitionen und im Internet organisierte Veranstaltungen. Diese Generation lebt digital und sie engagiert sich auch digital. Mein Eindruck ist: Es gibt keine Politikverdrossenheit, nur Parteienverdrossenheit.

Aber schauen wir zunächst ins Grundgesetz. Da heißt es bei Artikel 21: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ – Tun sie das wirklich? Und tun sie das auch noch lange? Ich habe da meine Zweifel.

Ich würde hier so weit gehen und als Eingangsthese aufstellen: „Die Parteien werden in der Politik 2.0 langfristig bedeutungslos.“

Hältst du dagegen? Bin gespannt ...

PARTEIEN HABEN ZUKUNFT

Thomas Strothjohann: Lieber Hendrik, ich halte dagegen.

Wenn du dich im Internet – wie du sagst – Gruppen anschließt und online diskutierst, machst du dasselbe, was Parteimitglieder machen – egal ob on- oder offline. Allerdings setzt sich deine Gruppe für ein bestimmtes Thema oder Themenfeld ein, das ihre Mitglieder betrifft, während Parteien viele Themen bündeln. Eine Partei, deren einziges Ziel der Atomausstieg ist, kann in der Politik nicht bestehen. Parteien aggregieren die Interessen eines Teils der Bevölkerung und vertreten sie im politischen System.

Wer entscheidet?

Ich glaube auch, dass die Willensbildung nur teilweise in den Parteien stattfindet. Meiner Meinung nach entsteht sie in den Medien (auch Internet), der Kneipe, Uni oder an sonst einem Ort, an dem Menschen unterschiedlicher Meinungen aufeinandertreffen. Der entscheidende Punkt ist aber, wie der Wille des Einzelnen in den politischen Entscheidungsprozess gelangt. Facebook, Twitter und sogar Online-Petitionen haben keinen Sitz im Parlament. Online-Diskutanten übernehmen keine politische Verantwortung und haben keinen direkten Einfluss auf politische Entscheidungen. Sie sind immer auf Parteifraktionen angewiesen, die ihre Ansichten aufgreifen und im wahren Leben vertreten. Wenn du wirklich glaubst, dass unsere Generation online lebt, muss ich dich daran erinnern, dass Second Life tot ist.

Die Zukunft der Parteien ist online

Wenn die Parteien es richtig angehen, können Sie ihre Legitimation durch die basisdemokratischen Partizipationsmöglichkeiten des Internets zurückgewinnen. Im Netz werden Themen gesetzt und von Betroffenen diskutiert. Parteien integrieren die vielen Themenentscheidungen in ihre Programme und stellen sich damit zur Wahl.

Wie stellst du dir eine parlamentarische Demokratie vor, in der sich Mehrheiten für jede noch so kleine Entscheidung neu finden müssen? Ich bin gespannt!

WILLENSBILDUNG UND EINE NEUE DEMOKRATIE

Hendrik Heuermann: Da sprichst du gleich mehrere interessante Punkte an. Der erste ist die Willensbildung. Streng genommen müsste man mit niemandem reden um sich eine Meinung zu bilden. Aber vor der Zeit des Internets hatten die Parteien, wenn auch kein Monopol, aber immerhin eine bessere Ausgangssituation. Hier trafen sich die streitbaren und kompetenten Personen mit denen man sich gerne inhaltlich aneinander rieb und sich eine Meinung bildete. Da ertrug man schon mal eher die zähen Verfahren von „Beschlussfähigkeit“, „Antrag zur Geschäftsordnung“ und „Entlastung des Vorstands“. Nur die ganz Harten haben darauf heute Lust. Wenn ich jetzt auch online verschiedene Argumente durchklicken kann und dabei gemütlich auf dem Sofa Chips futtere, warum sollte ich mich dann noch zu einer Mitgliederversammlung aufraffen?

Second Life ist tot? Mag sein, aber damit verbinde ich eher, wenn du so willst, eine Flucht in eine digitale Parallel-Welt. Das Web 2.0 aber bietet eine Menge faszinierender Tools, die Politik verändern können.

Neue Politikformen

Facebook Gruppen haben keinen Sitz im Parlament, stimmt. Aber warum eigentlich nicht? Viele Gruppen sind zahlenmäßig größer als so mancher Parteitag. Stellen wir uns einmal vor, man könnte sich durch viele gute Bewertungen der eigenen Posts als Experte in bestimmten Bereichen qualifizieren. Warum sollte man sich dann nicht im Parlament beteiligen dürfen? Kann so nicht viel mehr Sachverstand in die Politik? Vielleicht kann oder will ich es mir nicht leisten, Berufspolitiker zu werden. Vielleicht brennt mein Herz bei der Frage, ob der Steuerfreibetrag sinkt oder steigt, aber das Schicksal der Elbe ist mir wurscht. In einer Demokratie besteht ja auch das Recht des Desinteresse. Warum soll man da nicht einfach bei den Themen mitmischen dürfen wo man sich auskennt? Das wird doch durch das Web 2.0 viel leichter. So eine neue Form der Demokratie kann ich mir sehr gut vorstellen.

Was denkst du, wird es durch das Internet eine neue Sorte der Politiker geben?

PRAGMATISCH IST NICHT GLEICH DEMOKRATISCH

Thomas Strohtjohann: Wir sind heute tatsächlich ungeduldiger mit demokratischen Prozessen und finden Formalia lästig. Andererseits funktioniert Demokratie nur dann wenn, die Diskutanten sich die Zeit nehmen, regelkonform zu diskutieren und alle Abgeordneten vor der Abstimmung zu informieren. Wenn Formalia aus Faulheit vernachlässigt werden ist der Weg von unserer Demokratie zur Oligarchie und Korruption nicht mehr weit. Ohne demokratisch legitimierte Entscheidungskompetenzen, Feststellung der Beschlussfähigkeit, transparente Geschäftsordnung und gesetzeskonforme Entlastung der Verantwortlichen, entscheiden elitäre Runden aus Fachleuten und Lobbyisten vor allem nach ihren eigenen Interessen.

Politik für digital Natives

Web 2.0 bietet tatsächlich Möglichkeiten, um die Demokratie den Lebens- und Arbeitsformen der Digital Natives anzupassen: Es wäre zum Beispiel möglich, dass Fachausschüsse online und zeitversetzt tagen. Sie könnten in einer google-docartigen Onlineapplikationen auf dem Regierungsserver gemeinsam an Gesetzesentwürfen tüfteln, ohne sich in Berlin treffen zu müssen. Nach einer klassischen Lesung im Plenum werden die Änderungen wieder dezentral online eingearbeitet und so weiter.

Experten aus dem Web ins Boot holen

Experten kommen heutzutage nicht nur an Universitäten, in Instituten, Verbänden und Firmen zu Wort, sondern auch in Onlinecommunities. In letzteren sind auch Amateure unterwegs, die es in ihrer Freizeit zu anerkannter Expertise gebracht haben. Politiker müssen die Diskussionen auf Online-Plattformen verfolgen und einen Austausch fördern. Man muss aber zwischen der Teilhabe am politischen Prozess und der Verantwortung für politische Entscheidung unterscheiden. Es wäre toll, wenn die Argumente aus Onlinecommunities in die Parteiprogramme einfließen, aber entscheiden müssen gewählte Abgeordnete.

Mitsprache und Verantwortung

Wer entscheiden will, muss auch Verantwortung übernehmen und das können und machen Onlinediskutanten nicht, die in der Facebookgruppe „gegen

den EU-Beitritt der Türkei“ aktiv sind. Nach der Entscheidung löst sich die Gruppe nämlich auf.

Wer in der Politik mitentscheiden will, muss also Politiker werden. Wer das nicht will, muss sich auf sein Wahl- und Mitspracherecht beschränken. Was gibt es spannenderes als den Weg vom online anerkannten Blogger an die Macht, in die tatsächliche Politik? Rummäkeln kann jeder, etwas verändern nicht.

Wenn der Wähler nicht in die Partei geht, muss sie zu ihm kommen

NGOs und Initiativen haben längst festgestellt, dass eine gute Web-Kampagne mehr Menschen erreicht als ein Infostand. Wenn ein Wähler merkt, dass seine Meinung vom Abgeordneten und seiner Partei aufgegriffen wird, wenn Parteimitglieder merken, dass sie nicht nur Beitragszahler sind, sondern mit ihrer Stimme wirklich was bewegen können, folgt auf die Parteienkrise der Parteienaufschwung. Web 2.0-Anwendungen können die Schwelle reduzieren, die passive Parteimitglieder von der aktiven Mitgliedschaft trennen. Auf dem Sofa ist mein Geist empfänglicher für Visionen als auf einem Parteitag.

Parteien wird es weiterhin geben und das Internet wird sie demokratischer machen. Aber direkte Demokratie via Facebook und der „Wahlkreis StudiVZ“ sind realitätsfremde Vorstellungen digitaler Identitäten.

DAS BESTE AUS BEIDEN WELTEN?

Hendrik Heuermann: Warum nehmen wir dann nicht das beste aus beiden Welten? Gewissermaßen nur so viel Formalia wie nötig und viel Web 2.0 wo möglich? Sicherlich hast du Recht, dass gewisse Formalia der Beschlussfindung auch aus einem demokratischen Verständnis entstanden sind, aber der Punkt ist: Wenn die Formalia und damit das tägliche Brot der Parteien so zäh und staubig sind, dass keiner mehr mitmachen will, ist auch nichts gewonnen. Es kann nicht schaden, wenn Demokratie verständlich ist und Spaß macht. Hier sehe ich im Web 2.0 Chancen: Durch Blogs und Twitter behalte ich meine Politiker digital im Auge, in sozialen Netzwerken kann ich mit ihnen leicht Kontakt aufnehmen und in Wikis können auf transparente Art, wegweisende Dokumente entstehen. Und mit einer Web-Konferenz kann ich mir auch spannendere Parteitage vorstellen.

Auf einen Aspekt will ich noch eingehen: Du unterschätzt den gegenwärtigen Einfluss der Experten. Niemand glaubt ernsthaft, dass unsere Politiker noch ohne Berater auskommen. Das Problem ist nur: Man weiß nicht, wer da so alles mittuschelt. Wenn man sich den Geist des Web 2.0 vorstellt, so dass Politiker offen legen von wem sie sich beraten lassen, klingt das sehr attraktiv für mich. Trotzdem bleiben sie politisch verantwortlich.

Sex-Appeal der Parteien

Und sicher: Wer politisch viel verändern will, kann in die Politik gehen und ich würde mir wünschen, dass dies viel mehr Menschen tun. Dennoch: Nicht für jeden ist es eine Wunschvorstellung, gleich eine ganze politische Karriere zu starten. Vielleicht kenne ich mich sehr gut aus bei einem bestimmten Thema und kann dort viel bewegen, will aber meinen Job nicht verlassen. Dann wäre es doch toll, wenn ich online meine Expertise zeigen kann und meine Vorschläge dann von den Profis vorgebracht werden.

Ich denke dein letzter Aspekt trifft es. Durch Web 2.0-Anwendungen kann der Sex-Appeal von Parteien steigen. Politische Prozesse werden transparenter und idealer Weise auch verständlicher.

Zum Abschluss sollten wir gemeinsam überlegen wie so etwas aussehen kann. Sollen wir nicht Vorschläge machen?

THOMAS STROTHJOHANN & HENDRIK HEUERMAN:

Parteien 2.0 – Über Politiker, ihre Tweeds und Facebookprofile wird viel geschrieben – über Parteien im Web 2.0 noch nicht

Wird sind zu dem Ergebnis gekommen, dass Parteien durch das Web 2.0 nicht überflüssig werden, aber sagen wir es so: Sie haben zur Zeit massive Probleme, Menschen mitzunehmen – dabei können Web 2.0-Tools helfen. Die „Generation Internet“ ist nicht unpolitisch, ganz im Gegenteil. Aber sie ist vielleicht eher an Politik als an Parteien interessiert. Projekte wie DNAdigital, das Politcamp und zahlreiche Barcamps mit politischen Themen zeigen, dass es viele Internet affine junge Menschen gibt, die die Zukunft mitgestalten wollen. Mit Infoständen und althergebrachter Mitgliederwerbung können die Parteien dieses Potenzial nicht realisieren. Besser können sie die Menschen über Themen erreichen und für Projekte gewinnen, wenn sie sie nicht gleich

zur Mitgliedschaft drängen. Das käme der Lebenswirklichkeit der Digital Natives viel näher.

Auf Parteien kommt also eine Mittlerposition zu: Sie können Trends aufnehmen und Angebote machen, zu politischen „Hubs“ werden, bei denen sich engagierte Menschen treffen. Um dieses Potenzial voll auszuschöpfen, sollten sie auf Blogs und Twitter transparent zeigen, was sie beschäftigt und was für Ziele sie verfolgen. In Kommentaren sollten sie sich aufgeschlossen zeigen und Feedback dankbar aufnehmen, egal ob Kritik oder Schulterklopfen. In regelmäßig gepflegten Profilen in sozialen Netzwerken können sie „menschlicher“ und greifbarer werden. Diese Ratschläge ähneln denen, die Berater Unternehmen auf den Weg zum Enterprise 2.0 geben. Warum keine Open Spaces für alle, die an einem Thema interessiert sind? Warum keine Live-Feeds von Parteitagen? Warum nicht in die Runde fragen und Input aus dem Web suchen? Warum nicht Gesetzesentwürfe und Anträge in Wikis entwerfen? Warum kein „Bürger-Chat“ der Spitzenkandidaten? Warum keine politische Infos über Location Based Services? Warum nicht Spenden über Social Networks einwerben? Alles denkbar. So könnten Parteien von der kollektiven Intelligenz ihrer Sympathisanten profitieren – nicht nur ihrer Mitglieder.

Sicher: Nichts ersetzt den rhetorischen Haken in einer Diskussion oder die Rede, die den Saal zum Kochen bringt. Aber ein Chat ersetzt ja auch kein Feierabend-Bier und Follower ersetzen keine Freunde. Das Web 2.0 ist auch für Parteien nicht Ersatz, sondern ein sehr wertvoller zusätzlicher Kanal, den sie nicht brachial fluten sollten, durch den sie aber viel erfahren und bewegen können.



142 →

Wir haben immer noch eine digitale Spaltung in der Gesellschaft

„WIR HABEN IMMER NOCH EINE DIGITALE SPALTUNG IN DER GESELLSCHAFT!“

Frank Roebers im Interview mit Markus Beckedahl, August 2009

Das Interview fand in einer Art Fernschachpartie statt. Ich habe eine oder mehrere Fragen gestellt und Markus Beckedahl hat sie dann beantwortet. Ich stellte dann die nächsten Fragen usw. Wir haben das Ganze mit Google Text realisiert.

Markus Beckedahl | Frank Roebers

tags: #netzpolitik #zensursula



Markus Bechedahl, Unternehmer, Blogger und Aktivist für digitale Freiheiten, ist Organisator der re:publica-Konferenzen und gilt als einer der deutschen Pioniere in der politischen Kommunikation im Netz.

Als Mitgründer der *newthinking communications GmbH* berät er Organisationen und Unternehmen in Fragestellungen der digitalen Welt. Das Spektrum reicht hierbei von der Vermittlung aktueller Trends bis hin zur Planung spezifischer Kampagnen mit Open-Source-Strategien. Des Weiteren lehrt Markus Bechedahl u.a. an der Universität Mannheim Soziale Medien und Open-Source-Kulturen.

Seit 2002 schreibt er auf netzpolitik.org über die politischen Fragen einer digitalen Gesellschaft. netzpolitik.org zählt zu den reichweitenstärksten Blogs im deutschsprachigen Raum und erhielt in den vergangenen Jahren mehrere nationale und internationale Auszeichnungen. Als Projektleiter von *Creative Commons Deutschland* kümmert sich um die Öffentlichkeitsarbeit und *Community-Building*.



Frank Roebbers, ist heute Vorstandsvorsitzender der *Synaxon AG*. Geboren wurde er 1967 in Bünde/Westfalen. Nach dem Jura-Studium in Bielefeld war er ab 1990 zunächst selbständiger Computerhändler, bevor er 1992 zur *Synaxon AG* wechselte.

Nebenberuflich engagiert er sich bei der *IHK Bielefeld* und in der *Piratenpartei*. Frank Roebbers bloggt unter www.frank-roebbers.de

UND LOS GEHTS:

Frank Roebbers: Was ich spannend fand, war das Interview mit der Initiatorin der Petition gegen die Änderung des Telemediengesetzes (Internetsperren gegen kinderpronografische Inhalte) und Ursula von der Leyen in der Zeit-Online vom 25.6.2009.¹

Da hat Ursula von der Leyen gesagt: „Ich meine: 134.000 Zeichner, das ist schon etwas. Aber es gibt 40 Millionen Internetnutzer. Jetzt beginnt die Phase, in der man erkennen wird, ob Sie nachhaltig dranbleiben. Politik besteht aus Meinungsäußerung, aber danach muss man sich Mehrheiten suchen und auch Alternativlösungen anbieten. Das ist das Entscheidende.“

Hat sie damit nicht Recht? Die Internetnutzer haben nun endlich entdeckt, dass man auch politisch aktiv werden kann. Der Erfolg war sensationell. Aber es war eben nur eine relativ kleine Minderheit, die hier ihren Willen ausgedrückt hat. In einer Demokratie regieren aber Mehrheiten. Hat man sich erst überschätzt und giftet nun schmolldend gegen die Verabschiedung des Gesetzes, statt sich weiter gestaltend an der Willensbildung zu beteiligen?

Markus Beckedahl: Die Debatte rund um die Zensursula-Gesetzgebung wurde von einer kleinen, aber sehr informierten Öffentlichkeit geführt. Das Thema ist äusserst komplex und mit dem sehr polarisierenden Thema Bekämpfung von Kinderpornographie im Internet befand man sich immer mit einem Schritt in der (medialen) Falle, Kinderpornographie doch zu verharmlosen und zu unterstützen. Trotzdem haben mehr Menschen diese Petition unterstützt als jede andere Online-Petition zuvor. Sie haben offen gesagt: Wir wollen alle Kinderpornographie bekämpfen, aber die von der Politik gewählten Mittel sind falsch, helfen wenig beim gemeinsamen Ziel und gefährden unsere Grundrechte durch die Einführung einer Zensurinfrastruktur.

Ich freue mich, dass dieses Thema so viele Menschen mobilisiert hat, sich Gedanken über die Digitale Gesellschaft zu machen, sich zu vernetzen und ad-hoc über soziale Medien zu organisieren und gemeinsam eine Opposition gegen diese Gesetzgebung zu bilden. Und ich hoffe, dass viele dabei bleiben, sich nicht demotivieren lassen von einer Politik, die nicht zuhören will, sich

¹ <http://www.zeit.de/online/2009/26/leyen-heine-netzsperrn>

nicht auf gute Argumente einlässt und die digitale Welt nicht verstehen will. Wir müssen uns gemeinsam unsere digitalen Grundrechte zurück holen, die uns schleichend in den letzten Jahren genommen wurden.

Frank Roebbers: Ich bin mir nicht sicher, ob Du mit der Meinung, dass die Politik nicht zuhören will, richtig liegst. Ich habe eher den Eindruck sie hört sehr wohl zu, kommt aber zu anderen Schlussfolgerungen. Die Politiker haben sich nach den Mehrheiten zu richten und diese schweigt entweder zu diesem Thema oder ist eindeutig für das Sperrgesetz. Die Politiker bekommen nun die Meinung einer kleinen Elite deutlich zu hören. Wären sie denn gut beraten, sich nach ihr zu richten?

Markus Beckedahl: In der Zensursula-Debatte wurde zwar manchmal von einigen hingehört. Das wurde aber vor allem dazu genutzt, den vorher eingeschlagenen Weg besser zu verkaufen, indem man artikulierte, man habe doch Kritik aufgenommen. Viele in der Politik haben sich aber gar nicht an der Diskussion beteiligt. Im Endeffekt wurden die Mehrheiten für die Abstimmung mit der Bild-Zeitung als Drohkulisse beschafft. Eine richtige und rationale Debatte über das Thema und die richtigen Massnahmen war kaum möglich, wenn das Hauptargument ist „Wenn nur ein Kind durch diese Massnahmen geschützt werden kann, müssen wir es tun“. Kein Wunder, dass die schweigende Mehrheit dafür ist, die zudem nicht wirklich in der Lage ist, Technologiefolgeabschätzung bei der Einführung einer Zensurinfrastruktur zu machen. Das war nicht die informierte Öffentlichkeit bei diesem Thema, die Technik-Kompetenten waren fast einhellig anderer Meinung. Ich hätte es besser gefunden, die Politik hätte vorher die Debatte mit interessierten Öffentlichkeiten gesucht, wie man Kinderpornographie im Netz effektiv bekämpfen kann. Das hätte andere Antworten geliefert. Unter den Voraussetzungen der Debatte haben die neuen Öffentlichkeiten im Netz gezeigt, dass viel Potenzial vorhanden ist, sich irgendwann, z.B. mit professionelleren Infrastrukturen, Mehrheiten zu organisieren. Man muss ja berücksichtigen, dass fast alles Engagement ehrenamtlich und in extrem kurzer Zeit erfolgt ist. Das war schon ein ziemlicher Achtungserfolg, zum Schluss die Debatte zumindest medial etwas zu drehen.

Frank Roebbers: Ich habe den Eindruck, dass die Politiker insgesamt nur sehr schwach auf die Technikkompetenten, vor allem auf die Blogger reagieren und sich kaum darum kümmern, was sie so sagen. Teilst Du diesen Eindruck und wenn ja, worauf führst Du das zurück?

Markus Beckedahl: Wir haben immer noch eine digitale Spaltung in unserer Gesellschaft. Und in der Politik scheint die digitale Spaltung noch ausgeprägter zu sein. Das liegt auch an dem hohen Durchschnittsalter unserer Politiker. Es gibt über alle Fraktionen hinweg wenige Politiker, die über Netz-Kompetenz verfügen und eine Technologie-Folgeabschätzung ihrer Gesetze richtig treffen können. Leider wird auch zu wenig Netz-Expertise von Außen eingeholt. In den Anhörungen zu Netzpolitik-relevanten Gesetzen sitzen in der Regel nur Juristen, aber kaum Techniker und schon gar keine Blogger. Gleichzeitig leben viele Politiker noch in der alten Medienwelt und sehen das Internet nur als großen Gefahrenherd. Hier erleben wir eine breite Kluft zwischen den Menschen, die das Netz in ihr Leben integriert haben und denjenigen, die von außen mit vielen Ängsten auf diese neue digitale Gesellschaft blicken. Wünschenswert wäre ein größerer Dialog zwischen diesen beiden Gruppen, um bessere Rahmengesetzgebungen für die digitale Gesellschaft zu schaffen.

Frank Roebers: Diese Begründung, dass die Politiker einfach keine Ahnung vom Netz haben, hört man ziemlich häufig von Bloggern. Könnte es nicht auch eine Rolle spielen, dass Politiker Blogger einfach nicht ernst nehmen, weil sie sich immer nur auf sich und ihre Bloggerei beziehen und schwierige Themen wie beispielsweise Sozial-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik schlicht nicht in der Blogosphere stattfinden? Don Alphonso argumentiert ja immer wieder mal in diese Richtung.

Markus Beckedahl: Warum sollten Politiker nicht auf Blogger bei Netzrelevanten Themen hören? Immerhin wissen diese oft kompetent über das Thema Bescheid und stehen Politiker-Anfragen auch offen gegenüber. Nur kommen diese nicht. In der Sozial-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik hören Politiker doch auch gerne Experten aus den jeweiligen Themenfeldern an. Die genannten Themen werden übrigens noch recht gut vom traditionellen Journalismus behandelt. Natürlich wäre es schön, wenn mehr Blogger schreiben werden. Aber im Bereich der Netzpolitik gibt es im traditionellen Journalismus eher wenig Berichterstattung und Blogger füllen diese Nische. Das Thema Netzpolitik ist im Übrigen nicht weniger schwierig oder weniger komplex als andere politische Themen. Wenn Politiker den Rat von Experten nicht ernst nehmen, müssen sie sich nicht wundern, wenn sie im Gegenzug von diesen weniger Ernst genommen werden. Insofern teile ich die Argumentation nicht, dass Politiker nicht auf Blogger im Themenfeld Netzpolitik hören, nur weil diese nicht auch soviel über Sozialpolitik schreiben.

Frank Roebbers: Ich glaube, jetzt nähern wir uns einem kritischen Punkt. Ich bin selber begeisterter Blogleser. Außer Deinem Blog netzpolitik.org wüsste ich jetzt aber wirklich keinen weiteren, dem ich heute auf Anhieb ansehe, dass sich dahinter Expertise in Netzpolitik verbirgt. Machen es nicht die meisten anderen Blogger den Politikern es unglaublich schwer, hinter den zum Teil heftig polemischen Beiträgen Expertise zu erkennen?

Markus Beckedahl: Ich kenne viele gute politische Blogs innerhalb meines Themenfeldes. Viele davon sind nicht aus Deutschland und fast alle deutschsprachigen konzentrieren sich auf ein Nischenthema innerhalb der Netzpolitik und zeigen dort eine Menge Expertise. Diese aggregieren wir meist auf netzpolitik.org. Dazu gibt es Unmengen an weiteren Blogs. Viele Blogger schreiben über Themen, die sie interessieren. Das ist oftmals klassische Anschlusskommunikation, die es früher auch schon gab. Aber die Kommunikation und die damit manchmal verbundene Polemik wurde früher oft nicht sichtbar, weil sie nur am Stammtisch oder im Bekanntenkreis artikuliert wurde. Ein Politiker sollte daher in der Regel in der Lage sein, Expertise auch bei Bloggern zu erkennen, wie bei „normalen“ Bürger-, Journalisten- oder Lobbyistenanfragen auch.

Frank Roebbers: Kannst Du ein paar Beispiele konkret benennen?

Markus Beckedahl: Um nur mal eine handvoll Beispiele zu bringen: Alvar Freude bloggt über Netzzensur auf blog.odem.org, Patrick Breyer über Datenschutz auf daten-speicherung.de, zum selben Thema bloggt auch Jens Ferner auf datschutzbeauftragter-online.de, Rechtsfragen der Informationsgesellschaft thematisiert telemedicus.de und ebenfalls über juristische Netzpolitik-Themen bloggt Thomas Stadler auf internet-law.de. Dazu kommen noch viele gute Blogs, die einen viel breiteren Themenfokus haben und manchmal was Gutes zu Netzpolitik bloggen.

Frank Roebbers: Dann haben wir es ja mindestens mit zwei unterschiedlichen Problemem zu tun. Es gibt kompetente Blogger im Bereich Netzpolitik, auf welche die Politik nicht hört und dann haben wir die ganzen kompetenten jungen Menschen, die sich sehr gut mit den vielfältigen anderen politischen Feldern auskennen aber nicht bloggen. Hast Du eine Idee, warum man diese im Internet so gut wie nicht finden kann?

Markus Beckedahl: Ich wundere mich z.B. seit Jahren, warum es noch kein gutes Umweltschutz-Blog in Deutschland gibt. Dabei gibt es viel mehr, auch junge, Experten rund um das Thema als in der Netzpolitik. Diese nutzen wahrscheinlich noch nicht so sehr das Netz, um auch zu senden, sondern eher als Informations- und Kommunikationsraum. Das wird sich sicherlich noch ändern.

Frank Roebbers: Hast Du den Eindruck, dass das politische Engagement bei den Internet-Nutzern gerade anwächst?

Markus Beckedahl: Ja und das freut mich sehr. Vor einigen Jahren konnte man „die üblichen Verdächtigen“ in der Netzpolitik an wenigen Händen abzählen. Angefangen hat es richtig mit der Kampagne gegen Softwarepatente Anfang des Jahrtausends, die tatsächlich auf EU-Ebene und durch das Netz vernetzt diese Gesetzgebung aufgehalten und verhindert hat. Die Kampagne gegen die Vorratsdatenspeicherung brachte dann 2007 15.000 Menschen zu einer Demonstration für digitale Bürgerrechte in Berlin zusammen. 2008 steigerte sich das noch auf rund 70.000 Demonstranten vor dem Brandenburger Tor und rund 34.000 Menschen schlossen sich der größten Massenklage in der Geschichte des Bundesverfassungsgericht gegen die Vorratsdatenspeicherung an. Und dieses Jahr haben 134.000 Menschen die größte ePetition in der Geschichte des ePetitionsservers des deutschen Bundestages gezeichnet. Im Rahmen der Zensursula-Kampagne haben sich viele zum ersten Mal politisch im Netz geäußert. Nicht alle davon tun das regelmäßig, die meisten nur wenige Male, aber es ist trotzdem ein Zeichen dafür, dass das politische Engagement bei den Internetnutzern anwächst. Es wurde auch endlich Zeit, dass viele sich einmischen und Stellung beziehen: Aktuell werden die Rahmenbedingungen für die digitale Gesellschaft geschaffen. Und das von Politikern, die im digitalen Zeitalter noch nicht angekommen sind. Das betrifft uns Alle, die wir schon das Netz in unser Leben integriert haben.

Frank Roebbers: Welche Auswirkungen wird das auf die Art und Weise haben, wie künftig Politik gemacht wird?

Markus Beckedahl: Das Netz hat große Auswirkungen auf die Art und Weise, wie zukünftig Politik gemacht wird. In der früheren analogen Welt hatte man eigentlich nur orts- und zeitabhängig die Möglichkeit, sich an politischen Prozessen zu beteiligen. Das war die klassische Ortsgruppe einer Partei oder einer Initiative. Vielleicht fuhr man dazwischen mal zu einer Demonstration.

Das ist einer der Gründe, warum wir eine repräsentative Demokratie haben. Für die Zeit war es die beste Möglichkeit, die Situation zu managen.

Mit dem Netz verändert sich das. Man kann auf einmal politisch aktiv werden, indem man orts- und zeitunabhängig wird. Ein Internetanschluß reicht, um sich auch über Grenzen hinweg mit anderen zu vernetzen, sich zu informieren und zusammen politisch zu arbeiten. Dazu verändern sich die Öffentlichkeiten. Die traditionellen Medien fungier(t)en als Gatekeeper. Da kann nicht jeder zu Wort kommen, weil man einerseits die große Masse angesprochen hat, andererseits gab und gibt es zeitliche Begrenzungen in der Sendezeit oder dem Platz in der Zeitung. Im Netz kann sich jeder Politiker oder jeder mit einem Anliegen und den richtigen Werkzeugen die passenden Verbündeten suchen und gemeinsam für ein Ziel kämpfen. Gleichzeitig verändert das Netz auch den Wunsch von vielen, Politik zu öffnen. Wir können jetzt orts- und zeitunabhängig mitmischen, aber die Angebote fehlen in der Regeln noch.

Für Politiker, Medien und Netz-Unerfahrene ist es wohl noch schwer vorstellbar, welche Potentiale diese neuen Öffentlichkeiten entfalten können. Indem jeder theoretisch zum Sender werden und sich viele Menschen ad-hoc übers Netz zusammen schließen können um ihre Meinung zu artikulieren, wird das die öffentliche Meinungsbildung nachhaltig umkrempeln.

Frank Roebers: Das nützt nicht viel, wenn nach Deiner eigenen Aussage die politische Klasse einfach nicht hinhört. Oder habe ich da jetzt was übersehen?

Markus Beckedahl: Sie werden zukünftig mehr zuhören müssen, um junge Menschen erreichen zu können. In den Parteien kommen auch langsam jüngere Menschen in höhere Positionen, die das Internet schon in ihr Leben integrieren. Auch verändert sich die Medienlandschaft rasant. Durch die steigende Berichterstattung in den traditionellen Medien über Entwicklungen im Netz erreichen die Netz-Themen auch ein älteres Publikum.

Frank Roebers: Wie siehst Du Deine Rolle in diesem Veränderungsprozess, wie hast Du vor, gestaltend zu wirken?

Markus Beckedahl: Mit netzpolitik.org haben wir in den letzten sieben Jahren eine Plattform aufgebaut, die diesen Veränderungsprozess aktiv begleitet. Einerseits aggregieren wir in einer klassisch redaktionellen Filter-

Arbeit viele Informationen, linken auf entsprechende Angebote im Netz und kommentieren diese ggf. auch. Andererseits funktioniert netzpolitik.org mittlerweile auch als Kampagnenplattform für digitale Bürgerrechte. Damit experimentieren wir mit den neuen Möglichkeiten herum, finden neue Wege zur politischen Kommunikation im Netz und motivieren unsere Leser, aktiv in der Demokratie mitzuwirken und sich für ihre und unsere Rechte einzusetzen. Wichtig ist uns dabei, in Zeiten von Parteien-Verdrossenheit zu vermitteln, dass Demokratie und Politik Spaß machen können, wenn man das gemeinsam macht.

Gleichzeitig findet viel Arbeit hinter den Kulissen statt, die manchmal nicht so sichtbar wird. Wir gehen aktiv auf Politiker, Verbände und Journalisten auf nationaler und internationaler Ebene zu und suchen den Dialog. Dabei versuchen wir nach Kräften, mehr Verständnis für das Netz, den Medienwandel und die neuen Öffentlichkeiten zu schaffen, sowie für eine bessere Netzpolitik zu werben.

Es ist gut möglich, dass wir unsere Arbeit mittelfristig professionalisieren, d.h. Strukturen als NGO schaffen, um uns noch effektiver und mit mehr Ressourcen für digitale Bürgerrechte einsetzen zu können. Die Gestaltung der digitalen Gesellschaft steht immer noch am Anfang. Uns erwarten noch zahlreiche gesellschaftliche Debatten rund um die vielfältigen Themen der Netzpolitik.

Das Interview führte Frank Roebers



152→

Wunsch oder Wirklichkeit?



WUNSCH ODER WIRKLICHKEIT?

Thorsten Schäfer-Gümbel zeichnet das Bild einer neuen SPD

Thorsten Schäfer-Gümbel ist einer von vielen Politikern, die twittern. Er ist uns insofern aufgefallen, als dass sein Twitter-Rückkanal offen ist, das heißt, er antwortet! Auf diesem Wege ist dann auch dieses Interview zustande gekommen. Er zeichnet mit seinen Antworten ein neues Bild der SPD, das in einigen Punkten sicherlich noch mehr Wunschenken als Wirklichkeit ist.

Thorsten Schäfer-Gümbel | Ulrike Reinhard

tags: #parteien2.o #politik2.o #spd #twitter #partizipation #kultur #netzwerke #neuespd



Thorsten Schäfer-Gümbel ist seit 1986 Mitglied der SPD und der Jusos und dort in verschiedenen Vorstandsämtern aktiv. Seit dem 27. Januar 2009 führt er im hessischen Landtag, dem er seit April 2003 angehört, die SPD-Fraktion.

Schäfer-Gümbel studierte Agrar- und Politikwissenschaft an der Justus-Liebig-Universität (JLU), Gießen, erhielt ein Stipendiat bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, schrieb seine Magisterarbeit zum Thema „Europäische Forschungs- und Technologiepolitik. Perspektiven für ein neues Entwicklungsmodell“. Das Studium schloss er mit Auszeichnung ab.

Schäfer-Gümbel gehörte keiner Juso-Strömung an, sondern war ein Verfechter der eigenständigen linken Ausrichtung des Bezirks Hessen-Süd. Außerdem war er stellvertretender Juso-Landesvorsitzender in Hessen und stellvertretender Vorsitzender der Europäischen JungsozialistInnen. Seit 2004 ist er Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Gießen und seit 2001 stellvertretender Vorsitzender der SPD Hessen-Süd und Abgeordneter des Kreistags des Landkreises Gießen. Thorsten Schäfer-Gümbel ist Fachsprecher für Industrie- und Beschäftigungspolitik sowie Technologie- und Forschungspolitik.

Er ist stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr und Mitglied im Europa-Ausschuss.

Reboot_D: Web 2.0 meint nach unserem Verständnis nicht primär tools, sondern es beschreibt ein Denken und Handeln in Netzwerken. Es hat mit Partizipation, Transparenz und Offenheit zu tun und „Schlagworte“ wie crowdsourcing und kollektive Intelligenz spielen eine entscheidende Rolle. Wie kann sich eine Partei, wie die SPD, Netzwerke zu eigen machen? Und mit welchem Konsequenzen geht das für einzelne Politiker und für die Gemeinschaft SPD einher?

Thorsten Schäfer-Gümbel: Ich gehe einen Schritt weiter als Sie und sage, dass Web 2.0 nicht nur Denken und Handeln ist, sondern auch Kultur. Kultur der Beteiligung, Prozesskultur etc. Dies ist gerade auch für politische Meinungsbildungs- und Entscheidungsstrukturen eine große Chance, nicht nur für Prozesse in der SPD, sondern auch zwischen der SPD als politischer Organisation einerseits und Bürgerinnen und Bürgern andererseits. Dies setzt allerdings voraus, dass die klassische Parteistruktur durch eine neue Web 2.0-Struktur ergänzt und weiterentwickelt wird. Die bedeutet auch ein anderes Organisationsverständnis. Das Web 2.0 kann und wird die klassische Struktur dabei nicht ersetzen und nicht verdrängen. Es geht im Kern um eine Matrixstruktur. Darauf sind wir als Parteien und Organisationen insgesamt noch nicht eingestellt. Wir werden auch eine Phase des Experimentierens erleben. Dies wird u.a. auch zu neuen Diskussionsforen führen. Ein Beispiel könnte schon bald das Licht der Welt erblicken.

Die Konsequenz für einzelne Politiker und für die SPD insgesamt wird in erster Linie ein höheres Maß an Transparenz sein. Dies ist auch wünschenswert. Damit kann mittel- und langfristig sogar ein Beitrag zur Belebung demokratischer Beteiligung geleistet werden. Die konkreten Konsequenzen für die Handlungsorientierung und die Organisationsstrukturen sind allerdings noch nicht absehbar.

Reboot_D: Wie denken Sie über folgendes Szenario: Parteien werden die Themenhoheit, welche Themen gesellschaftlich behandelt werden, verlieren.

Thorsten Schäfer-Gümbel: Die Parteien haben diese Hoheit schon lange nicht mehr, sie setzen manchmal Themen, sie verstärken manchmal Themen. Aber dieses autoritäre Bild von Politik – Parteien hätten die Hoheit über Themen – findet im wirklichen Leben keinen Widerhall.

Reboot_D: Die Themenhoheit kann nicht bei einem kleinen System liegen. Die Themenhoheit liegt beim Gesamtsystem und beim vernetzten Gesamtsystem. Die Partei hat aber sehr wohl nach wie vor die stabilisierende Aufgabe bei der Umsetzung.

Thorsten Schäfer-Gümbel: Genau das passiert bei vielen Themen seit vielen Jahren, Web 2.0 verstärkt diese Entwicklung. Hat Sie aber nicht ausgelöst.

Reboot_D: Die Parteien müssen – genau wie Firmen übrigens auch – lernen, deutlich zwischen dem hierarchischen Prinzip und dem Vernetzungsprinzip zu unterscheiden. Die Invention erfolgt im Vernetzungsprinzip, die Innovation im Hierarchieprinzip. Das heißt, sobald eine Invention in die Umsetzung geht, brauche ich einen stabil funktionierenden Apparat. Die Partei hat an dem Punkt eine extrem stabilisierende Aufgabe, aber sie hat nicht die inventive Aufgabe! Und solange die Partei-Oberen der Meinung sind, das Agenda-Setting zu betreiben und im Griff zu haben, solange wird das nicht funktionieren.

Thorsten Schäfer-Gümbel: Parteien sind nicht gleich Hierarchie. Dieser Gegensatz ist gerade für die SPD als Programmpartei falsch. Die SPD ist diesem Grundverständnis in den letzten Jahren nicht mehr im notwendigen Umfang gerecht geworden. Insoweit findet auch Invention in Parteien statt. Parteien diese Aufgabe abzusprechen, wie es die Fragestellung nahelegt, wäre aus meiner Sicht falsch und entspricht auch nicht der realen Situation. Ein Alleinvertretungsanspruch inventiver Aufgaben durch Parteien findet nur in autoritären Systemen statt. Vernetzung spielt auch innerhalb von Parteien, auch in der SPD, eine zunehmend große Bedeutung. Der entscheidende Punkt aus meiner Sicht ist, dass theoretische wie praktische Barrieren abgebaut werden. Parteien müssen sich insgesamt stärker öffnen.

Reboot_D: Heute ist es so, dass nicht mehr der Anbieter der Mächtige ist, sondern der Nachfrager, der Wähler, der Bürger. Und das ändert die Regelwerke im Umgang miteinander und das müssen die Parteien auch begreifen. Agenda-Setting ist nicht mehr eine Aufgabe der Parteien, sondern eine Aufgabe der Partei ist, die gesetzten Themen, wenn sie denn zu irgendwelchen Lösungen gebracht worden sind, umzusetzen. Das heißt, die Partei hat eine stabilisierende Aufgabe, keine inventive.

Thorsten Schäfer-Gümbel: Parteien sind nicht nur Dienstleister. Die kreative Kraft der Parteien, die sich insbesondere aus den Kompetenzen ihrer Mitglie-

der speisen, darauf aber nicht reduziert sind, sollte man nicht unterschätzen. Daher trägt das Bild – ich wiederhole mich – nicht. Im übrigen hilft ein Blick ins Grundgesetz, was die Rolle von Parteien in diesem Kontext auch einer demokratisch verfassten Gesellschaft ist. Umgekehrt darf das Web 2.0 und das Vernetzungsprinzip nicht als Methode oder Instrument reduziert werden. Zur Frage der Kultur, des Denkens und des Handelns habe ich mich bereits geäußert.

Reboot_D: Wie kann sich die SPD ihrer Meinung nach künftig positionieren und wie abgrenzen von anderen Parteien?

Diese Frage ist gestellt vor dem Hintergrund, dass das Netz eine wesentlich komplexere Ausdifferenzierung hat als die reine Farbenlehre: schwarz – gelb – rot – rot – grün. Das Lagerdenken Links, Rechts und Mitte reicht nicht mehr ...

Thorsten Schäfer-Gümbel: Das ist eine Frage, die ich heute noch nicht beantworten kann. Ich sprach bereits von einer Phase des Experimentierens, die vor uns liegt. Ganz sicher wird sich der Anspruch als Programm- und Mitgliederpartei niederschlagen müssen. Mitgliederpartei will ich in diesem Kontext mit Beteiligungspartei übersetzen. Da im Web 2.0 nicht nur Mitglieder mit unseren Debatten vernetzt werden. Dies trägt auch der zunehmenden Ausdifferenzierung Rechnung. Unsere Positionierung als Bürgerrechtspartei wird sich dabei auch deutlicher akzentuieren lassen, wenngleich hier ganz sicher noch ein paar Debatten in der SPD zu führen sind.

Reboot_D: Welchen Nutzwert ziehen Sie persönlich aus Twitter und was glauben Sie, welchen Nutzen haben ihre Follower?

Thorsten Schäfer-Gümbel: Mein Nutzen ist ganz sicher eine höhere Rückmelde- und Beteiligungssumme zu meinen Positionen. darüberhinaus kann man mit Tweets Debatten auslösen, also praktische Demokratie stärken. Meine follower sind unmittelbar an meinen Positionierungen beteiligt und politikfernere Follower sehen auch, dass Politiker ganz normale Menschen sind, die manchmal auch ein paar Alltagsprobleme haben. Man ist als Follower schlicht näher am Menschen.

Reboot_D: Was glauben Sie müssen Parteimitglieder im Umgang mit Netzwerken „lernen“?

Thorsten Schäfer-Gümbel: Viel! In erster Linie „Kontroll- und Steuerungsverluste“ zu verlieren. Ich sage Ihnen aber auch, dass das Web 2.0 noch viel „lernen“ muss. Das fängt dabei an, dass es Verantwortungskoodinaten gibt, die manchmal eine in sich logische Einzelposition nicht zur alternativlosen Position werden lassen. Die Kunst Kompromisse zu machen ist noch nicht entwickelt. Dies gilt auch für eine wirkliche Debatten- und Respektkultur. Ich bin schon gelegentlich über den Ton und die Anonymität von Reaktion erschrocken. Wir brauchen eine poltische Kultur im Web 2.0.

Reboot_D: Was heißt für Sie Bürgerbeteiligung? Wo sehen Sie Beteiligungsmöglichkeiten und in welcher Form?

Thorsten Schäfer-Gümbel: Ich sehe die Beteiligungsmöglichkeiten ganz umfassend in allen inhaltlichen, organisatorischen und personellen Fragen. Die Formen werden sich entwickeln, spannende Ansätze gibt es zu Hauf.

Ein Beispiel dafür ist die Durchführung von Anhörungen. Anhörungen sind im parlamentarischen Betrieb das zentrale Beteiligungsinstrument. Sachverständige können sich dabei zu Gesetzen äußern. Wir haben bei einem zentralen Gesetzesprojekt, der Energiewende, erstmals eine Bürgeranhörung im Netz durchgeführt. Die Anregungen aus dem Web 2.0 sind dann in der Fraktion vor der endgültigen Entscheidung über unseren Entwurf eingebracht worden. Eine zweite Möglichkeit ist der Aufbau einer Plattform für einen kontinuierlichen Diskussionsprozess zu aktuellen Themen. Dieses Projekt ist nicht abstrakt, sondern befindet sich unter dem Titel „Neue SPD“ in Vorbereitung.

Das Interview führte Ulrike Reinhard



160----->

„Gattung Mensch!“



„GATTUNG MENSCH! LEBE SO, DASS DIE NACH UNS KOMMENDEN AUCH NOCH EIN GUTES LEBEN HABEN KÖNNEN!“

Moritz Avenarius im Interview mit Oswald Metzger (CDU)

Oswald Metzger hat im Laufe seiner langen politischen Karriere einige parteipolitische (Um)Brüche erlebt, aber laut eigener Einschätzung dabei immer an seinen politischen Überzeugungen festgehalten. Moritz Avenarius ist im Skype-Gespräch mit ihm der Frage nachgegangen, was aus seinen Erfahrungen und Haltung sich für Denkanstöße für die oft schnelllebige und flüchtige Welt des Web 2.0 ergeben, vor allem im Hinblick auf die Zukunft unserer (digitalen) Demokratie.

Moritz Avenarius | Oswald Metzger

tags: #cdu #web2.o #transparenz #partizipation
#oekologischerimperativ



Moritz Avenarius – Zukunftslotse aus Hamburg. Nach seinem Physikstudium an der TU Berlin sowie an der Stanford University/USA war Moritz Avenarius mehr als sieben Jahre als Unternehmensberater tätig für sowohl große internationale Konzerne als auch innovative Mittelständler.

Im Mittelpunkt seiner Arbeit standen szenariobasierten Projekten der Strategieentwicklung, die Moderation von Prozessen zur nachhaltigen Strategieumsetzung und die Stärkung der Innovationskraft von Organisationen. Er ist zudem ausgebildeter systemischer Berater und Coach für organisationale Changemanagement- und Kommunikationsprozesse.

Seit Anfang 2008 arbeitet er als selbständiger Innovationsberater und Zukunftslotse. Moritz Avenarius ist erfahrener Manager und Moderator von Zukunftswerkstätten und interaktiven Großgruppenevents wie etwa BarCamps. Zudem beschäftigt er sich intensiv mit gesellschaftlichen Wandlungsprozessen sowie lokalem gemeinnützigem Engagement.

Neben seinem Beruf engagiert sich Moritz Avenarius mit Leidenschaft beim Aktionsbetrieb LOMU in St.Pauli (www.lomu.net).

„Handle stets so, dass die Anzahl deiner Wahlalternativen zunimmt.“ – Heinz von Förster

„The future is unwritten.“ – Joe Strummer, The Clash



Oswald Metzger, Jahrgang 1954, ist verheiratet und lebt in Bad Schussenried. Dort im Schwäbischen ist er aufgewachsen und verwurzelt. Sein Geburtsort ist Grabs im schweizerischen Kanton St. Gallen.

Nach dem Abitur studiert Metzger in Tübingen Rechtswissenschaften und wird zwanzigjährig Mitglied in der SPD. 1979 beendet er seine Mitgliedschaft dort. 1987 wird er Mitglied bei den Grünen und sitzt für diese von 1994 bis 2002 als Abgeordneter und haushaltspolitischer Sprecher und Obmann im Finanzausschuss des Bundestags. Danach arbeitet er als freier Politikberater.

Foto: Oswald Metzger – Copyright by Marco Moog, Hamburg

Im März 2006 gelingt Oswald Metzger sein politisches Comeback in der baden-württembergischen Landespolitik. Von April 2006 bis November 2007 ist er finanzpolitischer Sprecher der Grünen im Stuttgarter Landtag. Am 27. November 2007 verlässt Metzger nach fast 21 Jahren die Grünen, weil er die auf dem Nürnberger Bundesparteitag beschlossenen wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen nicht länger mittragen will. Als Folge seines Parteiaustritts legt Metzger am 8. Februar 2008 sein für die Grünen errungenes Landtagsmandat nieder.

Im April 2008 wird Oswald Metzger Mitglied der CDU. „Ich habe zwar die Partei gewechselt, nicht aber meine Überzeugungen!“ Nach wie vor gilt für ihn der Grundsatz, dass der Staat nur ausgeben kann, was vorher erwirtschaftet wurde. „Mensch, lebe so, dass die Nachkommen auch noch ein gutes Leben haben können“, lautet Metzgers Leitmotiv.

Das Interview wurde parallel via Skype-Chat und -Telefonie geführt. Die meisten Antworten sind von Oswald Metzger direkt im Chat geschrieben. An einer Stelle ist dagegen die schriftliche Wiedergabe (durch Moritz Avenarius) des mündlichen Gesprächs speziell gekennzeichnet.

[09:58:58] Moritz Avenarius: Herr Metzger, wie sehr ist Politik angewiesen auf Rückzugsräume von der Öffentlichkeit, um „vermeintliche“ politische Grabenkämpfe auflösen zu können?

[10:00:38] Oswald Metzger: Die Frage führt zu einem Grundsatzproblem des Politikverständnisses: Kommt ein guter Vorschlag von der falschen Partei, dann muß ich ihn in die Tonne stampfen. Kommt der größte Bockmist von der eigenen Partei, dann muß ich Hosiannah rufen.

Aufgrund dieses parteipolitischen Verständnisses braucht die etablierte Politik das Hinterzimmer, um die Fakten und nicht die Ideologie sprechen zu lassen. Daß ein solches Politikverständnis zu Parteienverdruß in der Öffentlichkeit führt, ist die logische Konsequenz. Und sie führt zu einer Verflachung der demokratischen Kultur, weil Probleme eher verkleistert als offen diskutiert werden

[10:02:58] Moritz Avenarius: Fördert Web 2.0 Transparenz und Machtkontrolle – und wo wurden sie selbst instrumentalisiert in der politischen Auseinandersetzung?

[10:04:35] Oswald Metzger: Das Wesen der herrschenden Parteipolitik ändert sich nicht dadurch, dass neue technische Instrumentarien zur Verfügung stehen. Auch das Web2.0 ist nicht per se Garant für Transparenz und Machtkontrolle.

Wenn ich mir insgesamt die informationelle Verflachung anschauere, die als Grundrauschen das Netz beherrscht, dann bleibe ich skeptisch, ob das Web tatsächlich für mehr Transparenz sorgt. Neil Postman formulierte vor etwa vierzig Jahren in den USA den Vorwurf an die TV-Informationsgesellschaft, dass sie zu einer Infantilisierung der Gesellschaft beitrage und letztlich die Demokratie gefährde. Diese Frage ist im Netzzeitalter aktueller denn je, weil man am Schluß vor lauter Informationswald die echten Informationen nicht mehr sieht und Partizipation auch im Web2.0 von den Interessengruppen der Gesellschaft ganz flott instrumentalisiert werden kann.

[10:23:09] Moritz Avenarius: Wo sehen Sie Perspektiven für das Internet im Hinblick auf mehr Partizipation der Bürger an politischen Prozessen in Deutschland?

[10:25:18] Oswald Metzger: Natürlich bieten das Internet Möglichkeiten, kurzfristig Stimmungen zu eruieren und Diskussionsprozesse in Gang zu setzen.

Sie sind somit interaktiver als die Demoskopie, aus der sich heute noch ein Großteil der parteipolitischen Debatten speist. Aber das ist nicht unbedingt neu.

Eine Gesellschaft braucht vor allem Kommunikationsstrukturen, durch die möglichst viele Menschen in die Lage versetzt werden, sich als informierte und couragierte Citoyens in die Angelegenheiten des Staates einzumischen (polis). Insofern ist die wesentlichste und immer währende Aufgabe in einer Demokratie, die Menschen zur Einmischung zu bewegen.

In Deutschland wird noch nicht einmal die europäische Verfassungstradition gepflegt, derzufolge der Souverän – also das Volk – die eigene Verfassung durch Volksabstimmung billigt. Das ist ein Trauerspiel. Und noch immer schaffen wir es nicht in unserem Land, im Deutschen Bundestag eine Zweidrittelmehrheit für die Einführung von Volksabstimmungen auf Bundesebene hinzu bekommen.

Ich bin in der Schweiz geboren und beobachte auch heute noch mit Aufmerksamkeit, wie das stark plebiszitäre Moment in der dortigen Gesellschaft praktiziert wird. Nach meiner Erfahrung sind die Schweizerinnen und Schweizer quer durch alle Gesellschafts- und Altersschichten informierter und interessierter an den Angelegenheiten des Staates, weil sie immer wieder selbst Sachentscheidungen treffen können. Da werde ich als deutscher Politiker oft neidisch.

[10:38:56] Moritz Avenarius: Welche weiteren wichtigen Erfahrungen im direkten Dialog mit den Wählern haben Sie machen können? (Die folgende Antwort ist die Inhaltswiedergabe des mündlichen Gesprächs über diese Frage).

[10:39:12] Oswald Metzger: Die intensivsten Begegnungen mit den Bürgern hatte ich bei Hausbesuchen vor 3 Jahren in der Zeit während und nach meinem Landeswahlkampf in Baden-Württemberg. In der Regel bin ich dort unangemeldet an der Haustür erschienen. Durch diese ad-hoc-Situation haben die Menschen fast immer sehr viel direkter und ungeschminkter mit mir über ihre politischen Ansichten und Meinungen diskutiert. Bei meinen ca. 2500 Hausbesuchen wurde ich nur zweimal abgewiesen. Das habe ich oft als deutlich authentischer erlebt als bei Auseinandersetzung etwa in Internet-Foren. Im Netz können sich Menschen leichter distanzieren, ihre Worte abwägen. Oder sie reagieren umgekehrt sehr viel unverblümter bis hin zu Beleidigungen, weil die direkte Interaktion fehlt. Das unvermittelte Gespräch von Mensch zu Mensch ist dagegen nach wie vor unersetzbar, um als Politiker immer wieder Bodenhaftung mit den Bürgern zu erleben.

Zudem hatte ich so die Chance die unterschiedlichsten Milieus in der Bevölkerung zu erkunden. Über das Internet erreichen man eben doch nur eine bestimmte Schicht, die dieser Technik aufgeschlossen gegenüber ist und sie intensiv nutzt. Das reicht aber für einen Politiker nicht, um die Stimmungen und Meinungen in der breiten Bevölkerung zu erfahren.

[10:55:08] Moritz Avenarius: Politisch engagiert sein, heißt Minderheitenpositionen (auch in der eigenen Partei) auszuhalten, Abstimmungsniederlagen wegzustecken und immer wieder Mehrheiten neu zu erkämpfen. An einem Thema dran bleiben. Wie verträgt sich das mit der Multi-Optionen-Wahlfreiheit und der daraus resultierenden häufigen Beliebigkeit von Entscheidungen, die in unserer gegenwärtigen Gesellschaft immer weiter zunimmt?

[10:57:16] Oswald Metzger: Nicht nur die Netzwelt zeichnet sich durch eine unverbindliche Beliebigkeit aus, sondern natürlich auch der Politikbetrieb. Er ist opportunistisch, weil er sich an vermeintlichen oder manchmal auch echten Stimmungslagen der Bevölkerung orientiert. Und eines darf man nicht vergessen: Die meisten Politiker wollen in erster Linie gewählt oder auch wiedergewählt werden. Und da dürfen Inhalte nicht stören.

Ich selbst habe in den vergangenen 36 Jahren drei Parteien angehört: von 1973 bis 1979 war ich Sozialdemokrat, dann gab es eine längere parteipolitische Pause, ehe ich 1987 den Grünen beitrat. Bei dieser Partei blieb ich fast 21 Jahre und war in dieser Zeit insgesamt 10 Jahre Abgeordneter (8 Jahre Bundestag und zwei Jahre Landtag). Seit April 2008 bin ich Mitglied der CDU. Ehe ich in die CDU eintrat, gab ich mein Landtagsmandat in Stuttgart auf.

Mein politisches Credo lautet: Gattung Mensch, lebe so, dass die nach uns Kommenden auch noch ein gutes Leben haben können! Das bedeutet, dass ich mich als Grüner wie heute als Christdemokrat vor allem um eine generationengerechte Politik bemühen will. Obwohl ich die Parteien gewechselt habe, behaupte ich von mir selbst, dass ich mir im wesentlichen in meinen finanz- und wirtschaftspolitischen Themen treu geblieben bin. Dagegen durchleben die Parteien manchen politischen Wechsel und verändern über die Zeit ihre Themenschwerpunkte deutlich.

Trotz mancher hier von mir formulierten Skepsis gegenüber der Web 2.0-Welt, will ich aber positiv festhalten: Ohne die Netz-Welt gibt es weniger Gegenöffentlichkeit. Man denke nur an die wichtige Rolle des Netzes in autoritären Staaten. Und weil die Demokratie auch und vor allem von Transparenz und offener Information lebt, ist die basisdemokratische Kultur des Netzes

prinzipiell ein Vorteil, selbst wenn man spürt, wie schnell sich die etablierte Medienwelt der Mechanismen des Netzes bemächtigen will.

[11:13:28] Moritz Avenarius: Zum Schluss der Blick in die Zukunft: Wo sehen Sie die politische Kultur in Deutschland in 15 – 20 Jahren von heute – und was werden Sie dann persönlich machen?

[11:15:47] Oswald Metzger: Ich sehe – vor dem Hintergrund meines persönlichen ökologischen Imperativs, wie oben formuliert – eine riesige Gefahr in unserer Demokratie: die Alterung der Gesellschaft wird das Besitzstanddenken verfestigen. Die jüngeren Generationen werden enorme Schwierigkeiten haben, die Lastenüberwälzung der Renten und Pensionen und die enormen Zinszahlungen zu schultern. Die Älteren, die tendenziell keine Einschnitte wollen, aber demographisch die Mehrheit der Wählerschaft stellen, könnten die Republik zur „Rentner-Demokratie“ machen, wie es Roman Herzog einmal formulierte.

Diese Tendenz wird die Web 2.0-Welt nicht aufhalten können. Gerade wenn sie die aktuellen Entscheidungen der Politik in Berlin in den vergangenen zwei Jahren anschauen – Rentengarantie, Aussetzung des Nachhaltigkeits- und Riesterfaktors, gigantische Aufblähung der Staatsverschuldung. Ich schaue mit Grausen in die Zukunft.

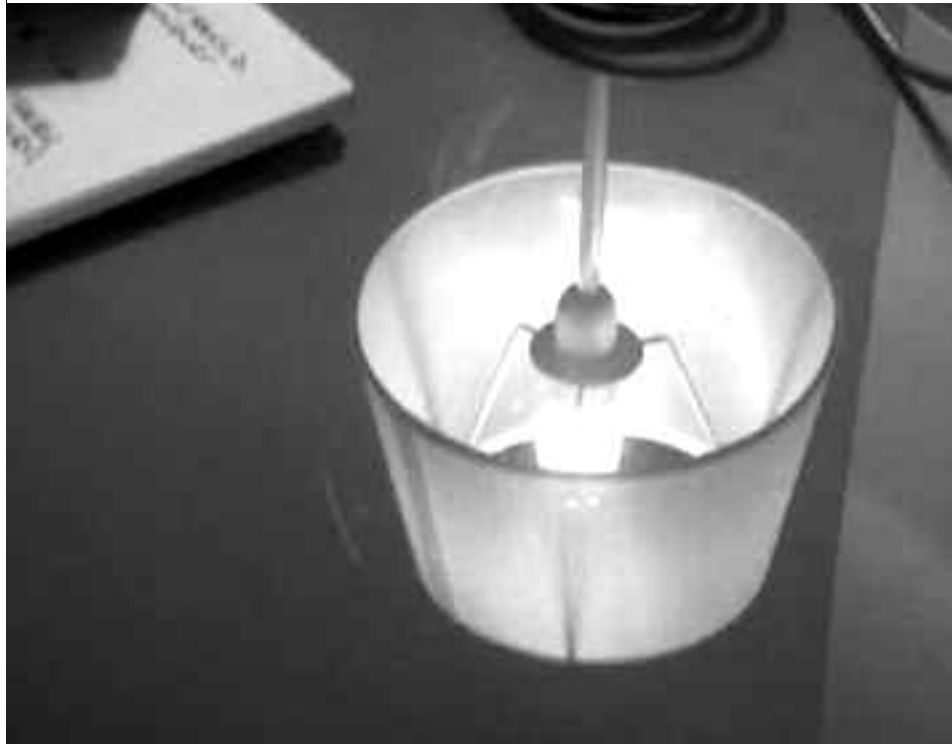
Persönlich wünsche ich mir, dass ich auch in zwanzig Jahren noch fit genug bin, um mich in die öffentliche Diskussion über die Folgen der Staatsverschuldung und der Fehlfinanzierung der Sozialsysteme einzumischen. Aber in zwanzig Jahren wäre ich auch schon Mitsiebziger.

Das Interview führte Moritz Avenarius



168→

Auch das Real-Live-Netzwerk verbessert sich!



AUCH DAS REAL-LIVE-NETZWERK VERBESSERT SICH!

In jeweils 140 Zeichen treffen sich die Journalistin/Social Media Beraterin Britta Lübcke und der SPD-Politiker Klaus Lübke zu einem Twitter-Interview. Welche Rolle spielt das Web2.0 in der Lokalpolitik? Welche Erfahrungen kann man machen und wie nutzt man einen Blog richtig? Lesen Sie hier mehr ...

Britta Lübcke | Klaus Lübke | Nicole Simon

tags: #politik2.0 #onlinewahlkampf #tools #lokalpolitik #spd
#twitter



Britta Lübcke, Jahrgang 1972 ist Diplom-Volkswirtin und Journalistin. Sie studierte an den Universitäten Bonn, Kiel, Los Angeles (UCLA) und Köln. Nach 17 Jahren PR-, Research- und Projektmanagement-Erfahrung in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft gründete sie 2008 die Strategieberatung blueintelligence. Im September 2009 fusioniert blueintelligence mit der Agentur Groß+Stark Marketing zu Groß+Stark Strategieberatung und Agentur für Unternehmenskommunikation. Dort verantwortet Sie als Partnerin den Bereich Social Media.



Klaus Lübke ist in der lokalen Politik in Hamburg aktiv, und gestaltete in seiner Freizeit bereits seit über zwölf Jahren Webseiten, unter anderem auch für den Deutschen AeroClub, für den er ehrenamtlich von internationalen Segelflugmeisterschaften berichtete. Auf der Suche nach einer Möglichkeit die Lübke mit den alten Mitteln erstellten immer komplexer werdenden Websites zu verwalten, begann er mit dem einfach zu bedienenden Wordpress zu arbeiten. Die Möglichkeiten des Web 2.0 entdeckte der Autodidakt für den das Internet nie Profession, sondern immer nur nebenbei als Mittel für die Kommunikation diente, zwischen den Feiertagen des Jahres 2006, als er Zeit fand die Querverbindungen zwischen den Diensten wie Twitter, Facebook und Flickr auszutesten. Ein Erlebnis, das ihn scheinbar überzeugt hat.



Nicole Simon lebt schon seit über 20 Jahren in der vernetzten Welt und ist dadurch ganz natürlich in aktuelle Entwicklungen eingebunden.

Sie berät Unternehmen, die Welt der Digital Natives besser zu verstehen und deren Gewohnheiten und Arbeitsweisen für ihre Zwecke einzusetzen.

Sie ist Hauptautorin des im Dezember erschienenen Buches „Twitter – Mit 140 Zeichen zum Web 2.0“ und twittert in englisch (@nicolesimon) und deutsch (@nicole_de).

Weiter Informationen und Videos rund um Twitter finden Sie unter www.mit140zeichen.de/dnadigital.

WAS GENAU IST TWITTER?

Eine Einführung von Nicole Simon

Zu Unrecht wird Twitter als aktueller Hype der Medien abgetan. Stattdessen bieten Twitter und andere Micro-Blogging-Dienste die ideale Gelegenheit, sich Tweet für Tweet mit relevanten Konzepten und Anwendungen von Web 2.0 zu beschäftigen, Wissenslücken auszugleichen und den Anschluss an die Welt der Digital Natives (aber auch normaler Netzbürger zu schaffen). Denn eigentlich sind die neuen Dienste einfach zu benutzen – man muß nur wissen wie. Und genau diesen einfachen Einstieg bietet Twitter.

Weblinks zu Twitter:

<http://de.wikipedia.org/wiki/Twitter>

<http://search.twitter.com/>

<http://www.twitter-trends.de/>

Twitter in Plain English: <http://www.youtube.com/watch?v=ddOgidmaxoo>

Twitter. Mit 140 Zeichen zum Web 2.0

<http://www.amazon.de/Twitter-Mit-140-Zeichen-zum/dp/3937514740>

Twitter ist ein kostenloser Dienst unter www.twitter.com, auf dem man in maximal 140 Zeichen seinen Freunden bekanntgeben kann, womit man sich gerade beschäftigt. Diese Nachricht wird Tweet genannt und die Bandbreite dieser kurzen Mitteilungen reicht von den zu erwartenden Banalitäten („habe gerade Kaffee gekocht“) bis hin zu wertvollen (Fach-)Informationen. Man liest nur die Tweets von Teilnehmern denen man folgt und sieht einen konstanten Strom von Nachrichten. Dieser ist für alle mit einem Webbrowser auch vom Mobiltelefon zugänglich, ohne zusätzliche Software installieren zu müssen. Ich lese zwar nur meine ausgewählten Freunde, doch kann ich mich jederzeit mit allen anderen unterhalten. Twitter hat damit den Begriff Micro-Blogging etabliert. Neben Twitter gibt es viele andere Anbieter um Micro-Blogging, vor allem im Unternehmen, einsetzen zu können.

Um das Phänomen Twitter und die Relevanz für Unternehmen einschätzen zu können, muss man zunächst verstehen warum Twitter so besonders für die Nutzer ist. Weltweit gibt es etwa 40–60 Millionen Twitter-User, in Deutschland mehrere hunderttausende Nutzer (offizielle Werte gibt es nicht). Wer jetzt glaubt, sich nicht darum kümmern zu müssen, sollte mehrere Dinge bedenken. Erstens sind viele der frühen Twitter-User Multiplikatoren und haben noch andere Wege eine Nachricht zu verbreiten. Zweitens kommuniziert man in Echtzeit, Nachrichten können sich in Minuten über den Erdball verteilen. Die Nachricht vom in den Hudson gestürzten Flugzeug inklusive Bildlink wurde weitreichend verteilt, bevor die ersten Nachrichtenseiten die Schlagzeile brachten. Börsenrelevante Informationen werden verteilt, bevor die Nachrichtenticker darüber schreiben. Viel wichtiger noch ist die Tatsache, dass Suchmaschinen Twitter-Nachrichten lieben und es vorkommen kann, dass jemand nach bestimmten Themen sucht und die Twitter-Nachricht als erstes Ergebnis zurückgegeben wird.

Diese eher technische Beschreibungen täuschen darüber hinweg, dass Twitter für viele etwas bietet, was in der virtuellen Welt abhanden gekommen ist: Das Gefühl der Nähe, auch als „Ambient Awareness“ bezeichnet. Es ist lange bekannt, dass Arbeiten von zuhause ohne die Störungen aus dem Büro effizienter sein sollte, aber die Mitarbeiter vermissen die Gespräche zwischen-durch, die Nähe der Kollegen, mit denen man sich austauschen kann. Twitter bietet die Möglichkeit, unaufdringlich am Leben und den Interessen der anderen teilzuhaben. Der Kontakt zu seinem sozialen Umfeld kann so viel einfacher gehalten und sogar intensiviert werden. Daher ist für viele Twitter ein unverzichtbarer Bestandteil des (mobilen) Alltags geworden und nicht mehr wegzuz-

denken. Während Blogs und Podcast verhältnismäßig aufwendig sind, erlauben Tweets maximal 140 Zeichen. Das ist beschränkend, aber auch befreiend.

WIESO IST TWITTER FÜR SIE SPANNEND?

Die Beschränkungen des Dienstes sehen auf den ersten Blick wie Nachteile aus, sind aber der Hauptgrund, warum Twitter so passend für Unternehmen aber auch Politiker sein kann. Die Einstiegshürden von Twitter sind extrem niedrig und hunderte von Applikationen und Diensten rund um Twitter schaffen hunderte Gründe, warum Nutzer einen solchen Service auch in Zukunft nutzen werden. Man kann Twitter aktiv und passiv nutzen, sowie intern und extern. Passiv, um zu beobachten, was (mögliche) Mitbewerber schon über Ihre Themen und Ihre Branche twittern. Hierbei nutzt man Twitter zur Recherche, indem man unter search.twitter.com die gewünschten Begriffe eingibt beziehungsweise über die erweiterte Suche sucht.

Aktiv kann man Twitter zum öffentlichen Dialog nutzen, Angebote und Hinweise verteilen, Feedback erhalten, Wettbewerbe veranstalten, Leser auf die eigene Webseite oder das eigene Blog leiten, ... Verschiedene erfolgreiche Beispiele existieren, aber dabei kommt es bei der möglichen Reichweite und Nutzung immer auf die Zielgruppe an. Erst wenn Zielgruppe und Kommunikation festgelegt wurden, kann man sich entscheiden, ob man mit einem oder mehreren Accounts, in welcher Sprache und welcher Form man Twitter nutzen will.

Anders, aber nicht weniger spannend, ist der interne Einsatz von Micro-Blogging, wo das Prinzip das gleiche bleibt, aber das Werkzeug Twitter aufgrund der Öffentlichkeit der Nachrichten nicht geeignet ist. Von Micro-Documentation in Projekten, über Status-Update an einen nicht von vorneherein festgelegten Verteilerkreis bis hin zu Expertenantworten aus dem Kreise der Mitarbeiter ist vieles vorstellbar.

In allen Fällen gilt, sich erst mit dem Werkzeug vertraut zu machen, bevor man sich in die Öffentlichkeit traut. Am besten testet man im kleinen Kreise mit erfahrenen Twitter-Nutzern die Bedienung und entwickelt die eigene, passende tägliche oder wöchentliche Twitter-Routine.

... ❖ @bluebke

Ich begrüße Klaus Lübke zum Twitter-Interview auf der Veddel. Hallo Klaus.
#lp2 6:30 AM Jun 18th from web

... ❖ @inet_k

Moin moin auf der Veddel! 6:21 AM Jun 18th from web
Hallo @bluebke, willkommen auf der #Veddel, #Elbinsel #Hamburg #lp2
6:26 AM Jun 18th from web

... ❖ @bluebke

Du bist Lokalpolitiker für die SPD. Was ist deine Funktion? #lp2
6:32 AM Jun 18th from web

... ❖ @inet_k

Oh, mehrere: #Ortsvereinsvorsitzender #Bezirksversammlungsabgeordneter,
das sind die wichtigsten Funktionen. #lp2
6:34 AM Jun 18th from web

... ❖ @bluebke

Das sind ja Funktionen, die hauptsächlich Vorort-Kontakt erfordern. Wie
kommt es dann, dass du so im Internet präsent bist? #lp2
6:37 AM Jun 18th from web

... ❖ @inet_k

Internet interessiert mich schon lange, habe auch schon früher Webseiten ge-
macht. Ich probiere gerne aus, und will Möglichkeiten nutzen. #lp2
6:40 AM Jun 18th from web

... ❖ @bluebke

Welche Möglichkeiten bietet dir als Lokalpolitiker das Internet? #lp2

... ❖ @inet_k

Mit dem Netz kann man nicht nur weltweit kommunizieren, sondern auch
lokal. Das ist dann wie ein 24-Stunden Infostand. #lp2
6:43 AM Jun 18th from web

Gerade die neuen "sozialen Netzwerke" ermöglichen eine lokale Vernetzung,
die es im Web 1.0 so nicht gegeben hat. #lp2

6:44 AM Jun 18th from web

Vor allem ist die Bedienung dieser neuen Möglichkeiten viel einfacher geworden. #lp2

6:47 AM Jun 18th from web

... @bluebke

In welchen sozialen Netzwerken bist du aktiv? #lp2

6:48 AM Jun 18th from web

... @inet_k

MySpace <http://tinyurl.com/nomhcx>, Facebook <http://tinyurl.com/n8sw4b>, Flickr <http://tinyurl.com/nk28j2>, MeinVZ und mehr. #lp2

6:57 AM Jun 18th from web

... @bluebke

Welchen Vorteil bringt deine Präsenz in MySpace, Facebook, Twitter etc. für deine Arbeit als Lokalpolitiker? #lp2

6:59 AM Jun 18th from web

... @inet_k

Sie ist eine einfache Möglichkeit fast ständig zu berichten, was ein Lokalpolitiker so tut. Das ging früher nicht. #lp2

7:00 AM Jun 18th from web

Ich denke, das bringt vielen Menschen näher, was die Lokalpolitik für sie leistet, und ich hoffe, das weckt mehr Interesse. #lp2

7:02 AM Jun 18th from web

... @bluebke

Das klingt gut. Triffst du denn deine Zielgruppe überhaupt auf Twitter, Facebook & Co.? #lp2

7:04 AM Jun 18th from web

... @inet_k

Mehr und mehr. Es entwickeln sich vor allem durch Facebook neue Online-Freundschaften mit den Menschen vor Ort... #lp2

7:06 AM Jun 18th from web

...aber auch das überregionale Real-Live-Netzwerk verbessert sich. Und es haben schon Mitarbeiter aus den Behörden angerufen. #lp2

7:07 AM Jun 18th from web

... ❖ @bluebke

Hast du vielleicht ein Beispiel für das Erreichen deiner Zielgruppe "Veddel" Vorort durch deine Internetpräsenz? #lp2

7:12 AM Jun 18th from web

... ❖ @inet_k

Es gab kürzlich einen lobenden Artikel in der WAMS über mich, das konnte ich dann einem unser Wochenblätter... #lp2

7:16 AM Jun 18th from web

... verkaufen. Ein schöner Artikel mit Bild, der in alle Haushalte verteilt wurde. Das war sehr gut für mich. #lp2

7:20 AM Jun 18th from web

... ❖ @bluebke

Super! Das ist natürlich ein Ideal-Beispiel von Twitter in die WAMS ins Lokalblättchen in die Veddeler-Haushalte zu den Wählern. #lp2

7:25 AM Jun 18th from web

Gab es darauf Reaktionen von Veddeler Bürgern? #lp2

7:26 AM Jun 18th from web

... ❖ @inet_k

Ja. Auf den Artikel in der Lokalzeitung wurde ich auf der Straße angesprochen. #lp2

7:29 AM Jun 18th from web

... ❖ @bluebke

D.h. auch wenn Herr/Frau XY nicht auf Twitter ist, hast du sie letztlich (indirekt) über Twitter erreicht. #lp2

7:32 AM Jun 18th from web

Mit diesem schönen Zwischenfazit verabschieden wir uns kurz in die Kaffeepause und sind in ca. 30 Min. wieder online für Teil II von #lp2

7:34 AM Jun 18th from web

Also um ca. 12 Uhr folgt Teil II Twitter-Interview mit Klaus Lübke Thema "Lokalpolitik2.0" Please RT
7:36 AM Jun 18th from web

Es folgt jetzt Teil II Twitter-Interview mit Klaus Lübke Thema "Lokalpolitik2.0" Please RT
8:09 AM Jun 18th from web

So, wir haben jetzt kurz die Location gewechselt und befinden uns im neuen Dulsberger Geheimtipp dem Café May mit WLAN-Zugang.
8:12 AM Jun 18th from web

...👉 **@bluebke**

Klaus wir haben eben über die sozialen Netzwerke gesprochen, in denen du aktiv bist. Der Kern deiner Internetpräsenz ist allerdings dein Blog. #lp2
8:15 AM Jun 18th from web

...<http://www.veddel.net/wordp...> Klaus Lübke's Blog Wie nutzt du den Blog? #lp2
8:16 AM Jun 18th from web

...👉 **@inet_k**

Als Lokalpolitiker steckt man in vielen Themen drin. Ich versuche darzustellen, wie viel ich über die Stadtteile weiss und was aktuell ist #lp2
8:19 AM Jun 18th from web

Ich versuche meine Kompetenz in den Berichten zu vermitteln, und mein Wissen zu teilen. #lp2
8:20 AM Jun 18th from web

komme ich dann mit Bürgern in Kontakt, und tausche mich mit ihnen aus. #lp2
8:21 AM Jun 18th from web

...👉 **@bluebke**

Kennen die Bürger in der Veddel deinen Blog? #lp2
8:21 AM Jun 18th from web

...👉 **@inet_k**

Einige, aber noch viel zu wenige! #lp2
8:22 AM Jun 18th from web

...👉 **@bluebke**

Erklär doch mal wie du den Blog nutzt? #lp2

8:24 AM Jun 18th from web

...👉 **@inet_k**

Ich möchte über bestimmte Suchwörter, wie z.B. "Veddel" gefunden werden.

Manchmal schreibe ich über Netzthemen, und lege viele Track-... #lp2

8:26 AM Jun 18th from web

...-backs. Wenn ich dann deutschlandweit verlinkt werde, verbessert das mein Pageranking. Ich versuche mindestens zwei mal pro Woche... #lp2

8:28 AM Jun 18th from web

...zu bloggen, und twittere das dann. Es erscheint so auch auf meiner Facebook-Timeline. Da bin ich mit vielen Veddelern verbunden. #lp2

8:29 AM Jun 18th from web

...👉 **@bluebke**

Man kann also sagen, du arbeitest online an deiner offline Bekanntheit? #lp2

8:30 AM Jun 18th from web

...👉 **@inet_k**

Ja, denn es kommt darauf an, was im richtigen Leben passiert... #lp2

8:33 AM Jun 18th from web

...das Internet ist ein gutes Mittel dafür, weil man nicht mehr durch den Filter der Zeitungsredaktionen muss. #lp2

8:33 AM Jun 18th from web

...👉 **@bluebke**

Was würdest du anderen Lokalpolitikern empfehlen? #lp2

8:34 AM Jun 18th from web

...👉 **@inet_k**

Ab und zu bloggen, twittern, Facebook nutzen und das ganze mit Youtube, Delicious, Flickr und Picasa abrunden. Web 2.0 eben. #lp2

8:42 AM Jun 18th from web

...👉 @bluebke

Hast du da nicht das Wichtigste vergessen? #lp2

8:43 AM Jun 18th from web

...👉 @inet_k

Nein, sogar zwei wichtige Dinge: Beständig aktiv sein, nicht nur zum Wahlkampf. Und natürlich auch im Stadtteil sein, nicht nur vorm PC. #lp2

8:46 AM Jun 18th from web

...👉 @bluebke

Das sind auch zwei sehr wichtige Dinge für einen Lokalpolitiker. Ich meinte allerdings die Verbindung online – offline herstellen. #lp2

8:48 AM Jun 18th from web

Wie in deinem Beispiel mit WAMS und dem Lokalblatt. #lp2

8:49 AM Jun 18th from web

Dein Blog gefällt mir richtig gut! Es sind so viele verschiedene Social Media Elemente eingebunden: Flickr-Bilder, YouTube-Videos... #lp2

8:52 AM Jun 18th from web

...RSS-Feed, Bookmarks, Verlinkung zu anderen Webseiten etc. – ein echtes Best-Practice-Bsp <http://www.veddel.net/wordpress>. #lp2

8:55 AM Jun 18th from web

...👉 @inet_k

Das ist was mir an MeinVZ nicht gefällt, die Verbindungen mit anderen Diensten sind nicht möglich. Das ist gerade das Interessante daran. #lp2

9:00 AM Jun 18th from web

...👉 @bluebke

Hast du auch schon negative Erfahrungen mit deiner Internetpräsenz und der dadurch entstehenden hohen Transparenz gemacht? #lp2

9:02 AM Jun 18th from web

...👉 @inet_k

Ja, ein halbes Jahr nach einem Blogeintrag wurde der von der TAZ in einem anderen Zusammenhang aufgespießt. #lp2

9:06 AM Jun 18th from web

...↳ @bluebke

Worum ging es denn dabei? #lp2

9:07 AM Jun 18th from web

...↳ @inet_k

Ich kommentierte den TAZ-Artikel im Blog, nannte den Redakteur "Schreibischtäter." Er mich dann "geistiger Brandstifter". Schlecht... #lp2

9:09 AM Jun 18th from web

...für mich: Die TAZ hat mehr Leser als mein Blog! Immerhin hatte ich mehr Traffic als vorher. Es war aber emotional nicht leicht. #lp2

9:10 AM Jun 18th from web

...↳ @bluebke

Also Klaus nachdem wir unsere follower lange genug mit dem Interview strapaziert haben noch einen Tweet von dir als Schlusstatement. #lp2

9:13 AM Jun 18th from web

...↳ @inet_k

Gerhard Schröder sagte mal, um zu regieren bräuchte er die Bild und die Glotze. Mit Social Media hat jetzt auch die Lokalpolitik... #lp2

9:17 AM Jun 18th from web

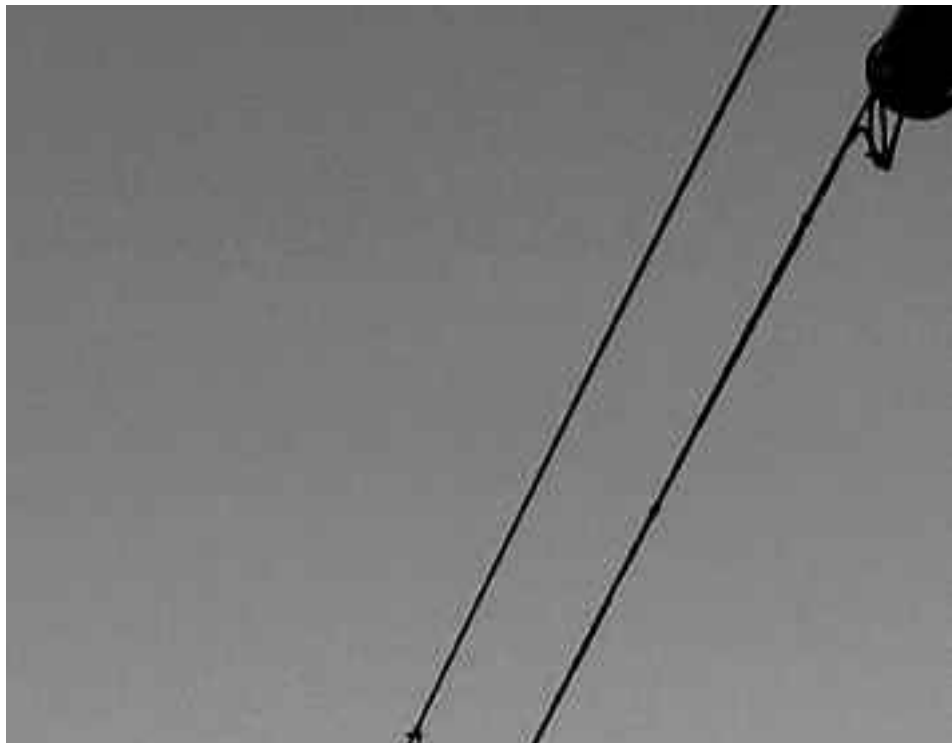
...neue Kanäle zu den Bürgern. Sie verändern unsere Gewohnheiten, wie wir kommunizieren, und werden in Zukunft immer wichtiger. #lp2

9:19 AM Jun 18th from web

...↳ @bluebke

Ein tolles Schlusswort! Ich danke dir für dieses Interview. #lp2

9:21 AM Jun 18th from web



182→

Ich hoffe sehr, dass wir in 10 Jahren kein PolitCamp mehr brauchen!



„ICH HOFFE SEHR, DASS WIR IN 10 JAHREN KEIN POLITCAMP MEHR BRAUCHEN!“

Moritz Avenarius im Interview mit Valentin Tomaschek (SPD) und Ralph Makolla (CDU), August 2009.

Politiker aus allen im deutschen Bundestag vertretenen Parteien treffen Anfang Mai 2009 volle zwei Tage lang in Berlin auf die unterschiedlichsten Einwohner des Web 2.0 wie Digital Natives, Blogger, Twitteratis und mehr. Wie macht man sowas? Welche Art von Format und Haltung braucht es dazu? Und geht das am Ende gut, entwickeln sich gar Dialoge zwischen vermeintlich völlig fremden Lebenswelten? Valentin Tomaschek und Ralph Makolla haben mit dem ersten PolitCamp in Deutschland genau das gewagt. Moritz Avenarius hat daran teilgenommen und sie anschließend via Skype ausgefragt.

Moritz Avenarius | Ralph Makolla | Valentin Tomaschek



Moritz Avenarius – Zukunftslotse aus Hamburg. Nach seinem Physikstudium an der TU Berlin sowie an der Stanford University/ USA war Moritz Avenarius mehr als sieben Jahre als Unternehmensberater tätig für sowohl große internationale Konzerne als auch innovative Mittelständler.

Im Mittelpunkt seiner Arbeit standen szenariobasierten Projekten der Strategieentwicklung, die Moderation von Prozessen zur nachhaltigen Strategieumsetzung und die Stärkung der Innovationskraft von Organisationen. Er ist zudem ausgebildeter systemischer Berater und Coach für organisationale Changemanagement- und Kommunikationsprozesse.

Seit Anfang 2008 arbeitet er als selbständiger Innovationsberater und Zukunftslotse. Moritz Avenarius ist erfahrener Manager und Moderator von Zukunftswerkstätten und interaktiven Großgruppenevents wie etwa BarCamps. Zudem beschäftigt er sich intensiv mit gesellschaftlichen Wandlungsprozessen sowie lokalem gemeinnützigem Engagement.

Neben seinem Beruf engagiert sich Moritz Avenarius mit Leidenschaft beim Aktionsbetrieb LOMU in St.Pauli (www.lomu.net).

„Handle stets so, dass die Anzahl deiner Wahlalternativen zunimmt.“ – Heinz von Förster

„The future is unwritten.“ – Joe Strummer, The Clash



Ralph Makolla, 32 Jahre, verheiratet. Nach dem Abitur 1996 Offiziersanwärter bei der Bundeswehr. Als Oberleutnant in letzter Verwendung Abteilungsleiter IT und Kommunikation, Pressesprecher in einem Fallschirmjäger-Bataillon. Danach Ausbildung zum PR-Berater und unter anderem als Wahlkampfleiter und Pressesprecher für den Niedersächsischen Wissenschaftsminister Lutz Stratmann tätig. Seit Dezember 2008 tätig für den Parlamentarischen Staatssekretär Thomas Kossendey, MdB (CDU).



Valentin Tomaschek, Initiator des PolitCamps. Hat seine Wurzeln in Hamburg. Nach der Ausbildung zum Mediengestalter ging es für drei Jahre nach Dublin (Irland), wo er als Incident Coordinator und License Specialist im IT-Sektor arbeitet. Nun wieder in Hamburg, arbeit er als Wissenschaftlicher Mitarbeiter für das Landesparlament und als selbständiger Berater und Dienstleister im Bereich der Social Media.

Fotocredits: Thomas Vogt

[13:11:01] Moritz Avenarius: Was war der Grund, Euch für Eure jeweilige Partei zu engagieren?

[13:11:59] Valentin Tomaschek: Ich bin in meiner Familie die dritte Generation die in der SPD sind. Für mich hat die Sozialdemokratie die größte Schnittmenge mit meinen eigenen Werten und ich würde auch nicht einfach austreten, nur weil die Umfragewerte mal nicht so sind wie gewünscht, sondern schauen dass man den Trend wieder umkehrt. Aber dafür haben wir ja noch einige Wochen.

[13:14:29] Ralph Makolla: Die CDU ist meine Partei, weil ich mit ihren Zielen und ihrem Programm am ehesten identifizieren, dies unterstützen und mittragen kann. Ich bin nicht immer einer Meinung mit allen, aber dies gehört ja zur Demokratie dazu. Die CDU ist für mich die große Volkspartei, die mit ihren drei Strömungen die Menschen in diesem Land am besten zusammenbringt und so einen breiten Konsens in der Bevölkerung, im täglichen miteinander, herstellt.

[13:15:16] Moritz Avenarius: Und was reizt Euch an den neuen Medien im Internet?

[13:16:18] Valentin Tomaschek: Mich reizt an der Kommunikation im Internet, dass sie sehr schnell von statten geht. Man muss keine Umwege gehen, sondern kann direkt mit den BürgerInnen kommunizieren.

[13:18:22] Ralph Makolla: Ähnlich wie bei Valentin. Das Internet ist schnell, direkt und in der Regel unkompliziert. Twitter und andere Tools ermöglichen den direkten Weg zu anderen Menschen.

[13:19:33] Moritz Avenarius: Wie kam es zur Idee mit dem PolitCamp?

[13:21:21] Valentin Tomaschek: Ich habe im Januar 2008 mit zwei anderen das erste europäische WordCamp in Hamburg veranstaltet. Das hat großen Spaß gemacht, aber ich wollte dies nicht einfach wiederholen. Mit Blick aufs Superwahljahr kam mir dann die Idee das BarCamp Konzept mit der Politik zu verbinden. Ob die Idee gut war wusste ich nicht und habe daher einfach mal bei Twitter nach Feedback gefragt. Dieses war sehr eindeutig.

[13:21:44] Moritz Avenarius: Ralph, wann bist Du dazu gekommen?

[13:23:06] Ralph Makolla: Wann es genau war, weiß ich gar nicht mehr. Valentin suchte Leute die mitmachen. Wir tuitterten darüber und er fragte mich, ob ich mit ins Orga-Team will. Ich sagte ja und so war ich dabei.

[13:23:41] Moritz Avenarius: Quasi ein Antrag via Twitter ;-)

[13:24:17] Ralph Makolla: Genau, auch für Anträge ist Twitter gut. :-)

[13:24:41] Moritz Avenarius: Valentin, wie viele Follower hattest Du zu dem Zeitpunkt und war das ein eher enger Kreis an Bekannten oder schon weiter gefasst?

[13:25:52] Valentin Tomaschek: Uh, das weiß ich gar nicht mehr so genau. Vielleicht 500 – 600 Follower? Ich glaube ich habe so ca. 10 Rückmeldungen bekommen, aber da wollte ich auch nicht die Masse erreichen, sondern Follower deren Meinungen mir wichtig sind.

[13:27:18] Moritz Avenarius: Aber es war eindeutig genug für Dich Valentin um zu sagen: Das mache ich! Kannst noch sagen, was für Erwartungen Du zu dem Zeitpunkt an das Camp hattest ganz am Anfang (Anzahl Teilnehmer, Inhalte, etc.)?

[13:29:35] Valentin Tomaschek: Ich hab mit 150 – 250 Teilnehmer gerechnet. Inhaltlich wollte ich persönlich mich schon ziemlich auf den Online-Wahlkampf beschränken, aber das muss man bei einem BarCamp natürlich größtenteils den Teilnehmern überlassen. Das meine Schätzung falsch war, merkte ich schnell nach dem Start des Ticketverkaufs. Dort gingen die ersten 100 Tickets innerhalb von wenigen Tagen weg.

[13:30:22] Moritz Avenarius: Was waren dann während der weiteren Vorbereitung für Euch beide zentrale Erfahrungsmomente?

[13:33:20] Valentin Tomaschek: Sicherlich die überzeugende E-Mail vom Geschäftsführer des RADIALSYSTEM V das Politcamp bei ihm stattfinden zu lassen. Der anfängliche Preis im Angebot war nicht machbar und wir hatten quasi schon den Vertrag bei einer anderen Location unterschrieben, aber Dank der Unterstützung des RADIALSYSTEMS haben wir deren komplettes Haus und die Technik nutzen dürfen.

[13:33:40] Ralph Makolla: Trotz der räumlichen Trennung klappte die Koordination innerhalb des Teams via Internet gut. Klasse fand ich das Engagement des gesamten Teams und den Willen, dass Politcamp erfolgreich stattfinden zu lassen. Es hat aber auch gezeigt, dass die Spitzenpolitik noch viel im Onlinebereich zu lernen hat. Keiner konnte etwas mit einem Barcamp anfangen und am Anfang wurde die Veranstaltung nicht so ganz ernst genommen.

[13:36:20] Moritz Avenarius: Welches sind Eure stärksten, bleibenden Erinnerungen vom Camp selbst, was habt Ihr von der Veranstaltung im Kopf behalten an Inhalten und Bildern und Begegnungen?

[13:39:27] Ralph Makolla: Was bleibt? Die klasse Atmosphäre während der gesamten Veranstaltung. Die super Sessions zu den verschiedensten politischen Themen. Und das Zeichen, dass gerade junge Menschen gar nicht so Politikverdrossen sind, wie immer behauptet wird. Man muss sie nur richtig ansprechen.

[13:39:58] Valentin Tomaschek: Definitiv die große spontane Session auf dem Sonnendeck mit ca. 120 Leuten.

[13:40:15] Ralph Makolla: Stimmt, die war spitze!

[13:40:17] Moritz Avenarius: Die fand ich auch klasse.

[13:40:18] Valentin Tomaschek: Davon abgesehen die nette Zusammenarbeit mit den anderen Parteimitgliedern.

[13:40:45] Ralph Makolla: Das war eine sehr große Koalition. ;-)

[13:41:08] Valentin Tomaschek: Also nicht nur die der eigenen Partei, sondern auch mal der anderen Parteien. Nicht nur immer der politische Gegner zu sein, sondern auch mal an einem Strang zu ziehen.

[13:41:18] Moritz Avenarius: Hattet Ihr alle politischen Parteien im Orga-Team im Boot?

[13:41:41] Ralph Makolla: Es fehlte die Linkspartei und logischerweise die Rechten.

[13:42:22] Moritz Avenarius: Kam die Linke später noch dazu? Was war der Grund, das die in der Vorbereitung fehlte?

[13:42:46] Valentin Tomaschek: Bei der Linken muss ich dazu sagen das ich persönlich alles andere als ein großer Fan von dieser Partei bin. Das heißt nicht diese auszuschließen, aber ich bin sicherlich weniger energisch auf diese in der Zeit der Vorbereitungen zugegangen.

[13:43:35] Ralph Makolla: Das kann ich nur unterstützen.

[13:44:28] Moritz Avenarius: Und wie war dann die Begegnung vor Ort mit den Linken? Besser als erwartet oder eher wie erwartet? Oder ganz anders?

[13:45:20] Valentin Tomaschek: Ich hab bewusst nur die stv. Vorsitzende wahrgenommen die bei der Elefantensession teilgenommen hat. Aber auch nur als Diskussionsteilnehmerin. Ansonsten hatte ich da keinen Kontakt zu ihr.

[13:46:02] Ralph Makolla: Von einem netten Gespräch Abends beim Bier, über total konträre Ansichten bis zu ungläubigem Kopfschütteln.

[13:47:49] Moritz Avenarius: Ihr habt beide die gute Zusammenarbeit in der Vorbereitung und nach dem Camp über Parteigrenzen hinweg angesprochen. Ist davon nach dem Camp etwas geblieben? Was konntet Ihr mitnehmen in Euren jeweiligen politischen Alltag?

[13:50:56] Valentin Tomaschek: Ich denke einige haben gemerkt, dass es auch im Online-Wahlkampf Grenzen geben sollte. Inhaltliche und ab und auch mal polemische Tiefschläge sind in Ordnung, aber es gibt doch gewisse Grenzen und wenn man mal früher was im kleinen Kreis oder am fremden Infostand gesagt hat war das nach zehn Minuten vergessen. Bei Twitter, Facebook etc ist es das nicht und das erinnert einen manchmal daran auch im normal Leben mal einen schnöden Spruch einfach sein zu lassen.

[13:51:46] Valentin Tomaschek: Und man schließt sich auch mal spontan über die Parteigrenzen hinweg und ohne „die da oben“ zusammen. Beispiel „Internetsperren“.

[13:53:14] Ralph Makolla: Wir können trotz Wahlkampf gut miteinander arbeiten und das nächste Camp vorbereiten. Dadurch, dass man sich persön-

lich kennt und die Ansichten in Bezug auf das Internet und die Politische Kommunikation ähnlich sind, wird die Sacher vereinfacht. Valentin hat Recht damit, dass Dinge im Netz nie verschwinden. Das was man offline nicht will, sollte man online auch nicht tun. Der Umgang untereinander im Netz ist auch im Wahlkampf sehr zivilisiert.

[13:53:53] Ralph Makolla: Internetsperren ist ein gutes Beispiel für eine parteiübergreifende Zusammenarbeit.

[13:54:33] Moritz Avenarius: Könnt Ihr konkret was dazu sagen, wie sieht beim Thema Internetsperre die Zusammenarbeit aus?

[13:55:36] Ralph Makolla: Dies äußert sich sicherlich in ähnlichen Blog-einträgen oder tweets und sicher auch in Gesprächen mit Abgeordneten.

[13:55:52] Valentin Tomaschek: Ich glaube wenn CDU- und SPD-Mitglieder die gleiche politische Meinung bei einem Thema haben sagt das schon viel aus. Dies wird öffentlich kommuniziert und hat sicherlich eine Außenwirkung.

[13:58:16] Moritz Avenarius: Noch einmal zurück zum Camp: Dort ging es auch darum Blogger und Netzaktivisten mit Politikern zusammen diskutieren zu lassen. Was könnt Ihr noch berichten über dieses „Zusammentreffen“ verschiedener Lebenswelten?

[13:58:52] Ralph Makolla: Tja, zwei Welten prallen aufeinander.

[14:00:39] Ralph Makolla: Wobei schon einige der Anwesenden wussten, worum es ging, Stegner und Wasserhövel twittern selber. Das gilt auch für das TeamDeutschland der CDU oder den online Chef der FDP.

[14:00:43] Valentin Tomaschek: Ich glaube einige Teilnehmer brauchten den Mut zu sagen „Na, so schlimm sind diese Politiker ja gar nicht“. Und einige Politiker brauchten Mut um anzuerkennen dass das Internet nicht nur voll virtueller Steinewerfer ist.

[14:01:07] Ralph Makolla: Das hast Du schön gesagt, Valentin.

[14:02:07] Moritz Avenarius: Wie geht es weiter? Was kommt als nächstes in Sachen PolitCamp (nach der Wahl ...)?

[14:04:19] Ralph Makolla: Der nächste Termin steht. 30./31 Januar 2010 in Bonn. Nachbetrachtung der Bundestagswahl, Ausblick auf die Landtagswahl in NRW, aber auch ein Blick darauf, wie sich die Menschen über/im Netz an Politik beteiligen können und wie kann die Politik die Menschen über das Netz mitnehmen.

[14:05:25] Valentin Tomaschek: Du sagst es. Eine Themenerweiterung in Sachen Netzpolitik und ePartizipation. Aber auch eine Art Unterkonferenz in Sachen „YouthPolitCamp“ wird es wohl geben.

[14:07:03] Valentin Tomaschek: Auf jeden Fall werden wir uns vergrößern. Wir haben schon jetzt fast 1200 Anmeldungen und mit etwas Glück verdoppelt sich das auch noch.

[14:08:12] Moritz Avenarius: Wird das PolitCamp dann eine „Massenveranstaltung“? Welche Relevanz hat Größe hier?

[14:08:36] Valentin Tomaschek: Keine. Eigentlich.

[14:08:47] Ralph Makolla: Nein, ich denke durch den Barcamp-Charakter wird dies nicht passieren.

[14:09:27] Valentin Tomaschek: Auch wenn wir mehr Teilnehmer haben werden, wird es trotzdem noch genügend Sessions mit 20 – 30 Teilnehmern im kleinen Kreise geben um Themen tiefer zu diskutieren. Die geplante Location bietet dafür auf jeden Fall genug Platz.

[14:11:20] Moritz Avenarius: Wie wollt Ihr die Teilnehmer unterstützen bei der Größe neue Kontakte zu knüpfen? Kann ja schnell unübersichtlich werden ...

[14:12:12] Valentin Tomaschek: Wir planen ein eigenes Social Network für die Teilnehmer und auch Interessierte. Davon ab gibt es ja genug Möglichkeiten via Facebook, Twitter, XING etc. zu organisieren und verknüpfen.

[14:12:44] Valentin Tomaschek: Bei der Veranstaltung selbst werden wir genügend Platz haben auch mal das persönliche Gespräch zu führen.

[14:13:24] Ralph Makolla: Die Teilnehmer sind jetzt schon sehr gut vernetzt. Das wird dadurch deutlich, dass es ausser Twitter und Facebook bisher keinerlei Werbung gab.

[14:13:56] Valentin Tomaschek: Ja, das stimmt. Die 1100 Anmeldungen kamen nur durch Mund-zu-Mund-Propaganda zustande.

[14:16:38] Moritz Avenarius: Was nehmt Ihr für Euch, aber mehr noch für die anderen Aktiven in den Parteien an konkreten Ratschlägen mit aus der Veranstaltung bzw. Eurer Auseinandersetzung mit dem Web? Was sollten die tun (und was nicht), um ihre politische Arbeit zu verbessern?

[14:17:32] Valentin Tomaschek: Mutiger sein. Offener kommunizieren und auch souveräner mit Kritik umgehen.

[14:19:02] Ralph Makolla: Man sollte im Netz genauso authentisch sein, wie offline. Wenn man z.B. keine Affinität zum Twittern hat, sollte man es lassen. Die Parteien und speziell die Politiker müssen akzeptieren, dass das Netz schneller ist als sie und sie nicht alles kontrollieren können bzw. müssen.

[14:19:08] Valentin Tomaschek: Vor allem den Rückkanal nutzen ist ganz wichtig. Fast alle Parteien haben dies immer noch nicht verstanden und verstehen das Web 2.0 als weitere Möglichkeit die Standard-Inhalte mit verschiedenen Tools hinauszublasken. Das der gemeine Wahlkämpfer oder Bürger dann eine Message zigital kriegt kommt nicht an. Das Netz als Kommunikationsmittel in beide Richtungen zu verstehen scheint immer noch eine große Herausforderung zu sein.

[14:20:08] Ralph Makolla: Das Internet sollte nicht nur im Wahlkampf zum Dialog genutzt werden sondern ständig. Dies führt langfristig sicher zu einem besseren Verständnis beider Seiten.

[14:20:49] Valentin Tomaschek: Vor allem auch langfristige Angebote zu etablieren. Teamog und Wahlkampfog sind da nicht gut. Schon der Name vermittelt, dass ich nach der Wahl diese Seiten nicht mehr besuchen muss. Auch sollte man das Web mehr nutzen, um seine Wahlkampfhelfer zu mobilisieren und zu steuern.

[14:22:11] Ralph Makolla: Und man muss das Rad nicht immer neu erfinden. Die Parteien sollte dahin gehen, wo die Menschen sind. Immer wieder neue Websites führe nicht zwangsläufig zum Erfolg.

[14:22:30] Valentin Tomaschek: Das geht jetzt mehr in Richtung SPD, oder Ralph? ;-)

[14:22:53] Ralph Makolla: Nein, das gilt für alle. Besonders für meine.

[14:23:26] Valentin Tomaschek: Ach so. Schade, dieser Kritikpunkt passt auch sehr gut auf meine Partei. Ich glaube inzwischen sind es fast zehn Domains, die für Wahlkampfzwecke genutzt werden.

[14:24:22] Moritz Avenarius: Sehe schon da ist noch viel zu tun ... daher zum Schluss der Blick in die Zukunft: Was hat sich in 10 Jahren in der Politik geändert dank Internet? Und was bleibt wie gehabt?

[14:25:02] Valentin Tomaschek: Ich hoffe sehr, dass wir in 10 Jahren kein PolitCamp mehr brauchen.

[14:26:54] Ralph Makolla: Die Politik wird in zehn Jahren schneller und direkter sein. Die Menschen können sich viel besser einbringen (Beispiel Petition gegen Internetsperren) und die Politik muss besser darauf reagieren. Die Bürokratie wird bleiben, die Politik wird verzweifelt versuchen, neue Regeln auch für das Netz aufzustellen und daran scheitern.

[14:26:57] Valentin Tomaschek: Hoffentlich nur ein Punkt in meinem Lebenslauf oder Ähnliches. Bis dahin sollte die Politik gelernt haben, im Web gut und effektiv zu kommunizieren.

[14:28:14] Moritz Avenarius: Und die persönlichen Erwartungen an je Eure individuellen Zukunft? Was macht Ihr in 10 Jahren?

[14:28:42] Valentin Tomaschek: Oh, Ralph, wo siehst du mich in zehn Jahren? Lass uns rebellieren und die Fragen gegenseitig beantworten

[14:30:06] Ralph Makolla: Golf spielen? Eher werde ich immer noch als PR-Berater in der Politik sein. Wobei ich gerade ein interessantes Gespräch mit einer Firma aus dem Bereich der regenerativen Energien hatte. Kommt Zeit, kommt Rat.

[14:31:08] Valentin Tomaschek: Verdammt, nun muss ich doch die Frage selbst beantworten.

[14:31:40] Ralph Makolla: Du wirst in 10 Jahren mit mir und Hazel an der Alster sitzen, ein Bier schlürfen und Dich immer noch über Websites von Politikern ärgern und dann böse Mails von ihnen bekommen.

[14:31:41] Valentin Tomaschek: Ich weiß nicht wo ich in zehn Jahren bin. Schon gar nicht in der Politik.

[14:33:05] Moritz Avenarius: Und wo siehst Du Valentin nun Ralph in 10 Jahren?

[14:34:45] Valentin Tomaschek: Ich sags ja ungern, aber Ralph könnte ich mir durchaus mit einem guten und soliden Mandat vorstellen. Ob nun im Bundestag oder Landtag, aber ich hoffe das Bier an der Alster ist dann trotzdem noch drin.

[14:35:24] Ralph Makolla: Mit dem Mandat schauen wir mal, das Bier bleibt.

[14:35:44] Moritz Avenarius: Ihr Beiden, vielen vielen Dank für dieses Skype-Gespräch!

[14:35:52] Valentin Tomaschek: Danke dir auch

[14:36:07] Ralph Makolla: Gern geschehen, danke ebenfalls.



194→

Politische Bildung als Fundament demokratischer Strukturen

POLITISCHE BILDUNG ALS FUNDAMENT DEMOKRATISCHER STRUKTUREN

Was ist politische Bildung heute? Was muss die nächste Generation lernen, um politisch gut ausgebildet zu sein? Die Autoren Jean-Pol Martin, Björn Rohles und Michael Wald diskutieren darüber. Schon eine gemeinsame Definition des Begriffes „politische Bildung“ ist schwierig. Ist es der Aufbau von Partizipationsfähigkeit? Ist es nur ein Teil einer großen Bildungsidee? Geht es um die Grundlagenvermittlung des demokratischen Systems? Und welche Rolle spielt das Internet dabei? Die drei Autoren machen sich an die Beantwortung der Fragen.

Jean-Pol Martin | Björn Rohles | Michael Wald

tags: #politischebildung #empfehlungen #politiker #kollektivereflexion



Jean-Pol Martin war bis 2008 Professor für die Didaktik der Französischen Sprache an der Universität Eichstätt. Er beschäftigte sich schwerpunktmäßig mit der Entwicklung und Verbreitung der Methode Lernen durch Lehren. Seit dem Aufkommen des Internets entwickelte er ab 2000 das Schlüsselqualifikationsmodul „Internet- und Projektkompetenz“, das Studenten zur gemeinsamen Wissenskonstruktion anregt und anleitet. Ferner entwickelte er die dazugehörige Theorie des Internets als Gehirn, bei dem Menschen wie Neuronen agieren und im Rahmen von intensiven, virtuellen Interaktionen Wissen als Emergenz generieren.



Björn Rohles, geboren 1980, begann mit dem C128 seines Vaters und verliebte sich dann so sehr ins Web, dass er nach seinem Abitur Medienwissenschaft studierte. Seitdem arbeitet er als Designer und Blogger mit dem Medium und versucht, das Web mit der Bildung, seiner zweiten Leidenschaft zu verbinden.



Michael Wald, geb. Januar 1968. Medienproduzent mit Blick auf kybernetische Modelle im Kontext Internet. Stichworte: #Kunst #Kultur #Wissenschaft #Bildung #Zweinull

1. Michael@Jean-Pol

In Wikipedia lese ich heute unter Politischer Bildung: „Das Ziel der politischen Bildung ist, Toleranz und Kritikfähigkeit zu vermitteln und zu stärken, demokratische Spielregeln zu verankern und damit zur Herausbildung und Weiterentwicklung von aktiver Bürgerschaft und Partizipation beizutragen. In der Sache geht sie bereits bis auf die Antike zurück.“ Eigentlich haben wir doch mit den neuen Möglichkeiten, Stichwort Web 2.0 und Social Media, diesbezüglich jetzt ideale Voraussetzungen.

2. Jean-Pol@Michael

Du hast völlig recht.

In deinem Umkreis scheint auch bei den Grünen die Nutzung von Web 2.0 und Social Media noch eher etwas Spezielles und vielleicht auch Lästiges zu sein.

3. Jean-Pol@Michael

Sich auf den systematischen Einsatz von neuen Kommunikationsmitteln wie Twitter, Blogs und sonstigen Tools einzulassen, verlangt eine Reorganisation des gesamten Lebens. Da ich persönlich der Meinung bin, dass bereits jetzt ohne intensive Kommunikation keine ernstzunehmenden Projekte durchzuführen sind, habe ich meinen Alltag so ausgerichtet, dass ich mich lebensbegleitend im Netz bewege. Wenn ich Schüler, Lehrer oder Politiker wäre, könnte ich das nicht. Es wird eine längere Zeit dauern, bis Politiker einsehen, dass es besser für sie ist, ihre Anhängerschaft im Netz zu pflegen, als in einer Gastwirtschaft mit zehn Leuten zu sitzen. Und dann werden sie ihren Alltag ändern. Ähnliches wird mit dem Schulsystem passieren: die Schüler und Studenten werden in der Zukunft nicht mehr zusammengepfercht in Räumen stundenlang verharren. Sie werden von zu Hause aus Kommunizieren und Informationen verarbeiten, und ab und zu sehr intensive Treffen gestalten. Das ist bereits heute zum Teil so. Wir müssen Geduld haben, bis die Alltagsgewohnheiten sich verändern. Und das neue Leben wird nicht weniger stressig sein als das Alte, sondern mehr. Aber an dem kommen wir nicht vorbei.

4. Michael@Jean-Pol

Du arbeitest seit über 10 Jahren mit den sogenannten „Neuen Medien“ im Bereich Forschung und Lehre in einem ausgewogenem Verhältnis zwischen Theorie und Praxis. Und vermutlich ist deine Geduld auch ein Ergebnis einer langen Lebenserfahrung.

In unserer Skype-Besprechung mit Björn haben wir heute u.a. die Frage erörtert, ob man eine Anleitung für Politiker entwickeln sollte, wie die ja durchaus vorhandene Partizipationsbereitschaft von Digital Natives zu nutzen ist.

5. Jean-Pol@Michael

Ich arbeite bereits seit 1996 sehr intensiv mit Homepages und Foren im Unterricht. Damals wie heute wurde es nur von ganz wenigen Schülern angenommen. Einige wenige verbrachten Tage und Nächte mit der Erstellung von Klassenhomespages und das Ergebnis war hervorragend. Die Meisten aber interessierten diese tollen Homepages der Mitschüler gar nicht.

Was „die“ Politiker angeht, so meine ich, dass nur wenige die Kommunikationspotenziale erkennen, die in einer systematischen Nutzung stecken. Als Einstiegsbasis für Politiker würde ich folgende Empfehlungen aussprechen:

1. Versuche dir über Twitter eine überschaubare Gemeinde von „Beratern“ aufzubauen. Diese Berater können aus allen Bereichen der Gesellschaft stammen. Du musst sie aber so „bedienen“, dass sie motiviert werden immer wieder Kontakt zu dir zu suchen und dich mit wertvollen Informationen (auch Zuspruch und Emotionen) beliefern. Sie müssen spüren, dass du sie ernst nimmst und dass die ihre Ratschläge aufgreifst und umsetzt.

2. Als Ergänzung zu Twitter verfasse einen Blog, in dem du alle deine wesentlichen Überlegungen festhältst. Aus diesen Blogbeiträgen muss klar werden, dass du die Impulse deiner Berater in dein Denken und Handeln einbeziehst.

3. Wie das konkret geht: stehe früh auf (wenn es geht) und sprich gezielt Twitterer an, die dir geeignet erscheinen. Lass dich nicht entmutigen, wenn es nicht auf Anhieb funktioniert, sondern versuche es immer wieder.

6. Björn@Jean-Pol

Ich möchte anregen, als 4. Punkt aufzunehmen, dass man im Social Web sehr offen mit Kritik umgehen muss. Man sollte keine Scheu haben, einen Fehler zuzugeben. So etwas wird lieber gesehen als ein kramphaftes Leugnen oder gar Totschweigen von Fehlern, die man begangen hat. Dazu könnte man sich anschauen, was dazu im Bereich des (viralen) Marketing an Erkenntnissen gewonnen wurde, da Unternehmen vor der gleichen Herausforderung stehen, wenn sie im Social Web mitwirken möchten.

7. Björn@Michael

Sicher können hier beide Seiten viel voneinander lernen. Was ich für Politiker sehr wichtig halte, ist eine neue Form von Authentizität: die Netzgemeinde honoriert Ehrlichkeit mehr als fadenscheinige Rhetorik.

Es gibt einen schönen Podcast vom MfG-Innovationcast zum Thema.¹ Nicht ganz so sicher bin ich mir darin, wie die Digital Natives von Politischer Bildung 2.0 profitieren könnten. Spontan würde ich vermuten, dass der Ablauf demokratischer Strukturen dazugehört – dazu gehört vor allem Kompromissfähigkeit. Mir fällt allerdings momentan keine gute Begründung für meine Intuition ein.

Was ich auch nicht trivial finde ist die Frage, wie genau eine politische Bildung 2.0 strukturiert werden sollte. Wie etwa wirken bestimmte Maßnahmen auf den Digital Native? Fühlt er sich vom Politiker angebedert und umworben, oder ergreift er die neuen Möglichkeiten zur Kommunikation mit Kuss-hand? Und unter welchen Voraussetzungen? Da ist noch viel Forschungsarbeit zu leisten, die parallel zu den Versuchen der Politiker laufen könnte, mit dem Web 2.0 umzugehen.

8. Jean-Pol@Björn

Der Politiker muss sich nicht unbedingt als solcher präsentieren. Im Netz (z.B. Twitter) pflegt man Kontakte mit vielen Menschen, ohne gleich an den Nutzen zu denken, den man daraus ziehen kann. Insofern würde ich Politikern empfehlen, eine Denkgemeinde zu gründen, wie wir es alle tun, die einem im Alltag helfen, bestimmte Probleme zu lösen. Und durch diese Kontakte verändert man sich selbst. Politiker sollten sich also mit dieser Art der Kommunikation und Communitybildung vertraut machen. Dann entsteht beim Gegenüber nicht das Gefühl, das er angebedert wird.

9. Björn@Jean-Pol

Ein sehr interessanter Gedanke, den du da formulierst. Das würde bedeuten, dass sich „Politiker 2.0“ (entschuldige den plakativen Ausdruck) von der Idee verabschieden müssten, das Internet sei eine Art Werbekanal, der „bespielt wird“. Sie müssten es vielmehr als eine Chance zu mehr Demokratie verstehen und ganzheitlicher denken. Ich glaube, dann könnten sie auch den Kontakt zu den Digital Natives wiederherstellen, die sich (so ist zumindest mein Eindruck) eher von den Politikern unverstanden fühlen.

1 <http://podcast.mfg-innovation.de/?p=48>

10. Björn@Michael

Du hast doch bestimmt die letzten Entwicklungen zur Debatte um Netzsperrungen mitverfolgt. Ausgehend von dem Spiegel-Online-Bericht zur Generation C64² wird im Moment so argumentiert, dass es sich um einen Generationenkonflikt zwischen den Digital Natives und den Politikern handle, die sich gegenseitig nicht verstehen. Könnte man so etwas nicht als aktuellen Aufhänger nehmen, um die Brisanz des Themas zu verdeutlichen? Unsere Überlegungen wären dann ein Lösungs-vorschlag, wie sich die Kluft überwinden lassen könnte.

11. Jean-Pol@Michael/Björn

Die Politiker, mit denen ich zusammenarbeite, sehen noch nicht, dass sie mit Hilfe des Internets die Kontakte mit den Wählern vertiefen und auf die eine oder andere Bierzeltveranstaltung verzichten könnten zugunsten der Pflege ihrer Blogs, z.B. im Sinne der Best-Practice möchte ich meine Kontakte zu einem Piraten benutzen, um zu sehen, wie er die Möglichkeiten des Netzes nutzt, um seiner politischen Arbeit nachzugehen.

12. Michael@Björn

Das mit dem Generationenkonflikt ist so eine Sache. Ich denke Politiker nehmen so langsam wahr, dass neue Kanäle wie z.B. Twitter ernst zu nehmende Phänomene unserer Zeit sind. Und in den Tagen nach der vermutlich gefälschten Wahl im Iran hört man ja immer mehr auch in den klassischen Massenmedien von den sogenannten „sozialen Medien“. Auf jeden Fall scheint mir momentan das Interesse an Politik auch durch die Zensurdebatte bei den Digital Natives zu wachsen. Allerdings schneiden die etablierten Parteien da wohl immer schlechter ab.

13. Michael@Jean-Pol

Mit den „Piraten“ tritt jetzt eine sehr interessante Partei auf den Plan. Vielleicht wird das ja mal eine „Bildungspartei“, da meiner Meinung nach in dem Bereich (Internet/Kommunikation) doch erhebliches Verbesserungspotenzial besteht.

14. Jean-Pol@Michael

Besonders interessiert hat mich die Einschätzung meines Piraten, dass die Bildungskompetenz schrittweise von den etablierten Institutionen zu den Communities wandert. Die Communities bilden ihre Leute technisch aus, aber

² <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,628017,00.html>

auch gleichzeitig vermitteln sie ihren „Schülern“ allgemeines Wissen, beispielsweise Geschichtliches und Politisches. Das kann aber auch schief gehen, wenn radikale Gruppen diese Aufgaben wahrnehmen. Das übersehen einige Uni-Bildungs-Theoretiker während dessen. Jeder Professor oder Lehrende an einer Universität sollte als erstes eine Internet-Community mit seinen Studierenden gründen. Learning by doing!

15. Björn@Jean-Pol

Die Piraten sind in der Tat sehr interessant. Ich habe neulich einen Vortrag von Dr. Christoph Bieber (@drbieber) gehört, in dem er meinte, die Piratenpartei sei eine Art „Blaupause“ für den zügigen Aufbau einer flächendeckenden Organisation darstellt, der ohne großen finanziellen Hintergrund geschieht. Ich fände es sehr interessant, wenn wir in einem Gespräch oder einer Best-Practice zeigen könnten, wie die Piraten Medien wie bspw. Wikis einsetzen, um eine sehr viel direktere Kommunikation mit ihren Wählern und den Parteimitgliedern zu gewährleisten. Gerade im Gegensatz zu den eher von oben herab diktierten Programmen anderer Parteien könnte das sehr interessant sein.

16. Björn@Michael

Ich bin mir gar nicht sicher, ob diese Theorie von den politikverdrossenen Digital Natives überhaupt jemals richtig war – wenn ich mir so die Szene anschau, hatte ich von jeher den Eindruck, dort sehr viel politisches und gesellschaftliches Engagement zu beobachten. Was aber mit ziemlicher Sicherheit festgehalten werden muss, ist die Enttäuschung der Digital Natives von den etablierten Parteien, besonders CDU/CSU und SPD. Diese haben nun mehrfach bewiesen, dass ihnen die Ansichten dieser Wählergruppe nicht viel bedeuten. Dafür ist nicht nur die Netzsperrren-Debatte ein Beispiel, schon die Vorratsdatenspeicherung muss hier genannt werden: für jemanden, der ab und zu seine eMails abrufen, ist diese Regelung sicher nicht so wichtig; aber für jemanden, der das Internet als integralen Teil seines Lebens sieht, ist Vorratsdatenspeicherung gleichbedeutend mit einem Beamten, der ihm auf Schritt und Tritt völlig verdachtslos folgt und überwacht. Insofern war die Entstehung einer Partei wie die der Piraten nur ein logischer Schritt einer Wählergruppe, die sich nicht mehr repräsentiert fühlt.

17. Jeanpol@Björn

Sehe ich genauso: Best-Practice. Komisch, dass mich die Vorratsdatenspeicherung nicht stört. Vielleicht, weil ich mich als jenseits von gutem und bösem empfinde (Alter und Image). Was die Entstehung der Piratenpartei angeht, stimme ich dir völlig zu.

18. Michael@all

Seit wir diesen Dialog angefangen haben ist sehr viel passiert. Nach „Zensursula“ und weiteren Kontrollphantasien in Bezug auf die Nutzung des Web, gipfelt der Wahlkampf kurz vor seinem Ende mit Plakaten wie von Vera Lengsfeld, auf denen Sie mit Angela Merkel zeigt, dass die CDU mehr zu bieten hat. Zu sehen sind die beiden Politikerinnen mit weit offenem Dekolleté. Prompt springen auch andere Parteien auf diesen Zug. Sex sells? Vielleicht kommt es ja noch besser!

Aber zurück zum Anfang, „Politische Bildung als Fundament demokratischer Strukturen“. Ich wollte wir wären weiter, aber vermutlich stehen wir erst am Anfang einer völlig neuen Form von Demokratie. Dabei werden sich die Machtverhältnisse drastisch ändern. Das Spektrum der möglichen Szenarien ist recht groß. Ein Zurück gibt es nicht. Dieser Prozess ist hoch dynamisch und es ist aus meiner Sicht nicht möglich hierzu allgemeingültige Aussagen auf Papier zu bringen. Dafür brauchen wir das Netz. Vielleicht bringt auch www.reboot-d.de neue Impulse.

19. Jeanpol@all

Um Lösungen zu erarbeiten, werden wir im Netz problembezogene kollektive Reflexion organisieren müssen. Wie z.B. durch Michael in Ansätzen auf diesem Forum. Man definiert einen Problemraum, trommelt Leute zusammen und lässt sie diskutieren und reflektieren bis eine Lösung emergiert. Das Organisieren von kollektiver Reflexion ist eine Kompetenz, die wir erwerben müssen.

20. Björn@all

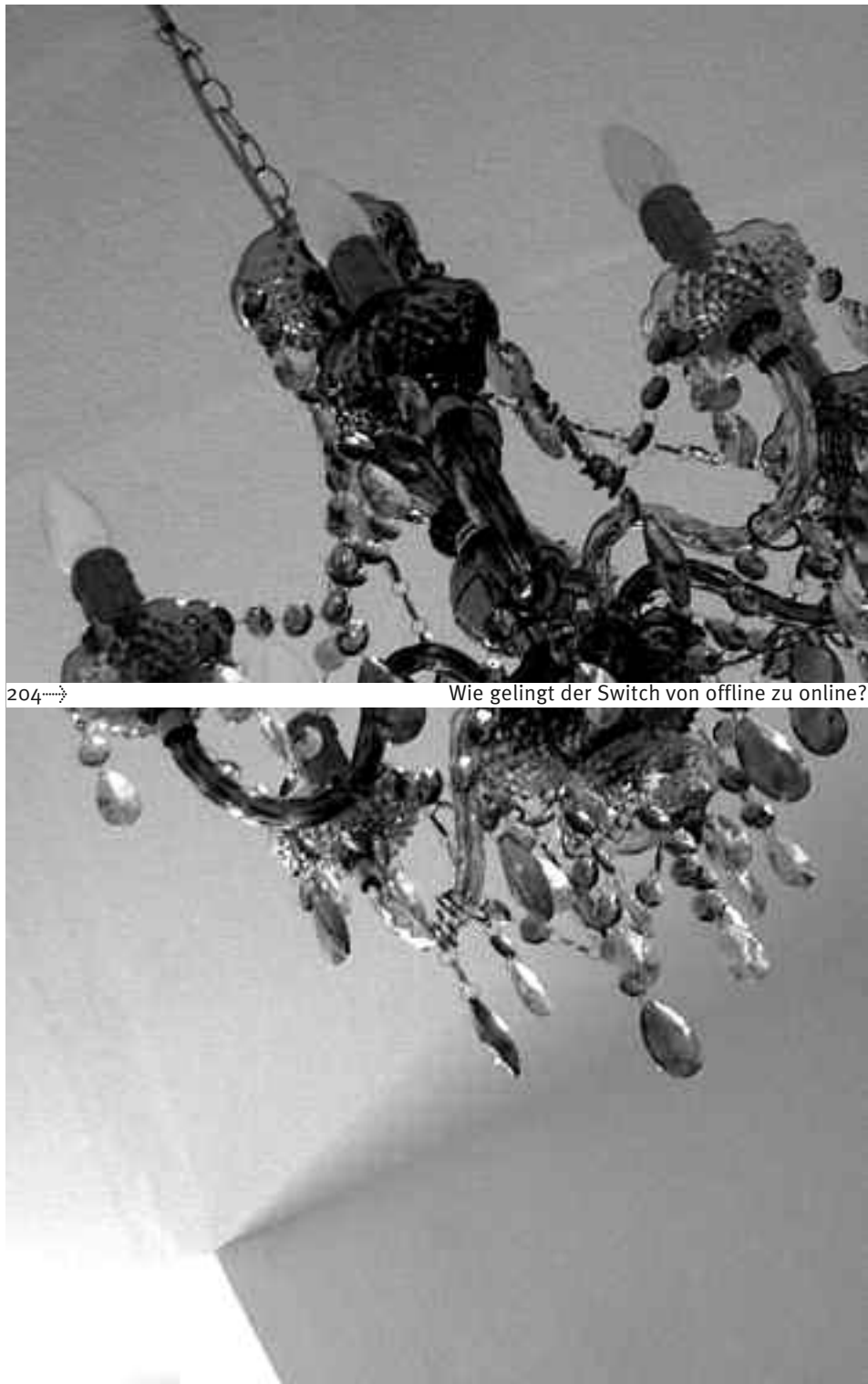
Ich denke, wir haben schon eine Reihe richtiger Punkte zusammengetragen. Jean-Pol, ich glaube, dass deine Idee von einer Problem bezogenen kollektiven Reflexion der richtige Ansatz ist, um mit der Herausforderung umzugehen. Ich würde das, was wir brauchen, um diesen Prozess anzuregen, als Zivilcourage bezeichnen: sich auf einem Gebiet zu engagieren und dort sein spezifisches Wissen einzubringen. Leider habe ich momentan eher den Eindruck, dass der Versuch gestartet wird, diesen Prozess über Kontrollversuche des Netzes zu

organisieren. Ich glaube nicht, dass so eine Idee besonders große Aussichten auf Erfolg hat.

Die Frage, die mir aus medienwissenschaftlicher Perspektive noch fehlt: Wie müssen wir unsere Bildungsangebote gestalten, damit sie von den Nutzern gerne ergriffen werden? Bei Menschen, die von jeher mit Wikis und anderen Angeboten aufwachsen, dürfte das kein Problem sein. Aber was ist mit den Digital Immigrants? Unser großes Ziel muss sein, dass auch diese Menschen aktiv an der politischen Bildung partizipieren. Ich glaube, da gibt es noch viel Nachholbedarf – für Erziehungswissenschaft und Medienforschung. Insofern glaube ich, dass Menschen wie Jean-Pol noch viel zu selten sind.

FAZIT

Die Diskussion kann also aus drei Sichtweisen beendet werden: Jean-Pol sieht die Diskussion in erster Linie aus der Praxis. Eigentlich ist politische Bildung also die Befähigung zur Kommunikation. Durch Best-Practices muss auch die ältere Generation an Social Media herangeführt werden. Wer kommuniziert, schon politisch. Alle Theorie ist also überflüssig. Michael betont die Bedeutung der kollektiven Reflexion und bringt die aktuellen Beispiele der Zensursula-Debatte und anderer Kontrollphantasien. Björn hingegen weist darauf hin, dass Social Media kein Selbstzweck ist und nicht als weiterer Werbekanal genutzt werden sollte, sondern sinnvoll in der politischen Bildung eingesetzt werden sollte. Für alle drei Autoren ist die Nutzung von Social Media durch die Politiker nach wie vor enttäuschend. Dabei wäre die Dialogfähigkeit und ein richtiger Paradigmenwechsel bitter nötig.



204→

Wie gelingt der Switch von offline zu online?

WIE GELINGT DER SWITCH VON OFFLINE ZU ONLINE?

Erfahrungen bei einem kommunalen Gemeinschaftsprojekt

Eine kleine, aber in vieler Hinsicht sehr innovative Gemeinde im Südosten von Bayern möchte bei einem neuen sozialen Gemeinschaftsprojekt zur Entwicklung und Kommunikation Web 2.0-Technologien benutzen. Trotz intensivem Engagement vieler Beteiligter zeichnet sich im bisherigen Verlauf deutlich ab, mit welchen Schwierigkeiten und Widerständen derartige Innovationen kämpfen müssen und wie lang der Atem der Beteiligten reichen muss.

Mark Schmidt-Neuhaus

tags: #web2.o #usability #hausderbegegnung



Mark Schmid-Neuhaus, geb. 1940, Dr. med., MBA (INSEAD),
*Facharzt für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie –
Psychoanalyse, derzeit noch in freier Praxis als Berater und
Coach vor allem mit Führungskräften arbeitend. 1978 – 2002
Leitender Arzt des Zentrums für Gesundheitsförderung „Der
Gesundheitspark im Olympiastadion München“, 1979 – 1986
Vorsitzender der Sektion Gruppenmethoden in Klinik und
Praxis im DAGG, 1979 – 1992 Gründungsmitglied und stellv.
Vorsitzender der Bayerischen Landesarbeitsgemeinschaft für
kardiolog. Prävention und Rehabilitation, danach langjähriger
Vorsitzender des Fachbeirates, seit 1992 Vorsitzender des Fach-
beirates des Deutschen Wellnessverbandes, seit 2001 Mitglied
des Kuratoriums der Fairness-Stiftung.*

EINLEITUNG

August Wilhelm Scheer schreibt: „Kern des Web 2.0 sind soziale Netzwerke und die Möglichkeit, sehr einfach eigene Inhalte im Internet zu publizieren. Worum geht es konkret? Mehrere Menschen wissen selbstverständlich mehr ... die neuen Web 2.0-Anwendungen bieten die perfekte Plattform für die Vernetzung von Menschen.“¹

Wer sich wie ich über Jahrzehnte in allen möglichen sozialen Projekten² darum bemüht hat, soziale Netzwerke aufzubauen und zum Funktionieren zu bringen, der liest so einen Hinweis mit Freude und voller Hoffnung, hatte ich mich doch gerade mit der Betreuung eines „neuen Babys“ engagiert und fragte mich, wie wir mit den knappen Ressourcen (in jeder Hinsicht) dieses Baby möglichst bald zum Laufen bringen könnten.

In der Vergangenheit erinnere ich die vielen Stunden, die ich in Gremienarbeit, Sitzungen und Zusammenkünften, um Projekte vorwärts zu bringen, verbracht habe, nicht unbedingt als produktive Phasen, sondern eher als unvermeidliche Pflichttermine meines Lebens. Wenn es Möglichkeiten und Technologien gibt, die die Produktivität bei solchen Aufgabenstellungen erhöhen können, dann bin ich bereit, all die notwendigen Schritte zu tun, die zu deren Anwendung erforderlich sind. Die Erfahrung der Steigerung meiner Produktivität durch das Aufkommen der PCs in den 80er Jahren hatte ich als wichtige Veränderung genauso wie die Nutzung des Internets seit den frühen 90er Jahren des letzten Jahrhunderts als Referenzpunkt im Kopf.

SITUATIONSSKIZZE

Kirchanschöring wurde beim 21. Wettbewerb (2002–2004) „Unser Dorf soll schöner werden – unser Dorf hat Zukunft“ mit einer Goldmedaille auf Bezirks-, Landes- und auf Bundesebene ausgezeichnet.

¹ Willms Buhse / Ulrike Reinhard (Hrsg.) DNAdigital, Wenn Anzugträger auf Kapuzenpullis treffen, whois verlags- & vertriebsgesellschaft, 2009

² 1978 – 2002 als Leitender Arzt des Zentrums für Gesundheitsförderung „Der Gesundheitspark im Olympiastadion München“, 1979 – 1986 als Vorsitzender der Sektion Gruppenmethoden in Klinik und Praxis im DAGG, 1979 – 1992 als Gründungsmitglied und stellv. VV in der Bayerischen Landesarbeitsgemeinschaft für kardiolog. Prävention und Rehabilitation und danach als langjähriger Vorsitzender des Fachbeirates, seit 1992 auch als Vorsitzender des Fachbeirates des Deutschen Wellnessverbandes, seit 2001 als Mitglied des Kuratoriums der Fairnessstiftung ... usw.

Begründung der Jury: „Ein innovatives Dorf, das in vernetzten Kreisläufen vorbildlich handelt und somit Leben und Arbeiten in einem qualitativ gestalteten Wohnumfeld ermöglicht. Besonders hervorzuheben ist das Engagement und weitsichtige Handeln im sozialen Bereich innerhalb des Gemeinwesens.“

Seit Frühjahr 2005 bin ich zusammen mit Brigitta, einer Architektin und erfahrenen Kommunalpolitikerin in Kirchanschöring heimisch geworden. Wir haben dort das ideale Haus für unseren Lebensabend gefunden, weil wir uns von dem offenen Geist³ dieser kleinen Gemeinde (ca. 3200 Einwohner) im Südosten Bayerns im Landkreis Traunstein mit offenen Armen empfangen und aufgenommen gefühlt haben, ganz so wie die Jury die Preisvergabe der Goldmedaille auch begründet hat.

Kirchanschöring hatte sich damals gerade ein neues Projekt vorgenommen, nämlich ein „Haus der Begegnung“⁴ als kommunales Gemeinschaftsprojekt mit möglichst viel ehrenamtlichem Bürgerengagement zu verwirklichen. Wir haben uns sofort in der Projektgruppe engagiert und uns gefreut, dass es in der Projektgruppe gute Motivation und Bereitschaft gab, das Projekt über die vielen normalen Hindernisse vorwärts zu bringen. Als im März dieses Jahres die Projektgruppe als ersten konkreten Realisierungsschritt die Eröffnung eines Sozialbüros in der Gemeinde präsentierte, nahm ich mir vor, als meinen nächsten Beitrag diesem Projekt eine Web 2.0-Plattform zu organisieren. Angeregt durch die Lektüre von „Die Kunst loszulassen“ von Willms Buhse/Sören Stamer⁵ hatte ich im Herbst 2008 begonnen, eine internationale Web 2.0-Plattform für Wellness Professionals mit aufzubauen und dabei die ersten Schritte als „Digital Immigrant“ zu tun. Es müsste doch nicht so schwer sein, so ein überschaubares, in vieler Sicht ganz konkret handhabbares Projekt durch die Nutzung von Web 2.0-Strukturen mit dem nötigen kommunikativen Schub zu versehen.

Also fragte ich Michaela Conley, die das in USA sehr erfolgreiche HP-CareerNet begründet hatte und danach die internationale Plattform ID-Wellness gestartet hatte, ob ich mein Projekt „Haus der Begegnung“ ebenso bei ID-

³ <http://www.kirchanschoring.info/gemeinde/upload/pdf/GemeindemitteilungSonderausgabe06.pdf>

⁴ <http://www.kirchanschoring.info/gemeinde/upload/pdf/Haus%20der%20Begegnung/FlyerHausderB.pdf>

⁵ Willms Buhse, Sören Stamer (HG), Die Kunst loszulassen, Enterprise 2.0, Berlin 2008

Wellness unterbringen könnte und ob sie mir als Tutor dabei etwas zur Seite stehen könnte. Natürlich bekam ich eine positive Antwort und dachte mir noch, diese Internet-Avantgarde ist ja doch eine sehr wache, freundliche und kooperative Gruppe von Menschen, nicht unbedingt das, was man so über das Internet lesen kann wie⁶:

„Die ganze Diskussion rund um die Internetsperren gegen Kinderpornographie“ zeigt uns ganz klar, wo wir in Deutschland mit dem Thema Internet stehen: Nämlich ganz am Anfang.⁷

Es ist bis jetzt nur eine kleine Vorhut der Informationsgesellschaft, die sich intensiv mit Internet und seinen Folgen auseinandersetzt. Für die breite Masse der Bevölkerung ist das Internet immer noch „nur“ ebay oder lastminute.de, online-banking oder hotel.de ... und natürlich Wikipedia, damit die panischen Eltern ihren Kindern die Grundschul-Referate schreiben können.

Alles, was hinaus geht, ist aus dieser Perspektive ein wilder, chaotischer Raum, voll von Viren, Porno, Terroristen und Kinderschändern. Bedrohlich und unkontrollierbar. Und das macht vielen erst einmal Angst. Auch wenn es keiner offen sagt.

Also, ich fange einfach mal an und vertraue meiner eigenen positiven Grundeinstellung.

WAS GENAU WURDE GEMACHT?

Ich habe am 16. Januar 2009 die Gruppe „Haus der Begegnung“ auf der internationalen Plattform von ID-Wellness eingerichtet und den folgenden ersten Kommentar gepostet⁸:

„Als das Projektteam des Hauses der Begegnung gestern die Eröffnung des Sozialbüros mit einer kleinen Feierstunde im Pfarrsaal startete, war ich beeindruckt, wie effizient und gut vorbereitet dieser Start gelungen ist.

⁶ <http://www.dnadigital.de/networks/blog/post.ulrikerenate:64>

⁷ <http://netzwertig.com/2009/04/30/deutschland-degeneriert-in-ein-entwicklungsland-teil-2-von-3/>

⁸ <http://www.idwellness.org/group/hausderbegegnungkirchanschoring>

„Kirchanschöring, do lost se guat' lebn!“ das ist wirklich wahr. Ein kreatives Miteinander, begleitet von dem tätigen Segen durch Pfarrer Kronast und dem lebendigen Engagement eines fähigen Projektteams. Ich dachte: nutzen wir die Möglichkeiten der Moderne, hier das Internet mit der allerneuesten Technologie des sogenannten WEB 2.0., um uns schnell und gleichzeitig einfach miteinander zu verständigen und zu informieren, wie wir unser Projekt „Haus der Begegnung“ zügig weiterentwickeln können.

Als ich das schicke, kleine Sozialbüro sah, fertig eingerichtet, mit Internetanschluss, dachte ich, da fehlt jetzt nur noch eine moderne eigene Intranet-Struktur. Dank schneller Kooperation mit Michaela Conley haben wir gestern Abend noch diese Intranet-Struktur für das „Haus der Begegnung“ gezimmert. Ich hoffe, dass es für uns alle die Zusammenarbeit vereinfacht und wir ohne große Schwierigkeiten dadurch über die wichtigen Entwicklungen informiert sind und wir uns unkompliziert austauschen und organisieren können.

In diesem Sinne wünsche ich mir rege Beteiligung und möchte alle dazu einladen, die Vorteile neuer Technologien für unser Projekt zu nutzen. Also Herzlich willkommen im „Intranet des Hauses der Begegnung von Kirchanschöring“ ...

Euer Mark Schmid-Neuhaus

Die Beschreibung der Gruppe lautet: „Das Haus der Begegnung ist eine lokale Initiative der Bürger und der Gemeinde von Kirchanschöring, um die Lebensqualität durch gemeinsame soziale und gesundheitsbezogene Projekte zu fördern“.

Engeladen habe ich mehr als 20 Mitglieder der Initiativgruppe. Auf der Plattform gelandet sind bisher acht Mitglieder, wobei der Prozess mir viel Geduld und Zeit abverlangte und ich auch bei diesen acht Gruppenmitgliedern zu den meisten persönlich hingehen musste, weil fast niemand mit den Benutzeroberflächen von Web 2.0-Strukturen vertraut war. Wir haben gemeinsam die notwendigen Icons gesucht und angeklickt, bevor sie dann als Mitglieder auf der Plattform ID-Wellness Gruppe „Haus der Begegnung“ landeten.

Dort erwarteten sie freundliche Begrüßungstexte wie der hier wiedergegebene Begrüßungspost, mehrere Angebote von Diskussionsforen über Fragen der Organisation, den möglichen gemeinsamen Lernprozess in der Nutzung von Web 2.0-Technologie gemeinsam zu vollziehen, mehrere von mir vorbereitete Blogposts zu Themen wie „Web 2.0 und Enterprise 2.0: neue Technologien, die uns helfen, eine offenere Gesellschaft zu bauen“, „Erfahrungen bei der Nutzung von Web 2.0 am Beispiel des Hauses der Begegnung“, aktuelle Fotos aus der Arbeit der Initiativgruppe und einige interessante Videos. Obwohl es eine interessante gemeinsame Agenda gibt, kommt es auf der Webplattform kaum zu entsprechenden Interaktionen. Das Zurverfügungstellen von Technologie bewirkt noch nicht unmittelbar auch das In-Gebrauchnehmen. Diese Erfahrung hatte ich bereits bei einem anderen, aber durchaus vergleichbaren Projekt mit vermutlich interneterfahreneren Beteiligten gemacht. Der Vorsitzende des Deutschen Wellnessverbandes (DWV) hatte sich ähnlich wie ich als Vorsitzender des Fachbeirates des DWV über die Schaffung der internationalen Plattform ID-Wellness gefreut, weil wir uns davon einen intensiveren Informationsaustausch mit Mitgliedern und Interessanten versprochen hatten. Passiert ist auf der Gruppenplattform für den Deutschen Wellnessverband noch weniger als auf der Plattform des „Hauses der Bewegung“.

Waren die Erwartungen falsch gewesen? Wo waren die Engpässe?

Nachdem alle Beteiligten am Anfang ihre große Freude über die Möglichkeiten einer gemeinsamen Netzplattform geäußert hatten, war der bisherige Verlauf für mich eher enttäuschend und führte mich zu einer Reihe von Fragen und bestätigt Vermutungen:

- Otto Normalbürger ist im Internet mit Web 2.0-Strukturen noch nicht angekommen. Allein die praktische technische Handhabung der Benutzeroberflächen überfordert die meisten, die sich theoretisch von den Möglichkeiten von Web 2.0 durchaus für derartige Interaktionsformen zu interessieren bereit sind.
- Wenn die Technik gemeistert werden kann, kann noch lange nicht die Dimension sprachlicher, interaktiver Prozesse praktiziert werden. Die Mühseligkeit von Gemeinschaftsprojekten wird oft durch Selbstdarstellungsproblematiken der Teilnehmer bestimmt. Hohe Interaktivität setzt Praxis voraus, über die Viele noch nicht in hinreichendem Masse verfügen.

- Wer Blogs verfolgt, ist – zumindest ist mir das häufig aufgefallen – erstaunt, wie kurzgliedrig viele Argumentationen verarbeitet – wenn überhaupt – werden. Zustimmung oder Ablehnung ... kaum gemeinsame Reflektion, obwohl das Medium doch genau dieses ermöglichen würde. Wahrscheinlich sind die Lernzeiten für solche Instrumente erheblich länger anzusetzen als eine kleine Avantgarde sich das im Moment vorstellen mag. Persönlich erlebe ich jedoch diese Technologie als große Erweiterung und habe mich auf langfristig anzulegende Lernprozesse eingestellt.
- Es kommt mir vor, als hätte ich auch das Bedürfnis an prozessorientierter Reflektion (Selbst- und Fremdrelexion) mit dem Ziel der Klärung komplexerer Sachverhalte auch in überschaubaren Gemeinschaften gewaltig überschätzt. Peter Sloterdijk thematisiert in seinem neuesten Buch „Du mußt Dein Leben ändern“⁹ die Bereitschaft, sich durch Komplexität zu aufwendigeren Klärungsprozessen herausfordern zu lassen. Kultur ist Bewegung in der Vertikalen. Diese Bewegung fordert Engagement ... Üben, Üben, Üben. In konsumorientierten Kulturen stellt genau dieses eine Schwierigkeit dar. Konsumieren vollzieht sich überwiegend in der Horizontalen, wo es kaum Widerstände zu überwinden gibt und jeder sich weitestgehend in seinen Komfortzonen bewegen kann.
- Die gegenwärtige Wirtschaftskrise wird in einem mich erstaunenden Ausmaß emotional eher mit Übungen in der „Kunsthfertigkeit, es nicht gewesen zu sein“ aufgegriffen. Das Ausmaß selbstkritischer Reflektion bleibt erstaunlich gering, was deutlich macht, dass wir noch weite Wege vor uns haben, bis wir uns verantwortlicher und mit hinreichender Transparenz in äußerst komplexen Systemen bewegen können. Auch das verweist darauf, dass die vor uns liegenden Lernprozesse auch in zeitlicher Hinsicht als nicht zu kurz eingeschätzt werden dürfen.

ZWISCHENERGEBNISSE UND SCHLUSSFOLGERUNGEN

Es geht also um Lernprozesse in mehrfacher Hinsicht. Digital Natives sollten sich herausgefordert fühlen, Benutzeroberflächen zu entwickeln, die auch für „Otto Normalverbraucher“ benutzbar sind. So lange zu warten, bis es nur noch Digital Natives gibt, die diese Anpassungsprobleme an neue Technologien

⁹ http://www.amazon.de/mu%C3%9Ft-dein-Leben-%C3%A4ndern-Anthropotechnik/dp/3518419951/ref=sr_1_1?ie=UTF8&s=books&qid=1243787021&sr=8-1

nicht haben, erscheint mir unrealistisch angesichts der Absehbarkeit, dass das Fortschreiten technischen Wandels zu den Grundlebensbedingungen unserer Gesellschaften auch in Zukunft gehören wird. Die Möglichkeit kommunikativer Vernetzung und deren baldige Umsetzung kann den erfolgreichen Umgang mit dieser Gegebenheit verbessern.

Wir alle müssen uns darauf einstellen, dass lebenslange intensive Lernprozesse unsere Zukunft prägen werden. Diese Lernprozesse betreffen nicht nur die Integration neuer Technologien, sondern betreffen gleichermaßen die Entwicklung sozialer Kompetenz. Diese Kompetenz der gemeinschaftlichen Nutzung und Entwicklung von Wissen ist das Element, das durch das „Online“-Sein und gemeinschaftlich arbeiten und kommunizieren zu können, die großen Produktivitätsgewinne vernetzter Systeme ermöglicht.

Diese Prozesse wirksam handhaben zu können, erfordert allerdings eine systemische Sicht von Gesellschaft und hier sehe ich noch eine lange Wegstrecke des Lernens vor uns liegen. Diese systemische Sicht von Gesellschaft und den vielfältigen jeweiligen Abhängigkeiten von Variablen von dem jeweiligen Kontext – man kann das auch den Umgang mit Komplexität nennen – das stellt die große Herausforderung der Moderne dar, die durch das Entstehen eines „gesellschaftlichen Nervensystems“, wie man das Web 2.0 auch nennen kann, ganz neue Möglichkeiten eröffnet.

Insofern erscheint mir das Projekt dieses Buches ein hilfreicher Schritt bei diesen Lernprozessen zu sein. Meine Rolle verstehe ich dabei sowohl als Brückenbauer, der sich bemüht, zwei durch einen Graben oder Fluss getrennte Ufer zu verbinden. hinaus aber auch als aufmerksamen Teilnehmer, der die genaue Beschaffenheit der unterschiedlichen Ufer erst einmal entdecken und verstehen muss, bevor er einen erfolgreichen Brückenbau hinbekommt.

Die Diskussion mit den Beteiligten unterstreicht die gerade erwähnten Punkte. Ich will hierzu zusammenfassend ein langes Gespräch mit Hans-Jörg Birner, dem Bürgermeister von Kirchanschöring, über die bisherigen Erfahrungen mit dem Projekt wiedergeben. Als großes Hindernis sieht Birner die für die meisten ungewohnten technischen Schritte, die von den potentiellen Teilnehmern an der Arbeitsgruppe „Haus der Begegnung“ zu bewältigen waren, um überhaupt real auf der Online-Plattform anzukommen.



Bürgermeister Hans Jörg Birner und Mark Schmid-Neuhaus im Gespräch

- „Um die Motivation zu haben, diese unbekannten und noch nicht geübten Schritte zu erlernen, müssten unsere Leute verstehen, welche Möglichkeiten sich für sie aus der Nutzung von Web 2.0-Strukturen ergaben. Das ist konkret eine Vorbedingung, die bei uns kaum erfüllt ist. Die Meisten können sich nicht vorstellen, was diese Technologien alles ermöglichen und wie wir qualitativ unsere Projektabläufe dadurch beschleunigen könnten.“
- „Selbst wenn sie dann online angekommen sind, darf man die Angst, etwas verkehrt zu machen, bei den meisten nicht unterschätzen; vor allem, wenn sie sich in einem Medium bewegen müssen, mit dem sie bisher keinerlei Erfahrungen haben“. Weil er lösungsorientiert denkt, meint er, dass man diese Probleme auf der lokalen Ebene vielleicht durch ein entsprechendes Kursangebot über die lokale Volkshochschule angehen kann. Ihm fällt dabei das Beispiel einer älteren Dorfbewohnerin ein, die an einem vor kurzen von der Volkshochschule organisierten Computerkurs für Senioren teilgenommen hat und die sich seither begeistert mit ihrem Computer ins Internet wagt.
- Noch bedeutsamer erscheinen ihm aber die zwischenmenschlichen Widerstandsfronten. „Offene Dialoge sind wir noch nicht gewohnt. Bis sich jeder frei äußern kann und natürlich auch mit der Technik klar kommt, da liegt noch ein langer Weg vor uns. Das sind mehr Lernschritte als die meisten Internet-

profis vermuten.“ Gleichzeitig sagt er, „wenn uns dieses Projekt gelingt, dann könnten wir in unserer Gemeindeverwaltung einen weiteren Schritt machen und z.B. die Arbeit an einem neuen Flächennutzungsplan auf einer viel größeren gemeinsamen Plattform weitertreiben und Transparenz in Abläufe bringen, die langfristig die Gemeinde wirklich stärken könnten.“ Allerdings sieht er hier auch schwierig zu überwindende Barrieren: „Ich befürchte, dass sich konkret schnell ein elitärer Zirkel bildet“, der plötzlich über viel Macht verfügt und dass Mitglieder des Gemeinderates das durchaus als bedeutsamen Machtverlust wahrnehmen würden, gegen den sie sich mit allen möglichen Mitteln wehren würden. Insofern ist er durchaus skeptisch, ob sich in der Praxis solche Projekte leicht umsetzen lassen, zumal ja der Gemeinderat dann auch den Mitteleinsatz dafür erst mal genehmigen müsste. Gleichzeitig möchte er aber mit solchen Projekten ihm sinnvoll erscheinende Entwicklungen weitertreiben, ist aber auch überzeugt, dass das wohl in diesem konkreten Politikfeld wirkliche und wahrscheinlich langandauernde Pionierarbeit ist. Möglich könnte so etwas dadurch werden, dass man sich darauf einigt, dass die Gemeinde mit entsprechender fachlich qualifizierter Unterstützung ein „Pilotprojekt“ verwirklicht und damit einem in seiner Relevanz im Moment nicht klar einschätzbaren „Fortschritt“ die Türen öffnet.

Auch im politischen Raum ist Change-Management aktuell und es gibt auch Politiker, die sich dieser Veränderungsperspektiven bewusst und neue Wege zu gehen bereit sind. Die Praxis allerdings beinhaltet den Umgang mit Widerständen, über die sich die Technikdesigner wahrscheinlich noch nicht genügend Gedanken gemacht haben, sonst würden die Benutzeroberflächen, die technisch den Einstieg bzw. den „switch von offline zu online“ ermöglichen, für „Otto Normalbürger“ einladender sein. hinaus zeigt sich gerade in der Umsetzung vor Ort, dass die Gegebenheiten von Technologie nur das eine Ufer darstellten. Die potentiellen Benutzer am anderen Ufer sind häufig von Emotionen und sehr persönlichen Interessen geleitet. Brücken kann man nur bauen, wenn man sich mit den Gegebenheiten beider Ufer auch in ihrer jeweiligen Tiefendimension zu beschäftigen bereit ist.



216 →

Web-Monitoring



WEB-MONITORING: DIE BRÜCKE ZWISCHEN POLITIK UND USER?

Der Beitrag soll darstellen, welche Bedeutung ein Web-Monitoring für die Politiker hat, wenn sie mit ihrer Politik die Digital Natives erreichen wollen. Anders formuliert: wenn sich das Internet als Größe im Wahlkampf und in der Politik etabliert hat, dann hat es Einfluss auf den politischen Prozess und das politische System – in Richtung der Digital Natives. Ein gutes Web-Monitoring kann helfen, dies für Politiker nachvollziehbar und transparent zu machen.

Patrick Brauckmann



Patrick Brauckmann (30) promoviert an der Universität Leipzig zum Thema „Online-Communities im Bundestagswahlkampf 2009“. Daneben schreibt er für *politik-digital.de*, die Readers-Edition, *politicsonline.com* und betreibt den Blog *kampagnenfabrik.de*. Neben seiner Tätigkeit als Vertriebsleiter der *synchronity GmbH*, einem auf EU-Verwaltungsverfahren spezialisierten IT-Dienstleister, berät er Politiker und Parteien im Wahlkampf. Er ist Herausgeber des Buches „E-Campaigning als Instrument der politischen Lobbyarbeit“ sowie „Web-Monitoring“.

EINLEITUNG

In der Politik des 21. Jahrhunderts findet die Konsensbildung nicht mehr vorrangig auf der politischen Ebene statt. Vielmehr bildet sich der politische Willen beim Bürger selbst und in seiner eigenen Öffentlichkeit, einem wesentlichen Element der politischen Gesellschaft. Die Öffentlichkeit wird damit zur Arena von Politikern, die sich in einem vom Bürger bestimmten politischen System bewegen. Dies geschieht über die Medien, so dass mittlerweile von einer Mediendemokratie die Rede ist. Die Politik landet so in einem „Wahlkampf“ in den Medien um politische Machtverteilung. Dabei nimmt das Internet eine immer stärkere Rolle ein. Umso erstaunlicher ist es, dass zwar die klassischen Medien in das politische Kalkül der Entscheidungsträger einbezogen werden, die neuen Medien dabei jedoch weitgehend unberücksichtigt bleiben.

THEORETISCHE GRUNDLEGUNG: DIE ENTFREMDUNG DES POLITISCHEN PROZESSES

Politik geschieht entlang kommunikativer Konfliktlinien. Die BILD-Zeitung als bestimmendes Printmedium verkauft täglich Millionen Exemplare, obwohl die Inhalte oftmals fraglich, teils sogar sachlich verkehrt sind. Die Politik entsteht dabei in einer Art Medienarena (Fröhlich/Korte 2006). Das ist dabei zwar nur ein Aspekt der Politikformulierung, aber in einem modernen Demokratieverständnis der entscheidende. Der Informationsfluss zwischen Zeitung und Politik ist noch leicht herzustellen, da die Nachrichten einer Zeitung auch die Politiker und entscheidenden Gremien erreichen, im Internet aber ist es deutlich schwieriger. Eine Vielzahl von Teil-Öffentlichkeiten macht es unmöglich, die „Meinung im Internet“ zu erfassen – die Meinung von „BILD“ hingegen ist recht leicht zu identifizieren.

Zunehmend wandern Konsumenten der klassischen Medien Print, TV und Funk ins Internet ab und stärken damit diesen Kommunikationsraum. So gewinnt die politische Kommunikation im und über das Internet einen hohen Stellenwert, der bisher von der Politik aber nicht nachvollzogen wird. Das Medium Internet scheint undurchschaubar und erlaubt keine einfache Aufnahme der verbreiteten Meinungen. Die Folge ist eine Vergrößerung der Kluft zwischen dem Wahlvolk, das zunehmend im Internet vertreten ist und der Politik, die immer noch die klassischen Medien als maßgebend wahrnimmt und dem Internet aktuell wenig Beachtung schenkt. Die politische Diskussion und die Willensbildung entkoppeln sich so weitgehend von der Politik.

Ein weiterer Umstand tritt hinzu: In einer parlamentarischen Demokratie gibt es eine Diskrepanz zwischen Wahlakt und politischem Outcome. Sehr gut lässt sich dies am Beispiel der Hessen-Wahl 2008 illustrieren. Kaum ein Wähler wusste nach dem Hin und Her um eine Koalitionsbildung mehr, was er tatsächlich gewählt hatte. Er mochte sich noch erinnern, welche Partei er gewählt hatte, doch das Ergebnis der Koalitionsbildung verstand er nicht. Auch hier füllte die öffentliche Diskussion die Lücke, wiederum überwiegend über die klassischen Medien geführt.

Die Entfremdung vom politischen Prozess geht weiter: Im Internet häufen sich die Debatten der Wähler über politische Inhalte, doch die Politik ignoriert dieses Medium. Die Repräsentation der Öffentlichkeit in der Politik nimmt dadurch in genau dem Maße ab, wie sie sich ins Internet verlagert, es entsteht ein systemischer Bruch. Dieser kann als Verzerrung des politischen Prozess verstanden werden und genau diesen zu beheben, ist die Aufgabe eines Web-Monitoring.

DAS WEB-MONITORING ALS MÖGLICHKEIT ZUR ÜBERWINDUNG DES SYSTEMISCHEN BRUCHES IN DER POLITIK

Unter den betrachteten Vorzeichen ist das Web-Monitoring sozusagen der „Missing Link“: Es verknüpft die Politik mit den Debatten im Internet und gibt ihnen einen Eindruck davon, was ihre Zielgruppe im Internet bewegt. Das Web-Monitoring verknüpft dann auch die Digital Natives mit den etablierten politischen Institutionen und Politikern. Eine besondere Herausforderung hierbei ist die Flut von Informationen und Kommunikationsräumen. Das Internet funktioniert schließlich nicht mehr nach dem Motto „Erst filtern, dann publizieren“, wie wir es vom klassischen Journalismus gewohnt sind. Die Vielzahl an Nachrichten und Ereignissen auf der Welt wurde dabei von Journalisten nach Bedeutung klassifiziert und dann über Print, TV oder Funk publiziert. Das Internet agiert dazu diametral. Hier kann jeder publizieren und erst danach wird gefiltert. Dieser Prozess der Filterung geschieht zudem durch den Nutzer selbst, indem er sich als Blogger betätigt, Nachrichten „rated“ oder auch kommentiert und verlinkt. Das Internet gehorcht somit eigenen Regeln der Nachrichtenverbreitung, welche die Digital Natives verinnerlicht haben. Für sie ist die Nachrichtenwelt eine gänzlich andere, als für die Politiker. Somit ist das Web-Monitoring ein „Tool“, oder eine Methodik, um den systemischen Bruch der Politik überwinden zu können. Dabei wird das politische System, zwangsläufig einem Anpassungsdruck unterliegen, wenn es nicht den Anschluss an

die Gesellschaft verlieren will. Dies wird freilich ein mehr evolutionärer als revolutionärer Prozess sein, der sich dann verstärkt, wenn junge Menschen der Generation Digital Natives in die Politik und die politischen Behörden strömen, wie unlängst Björn Böhning (SPD) forderte.¹

BEDEUTUNG FÜR DIE POLITISCHE WILLENSBILDUNG

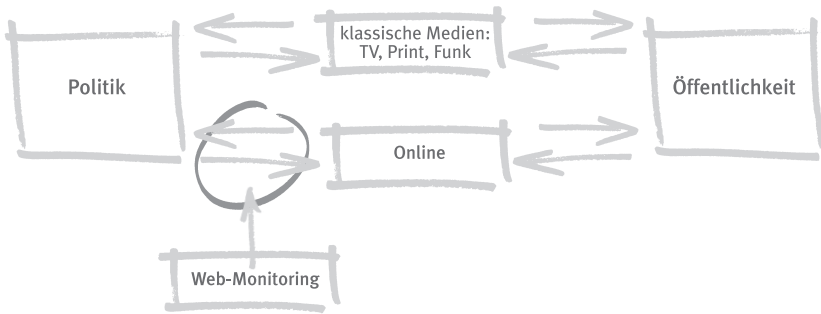
Die politische Willensbildung wird sich also verändern. Die Entwicklung hin zu einer vom Journalismus unabhängigen Meinungsbildung ruft auch Ängste und Abwehrhaltungen hervor, wie beispielsweise der Fall um die wikipedia-Schließung durch den Abgeordneten der Partei DIE LINKE Lutz Heilmann zeigt.² Dennoch überwiegen die Vorteile für die politische Willensbildung, denn das Internet folgt einer gesellschaftlichen Entwicklung: der Individualisierung der Meinungsbildung, die entkoppelt von politischen Parteien stattfindet. Seit 20 Jahren schon bezweifelt niemand mehr, dass Parteien die gesellschaftliche Stellung und Bedeutung verlieren, wie sie in der deutschen Verfassung beschrieben sind. Bisher entstand die gesellschaftliche Meinung in den Parteien, mittlerweile geschieht dies weitgehend außerhalb. Die Parteien sind also in der Pflicht, diese Meinungen einzuholen und in ihre eigene Programmatik zu integrieren und damit ihrer Aufgabe der Interessenaggregation gerecht zu werden. Das Internet ist der neue Kommunikationsraum für diese Meinungsäußerung und wird somit zum wichtigsten Instrument für Parteien und Politik, sich im politischen Prozess behaupten zu können. Durch den bestehenden Bruch zwischen Politik und Digital Natives ist die politische Willensbildung nicht an den gesellschaftlichen Fortschritt angepasst und droht sich zu entkoppeln.

EXKURS: DER WAHLKAMPF

In einem kurzen Exkurs soll ein Beispiel herausgegriffen werden, wie das Web 2.0 auf den politischen Prozess einwirken kann. Das Ergebnis zur Wahl des Bundespräsidenten kursierte bereits per Twitter im Netz, bevor noch die Öffentlichkeit oder gar diejenigen, die selbst gewählt hatten, dieses kannten. Die Stimmenausrähler hatten es per Handy in die Welt „gezwitschert“. Julia Klöckner (CDU), eine der Beschuldigten dementierte prompt.³ Garrelt Duin (SPD)⁴ handhabte es eher locker und titterte: „Ich wusste es von Leuten, die

³ <http://www.politik-digital.de/schnell-noch-einen-zwitschern>

⁴ <http://twitter.com/GarreltDuin>



Der Prozess der massenmedialen Politikvermittlung und das Web-Monitoring

Die Abbildung zeigt den beschriebenen Bruch auf. Die massenmediale Politikvermittlung ist etabliert im Bereich der klassischen Medien. In der Online-Kommunikation ist jedoch die Kommunikation durch das Online-Medium hindurch in die Politik gestört. Es gibt keine systematische Aufarbeitung und Rezeption der Inhalte. Hier kann nun ein Web-Monitoring ansetzen und diesen Bruch überwinden helfen. Das Web-Monitoring ist damit für die Politik auch ein grundlegendes Analyse-Element, um Online-Kampagnen sinnvoll planen und durchführen zu können. Es gibt zahllose Beispiele, an denen deutlich wird, dass das Agieren ohne ein Web-Monitoring dem Tropfen auf den heißen Stein gleicht. Insbesondere die Fokussierung von Kampagnen auf eine Zielgruppe findet dann in den meisten Fällen nicht statt.

als Gäste auf der Fraktionsebene standen! Finde ganze Aufregung künstlich.“ Immerhin twitterte er am besagten Tag um 17:14⁵ „613 für Köhler“. Um 17:20 twitterte er allerdings: „Schon fast skandalös, dass die Kapelle den Saal betritt, obwohl das Ergebnis noch nicht ausgerufen wurde“. Dann, 17:35: „Es spricht der neue alte Bundespräsident.“ und schließlich um 17:40: „Und nun ein Lied. Hoffe, alle fühlten sich gut informiert. Bis in 5 Jahren.“

Damit ist deutlich, dass Duin das Ergebnis mindestens sechs Minuten vor der offiziellen Verkündung bereits getwittert hatte – gut informiert waren so vor allem die Follower bei Duin. Der NRW-Politiker Kelber (SPD) twitterte das Ergebnis ebenfalls vorab⁶ und sah sich anschließend ungerechtfertigt in der Kritik. Im Interview sagte er auf die Frage, ob er das denn dürfe: „Klar darf ich das. Es gibt kein Gesetz, das verhindert, dass ich das Ergebnis der Wahl zum Bundespräsidenten veröffentliche, wenn ich es erfahre. Wäre ich Schriftführer, dann wäre das ein Faux pas, vielleicht sogar einer, für den ich mit einer Rüge rechnen müsste. Aber als einfaches Mitglied ist das unproblematisch.“

⁵ <http://twitter.com/GarreltDuin/status/1892747663>

⁶ <http://www.derwesten.de/nachrichten/nachrichten/politik/2009/5/23/news-120632411/detail.html>

Egal, ob die Auszählung vor Bekanntgabe verraten wurde oder nicht, eines zeigt der Fall auf: die Angst davor, dass die modernen Medien die Prozesse unserer Demokratie sprengen könnten. Es entsteht die Sorge, dass in einer Medienwelt, in der jeder alles weiß bevor die „großen“ Medien darüber berichten, die Deutungshoheit verloren geht. Es wächst die Gewissheit, dass Journalisten nur noch „Nachrichtenaufbereiter“ sind und nicht länger exklusive Lieferanten der von ihnen ausgewählten Nachrichten.

Dies erst macht den Wandel deutlich: heute wird erst publiziert, dann gefiltert – und zwar durch die Nutzer selbst, in diesem Fall durch die (oder einen) Vertreter in der Bundesversammlung. Das zeigt: die eigentliche Verschiebung in unserer Politik findet in der Medienarena statt. Hier wird die Macht neu verteilt und hier wehren sich die Betroffenen mit Händen und Füßen. Manche fordern: Die Deutungshoheit bleibe doch bitte beim Journalisten und nicht bei irgendwelchen „berichtenden Twitter-Usern“. Die Demokratie als solche scheint davon (noch?) wenig betroffen, denn eine geheime, freie, gleiche Wahl bleibt eine solche, auch wenn das Ergebnis schneller bekannt wird, als die TV-Sender berichten können. Es ist der Journalismus und unser Mediensystem, welches bei solchen Vorfällen ins Wanken gerät.

Inwieweit dann diese Verschiebung im Mediensystem auch unser politisches System (im Rahmen seiner demokratischen Ausgestaltung) beeinflussen wird, kann bisher nur erahnt werden. Eine Kostprobe und eine Präzedenzfall jedenfalls ist die Bundespräsidentenwahl 2009.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Deutlich wird: Politik darf sich nicht vom Meinungsbildungsprozess im Internet abkoppeln, die Politik und die Parteien sich nicht weiter von den Digital Natives entfernen. Ein Web-Monitoring ist dazu das geeignete Instrument und kann helfen, den systemischen Bruch in der Politik zu überwinden. So kann sichergestellt werden, dass die repräsentative Demokratie auch im 21. Jahrhundert alle Menschen und ihre Meinungsvielfalt aufnimmt und repräsentiert.



224→

Und so sieht die Wirklichkeit aus ...



UND SO SIEHT DIE WIRKLICHKEIT AUS ...

Eine nüchterne und ernüchternde Bestandsaufnahme zum Koalitionsvertrag

Nachdem in diesem Buch soviel von der Möglichkeiten und Chancen der digitalen Demokratie die Rede war, hier – aus aktuellem Anlass – eine ernüchternde Stellungnahme von Robin Meyer-Lucht zum Status Quo in unserer Republik. Die Vorlage zu diesem Beitrag war sein Blogbeitrag in carta.info vom 24.10.2009.

Dem Koalitionsvertrag gelingt in Sachen Medien- und Informationsgesellschaft nicht der große Wurf. Man hätte sich mehr Programmatik und einen ambitionierteren Aufbruch erhofft. Zugleich bekennt er sich bemerkenswert eindeutig zum Internet als dem „freiheitlichsten und effizientesten Informationsforum der Welt“ und enthält auch sonst so einige spannende Festlegungen und Projekte.

Robin Meyer-Lucht

tags: #btwo9 #koalitionsvertrag #mediengesellschaft
#informationsgesellschaft #urheberrecht #internetsperren
#netzneutralität



Robin Meyer-Lucht, Jahrgang 1973, ist Strategieberater, Medienwissenschaftler und Medienjournalist. Er betreibt das Forschungs- und Beratungsinstitut Berlin Institute. Zuvor arbeitete er für den Verlag Ringier in Zürich. Von 2001 bis 2004 war er Assistent von Prof. Dr. Peter Glotz am Institut für Medien- und Kommunikationsmanagement der Universität in St. Gallen, bei dem er über die Wettbewerbsstrategien von Nachrichtensites promovierte. Robin Meyer-Lucht publiziert regelmäßig in journalistischen und wissenschaftlichen Publikationen und ist Autor zweier Bücher. Robin Meyer-Lucht hat in Hamburg, London, Berlin und St. Gallen Wirtschafts-, Medien- und Sozialwissenschaften studiert. Für seine Abschlussarbeit an der TU Berlin über kollaborative Filter erhielt er den Erwin-Stefan-Preis. Er wurde 2009 als Herausgeber von Carta mit dem Grimme Online Award 2009 ausgezeichnet. Er ist Mitglied in der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft und Associate der Stiftung Neue Verantwortung. Er hat einen Lehrauftrag am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Freien Universität Berlin und ist Online-Analyst der LeadAcademy.

Der Koalitionsvertrag ist seit drei Tagen fertig. Die wichtigsten Punkte zum Thema Informations- und Mediengesellschaft habe ich hier zusammengefasst.

ZUSAMMENFASSUNG

Koalitionsvertrag und Internet: Weniger als erhofft, mehr als erwartet

Nun ist der Koalitionsvertrag also fertig¹. Die wichtigsten Punkte zum Thema Informations- und Mediengesellschaft aus meiner Sicht:

- Die Koalition bekennt sich in der Präambel zum Vertragsabschnitt Informations- und Mediengesellschaft zum Internet als dem **„freiheitlichsten und effizientesten Informations- und Kommunikationsforum der Welt“**. Das ist ein nicht zu unterschätzender Etappensieg für das Netz und seine politisch-gesellschaftliche Wertschätzung (im Gegensatz zu hier² oder der Printlastigkeit³ der letzten Regierung). Die herausgehobene Stellung des Internets im Vertragstext und seine insgesamt positive Konnotation sind erfreulich.

Die Koalition zeigt sich gewillt, das Netz vor allem innovations- und technologiefreundlich zu betrachten. Hinzu kommt – bei einer bürgerlichen Regierung nicht überraschend – zentral der Aspekt des wirtschaftlichen Potenzials des Netzes.

- Es ist daher ebenso konsequent wie unausweichlich, dass im Koalitionsvertrag auch der Satz steht: **„Das Internet darf kein urheberrechtsfreier Raum sein.“** Die Koalitionäre bekennen sich zum Urheberrecht vor allem auch als Funktion des Investitionsschutzes. Es wäre blauäugig und realitätsfremd zu glauben, dass eine andere Regierung diesen Schwerpunkt nicht gesetzt hätte. Ein besserer Schutz des Urheberrechts stand auch im Deutschlandplan⁴ von Frank-Walter Steinmeier als ein Kernpunkt zur Förderung der Kreativindustrie.

¹ <http://www.spiegel.de/media/o,4906,21958,00.pdf>

² <http://carta.info/16834/der-nachplapperer/>

³ <http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Bundesregierung/BeauftragterfuerKulturundMedien/Mediapolitik/InitiativePrintmedien/nationale-initiative-printmedien.html>

⁴ http://www.google.de/url?sa=t&source=web&ct=res&cd=2&ved=oCBAQFjAB&url=http%3A%2F%2Fwww.frankwaltersteinmeier.de%2F_media%2Fpdf%2FPolitik_fuer_das_naechste_Jahrzehnt_navigierbar.pdf&rct=j&q=deutschlandplan&ei=ioDjSoG7Bc7o_Abwqz7AQ&usq=AFQjCNFYA2z2qfjM5Bv-ogkKEHjemtnqQ

Dabei bekennt sich diese Koalition zu einem Urheberrechtsschutz nur unter Vorbehalt der „**Wahrung des Datenschutzes**“. Sie hebt damit deutlich den Abwägungscharakter und den Wert konkurrierender Rechtsgüter hervor.

- Zur Forcierung des Urheberrechtsschutzes schließt die Koalition Olivenne⁵-Sperrungen ausdrücklich aus (obwohl sie in einem Entwurf des CDU-Regierungsprogramms standen⁶). Tatsächlich wären diese Sperrungen weder politisch noch verfassungsrechtlich durchsetzbar. Stattdessen setzt die neue Koalition beim Urheberrecht auf mehr „Selbstregulierung unter Beteiligung von Rechteinhabern und Internetservice Providern“. Was das konkret bedeuten wird, ist klar: **Provider sollen illegalen Filesharern in Zukunft freiwillig eine Mahnung zukommen lassen** – und im Wiederholungsfall dann die Nutzer-IP-Adressen an die Rechteinhaber weitergeben. So soll ein neues Massenverwarnsystem aufgebaut werden.

Das wird für heftige Debatten sorgen. Die Provider werden nicht geneigt sein, in die Integrität des Kommunikationsprozesses⁷ ihrer Nutzer und in das Prinzip einer inhaltsneutralen Bereitstellung des Internetzugangs einzugreifen. Auch die Nutzer werden sich dagegen wehren, dass die Provider zu Download-Hilfsheriffs umfunktioniert werden sollen.

Der Konzept der neuen Koalition liegt auf einer Linie mit vielen Vorstellungen innerhalb der zunehmend urheberrechtsaggressiven Rechteindustrie. Die Konstruktion bleibt aber deutlich hinter den Forderungen von Hardlinern zurück.

- Ein Punkt, der meines Wissens überhaupt noch nicht erörtert wurde, sind die laut Koalitionsvertrag geplanten Veränderung des **Haftungsrechts im Telemediengesetz**. Die FDP hat bereits in der letzten Legislaturperiode gefordert⁸, die Providerhaftung⁹ zu klären und zu entschärfen: Zugangs- und Inhalteanbieter sollen zukünftig deutlich weniger für Inhalte Dritter haften. Dies betrifft Suchmaschinen, aber auch Links und Foren auf Blogs. Hier soll das Prinzip „Notice and take down“¹⁰ gestärkt werden. Demnach würde etwa ein

⁵ <http://www.spreeblick.com/2009/02/02/exklusiv-bundesjustizministerin-zypriss-zu-olivenne-und-internetsperrungen/>

⁶ http://wikileaks.org/wiki/CDU_Wahlprogrammentwurf_beinhaltet_3-Strike-Out_Internet-sperrungen,_20_Jun_2009

⁷ <http://carta.info/13113/zugangssperren-three-strikes-verfassungsgemaess/>

⁸ <http://www.heise.de/newsticker/meldung/FDP-legt-Gesetzesentwurf-zur-Klaerung-der-Haftung-von-Telemedien-vor-219199.html>

⁹ <http://www.it-recht-kanzlei.de/providerhaftung-stoererhaftung.html>

¹⁰ http://en.wikipedia.org/wiki/Online_Copyright_Infringement_Liability_Limitation_Act

Blogbetreiber stets erst dann für einen beleidigenden Nutzerkommentar haften, nachdem er aufmerksam gemacht wurde – und dennoch nicht eingeschritten ist. Das wird einige ruhiger schlafen¹¹ lassen. Ein guter und netzadäquater Schritt.

Wie allerdings der gestärkte Haftungsausschluss für Provider mit der oben geforderten verstärkten Zusammenarbeit von Providern und Rechteinhabern zusammenpassen soll, ist mir schleierhaft.

- Auch die **Netzneutralität** hat einen relativ prominenten Platz in dem Vertrag erhalten. Die neue Regierung bekennt sich ausdrücklich zum Ziel der Netzneutralität und der „neutralen Datenübermittlung im Internet“. Dass die Koalition dabei zunächst einmal auf Wettbewerb statt auf Regulierung setzt, ist richtig. Man kann nicht stets möglichst wenig Eingriffe ins Internet und gleichzeitig hier für Provider eine Vorbeugungsregulierung fordern. Es ist daher vor allem zu begrüßen, dass sich die Regierung grundsätzlich zum Ziel der Netzneutralität und seiner Wahrung bekennt.
- Die **Internetsperren** werden bekanntlich¹² erstmal für ein Jahr ausgesetzt. Da in das Gesetz ohnehin eine Überprüfungspflicht nach zwei Jahren eingebaut wurde (in Artikel 3 des ZugErschwG¹³), sind die Sperren damit für diese Legislaturperiode von der FDP praktisch ausgebremst worden. Dennoch hätte man sich hier eine deutlich klarere Abkehr von den Internetsperren gewünscht.
- Laut Koalitionsvertrag sollen die **Presseverlage ein Leistungsschutzrecht** bekommen, wie Carta bereits berichtete¹⁴. Darüber ist schon viel¹⁵ geschrieben¹⁶ worden. Man fragt sich: Müssen demnächst auch Kioske und Cafés für das Zurschaustellen von Zeitungen in eine Verwertungsgesellschaft der Zeitungsverlage einzahlen? Und wann wird es ein Leistungsschutzrecht für wissenschaftliche Publikationen mit entsprechenden Zitiertantiemen geben?

¹¹ <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,521726,00.html>

¹² <http://carta.info/13113/zugangssperren-three-strikes-verfassungsgemaess/>

¹³ <http://www.bundesrat.de/SharedDocs/Drucksachen/2009/0601-700/604-09,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/604-09.pdf>

¹⁴ <http://www.bundesrat.de/SharedDocs/Drucksachen/2009/0601-700/604-09,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/604-09.pdf>

¹⁵ <http://print-würtg.de/2009/10/21/das-leistungsschutzrecht-%E2%80%93-oder-wiebastle-ich-mir-ein-gesetz/>

¹⁶ <http://blog.handelsblatt.de/indiskretion/eintrag.php?id=2241>

- Bei der **Pressefusionskontrolle** stellt der Koalitionsvertrag die „Prüfung“ einer Lockerung unter Vielfaltsaspekten in Aussicht. Eine solche Prüfklausel ist eine eher unverbindliche Erklärung. Ähnliches stand auch schon im letzten Koalitionsvertrag. Wahrscheinlich wird diese Regierung die Kraft für eine kleine Reform für Kleinverlage finden.

Eine Formulierung gegen weitere **Werbeverbote**, die in einer Entwurfsversion¹⁷ noch enthalten war, fehlt nun interessanterweise im Koalitionsvertrag.

- Die Koalition wird eine **Stiftung Datenschutz** gründen, die „Produkte und Dienstleistungen auf Datenschutzfreundlichkeit“ prüfen soll. Die Einrichtung einer solchen Stiftung mag etwas altbacken und zentralistisch klingen, aber sie kann ein richtiger Schritt hin zu mehr Datenschutz sein. Die Stiftung kann zur Stärkung des Verbraucher-Datenschutzes hierzulande beitragen. Es hängt ganz davon ab, mit welchem Selbstverständnis, welchen Kompetenzen und welcher Ausstattung diese Institution ans Werk gehen wird.

FAZIT

Dem Koalitionsvertrag gelingt in Sachen Medien- und Informationsgesellschaft nicht der große Wurf. Man hätte sich mehr Programmatik, mehr Zukunftsvision und einen ambitionierteren Aufbruch erhofft.

Zugleich bietet der Vertrag jedoch deutlich mehr, als ich erwartet hätte: Er bekennt sich bemerkenswert eindeutig zum Internet als dem „freiheitlichsten und effizientesten“ Informationsforum. Das klingt fast schon wie aus einer der in letzter Zeit verbreiteten Erklärungen übernommen. Die neue Koalition bekennt sich zudem zum Urheberrechtsschutz nur unter Vorbehalt des Datenschutzes, sie will die Haftungsregeln für Provider (und damit auch für Blogs) verbessern, sie bekennt sich zum Ziel der Netzneutralität, sie will den Verbraucher-Datenschutz durch eine Stiftung stärken, sie hat die Internetsperren ausgebremst.

Dies ist mehr als man nach dem substanzarmen Wahlkampf der beteiligten Parteien erwarten konnte. Es ist durchaus ein kleiner Aufbruch und eine Stärkung des Internets. Eine Regierung von Internetausdruckern ist dies nicht mehr, auch wenn dies so schön ins Gut-Böse-Schema passen würde.

¹⁷ http://blog.die-linke.de/digitalelinke/wp-content/uploads/KoaV_20_10_2009.pdf

Mit Spannung sehe ich den Debatten um das Leistungsschutzrecht für Presseverlage und die Zusammenarbeit zwischen Providern und Rechteinhabern beim Urheberrecht entgegen.

DOKUMENTATION DES KOALITIONSVERTRAGES

Hier die Dokumentation der zentralen Stellen des Koalitionsvertrages (Fettungen nicht im Original).

Informations- und Mediengesellschaft

Das Internet ist das freiheitlichste und effizienteste Informations- und Kommunikationsforum der Welt und trägt maßgeblich zur Entwicklung einer globalen Gemeinschaft bei. Die Informationsgesellschaft bietet neue Entfaltungsmöglichkeiten für jeden Einzelnen ebenso wie neue Chancen für die demokratische Weiterentwicklung unseres Gemeinwesens sowie für die wirtschaftliche Betätigung. Neue Medien gehören längst zum Alltag einer stetig wachsenden Zahl von Menschen. Deutschland ist längst in der Informationsgesellschaft angekommen.

Damit die Menschen an den neuen Chancen für Meinungs- und Informationsfreiheit, Kommunikationsfreiheit sowie am wirtschaftlichen Leben im Internet teilhaben und die Chancen der Informationsgesellschaft nutzen können, müssen wir die Weichen stellen, um eine **digitale Spaltung der Gesellschaft** zu verhindern. Allen Menschen Zugang zu neuen Medien zu erleichtern, ist uns dabei ein zentrales Anliegen, sowohl im Hinblick auf die Verfügbarkeit als auch auf Barrierefreiheit und Medienkompetenz.

Wir werden die Anstrengungen fortsetzen, die Breitbandversorgung in Deutschland sowohl in der Fläche als auch in der Leistungsfähigkeit zu steigern. Die Nutzung freiwerdender Frequenzen des Fernsehrundfunks soll dazu beitragen, kurzfristig Versorgungslücken in der Fläche zu schließen. Der Staat wird soweit als möglich, Angebote auch in elektronischer Form bereitstellen. Ausschreibungen der Behörden sollen elektronisch bekannt gemacht werden.

Wir werden unsere Politik auch daran ausrichten, die gesellschaftliche Veränderung durch Internet und neue Medien positiv zu begleiten und die Lebenswirklichkeit der Mehrheit der Menschen in Deutschland zu berücksichtigen. Dabei werden wir Innovations- und Standortpolitik, Verwaltungsmodernisierung,

Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern und zivilgesellschaftlichen Interessengruppen sowie Datenschutz und Netzsicherheit in unserer Politik verbinden.

Wir vertrauen darauf, dass der bestehende Wettbewerb die neutrale Datenübermittlung im Internet und anderen neuen Medien (Netzneutralität) sicherstellt, werden die Entwicklung aber sorgfältig beobachten und nötigenfalls mit dem Ziel der Wahrung der Netzneutralität gegensteuern.

Wir bekräftigen, dass Recht und Gesetz im Internet schon heute und in Zukunft ebenso gelten wie überall sonst. Daher werden wir für mehr Datenschutz sowie durch eine Stärkung der IT-Kompetenz und entsprechend ausgebildetes Personal bei den Sicherheitsbehörden für eine Verbesserung der Anwendung des geltenden Rechts zur Verfolgung von Kriminalität im Internet sorgen.

Wir werden dabei insbesondere unser Augenmerk auf Aufklärung legen. Die Sensibilität für den Schutz der eigenen Daten muss gestärkt, der Selbstschutz erleichtert werden, um Datenmissbrauch vorzubeugen. Wir werden deshalb prüfen, wie durch die Anpassung des Datenschutzrechts der Schutz personenbezogener Daten im Internet verbessert werden kann, erwarten dabei aber auch von jedem Einzelnen einen verantwortungsvollen Umgang mit seinen persönlichen Daten im Internet.

Betrug und Identitätsdiebstahl im Internet müssen konsequent verfolgt werden und zugleich müssen Möglichkeiten der sicheren Kommunikation mehr in den Mittelpunkt gerückt werden. Kinder und Jugendliche werden wir durch konsequente Durchsetzung des geltenden Jugendschutzrechts vor ungeeigneten Inhalten schützen.

Wir werden gemeinsam mit den Ländern Möglichkeiten der verbesserten Strafverfolgung in Kommunikationsnetzen wie z. B. Internetstreifen durch die Polizei, Schwerpunktstaatsanwaltschaften für Kriminalität im Internet oder erleichterte elektronische Kontaktaufnahme mit der Polizei anstreben. Gleichermassen werden wir uns auf internationaler Ebene für Lösungen stark machen, um Kinderpornographie sowie Kriminalität allgemein im Internet besser bekämpfen zu können.

In der Informationsgesellschaft liegen große Chancen auch für die öffentliche Verwaltung. Wir werden daher eGovernment weiter fördern und dazu wo und soweit notwendig, rechtliche Regelungen anpassen (eGovernment-

Gesetz). Besonderes Augenmerk werden wir dabei auf die Schaffung der Voraussetzungen für sichere Kommunikation zwischen Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen mit der Verwaltung legen.

Die in der EU-Dienstleistungsrichtlinie vorgesehenen elektronischen Kommunikationsmöglichkeiten mit Behörden sehen wir als große Chance für einen Modernisierungsschub in der Verwaltung an. Wir werden so schnell als möglich die Voraussetzungen im Verwaltungsverfahren schaffen, um rechtsverbindliche elektronische Kommunikation im Verwaltungsverfahren zu gewährleisten.

Dabei setzen wir mit Blick auf eine verbesserte Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern auf die anwenderfreundliche Weiterentwicklung am Markt entwickelter sicherer elektronischer Kommunikation und Identifikation in neuen Medien. Dabei kann der freiwillige Identitätsnachweis mit dem elektronischen Personalausweis eine Möglichkeit darstellen.

Wir werden ein De-Mail-Gesetz verabschieden und dabei die Erfahrungen aus dem Pilotprojekt und die Stellungnahmen der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder berücksichtigen. Hierdurch wollen wir den Unternehmen die Möglichkeit geben, Geschäftsprozesse elektronisch abzuwickeln.

Bei eGovernment-Projekten sind Datenschutz und Datensparsamkeit wichtige Bestandteile jedes Vorhabens.

Die Informationstechnik des Bundes bedarf der Konzentration, Standardisierung und Effizienzsteigerung sowie Bündelung vorhandener Ressourcen. Wir werden hierzu den Beauftragten der Bundesregierung für Informationstechnik stärken. Wir prüfen, wie die IT des Bundes sich zukünftig an offenen Standards orientieren und dabei auch Open-Source-Lösungen berücksichtigen kann.

Wir werden uns für eine Stärkung der IT-Sicherheit im öffentlichen und nicht öffentlichen Bereich einsetzen, um vor allem kritische IT-Systeme vor Angriffen zu schützen. Hierzu wollen wir insbesondere durch Aufklärung und Sensibilisierung der Öffentlichkeit die Menschen zu mehr Selbstschutz und die Nutzung sicherer IT-Produkte anzuregen. Da Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik werden wir mit dieser Zielrichtung stärken.

Die Risiken der Digitalisierung, die es ermöglicht, quasi auf Knopfdruck Daten zusammenzuführen und durch die Auswertung digitaler Spuren umfassende Persönlichkeitsprofile zu bilden, dürfen nicht durch staatliches Handeln verstärkt werden. Wir werden daher das vom Bundesverfassungsgericht formulierte Recht auf die Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme bei der gesetzlichen Ausgestaltung der IT beachten. **Wir lehnen eine generelle Überwachung des Internetdatenverkehrs ab.**

Eine vertrauenswürdige, leistungsfähige und sichere Informations- und Kommunikationstechnik ist für unser Hochtechnologieland und den Wirtschaftsstandort Deutschland unverzichtbar. Wir werden die IT gegen innere und äußere Gefahren schützen, um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und administrative Handlungsfähigkeit zu erhalten.

Daher werden wir ein besonderes Augenmerk auf die Abwehr von IT-Angriffen richten und hierfür Kompetenzen in der Bundesverwaltung beim Beauftragten der Bundesregierung für Informationstechnik bündeln. Zu seiner Unterstützung werden wir das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik als zentrale Cyber-Sicherheitsbehörde weiter ausbauen, um insbesondere auch die Abwehr von IT-Angriffen koordinieren zu können.

Dabei werden wir auch eng mit der Internet- und Kommunikationswirtschaft zusammenarbeiten. Wir werden die Haftung von System- und Diensteanbietern für die IT-Sicherheit ihrer Angebote anpassen, um einer unbilligen Abwälzung von IT-Risiken auf die Endanwender vorzubeugen.

Der energieeffiziente Einsatz von IT ist ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels. Wir werden daher bei allen IT-Vorhaben des Bundes verantwortungsbewusst mit den natürlichen Ressourcen umgehen und den durch den Betrieb verursachten Energieverbrauch in der Bundesverwaltung reduzieren. Wir wollen die enormen Chancen der Informations- und Kommunikationstechnologie für Wirtschaft und Gesellschaft nutzen. Dazu werden wir die IKT-Forschung stärken. Wir werden eine Strategie im Bereich der IKT und digitalen Medien entwerfen.

Wir werden die Regelungen zur Verantwortlichkeit im Telemediengesetz fortentwickeln. Es gilt auch zukünftig einen fairen Ausgleich der berechtigten Interessen der Diensteanbieter, der Rechteinhaber und der Verbraucher zu gewährleisten.

Die Fähigkeit zur Integration von IKT in Produkte und Prozesse ist für die deutsche Wirtschaft in allen Branchen von strategischer Bedeutung. Wir werden die Potentiale der IKT bei der Lösung der gesellschaftlichen Herausforderungen Gesundheit, Energieeffizienz/Klimaschutz, Sicherheit und Mobilität konsequent einsetzen. Wir werden das Internet der Zukunft und die Telemedien auf der Basis unseres Rechts- und Wertesystems weiter ausgestalten. Technische und rechtliche Aspekte werden so frühzeitig zusammengebracht, dass Informationsfreiheit und Schutz vor rechtswidrigen Inhalten gleichermaßen berücksichtigt werden.

Urheberrecht

Das Urheberrecht hat in der modernsten Medien- und Informationsgesellschaft eine Schlüsselfunktion. Wir werden das Urheberrecht deshalb entschlossen weiterentwickeln, mit dem Ziel ein hohes Schutzniveau und eine wirksame Durchsetzbarkeit des Urheberrechts zu gewährleisten. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir zügig die Arbeit an einem Dritten Gesetz zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft („Dritter Korb“) aufnehmen.

Das Internet darf kein urheberrechtsfreier Raum sein. Wir werden deshalb unter Wahrung des Datenschutzes bessere und wirksame Instrumente zur konsequenten Bekämpfung von Urheberrechtsverletzungen im Internet schaffen. Dabei wollen wir Möglichkeiten der Selbstregulierung unter Beteiligung von Rechteinhabern und Internetserviceprovidern fördern. Wir werden keine Initiativen für gesetzliche Internetsperren bei Urheberrechtsverletzungen ergreifen.

Verlage sollen im Online-Bereich nicht schlechter gestellt sein als andere Werkvermittler. Wir streben deshalb die Schaffung eines Leistungsschutzrechts für Presseverlage zur Verbesserung des Schutzes von Presseerzeugnissen im Internet an.

Das System der Rechtswahrnehmung durch Verwertungsgesellschaften mit effizienten und transparenten Strukturen hat sich bewährt. Wir wollen, dass die europaweite Lizenzierung durch Verwertungsgesellschaften in Bezug auf Online-Nutzungen erleichtert wird. Wir werden uns deshalb für die Schaffung eines europäischen Wahrnehmungsrechts einsetzen.

Der Schutz durch das Urheberrecht ist eine notwendige Voraussetzung für die Schaffung und für die Verwertung kreativer Leistungen. Wir wollen deshalb Maßnahmen unterstützen, die das gesellschaftliche Verständnis für die Bedeutung des Urheberrechts und den Respekt vor fremdem geistigem Eigentum fördern.

Wir setzen uns für die Schaffung eines europäischen Rechtsrahmens für die Verwertungsgesellschaften ein, der eine transparente und europaweite Lizenzierung gewährleistet und die kulturelle Vielfalt schützt.

Internetsperren

Die Bekämpfung von Kindesmissbrauch und Kinderpornographie ist für uns von herausragender Bedeutung. Kinderpornographische Angebote in Kommunikationsnetzen müssen mit aller Kraft bekämpft werden. Die dauerhafte wirksame Bekämpfung des Missbrauchs von Kindern ist politische Verantwortung und rechtsstaatliches Gebot zugleich.

Wir sind uns darüber einig, dass es notwendig ist, derartige kriminelle Angebote schnellstmöglich zu löschen statt diese zu sperren. Wir werden daher zunächst für ein Jahr kinderpornographische Inhalte auf der Grundlage des Zugangerschwerungsgesetzes nicht sperren. Stattdessen werden die Polizeibehörden in enger Zusammenarbeit mit den Selbstregulierungskräften der Internetwirtschaft wie der deutschen Internetbeschwerdestelle sowie dem Providernetzwerk INHOPE die Löschung kinderpornographischer Seiten betreiben.

Nach einem Jahr werden wir dies im Hinblick auf Erfolg und Wirksamkeit evaluieren und aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse ergebnisoffen eine Neubewertung vornehmen. Vor Abschluss der Neubewertung werden weder nach dem Zugangerschwerungsgesetz noch auf Grundlage der zwischen den Providern und BKA abgeschlossenen Verträgen über Internetsperren Sperrlisten des BKA geführt oder Providern übermittelt.

Dynamische Dienstleistungen

Die Medien- und Kommunikationsordnung muss gemeinsam mit den Ländern weiter an die veränderten technischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten angepasst werden. Wir unterstützen die Bemühungen der Länder, die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf eine zukunftsfähige Grundlage zu stellen.

Im Interesse der Erhaltung der Meinungs- und Pressevielfalt sind das Medienkonzentrations- und das Pressekartellrecht zu überprüfen. Das Presse-Grosso bleibt ein unverzichtbarer Teil unserer Medienordnung.

Datenschutz

Ein moderner Datenschutz ist gerade in der heutigen Informationsgesellschaft von besonderer Bedeutung. Wir wollen ein hohes Datenschutzniveau. Die Grundsätze der Verhältnismäßigkeit, der Datensicherheit und -sparsamkeit, der Zweckbindung und der Transparenz wollen wir im öffentlichen und privaten Bereich noch stärker zur Geltung bringen. Hierzu werden wir das Bundesdatenschutzgesetz unter Berücksichtigung der europäischen Rechtentwicklung lesbarer und verständlicher machen sowie zukunftsfest und technikneutral ausgestalten. Die Einwilligung ist eine wesentliche Säule des informationellen Selbstbestimmungsrechts. Ziel der Reform muss daher auch sein, verbesserte Rahmenbedingungen für informierte und freie Einwilligungen zu schaffen. Dazu sollen Informationspflichten erweitert und der Freiwilligkeit der Einwilligung größere Bedeutung beigemessen werden.

Darüber hinaus werden wir eine Stiftung Datenschutz errichten, die den Auftrag hat, Produkte und Dienstleistungen auf Datenschutzfreundlichkeit zu prüfen, Bildung im Bereich des Datenschutzes zu stärken, den Selbstschutz durch Aufklärung zu verbessern und ein Datenschutzaudit zu entwickeln. Wir sind überzeugt, dass mit dieser Lösung auch der Technologiestandort Deutschland gestärkt wird, wenn datenschutzfreundliche Technik aus Deutschland mit geprüfter Qualität weltweit vertrieben werden kann.

Wir werden beim Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit die personelle und sächliche Ausstattung verbessern. Die Unabhängigkeit der Datenschutzaufsicht steht für uns dabei im Mittelpunkt.

Auch der Einzelne trägt Verantwortung für seine persönlichen Daten. Wir wollen deshalb die Sensibilität und Selbstverantwortung der Bürgerinnen und Bürger für ihre eigenen Daten stärken.

Vorratsdatenspeicherung

Wir werden den Zugriff der Bundesbehörden auf die gespeicherten Vorratsdaten der Telekommunikationsunternehmen bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Verfassungsmäßigkeit der Vorratsdatenspeicherung aussetzen und bis dahin auf Zugriffe zur Abwehr einer konkreten Gefahr für Leib, Leben und Freiheit beschränken¹⁸.

¹⁸ <http://twitter.com/home/?status=Koalitionsvertrag+und+Internet%3A+Weniger+als+erhofft%2C+mehr+als+erwartet+http://bit.ly/3nY1jrm>



240→

Die Autoren



AUTOREN

- Ahmet Emre Acar** „Können auf Basis von Crowdsourcing Gesetze realisiert werden?“ (*Seite 116*)
- Moritz Avenarius** „Manifesto-Countdown“ (*Seite 16*)
- „Gattung Mensch! Lebe so, dass die nach uns kommenden auch noch ein gutes Leben haben können!“ (*Seite 160*)
- „Ich hoffe sehr, dass wir in 10 Jahren kein Politcamp mehr brauchen!“ (*Seite 182*)
- Markus Beckedahl** „Wir haben immer noch eine digitale Spaltung in der Gesellschaft!“ (*Seite 142*)
- Patrick Brauckmann** „Web-Monitoring“ (*Seite 216*)
- Ingrid Fischer-Schreiber** „Democratic Participation in China – A Long Way to Go?“ (*Seite 82*)
- Thomas Gebel** „Mit kollektiver Intelligenz zu digitaler Demokratie“ (*Seite 102*)

- Martin Gercke** „Mit kollektiver Intelligenz zu digitaler Demokratie“ (Seite 102)
- Hendrik Heuermann** „Editorial“ (Seite 8)
„Danke“ (Seite 10)
„Manifesto-Countdown“ (Seite 16)
„Von der Volkspartei zur Webpartei“ (Seite 132)
- Sina Kamala Kaufmann** „Können auf Basis von Crowdsourcing Gesetze realisiert werden?“ (Seite 116)
- Willi Kaczorowski** „eGovernment neu ausrichten“ (Seite 30)
- Peter Kruse** „Rechts. Links, Mitte – Raus! Vom politischen Wagnis der Partizipation“ (Seite 44)
- Martin Lindner** „Reboot_D – Die Idee“ (Seite 22)
„Deutsche Digitale Republik“ (Seite 68)
- Britta Lübcke** „Auch das Real-Live-Netzwerk verbessert sich!“ (Seite 168)
- Klaus Lübke** „Auch das Real-Live-Netzwerk verbessert sich!“ (Seite 168)
- Isaac Mao** „Democratic Participation in China – A Long Way to Go?“ (Seite 82)

- Ralph Makolla** „Ich hoffe sehr, dass wir in 10 Jahren kein Politcamp mehr brauchen!“ (Seite 182)
- Olswald Metzger** „Gattung Mensch! Lebe so, dass die nach uns kommenden auch noch ein gutes Leben haben können!“ (Seite 160)
- Robin Meyer-Lucht** „Und so sieht die Wirklichkeit aus ...“ (Seite 224)
- Jean-Pol Martin** „Politische Bildung als Fundament demokratischer Strukturen“ (Seite 194)
- Tim O'Reilly** „Government 2.0: It's All About The Platform“ (Seite 60)
- Ulrike Reinhard** „Editorial“ (Seite 6)
- „Danke“ (Seite 10)
- „Reboot_D – Die Idee“ (Seite 22)
- „Rechts. Links, Mitte – Raus! Vom politischen Wagnis der Partizipation“ (Seite 44)
- „Wunsch oder Wirklichkeit“ (Seite 152)
- „Democratic Participation in China – A Long Way to Go?“ (Seite 82)
- Frank Roebbers** „Wir haben immer noch eine digitale Spaltung in der Gesellschaft!“ (Seite 142)

- Björn Rohles** „Politische Bildung als Fundament demokratischer Strukturen“ *(Seite 194)*
- Thorsten Schäfer-Gümpel** „Wunsch oder Wirklichkeit?“ *(Seite 152)*
- Mark Schmid-Neuhaus** „Wie gelingt der Switch von Offline zu Online“ *(Seite 204)*
- Nicole Simon** „Auch das Real-Live-Netzwerk verbessert sich!“ *(Seite 168)*
- Thomas Strohtjohann** „Von der Volkspartei zur Webpartei“ *(Seite 132)*
- Valentin Tomaschek** „Ich hoffe sehr, dass wir in 10 Jahren kein Politcamp mehr brauchen!“ *(Seite 182)*
- Michael Wald** „Politische Bildung als Fundament demokratischer Strukturen“ *(Seite 194)*
- Ole Wintermann** „Digitale Lösungen für analoge Probleme?“ *(Seite 92)*
- „Können auf Basis von Crowdsourcing Gesetze realisiert werden?“ *(Seite 116)*

Sie stehen sich gegenüber. Die Politiker und die Generation Internet.

Zwischen ihnen ein Fluss aus Vorurteilen, Missverständnissen und unbekanntem Tools und Techniken. Dabei könnten sie so viel voneinander lernen: Was die jungen Menschen bewegt, warum sie nicht politikverdrossen sind, wie sich Politik im Internet verändert, wie bekannte Politiker denken und wie sie das Web nutzen. Beide Gruppen könnten voneinander lernen, dass das andere Ufer gar nicht so anders ist.

Das vorliegende Buch will zwischen der Internetgeneration und der Politik eine Brücke bauen. Viele Beiträge sind im Austausch zwischen den beiden Gruppen entstanden. Neben vielen politikbegeisterten Digital Natives haben namhafte (Netz-)Politiker wie Oswald Metzger, Thorsten Schäfer-Gümbel und Markus Beckedahl zum Gelingen des Buches beigetragen. Prof. Kruse nimmt mit gewohnt kritischer Stimme die Politik ins Visier und ein Blick ins Ausland zeigt wie in China (Isaac Mao) und USA (Tim O'Reilly,) mit diesem Thema umgegangen wird.

Dieses Buch lädt die Politik in Deutschland zum gemeinsamen „Reboot“ ein ...



Reboot_D

Digitale Demokratie – Alles auf Anfang